

Schriftenreihe zum deutschen, europäischen  
und internationalen Wirtschaftsstrafrecht

Domjan | Brockhues | Zimmermann

# Strafrechtliche Auswirkungen des LkSG und der CSDDD

Internationale Unternehmensverantwortung  
in globalen Lieferketten



**Nomos**



Schriftenreihe zum deutschen, europäischen  
und internationalen Wirtschaftsstrafrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe Hellmann

Prof. Dr. Elisa Hoven

Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Kubiciel

und Prof. Dr. Christian Schröder

Band 65

Daniela Domjan | Julian Brockhues | Till Zimmermann

# Strafrechtliche Auswirkungen des LkSG und der CSDDD

Internationale Unternehmensverantwortung  
in globalen Lieferketten



**Nomos**

Die Open Access-Veröffentlichung der elektronischen Ausgabe dieses Werkes wurde ermöglicht mit Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (Projektnummer 501891865) und den Open-Access-Fonds der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2026

© Daniela Domjan | Julian Brockhues | Till Zimmermann

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3276-1

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6661-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748966616>



Onlineversion  
InLibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

## Vorwort

Mit dem zum Jahresbeginn 2023 in Kraft getretenen Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (LkSG) wurden (deutsche) Unternehmen erstmals ausdrücklich und verbindlich dazu verpflichtet, ihre Wertschöpfungsketten bereits auf der Zulieferbetriebsebene menschen- und umweltrechtskonform auszugestalten. Die vorherige, auf Freiwilligkeit basierende Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hatte der Gesetzgeber als unzureichend angesehen, um die (jedenfalls unter ethischen Gesichtspunkten) fragwürdige Praxis menschen- und umweltrechtlicher Doppelstandards im globalen Wirtschaftsleben zurückzudrängen. Anders als etwa bei dem Versuch der Bekämpfung des internationalen Bestechungsunwesens (vgl. § 335a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG), hat der nationale Gesetzgeber jedoch nicht auf eine (vermeintlich) einfache strafrechtliche Lösung gesetzt, sondern stattdessen für deutsche Unternehmen ein anspruchsvolles Pflichtenprogramm aufgestellt. Dieses macht – insoweit eher vergleichbar mit dem Geldwäschepräventionsregime – detaillierte Vorgaben sowohl im Hinblick auf das unternehmensinterne Risikomanagement als auch in Bezug auf die Überwachung von und den Umgang mit Geschäftspartnern.

Von Beginn an war das LkSG auf verschiedenen Ebenen Gegenstand intensiver Diskussion. Auf fachjuristischem Gebiet hat das Gesetz in kürzester Zeit eine beispiellose Publikationsflut ausgelöst, die als Spiegel seiner (vermuteten) erheblichen Praxisrelevanz gedeutet werden kann. Dabei war neben unzähligen Überblicken, Kommentarwerken und Detailproblem-Lösungsvorschlägen auch rechtspolitische Kritik zu lesen, die die praktische Nutzlosigkeit des Gesetzes beklagte und den Gesetzgeber der politischen Effekthascherei zieh („Greenwashing“). Auf politischer Ebene wurde von wirtschaftsnahen Parteien ausdauernd die Klage geführt, der mit dem LkSG-Pflichtenprogramm verbundene Compliance-Aufwand sei überbürokratisch und unverhältnismäßig. Tatsächlich war der Bundestag in der 20. Wahlperiode deshalb bereits mit Entwürfen eines „Lieferkettenbürokratiefreiheitsgesetzes“ (BT-Drs. 20/14021) und sogar eines „Lieferkettenorgfaltspflichtenauhebungsgesetzes“ (BT-Drs. 20/14015) befasst. Im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode findet sich sodann die – vermeintlich – klare Aussage, das LkSG werde „abgeschafft“ (KoaV, S. 60).

Zeit also für ein „Lieferkettensorgfaltspflichtenabschaffungsgesetz“ (vgl. BT-Drs. 21/329)? Ganz so einfach ist es nicht: Inzwischen hat das LkSG auf EU-Ebene Nachahmung erfahren. Die Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859 – kurz: Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) – sieht ähnliche bzw. teilweise sogar weiterreichende Pflichten als das LkSG vor. Die CSDDD muss in den kommenden Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Auch wenn zu erwarten steht, dass das CSDDD-Pflichtenprogramm bis dahin noch einmal signifikant reduziert werden wird – das diesbezügliche sog. Omnibus I-Paket befindet sich aktuell im europäischen Gesetzgebungsprozess –, erscheint ein lieferkettenrechtliches Zurück-auf-Null derzeit äußerst unwahrscheinlich. Für den deutschen Gesetzgeber folgt daraus, dass zwar theoretisch das LkSG „abgeschafft“ werden könnte, dieses jedoch alsbald durch ein – wie es im Koalitionsvertrag heißt – die CSDDD umsetzendes „Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung“ ersetzt werden müsste. Tatsächlich ist die Bundesregierung allerdings inzwischen auch von dem Plan der zeitweisen Abschaffung des LkSG in der „Übergangszeit“ bis zur CSDDD-Umsetzung wieder abgerückt. Sie schlägt mit dem Entwurf eines LkSG-Änderungsgesetzes (BT-Drs. 21/2474) lediglich eine Reduzierung von Berichtspflichten sowie den Wegfall einiger Bußgeldtatbestände vor. Dadurch könne die deutsche Wirtschaft jährlich um sage und schreibe insgesamt (!) ca. 4,1 Mio. EUR entlastet werden.

Wie genau die CSDDD und das LkSG (oder ein ihm nachfolgendes Gesetz über internationale Unternehmensverantwortung) künftig aussehen werden, kann derzeit nur durch einen Blick in die Glaskugel – also nicht seriös – beantwortet werden. Als relativ gesichert kann jedoch gelten, dass ein verbindliches lieferkettenrechtliches Sorgfaltspflichtenprogramm erhalten bleiben wird. Das bedeutet, dass auch ein Großteil der (vor allem) zum LkSG und (ein wenig auch) zur CSDDD ergangenen rechtswissenschaftlichen Literatur seine Relevanz behalten wird. Das gilt auch für die vorliegende Untersuchung, die aus einem DFG-geförderten Forschungsprojekt hervorgegangen ist. Die Studie analysiert die bislang erstaunlich wenig beleuchtete Frage, welche strafrechtlichen Implikationen mit dem lieferkettenrechtlichen Sorgfaltspflichtenprogramm des LkSG und der CSDDD (deren Abweichungen gegenüber dem heutigen LkSG in der Studie themenbezogen jeweils gesondert hervorgehoben werden) einhergehen. Im

Fokus stehen dabei vor allem die Fahrlässigkeits-Unterlassungsdelikte. Es liegt auf der Hand, dass die Nichteinhaltung von lieferkettenrechtlichen Sorgfaltspflichten (etwa durch unternehmerische Untätigkeit in Gestalt eines Weiter-so-wie-bisher) in Kombination mit den offen gestalteten Straf tatbeständen des StGB zugunsten von Leib, Leben, Arbeitssicherheit und Umwelt im Falle eines vermeidbaren schädlichen Ereignisses innerhalb der Lieferkette letztlich auch zu empfindlichen Strafen der verantwortlichen Funktionsträger:innen führen kann.

Die Untersuchung ist vornehmlich dogmatisch konzipiert. Sie geht insbesondere der Frage nach dem Zusammenspiel von außerrechtlichen Pflichtenregimen und der tradierten Strafrechtsdogmatik nach. Sie fragt z.B., ob und inwiefern das lieferkettenrechtliche Pflichtenprogramm in den Bereich der strafrechtlichen Unterlassensdogmatik hineinwirkt (indem es womöglich Garantenstellungen über die bekannte Figur der Geschäftsherrenhaftung hinaus ausdehnt), welche Auswirkungen das dezidiert transnational konzipierte Lieferkettenrecht auf das Strafanwendungsrecht hat und inwiefern lieferkettenrechtliche Sorgfaltspflichten zum Anknüpfungspunkt der strafrechtlichen Fahrlässigkeitsdogmatik gemacht werden können (bzw. müssen). Neben dieser analytisch-dogmatischen Ausrichtung sollten aber auch ganz praktische Compliance-Ansatzpunkte untersucht werden, die sich aus unternehmerischer Perspektive eignen, den neuen Strafbarkeitsrisiken mit möglichst wenig Aufwand (aber viel Ertrag) entgegenzutreten. Zu diesem Zweck haben die Verfasser u.a. Interviews mit betroffenen Akteuren aus der Compliance-Praxis geführt, die interessante Einsichten zu den Kosten des Compliance-Mehraufwandes und Einschätzungen zu einer tatsächlich veränderten Strafrechtsrisiko-Landschaft geliefert haben. Eine wesentliche aus diesen Gesprächen abzuleitende Erkenntnis ist allerdings die, dass das LkSG (und auch die CSDDD) aufgrund der Ausrichtung an einem sog. risikobasierten Ansatz kaum allgemeingültige Schlüsse darauf zulässt, was ein Unternehmen konkret tun kann und sollte, um lieferkettenstrafrechtliche Risiken zu minimieren. Allgemeiner formuliert: Das LkSG wirft für die Betroffenen Fragen auf, die es selbst aber gar nicht beantworten kann. Insoweit kann es strafrechtsdogmatisch nur darum gehen, wie sich diese Unsicherheit für die Betroffenen in eine (materielle) in dubio-Schlussfolgerung ummünzen lässt. In gewisser Hinsicht aufschlussreich war es in diesem Kontext schließlich, dass es den Verfassern trotz intensiver Bemühungen und (vermeintlich) verbindlicher Gesprächszusagen nicht gelungen ist, auch nur eine einzige Person aus dem Bereich Justiz/Strafverfolgung als Interviewpartner:in zu gewinnen.



Die Verfasser sind vielen Personen, die an diesem Forschungsprojekt unterstützend beteiligt gewesen sind, zu Dank verpflichtet. Das gilt namentlich für Daniel Kronen (Head of Human Rights Compliance Siemens AG), für Rechtsanwalt Manuel Lorenz sowie für Michael Kubiciel und die weiteren Herausgeber der Schriftenreihe zum deutschen, europäischen und internationalen Wirtschaftsstrafrecht. Wir bedanken uns zudem bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung dieses Projekts und bei dem Open-Access-Fonds der Heinrich-Heine-Universität für die Gewährung eines ergänzenden Publikationskostenzuschusses.

München/Düsseldorf im Dezember 2025

*Die Autoren*

# Inhaltsverzeichnis

Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis	15
A. Einleitung	23
B. Rechtslage vor Inkrafttreten des LkSG	27
I. Ausgangsproblem	27
II. Strafrechtliche Risiken von Funktionsträgern in transnationalen Lieferketten	29
1. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts	29
a) Grundsatz: Territorialitätsprinzip, § 3 StGB	29
b) Eröffnung des Schutzbereichs	30
2. Strafrechtliche Instrumentarien zur Erfassung fremder Pflichtenverstöße	32
a) Beteiligung an Straftaten · Zurechnung fremder Pflichtenverstöße	32
aa) Mittäterschaft (§ 25 Abs. 2 StGB)	32
(1) Voraussetzungen der Mittäterschaft	33
(a) Arbeitsteiliges Zusammenwirken: der Tatbeitrag des Einzelnen (Tathandlung)	33
(b) Gemeinsamer Tatentschluss: Tatplan aller	34
(2) Fahrlässige Mittäterschaft	36
(3) Kollegial-/Gremienentscheidungen	38
(4) Mittäterschaft bei Unterlassungsdelikten / Mittäterschaft durch Unterlassen	39
(5) Sonderpflichtdelikte	40
bb) Teilnahme	40
b) Strafbarkeit kraft Organisationsherrschaft	42
aa) Gesetzliche Grundlage: § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB	42
bb) Mittelbare Täterschaft durch Organisationsherrschaft	44
(1) Zurechnung in staatlichen Machtapparaten	45
(2) Ausdehnung auf Wirtschaftsunternehmen: Abfallbeseitigungs-Fall	46

c) Geschäftsherrenhaftung	48
aa) Grundlagen: Garantenstellung	49
bb) Weitere Voraussetzungen der unechten Unterlassungsstrafbarkeit (§ 13 StGB)	51
(1) Physisch-reale Handlungsmöglichkeit	52
(2) Quasi-Kausalität	52
(3) Objektive Zurechnung	53
cc) Im Speziellen: Die Garantenstellung des Geschäftsherrn	57
(1) Meinungsstand in der Literatur	58
(2) Entwicklung der Rechtsprechung	59
(3) Einschränkung der Haftung: Betriebsbezogenheit der Straftat	60
(4) Adressatenkreis	61
(5) Delegation der Garantenpflicht	62
dd) Geschäftsherrenhaftung und Fahrlässigkeitsdelikte	63
(1) Grundsätze zur Bestimmung der „im Verkehr erforderlichen Sorgfalt“	63
(2) Indizwirkung von Sondernormen	65
ee) Zusammenfassung	68
d) Die betriebliche Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG	69
aa) Hintergrund und Normzweck des § 130 OWiG	69
bb) Voraussetzungen	70
(1) Normadressat: Inhaber des Betriebs oder Unternehmens	71
(2) Tathandlung	72
(3) Subjektiver Tatbestand	73
(4) Objektive Ahndungsbedingung: Zuwiderhandlung	74
cc) Konzernsachverhalte	75
(1) Verfolgungspraxis und Rechtsprechung	75
(2) Meinungsstand in der Literatur	77
3. Fazit	78

C. Strafbarkeitslücken vor Inkrafttreten des LkSG	79
I. Fallbeispiele	79
1. Ausgangsfall: Produktionsbetrieb in Indien (Fall 1)	79
2. Fallvarianten auf gesellschaftsrechtlicher Ebene	80
3. Fallvarianten auf Wissensebene	80
4. Fallvarianten auf „Sorgfaltsebene“	81
II. Strafrechtliche Einordnung der Fallbeispiele	81
1. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts	82
2. Schutzbereich deutscher Straftatbestände	84
3. Die einschlägige Beteiligungsform bei vorsätzlichem aktivem Tun	85
4. Strafbares Unterlassen	88
a) Garantenstellung für im Ausland tätige Unternehmen?	88
b) Delegation der Garantenpflicht auf im Ausland tätige Zulieferbetriebe?	90
c) Bestimmung des Sorgfaltsmaßstabs in transnationalen Lieferketten	91
5. Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG	94
III. Fazit	95
D. Veränderte Rechtslage nach Einführung des LkSG (und der CSDDD)	97
I. Grundlinien des LkSG	98
1. Hintergrund	98
2. Anwendungsbereich	101
a) Persönlicher Anwendungsbereich	101
b) Sachlicher Anwendungsbereich	104
3. Schutzgüter des LkSG	105
4. Pflichtenprogramm des LkSG	110
a) Exkurs: Bemühenspflicht vs. Erfolgspflicht – Begriffsbestimmung und Folgen	114
b) Risikomanagement (§ 4 LkSG)	118
c) Risikoanalyse (§ 5 LkSG)	120
aa) Zweck der Risikoanalyse	121
bb) Angemessenheit der Risikoanalyse	121
cc) Pflicht zur Kommunikation/Dokumentation	123
dd) Gegenstand und Reichweite der Risikoanalyse	123

d) Präventionsmaßnahmen (§ 6 LkSG)	126
aa) Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	127
bb) Präventionsmaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern	128
e) Abhilfemaßnahmen (§ 7 LkSG)	131
aa) Abhilfemaßnahmen im eigenen inländischen Geschäftsbereich	132
bb) Abhilfemaßnahmen im eigenen ausländischen Geschäftsbetrieb oder in einer (inländischen) konzernangehörigen Gesellschaft i.S.v. § 2 Abs. 6 S. 3 LkSG	133
cc) Abhilfemaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern	134
dd) Monitoring der Abhilfemaßnahmen	137
f) Beschwerdeverfahren (§ 8 LkSG)	138
g) Sonderfall: Mittelbare Zulieferer (§ 9 LkSG)	139
aa) Beschwerdeverfahren bei mittelbaren Zulieferern	140
bb) Anpassung des Risikomanagements	140
cc) Anlassbezogene Sorgfaltspflichten	141
(1) Begriff der substantiierten Kenntnis	141
(2) Risikoanalyse	144
(3) Präventions- und Abhilfemaßnahmen	144
h) Dokumentations- und Berichtspflicht (§ 10 LkSG)	146
5. Bußgeldvorschriften (§ 24 LkSG)	148
II. Strafrechtliche Implikationen des LkSG	150
1. Relevante Strafnormen im Kontext der LkSG-Schutzgüter	150
a) Schutz des Lebens und der Gesundheit	151
b) Arbeitnehmerschutz/Arbeitnehmerrechte	152
c) Umweltschutz	153
2. LkSG als abschließendes Regelungsregime?	154
3. Strafanwendungsrecht	155
4. Arten der Tatbegehung	156
a) Vorsätzliche Tatbegehung	156
b) (Fahrlässiges) Unterlassungsdelikt – LkSG als Quelle von Garantenpflichten i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB?	159
aa) Eigener Geschäftsbereich im Inland (§ 7 Abs. 1 S. 3 LkSG)	163

bb) Eigener Geschäftsbereich im Ausland (§ 7 Abs. 1 S. 4 LkSG)	164
cc) Konzernweite Garantenpflicht (§ 7 Abs. 1 S. 4 LkSG)	164
dd) Unmittelbarer Zulieferer (§ 7 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 LkSG)	165
ee) Mittelbarer Zulieferer (§ 9 Abs. 3 LkSG)	166
c) Fahrlässigkeit – LkSG als Maßstab für strafrechtliche Sorgfaltspflichten	166
aa) LkSG-Sorgfaltspflichten als strafrechtlicher Fahrlässigkeitsmaßstab	167
bb) Fragen der Erfolgszurechnung	172
(1) Kausalität	172
(2) Objektive Zurechnung	173
cc) Strafbarkeitseinschränkungen durch das LkSG	175
(1) LkSG als Safe Harbour-Regel	175
(2) Angemessenheit gem. § 3 Abs. 2 LkSG	176
5. (Kein) Verstoß gegen Bestimmtheitsgrundsatz	179
E. Zusammenfassung	183
Literaturverzeichnis	189



## Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis

§(§)	Paragraph(en)
a.A.	anderer Ansicht
AbfVerbrG	Abfallverbringungsgesetz
Abs.	Absatz/Absätze
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft [Zeitschrift]
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung [Online-Rechtsprechungsdatenbank]
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit [Namensbezeichnung 2013–2018]



## *Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis*

BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz [Namensbezeichnung 2021–2025]
BMWE	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [Namensbezeichnung 2013–2021]
BR-Drs.	Drucksachen des Bundesrates
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksachen des Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CRZ	Zeitschrift für Corporate Responsibility & Recht in der Lieferkette
CSDDD	Corporate Sustainability Due Diligence Directive
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
ECCHR	European Center for Constitutional and Human Rights
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ErwGr.	Erwägungsgrund; Erwägungsgründe
ESG	Zeitschrift für nachhaltige Unternehmensführung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	Euro [Währung]
f(f).	folgende(r)
FAQ	Frequently Asked Questions
FG	Festgabe

FK	Frankfurter Kommentar
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HKGS	Handkommentar zum Gesamten Strafrecht
HRRS	HöchstRichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hs.	Halbsatz
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.d.	im Sinne der/s
i.S.e.	im Sinne einer/s
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
ILO	International Labour Organization
insbes.	insbesondere

## *Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis*

IPbpR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Recht vom 19.12.1966
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966
ISO	International Organization for Standardization
JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPR-Compl	juris PraxisReport Compliance & Investigations
jurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KartellR	Kartellrecht
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
KK	Karlsruher Kommentar
KommJur	Kommunaljurist
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
krit.	kritisch
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
lit.	litera
LK	Leipziger Kommentar
LkSG	Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz)
LTO	Legal Tribune Online
m.	mit
m.a.W.	mit anderen Worten
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
Mio.	Million(en)
MK	Münchener Kommentar

MPR	Medizin Produkte Recht
NAP	Nationaler Wirtschaftsplan Wirtschaft und Menschenrecht
NGO	Non-Governmental Organization
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	NomosKommentar; Neue Kriminalpolitik [Zeitschrift]
Nr.	Nummer(n)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungs-Report
NSW	Neue Strafrechtswissenschaft
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungs-Report
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.D.	ohne Datum
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PM	Pressemitteilung
RegE	Regierungsentwurf
resp.	respektive
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz; Seite(n)
s.	siehe
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
scil.	scilicet
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

## *Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis*

SK	Systematischer Kommentar
sog.	sogenannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StraFo	Strafverteidiger Forum
StrafR	Strafrecht
StV	Strafverteidiger
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
TK	Tübinger Kommentar
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz)
u.a.	unter anderem
u.E.	unseres Erachtens
UN	United Nations
UNGP	United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights
v.	von
Var.	Variante(n)
VerfBlog	verfassungsblog.de
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung(en)
vs.	versus
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
WaffG	Waffengesetz
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
Wij	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung
Wirtschafts- StrafR	Wirtschaftsstrafrecht
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WStG	Wehrstrafgesetz
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel

ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfIStw	Zeitschrift für Internationale Strafrechtswissenschaft
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend
zuf.	zusammenfassend
zut.	zutreffend
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht, Steuerstrafrecht und Unternehmensrecht



## A. Einleitung

Anfang 2023 ist das LkSG in Kraft getreten. Es schafft erstmals eine Kodifizierung von Sorgfaltspflichten, die speziell die Anforderungen und Risiken einer globalen Wirtschaft aufgreifen. Das LkSG verpflichtet Unternehmen ab einer bestimmten Größe „menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise zu beachten mit dem Ziel, menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen oder sie zu minimieren oder die Verletzung menschenrechtbezogener Pflichten zu beenden“ (§ 3 Abs. 1 S. 1 LkSG). Zuvor war dieser Bereich durch verschiedene soft law-Mechanismen mit (Selbst-)Verpflichtungen der Unternehmen zur sog. supply chain-due diligence geprägt.<sup>1</sup> Die Bedeutung der in diesem Zusammenhang bedrohten Rechtsgüter – namentlich Leben, körperliche Unversehrtheit, persönliche Freiheit sowie Umweltmedien – wirft die Frage auf, ob reine Selbstverpflichtungen ausreichend sind. Das LkSG gibt insoweit eine verwaltungsrechtliche Antwort. Als spezielles Verbandssanktionengesetz<sup>2</sup> begründet das LkSG aber keine zivilrechtliche Haftung (§ 3 Abs. 3 S. 1 LkSG). Sorgfaltswidrig agierenden Unternehmen werden jedoch erhebliche<sup>3</sup> Bußgelder angedroht, § 24 LkSG. Auch natürliche Personen, die das Gesetz verletzen, können mit einem Bußgeld belegt werden.<sup>4</sup>

Es lässt aber die Frage offen, ob deutsche Unternehmen bzw. deren Leitungspersonen für LkSG-spezifische Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Wertschöpfungsketten auch kriminalrechtlich verantwortlich gemacht werden können. Die Bestrafung natürlicher Personen mit dem Sanktionsinstrumentarium des StGB – folglich mit Geld- oder Freiheitsstrafe – ist im LkSG nicht vorgesehen. Gleichwohl könnten die Sorgfaltspflichten des LkSG insoweit mittelbar in das Strafrecht hineinwirken, als diese möglicherweise zur Begründung von Garantenpflichten nach § 13 StGB sowie zur Konturierung und Ausweitung von Sorgfaltsmaßstäben im Bereich der Fahrlässigkeitsdelikte herangezogen werden können. Ggf. reicht das LkSG damit weit über seinen eigentlichen Regelungsbereich hinaus. Dies hätte unmittelbaren Einfluss auf die strafrechtlichen Risikoprofi-

---

1 Zusf. Ambos, Wirtschaftsvölkerstrafrecht, S. 25 ff.; Klötzer-Assion, WiJ 2021, 1 ff.

2 Vgl. Kubiciel, jurisPR-StrafR 7/2021 Anm. 1: „Sonderunternehmensstrafrecht“.

3 Vgl. Gehling/Ott/Lüneborg, CCZ 2021, 230, 231: „drakonische Sanktionen“.

4 Noll/Aryobsei, jurisPR-Compl 2/2021 Anm. 5.



le von Organwaltern und leitenden Führungskräften in Unternehmen. Die betroffenen Unternehmen müssten dem LkSG bei der Ausgestaltung ihrer Compliance Management-Systeme entsprechend Rechnung tragen, sollen Folgen für den Verband, aber auch für Individuen vermieden werden. Im Folgenden wird untersucht, wie das neue Gesetz zu handhaben ist, um das menschenrechtliche Anliegen des LkSG in realistischer Weise zu befördern und gleichzeitig etwaige Strafbarkeitsrisiken auf ein rechtsstaatlich sowie ökonomisch vertretbares Maß zu beschränken.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist zunächst die vor Inkrafttreten des LkSG bestehende Rechtslage (Teil B). Die insoweit auch weiterhin unverändert geltenden Normen des allgemeinen und besonderen Strafrechts werden in einem ersten Schritt einer umfassenden Analyse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zur Erfassung von menschenrechts- und umweltbezogenen Rechtsgütern im Rahmen transnationaler Lieferketten untersucht. Basierend auf der veröffentlichten Rspr. und der einschlägigen Literatur erfolgt zunächst eine umfassende Erarbeitung der dogmatischen Grundlagen der für die vorliegende Untersuchung relevanten Rechtsfragen. Neben der Frage der generellen Anwendbarkeit deutschen Strafrechts auf transnationale Sachverhalte stehen dabei insbes. Fragen der Unterlassungs- und Fahrlässigkeitsdogmatik im Mittelpunkt. Ein wesentliches Augenmerk liegt auf der Entstehung und dem Umfang von Garantenpflichten, wird es im Kontext der strafrechtlichen Verantwortung entlang der Lieferkette doch regelmäßig um die Frage eines sanktionswürdigen Unterlassens der Funktionsträger<sup>5</sup> in deutschen Unternehmen gehen.

Die auf diesem Weg gewonnenen Erkenntnisse zu den Voraussetzungen und Grenzen strafrechtlicher Haftung werden sodann in einem zweiten Schritt (Teil C) anhand konkreter Fallbeispiele auf ihre Übertragbarkeit und Wirksamkeit zur Erfassung der nunmehr durch das LkSG ausdrücklich adressierten Risiken untersucht.

In einem dritten Schritt (Teil D) wird untersucht, ob und ggf. in welchem Umfang die Einführung des LkSG zumindest mittelbare Auswirkungen im Bereich des Strafrechts hervorruft. Dazu ist auch eine Analyse der Regelungssystematik des LkSG erforderlich. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, welche Rechtsnatur die einzelnen Sorgfaltpflichten des LkSG haben und ob aus diesen Sorgfaltpflichten unmittelbare Auswirkungen auf die Entstehung von strafrechtlichen Garantenpflichten erwachsen. Auf-

---

5 Hinweis zur geschlechter(un)gerechten Sprache: Zwecks besserer Lesbarkeit findet im Folgenden das generische Maskulinum Verwendung. Die Personenbezeichnungen beziehen sich – soweit nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.

bauend auf der Analyse des LkSG werden sodann die sich hieraus möglicherweise ergebenden strafrechtlichen Implikationen näher untersucht, um etwaige – möglicherweise neue – strafrechtliche Risiken, die sich als Reflexwirkung der Einführung des LkSG für Funktionsträger in deutschen Unternehmen ergeben können, zu identifizieren. Die Identifizierung derartiger Risiken kann zukünftig ein Baustein sein, den deutsche Unternehmen im Rahmen der Ausgestaltung ihrer Compliance-Systeme einbeziehen, um nicht den speziellen Anforderungen des LkSG, sondern auch generellen Aspekten der Criminal Compliance angemessen Rechnung zu tragen.

Bei der Darstellung der LkSG-Sorgfaltspflichten und ihrer strafrechtlichen Auswirkungen werden auch die Vorgaben der 2024 von der EU erlassenen CSDDD und etwaiger Änderungen durch das (derzeit noch nicht abgeschlossene) Omnibus-Verfahren berücksichtigt. Die CSDDD trifft ebenfalls Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, die zwar grundsätzlich mit denjenigen des LkSG vergleichbar sind. In Ausgestaltung und Reichweite bestehen jedoch Unterschiede, die den deutschen Gesetzgeber bei der Umsetzung der Vorgaben zu partiellen Änderungen zwingen werden. Dementsprechend kann die Umsetzung der CSDDD auch die strafrechtlichen Auswirkungen des LkSG (oder eines Nachfolgegesetzes) verändern.



## B. Rechtslage vor Inkrafttreten des LkSG

Vor einer Untersuchung der Auswirkungen des LkSG auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen bzw. deren Leitungspersonen ist es aus Verständnisgründen zunächst angebracht, darzustellen, wie das deutsche Strafrecht *vor Inkrafttreten* des LkSG mit der von diesem adressierten Risikoproblematik umgegangen ist.

Die hier zu betrachtenden Sachverhalte erfahren durch ihre Transnationalität eine erhebliche Komplexität, die das deutsche Strafrecht – nicht nur im wörtlichen Sinne – an seine Grenzen führt. Dies beginnt mit der Frage nach der generellen Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auf im Ausland erfolgende Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen. Weiter stellt sich die Frage nach der Zurechenbarkeit von strafrechtlich relevanten Handlungen im Produktions(aus)land zu einem in Deutschland ansässigen Unternehmen – etwa im Falle transnational strukturierter Konzerne.<sup>6</sup> Problematisch ist schließlich die Bestimmung der relevanten Sorgfaltsmaßstäbe (insbes. bezüglich Überwachungs- und Interventionspflichten gegenüber Zulieferbetrieben), da nicht zuletzt die in den Produktionsländern ansässigen Unternehmen häufig im Rahmen ihrer nationalen Maßstäbe handeln, diese aber (weit) hinter den in Deutschland geltenden Anforderungen zurückbleiben.

Ob das deutsche Strafrecht ausreichende Instrumentarien als Reaktion auf ein solches „Outsourcing der Pflichtenstandards“ bereithält, war auch schon vor dem LkSG eine offene Frage.

### I. Ausgangsproblem

In der jüngeren Vergangenheit ist durch dramatische Ereignisse ein rechts-ethischer Handlungsdruck entstanden; exemplarisch:

- 2012 forderte ein Brand in der Fabrik des Unternehmens Ali Enterprises in Karatschi, Pakistan, 289 Todesopfer. Das Unternehmen ist als Zulie-

---

6 Vgl. *Momsen/Willumat*, KriPoZ 2019, 323 ff.; *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195 ff.

ferer des deutschen Textilunternehmens KiK tätig.<sup>7</sup> KiK hatte es zuvor unterlassen, Brandschutzverbesserungen einzufordern.

- 2013 starben mehr als 1.130 Menschen beim Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik des Textilherstellers Phantom Apparel Ltd in Bangladesch. Der deutsche Prüfdienstleister TÜV Rheinland hatte wenige Monate vor dem Einsturz der Fabrik Zertifikate zu den Sicherheits- und Arbeitsstandards erteilt und den baulichen Zustand des Gebäudes als gut bezeichnet.<sup>8</sup>
- 2019 kamen beim Dammbruch von Brumadinho in Brasilien 272 Menschen ums Leben. Der TÜV Süd hatte durch ein Tochterunternehmen in Brasilien die notwendige Stabilitätsklärung erteilt, obwohl bestehende Sicherheitsrisiken bekannt gewesen sein sollen.<sup>9</sup>

Öffentlichkeit und Politik sind für das Thema einer nicht nur moralischen, sondern auch rechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen in globalen Produktions- und Lieferketten inzwischen sensibilisiert. Unternehmen der südlichen Hemisphäre dienen als Zulieferer oder Dienstleister der Unternehmen aus dem globalen Norden. Die Produktion in Schwellen- oder Entwicklungsländern erscheint gegenüber einer rein nationalen Produktion attraktiv. Hintergrund sind u.a. die erheblichen Unterschiede im Lohnniveau,<sup>10</sup> der Arbeitssicherheit, dem Umweltschutz oder auch in den Steuertarifen. Der intensive globale Wettbewerb mit Anbietern aus Regionen der Welt, die zu deutlich günstigeren Faktoren ihre Waren produzieren und damit zu niedrigeren Preisen anbieten können, erhöht zusätzlich den Druck auf deutsche Unternehmen und setzt Impulse, den Schutz von Umwelt, Arbeitnehmern und Menschenrechten in den Produktionsländern hintanzustellen.

---

7 OLG Hamm, NJW 2019, 3527; LG Dortmund, BeckRS 2019, 388.

8 Näher Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen im BMW, Abschließende Erklärung v. 26.6.2018, abrufbar unter [https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/nks-abschliessende-erklaerung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/nks-abschliessende-erklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=4); ECCHR, Fallinformation, 8/2018, abrufbar unter [https://www.ecchr.eu/fileadmin/Fallbeschreibungen/Fallbeschreibung\\_g\\_RanaPlaza\\_TueVRheinland\\_OECD.pdf](https://www.ecchr.eu/fileadmin/Fallbeschreibungen/Fallbeschreibung_g_RanaPlaza_TueVRheinland_OECD.pdf).

9 Zusp. Meder, ESG 2024, 30 ff.

10 Vgl. exemplarisch FEMNET/ECCHR, Keine Verträge, keine Rechte: Wie die Modeindustrie ihre Arbeiter\*innen um Mindestlöhne betrügt, 2023, abrufbar unter [https://www.ecchr.eu/fileadmin/user\\_upload/No\\_Contracts\\_No\\_Rights\\_ECCHR\\_FEMNET\\_Studie\\_Deutsch.pdf](https://www.ecchr.eu/fileadmin/user_upload/No_Contracts_No_Rights_ECCHR_FEMNET_Studie_Deutsch.pdf).

## II. Strafrechtliche Risiken von Funktionsträgern in transnationalen Lieferketten

Die hier interessierenden Fallgestaltungen sind dadurch gekennzeichnet, dass die unmittelbaren Rechtsgutverletzungen nicht in Deutschland und nicht eigenhändig durch die Funktionsträger in deutschen Unternehmen begangen werden.

### 1. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts

Transnationale Lieferketten weisen erhebliche Berührungspunkte mit ausländischen Rechtsordnungen auf und bedürfen regelmäßig eines Anknüpfungspunkts im deutschen Strafrecht. Das innerstaatliche Strafanwendungsrecht ist in §§ 3–7, 9 StGB geregelt und bestimmt, wie weit ein Sachverhalt, der hinsichtlich des Tatorts, des Täters oder des Verletzten internationale Bezüge aufweist, der deutschen Strafgewalt unterliegt.<sup>11</sup> Ein Sachverhalt, der keiner dieser Normen unterfällt, ist in Deutschland nicht strafrechtlich verfolgbar. Es besteht dann jedenfalls ein Prozesshindernis.<sup>12</sup> Das Strafanwendungsrecht unterliegt aber als materielles Recht<sup>13</sup> dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot aus Art. 103 Abs. 2 GG<sup>14</sup> und ist daher einer erweiternden Auslegung oder Analogien nicht zugänglich. Im Einzelnen:

#### a) Grundsatz: Territorialitätsprinzip, § 3 StGB

Das deutsche Strafrecht (sowie das Ordnungswidrigkeitenrecht<sup>15</sup>) findet auf Inlandstaten Anwendung (Territorialitätsprinzip).<sup>16</sup> Partielle Erweiterungen des Territorialitätsprinzips sind nur in den Fällen der §§ 5–7 StGB, § 1 VStGB vorgesehen. Ausgehend von gesetzlich definierten Anknüpfungs-

11 Jescheck/Weigend, StrafR, § 18 I; Fischer/Fischer, StGB, Vorbem. §§ 3–7 Rn. 1.

12 BGHSt 34, 1, 3.

13 BGHSt 20, 22, 25; 27, 5, 8.

14 BVerfG, wistra 2003, 255, 257.

15 § 5 OWiG vereinigt den sachlichen Gehalt der §§ 3, 4 StGB im Ordnungswidrigkeitenrecht, vgl. KK-OWiG/Niehaus, § 5 Rn. 1–4.

16 Zur umstrittenen Prüfungsreihenfolge von Strafanwendungsrecht und Schutzbereich des Tatbestands vgl. Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, § 3 Rn. 13.

punkten (Flaggenprinzip, aktives Personalitätsprinzip, Schutzprinzip, Weltrechtsprinzip, Stellvertretungsprinzip) erfolgt eine Anwendung des deutschen Strafrechts auch für Auslandstaten.<sup>17</sup> Es handelt sich um Fälle, in denen das Territorialitätsprinzip dem Schutz wichtiger Rechtsgüter der Allgemeinheit bzw. einzelner Staatsbürger nicht gerecht wird oder eine missbräuchliche Verlegung des Tatorts in das Ausland verhindert werden soll. Es findet damit eine Relativierung der in § 3 StGB verankerten Selbstbeschränkung deutschen Strafrechts auf Inlandstaten statt.<sup>18</sup>

Im Kontext der hier untersuchten Fragestellung zeichnen sich damit Eckpfeiler ab, die den Rahmen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach deutschem Recht in transnationalen Lieferketten abstecken.

Deutsches Strafrecht kommt gem. § 3 StGB bei Taten zur Anwendung, die im Inland begangen wurden. Maßgeblich ist der Ort der Tat, den § 9 Abs. 1 StGB für den Täter bzw. § 9 Abs. 2 StGB für Teilnehmer definiert. „Ort der Tat“ ist jeder Ort an dem (1) der Täter gehandelt hat oder im Fall eines Unterlassens hätte handeln müssen (Handlungsort) oder (2) der zum Tatbestand gehörende Erfolg eingetreten ist oder in Versuchsfällen hätte eintreten sollen (Erfolgort). § 9 Abs. 2 StGB erweitert den Ort der Tat i.S.d. § 9 Abs. 1 StGB um den Ort der Teilnahme, also den Ort, an dem der Teilnehmer gehandelt hat oder hätte handeln müssen (§ 9 Abs. 2 S. 1 Var. 2 und 3 StGB). Der Teilnehmer kann mit seinem Handeln darüber hinaus dem deutschen Strafrecht unterfallen, wenn nach seiner Vorstellung der Handlungs- oder Erfolgsort der Haupttat im Inland belegen sein sollte (§ 9 Abs. 2 S. 1 Var. 4 StGB). Das deutsche Strafrecht verbindet damit die Tätigkeitstheorie und die Erfolgstheorie zu einem weit gefassten Tatortkonzept, der sog. Ubiquitätstheorie.<sup>19</sup>

## b) Eröffnung des Schutzbereichs

Die §§ 3 ff. StGB bilden nur *eine* Hürde, die zur Anwendbarkeit deutschen Strafrechts auf Auslandssachverhalte zu nehmen ist.<sup>20</sup> Die Straftatbestände des StGB – oder auch des Nebenstrafrechts – intendieren den Schutz bestimmter Rechtsgüter. Ein Straftatbestand wird daher in seiner Reichweite

17 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 200 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 4 Rn. 12 ff.

18 Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, § 5 Rn. 64.

19 Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, § 5 Rn. 13.

20 Vertiefend Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, § 3 Rn. 12 ff.

durch seinen Schutzbereich beschränkt. Es ist nicht selbstverständlich, dass ein nationales Strafgesetz wie das StGB auch den Schutz internationaler oder gar rein ausländischer Rechtsgüter bezweckt. Vielmehr liegt es nahe, dass im Ausgangspunkt durch das deutsche Strafrecht ein rein nationaler Rechtsgüterschutz stattfindet, m.a.W. sich strafrechtlich relevantes Verhalten auf inländische Rechtsgüter beziehen muss.<sup>21</sup> Ausnahmen sind aber anerkannt.

Letztlich kommt es auf eine Auslegung der jeweiligen Straftatbestände an. Im Kontext der hier untersuchten Fragestellung ist dabei von Bedeutung, dass Tatbestände, die Individualrechtsgüter (z.B. Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum) schützen, nicht nur einen „inländischen“ Rechtsgüterschutz intendieren. Aus dem völker- bzw. gewohnheitsrechtlich anerkannten Grundsatz des *minimum standard of justice* folgt, dass Individualrechtsgüter von In- und Ausländern innerhalb des Geltungsbereichs einer Strafrechtsordnung gleichermaßen zu schützen sind (sog. völkerrechtliches Fremdenrecht).<sup>22</sup> Plastisch: Wer in Deutschland einen Ausländer schlägt, macht sich gleichwohl nach § 223 StGB strafbar.

Demgegenüber nehmen ausländische Kollektivrechtsgüter (z.B. die dortige Rechtspflege) am deutschen Strafrechtsschutz grds. nicht teil, auch wenn diese durch eine im Inland erfolgende Handlung verletzt werden. Dies gilt jedoch nicht ausnahmslos. So sind ausländische Kollektivrechtsgüter dann in den Schutzbereich deutscher Strafnormen miteinbezogen, wenn der jeweilige Tatbestand dafür konkrete Anhaltspunkte bietet (vgl. § 299 StGB: „im inländischen oder ausländischen Wettbewerb“). Relevant ist in Bezug auf den hiesigen Untersuchungsgegenstand das Umweltstrafrecht. Hierzu ist inzwischen weitgehend anerkannt, dass auch ausländische Umweltmedien (z.B. Gewässer) grds. den Schutz des deutschen Strafrechts genießen,<sup>23</sup> da die vormalige tatbestandliche Beschränkung auf den räumlichen Geltungsbereich des StGB in § 330d StGB aufgehoben worden ist.<sup>24</sup>

---

21 LK/Werle/Jeßberger, Vorbem. § 3 Rn. 290 ff.

22 LK/Werle/Jeßberger, Vorbem. § 3 Rn. 295; vgl. auch BGHSt 29, 85, 88; Zimmermann, Unrecht der Korruption, S. 694 f.

23 Näher MK-StGB/Schmitz, Vorbem. § 324 Rn. 155; Günther-Nicolay, Die Erfassung von Umweltstraftaten, S. 272, 321.

24 BT-Drs. 12/192, S. 30.



## 2. Strafrechtliche Instrumentarien zur Erfassung fremder Pflichtenverstöße

In der Lieferkette werden unmittelbare Rechtsgutverletzungen selten durch Funktionsträger in deutschen Unternehmen begangen. Strafrechtliche Risiken können sich für diese daher nur insoweit ergeben, als (a) eine Zurechnung fremden Handelns bzw. fremder Pflichtenverstöße stattfindet oder (b) eine eigene und originäre strafbewehrte Pflicht zur Unterbindung bzw. Verhinderung der Rechtsgutverletzung durch Dritte (im Ausland) besteht.

### a) Beteiligung an Straftaten · Zurechnung fremder Pflichtenverstöße

Ein Verhalten hat strafrechtliche Relevanz, wenn der Handelnde eigenhändig alle Merkmale eines Straftatbestands erfüllt. Das Strafrecht nimmt unter bestimmten Voraussetzungen aber auch eine Zurechnung fremder Handlungen vor; dies insbes. dann, wenn die Tat mit Wissen und im Interesse des nicht oder nur teilweise selbst handelnden Beteiligten begangen wird. Im Einzelfall stellen sich hier diffizile Abgrenzungsfragen, da eine „strafrechtliche Arbeitsteilung“ sowohl die Bereiche täterschaftlichen Handelns (Mittäterschaft [§ 25 Abs. 2 StGB] oder mittelbare Täterschaft [§ 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB]), aber auch der bloßen Teilnahme (Anstiftung [§ 26 StGB] oder Beihilfe [§ 27 StGB]) tangieren kann. In transnationalen Lieferketten arbeiten eine Vielzahl verschiedener Personen Hand in Hand, sodass der Beteiligung an Straftaten bzw. der Zurechnung fremder Pflichtenverstöße hier eine hohe Bedeutung zukommt.

#### aa) Mittäterschaft (§ 25 Abs. 2 StGB)

Beteiligen sich mehrere Personen an einer Straftat, von denen nicht alle eigenhändig alle Tatbestandsmerkmale verwirklichen, stellt sich die Frage nach der wechselseitigen Zurechnung der jeweiligen Tatbeiträge. Diese ist nach den Grundsätzen der Mittäterschaft gem. § 25 Abs. 2 StGB dann möglich, wenn jeder Beteiligte seinen „Tatbeitrag so in die gemeinschaftliche Tat einfügt, dass er als Teil der Handlungen eines anderen Beteiligten und umgekehrt dessen Tun als Ergänzung des eigenen Tatanteils erscheint.“<sup>25</sup>

---

25 BGH, NStZ 2020, 22.

Die Mittäterschaft ist demnach ein Instrument der Zurechnung fremden Verhaltens.<sup>26</sup>

### (1) Voraussetzungen der Mittäterschaft

Mittäterschaft nach § 25 Abs. 2 StGB setzt sich aus einem objektiven („Tatbeitrag“) und einem subjektiven Element („Tatplan“) zusammen.<sup>27</sup>

#### (a) Arbeitsteiliges Zusammenwirken: der Tatbeitrag des Einzelnen (Tathandlung)

Die Mittäterschaft erfordert als objektives Element einen konkreten Tatbeitrag, der von jedem Mittäter geleistet worden sein muss.<sup>28</sup> Eine Kausalität dieses konkreten Tatbeitrags für den Eintritt des tatbestandlichen Erfolgs bzw. die Verwirklichung des Tatbestands ist nicht erforderlich, da insoweit die Mittäterschaft eine wechselseitige Zurechnung herbeiführt. Der konkrete Tatbeitrag des Einzelnen muss sich als Teil der Tätigkeit des anderen Mittäters und umgekehrt dessen Tun als Ergänzung des eigenen Tatanteils darstellen.<sup>29</sup> Der Tatbeitrag des Einzelnen muss also funktionswesentlich für die Tatbegehung sein bzw. dem jeweiligen Mittäter eine funktionale Tat(mit)herrschaft vermitteln,<sup>30</sup> mithin also die Durchführung des Plans in objektiver Hinsicht (auch) von der Erbringung des jeweiligen Tatbeitrags abhängen<sup>31</sup>. Die Rspr. stellt demgegenüber – zumindest vordergründig – auf den (Täter-)Willen des Beteiligten ab, der sich nach dem eigenen Tatinteresse, dem Umfang der Tatbeteiligung oder auch der Tatherrschaft (oder jedenfalls dem Willen dazu) bestimmt.<sup>32</sup>

26 Nach h.M. sind die Kriterien der Abgrenzung mittäterschaftlicher von sonstiger Beteiligung der Grad des eigenen Interesses am Erfolg der Tat, der Umfang der Tatbeteiligung als objektive Tatherrschaft und der Wille zur Tatherrschaft, Fischer/*Fischer/Anstötz*, StGB, § 25 Rn. 27 ff.; *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 38 Rn. 42.

27 Vgl. BGH, NStZ-RR 2019, 203.

28 BGH, NStZ-RR 2018, 178.

29 Vgl. BGH, wistra 2005, 380, 381; NStZ-RR 2016, 334, 335.

30 Dazu eingehend *Roxin*, Täterschaft und Tatherrschaft, S. 275–305, 860 ff.; ferner *ders.*, JA 1979, 519 ff.; *ders.*, StrafR AT/II, § 25 Rn. 188 ff.; allg. zur Tatherrschaftslehre LK/*Schünemann/Greco*, § 25 Rn. 9–12, 47 ff.

31 HKGS/*Ingelfinger*, § 25 Rn. 44.

32 BGH, StV 1994, 241 f.; NStZ 2020, 344.

Beispiel: Mittäterschaft

Der Geschäftsführer der Muttergesellschaft und der Geschäftsführer eines Zulieferbetriebs beschließen ein gesundheitsgefährdendes Produkt des Zulieferbetriebs in den Verkehr zu bringen.

Der jeweilige Beteiligte muss nicht zwingend am Kerngeschehen der Tat mitwirken.<sup>33</sup> Handlungen im Vorbereitungsstadium können funktionswesentlicher Tatbeitrag sein, sofern diese eine durchgehende Abhängigkeit unter den Beteiligten begründen.<sup>34</sup> Auch rein psychische Unterstützungshandlungen mit erheblichem Gewicht können im Einzelfall ausreichen.<sup>35</sup> Nicht ausreichend ist hingegen der bloße Wille, die Tat als gemeinsame zu wollen, ohne dass sich dieser auch in einem objektiven eigenen Tatbeitrag manifestiert.<sup>36</sup>

Beispiel: Keine Mittäterschaft

Dem Geschäftsführer A ist Konkurrent B ein Dorn im Auge. Zur Entwendung von dessen Geschäftsgeheimnissen entwirft A einen sehr vagen Plan und beauftragt seine Angestellten X und Y mit der autonomen Konkretisierung und Ausführung des Plans.

(b) Gemeinsamer Tatentschluss: Tatplan aller

In subjektiver Hinsicht setzt Mittäterschaft einen gemeinsamen Tatentschluss aller Beteiligten voraus. Erforderlich ist eine (ausdrückliche oder konkludent getroffene) Übereinkunft der Tatgenossen, eine Straftat gemeinsam dadurch zu begehen, dass jeder Beteiligte „seine eigene Tätigkeit durch die Handlung des anderen ergänzt“<sup>37</sup> und „sich auch diese zurechnen lassen will“.<sup>38</sup> Der gemeinsame Tatentschluss begründet die Gemeinschaft

33 Dem Tatrichter kommt bei der Bewertung ein Beurteilungsspielraum zu, BGH, NJW 1999, 2449; NStZ-RR 2000, 327; 2002, 74; krit. Roxin, FG BGH, 177, 195.

34 Vgl. Jescheck/Weigend, StrafR, § 63 III 1; Lackner/Kühl/Heger/Pohlreich, § 25 Rn. II f.

35 BGH, NStZ-RR 2003, 265, 267; HKGS/Ingelfinger, § 25 Rn. 44.

36 BGH, NStZ-RR 2019, 203; HKGS/Ingelfinger, § 25 Rn. 44.

37 Dazu BGHSt 41, 149, 151.

38 BGH, NStZ 1997, 336.

der Mittäter und begrenzt zugleich auch deren strafrechtliche Verantwortung.<sup>39</sup>

An diesen gemeinsamen Tatentschluss sind keine hohen Anforderungen zu stellen. Er kann auch erst nach Beginn der Tatausführung gefasst werden.<sup>40</sup> Es ist aber als Mindestanforderung zu verlangen, dass es sich tatsächlich um einen gemeinsamen Entschluss handelt. Der bloß einseitige Entschluss (sog. „Einpassungsbeschluss“<sup>41</sup>), die Tat eines anderen – sei es auch effektiv – zu fördern bzw. diesem zuzuarbeiten, begründet keine Mittäterschaft, wohl aber ggf. eine Nebentäterschaft oder Beihilfe.<sup>42</sup> Das Wissen um die Identität der weiteren Mittäter ist nicht erforderlich. Die Rspr. lässt das Wissen um die bloße Existenz von weiteren Mittätern ausreichen.<sup>43</sup>

Ein gemeinsamer Tatentschluss kann auch erst während der Tatausführung konkludent gefasst werden.<sup>44</sup> Erforderlich ist insoweit ein tatsächlicher Kommunikationsvorgang zu dieser Willensübereinkunft. Die Rspr. spricht von einer „stillschweigend“ getroffenen Vereinbarung.<sup>45</sup> Die bloße Billigung einer Tat genügt hierfür aber nicht.<sup>46</sup> Insbes. in Fällen, in denen mehrere spontan handeln,<sup>47</sup> ist die sorgfältige Feststellung eines konkludent gefassten gemeinsamen Entschlusses erforderlich.<sup>48</sup>

---

39 Zum sog. Mittäterexzess vgl. HKGS/Ingelfinger, § 25 Rn. 48 ff.

40 BGHSt 37, 106, 130; Lackner/Kühl/Heger/Pohlreich, § 25 Rn. 10.

41 Vgl. hierzu MK-StGB/Scheinfeld, § 25 Rn. 242; nach Lesch, ZStW 105 (1993), 271 soll aber sogar dies zur Begr. einer Mittäterschaft genügen können.

42 H.M., s. BGHSt 6, 248, 249 f.; BGH, NStZ 1997, 336; a.A. Jakobs, AT, 21/43.

43 So schon RGSt 58, 279; bestätigt durch BGH, wistra 2010, 103.

44 BGH, NStZ 1994, 394 a.E.; 2012, 207, 208; NStZ-RR 2016, 136, 137.

45 Z.B. BGH, NStZ 1994, 339; 2003, 85.

46 BGH, NStZ 1999, 510; 2003, 85.

47 BGH, NStZ 2003, 85.

48 Puppe, ZIS 2007, 234, 238.

Beispiel: Mittäterschaft durch Billigung

Die Geschäftsführer der Muttergesellschaft beschließen, den Rückruf eines gesundheitsgefährdenden Produkts zu unterlassen. Im Anschluss werden die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften über die Entscheidung umfassend informiert.

Die Billigung der Entscheidung begründet eine Mittäterschaft der Geschäftsführer der Tochtergesellschaften. Eine vorherige Verabredung ist nicht erforderlich. Vielmehr genügt ein während der Tat entstandenes Einverständnis (vgl. BGHSt 37, 106, 126).

(2) Fahrlässige Mittäterschaft

Fehlt eine Absprache über die vorsätzliche Erfolgsherbeiführung, ist eine fahrlässige Mittäterschaft denkbar.

Beispiel: Fahrlässige Mittäterschaft

A und B stehen auf einem Berg und rollen Steine ins Tal. Dort wird ein Spaziergänger von einem herabrollenden Stein getötet. Es ist unklar, ob A oder B den tödlichen Stein hinuntergerollt hat.

Aufgrund des bei Fahrlässigkeitsdelikten geltenden Einheitstäterprinzips<sup>49</sup> findet eine Differenzierung zwischen Täterschaft und Teilnahme allerdings nicht statt. Jeder sorgfaltspflichtwidrig handelnde Beteiligte ist Täter und eine mittäterschaftliche Zurechnung ist regelmäßig nicht notwendig.<sup>50</sup> Auch weil der gemeinsame Tatentschluss zwingend bewusstes Handeln erfordert, ist eine Mittäterschaft nach Ansicht der derzeit (noch) h.L. nur bei Vorsatzdelikten möglich.<sup>51</sup>

Die Rspr. hat die Figur einer fahrlässigen Mittäterschaft bisher ebenfalls nicht ausdrücklich anerkannt und die insoweit relevanten Zurechnungsprobleme über die Kausalität,<sup>52</sup> eine Vorverlagerung des Fahrlässigkeitsvor-

49 Vgl. nur BGHSt 4, 20, 21; MK-StGB/Freund/Rostalski, Vorbem. § 13 Rn. 490 f.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 38 Rn. 3.

50 Vgl. Roxin, StrafR AT/II, § 25 Rn. 240.

51 Vgl. nur Lackner/Kühl/Heger/Pohlreich, § 25 Rn. 13; TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 110 f.

52 BGHSt 37, 106, 131 f.

wurfs<sup>53</sup> oder über die Annahme einer Unterlassungsstrafbarkeit<sup>54</sup> gelöst.<sup>55</sup> In der Literatur finden sich allerdings zunehmend Stimmen, die – jedenfalls bei bewusster Fahrlässigkeit – auch die Möglichkeit einer Mittäterschaft bei Fahrlässigkeitsdelikten bejahen.<sup>56</sup> Freilich sind hier noch viele Aspekte umstritten und die genaue Bestimmung der Voraussetzungen einer fahrlässigen Mittäterschaft steht noch aus. Man wird aber zumindest ein bewusstes und gewolltes Zusammenwirken an einem gemeinsamen Handlungsprojekt und die Erkennbarkeit der Gefährlichkeit dieses Gesamtprojekts fordern müssen.<sup>57</sup> Die Figur der fahrlässigen Mittäterschaft wird insbes. im Zusammenhang mit Kollegial-/Gremienentscheidungen diskutiert.<sup>58</sup> Aufbauend auf dem derzeitigen Stand der Diskussion kann man von folgenden Voraussetzungen einer „fahrlässigen Mittäterschaft“ ausgehen<sup>59</sup>:

Ausgangspunkt ist die Schaffung eines rechtlich missbilligten Risikos im Wege eines arbeitsteiligen Zusammenwirkens. Die Beteiligten müssen durch ihr Zusammenwirken in gleicher Weise die an sie zu stellenden Sorgfaltsanforderungen verletzen, dies im Lichte eines für alle in gleicher Weise erkennbaren Risiko- bzw. Gefahrenmoments.<sup>60</sup> In dieser gemeinsamen Risikoschaffung liegt im Bereich der Fahrlässigkeitsdelikte die Begründung für eine mittäterschaftliche Zurechnung. Neben dieser gemeinsamen Risikoschaffung ist von den Beteiligten auch ein Bewusstsein des gemeinsamen Handelns zu verlangen.<sup>61</sup> Darüber hinaus soll erforderlich sein, dass die Beteiligten die gleiche Pflichtenstellung gegenüber dem verletzten Rechtsgut aufweisen und auch subjektiv von einem Bewusstsein der gemeinschaftlichen Verantwortung ausgehen. Kommt hingegen eine vorrangige Verantwortlichkeit eines Beteiligten in Betracht, so soll für die mittäterschaftliche Zurechnung im Bereich der Fahrlässigkeitsdelikte kein Raum mehr sein.<sup>62</sup>

---

53 BGHSt 7, 112, 115.

54 BayObLG, NJW 1990, 3032.

55 Überblick zu diesen „Alternativmodellen“ bei TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 112 f.

56 MK-StGB/Scheinfeld, § 25 Rn. 297 ff.; Rengier, AT, § 53 Rn. 3; Renzikowski, ZIS 2021, 92 ff.; Wessels/Beulke/Satzger, AT, Rn. 839 ff.

57 Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S. 221: Realisierung der „durch mehrere gemeinschaftlich geschaffenen unerlaubten Gefahr im Erfolg“.

58 Vgl. dazu Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S. 221; weitere Beispiele bei Weißer, JZ 1998, 230 f.

59 Vgl. TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 115 ff.

60 Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S. 195 f.; Roxin, Strafr AT/II, § 25 Rn. 242; LK/Schünemann/Greco, § 25 Rn. 241; Weißer, JZ 1998, 230, 236 f.

61 TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 116 m.w.N.

62 Vgl. TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 117.

### (3) Kollegial-/Gremienentscheidungen

Die Figur der fahrlässigen Mittäterschaft steht in engem Zusammenhang mit der Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung bei Gremienentscheidungen. Die sich hier ergebenden Zurechnungsprobleme entspringen zuvorderst Kausalitätsfragen, da im Falle von einstimmigen Gremienentscheidungen oder Entscheidungen mit großer Mehrheit streng genommen keine Ursächlichkeit des Handelns des Einzelnen festgestellt werden kann, weil die Entscheidung des Gremiums als Gesamtheit auch bei einem anderen Entscheidungsverhalten des Einzelnen gleich ausgefallen wäre.<sup>63</sup>

#### Beispiel: Kausalität bei Gremienentscheidungen

Die drei Geschäftsführer einer GmbH beschließen einstimmig, den gebotenen Rückruf eines gesundheitsgefährdenden Produkts zu unterlassen. Hierfür wäre eine  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit ausreichend gewesen. Jeder einzelne Geschäftsführer macht geltend, dass seine Zustimmung für das Unterbleiben des Rückrufs nicht kausal war, weil die anderen Beteiligten ihn überstimmt hätten.

Vor diesem Hintergrund ist umstritten, inwiefern Gremienentscheidungen zu einer mittäterschaftlichen Mitverantwortung führen können. Man wird dafür jedenfalls voraussetzen müssen, dass die beteiligten Gremienmitglieder auf Basis vollumfänglicher und identischer Sachverhaltsinformationen handeln,<sup>64</sup> sodass ein nicht offenbarer Wissensvorsprung eines oder mehrerer Gremienmitglieder einer Zurechnung entgegensteht. Ebenfalls wird man den Umständen der Abstimmung entsprechende Bedeutung zuschreiben müssen, sodass etwa eine geheime Abstimmung oder vorherige Absprachen der Annahme eines gemeinsamen Tatplans entgegenstehen können.<sup>65</sup> Ein solcher Tatentschluss ist indes für die Mittäterschaft konstitutiv. Fraglich ist auch, ob für einen gemeinsamen Tatentschluss eine aktive Teilnahme an der Entscheidung erforderlich ist oder eine zustimmende Kenntnisnahme ausreichend sein kann.<sup>66</sup> Eine Beschränkung der mittäterschaftlichen Zurechnung wird indes dann erforderlich sein, wenn ein Mit-

63 Vgl. generell TK/Weißer, § 25 Rn.103; ferner auch Matt/Renzikowski/Haas, § 25 Rn. 67.

64 TK/Weißer, § 25 Rn. 102.

65 Vgl. Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S.159; zur Differenzierung zwischen geheimer und verdeckter Abstimmung Mansdörfer, FS Frisch, 315, 317.

66 Vgl. dazu Satzger/Schluckebier/Werner/Murmann, StGB, § 25 Rn. 39.

glied des Gremiums aktiv gegen den Beschluss opponiert und gegen ihn stimmt.<sup>67</sup> Wie bloße Enthaltungen einzuordnen sind, ist ebenfalls umstritten.<sup>68</sup> Gerade bei knappen Mehrheitsverhältnissen können diese faktisch wie eine Zustimmung zu dem Beschluss wirken, während ihr objektiv aber kein positiver Erklärungsgehalt im Hinblick auf die Beschlussfassung innewohnt.

Diese theoretischen Fragen sind teilweise mit erheblichen praktischen (Beweis-)Problemen verbunden, sofern keine Aufzeichnungen über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Gremienmitglieder existieren.<sup>69</sup> Dies führt in der Praxis dazu, dass die Rspr. teilweise nur solche Gremienmitglieder aus der strafrechtlichen Verantwortung entlässt, die ihr Mandat infolge der Beschlussfassung niederlegen.<sup>70</sup>

#### (4) Mittäterschaft bei Unterlassungsdelikten / Mittäterschaft durch Unterlassen

Mittäterschaft – in Abgrenzung zur Beihilfe – kommt auch bei unechten Unterlassungsdelikten (§ 13 StGB) grds. in Betracht. Begrifflich zu unterscheiden ist die mittäterschaftliche Beteiligung an einer Straftat durch Unterlassen. Im Einzelnen ist hier vieles streitig.

##### Beispiel: Mittäterschaft bei unechten Unterlassungsdelikten

Das Produkt, das die Geschäftsführer der GmbH im vorherigen Beispiel nicht zurückgerufen haben, hat bei Verbrauchern Gesundheitsschäden hervorgerufen.

##### Beispiel: Mittäterschaft durch Unterlassen

Die Geschäftsführer der GmbH haben trotz Kenntnis der Umstände bereits gar keine Sitzung bezüglich eines möglichen Rückrufs des Produkts durchgeführt. Der Vorwurf liegt hier nicht in der Vornahme der Abstimmung, sondern in deren Unterlassen.

67 Vgl. TK/Weißer, § 25 Rn. 104.

68 Vgl. dazu Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S. 206.

69 Vgl. Deruyck, ZStW 103 (1991), 705, 711.

70 OLG Stuttgart, NStZ 1981, 27; dazu Knauer, Kollegialentscheidung im Strafrecht, S. 15.



Insbes. die Frage, wie eine Mittäterschaft durch Unterlassen von einer bloßen (psychischen) Beihilfe abgegrenzt werden kann, wird kontrovers diskutiert. Die Rspr. stellt insbes. auf die innere Willensrichtung des Unterlassenden ab und fragt danach, ob dieser die Tat als eigene gewollt hat.<sup>71</sup> In der Literatur finden sich vielfältige Ansätze.<sup>72</sup> Im Kontext der vorliegenden Untersuchung ist eine vertiefte Darstellung allerdings entbehrlich, da es hierbei auf diese Nuancen regelmäßig nicht ankommt.

## (5) Sonderpflichtdelikte

Eine Besonderheit ergibt sich im Bereich der sog. Sonderpflichtdelikte, mithin also bei Straftatbeständen, die eine besondere Pflichtenstellung oder Eigenschaft des Täters voraussetzen (z.B. § 266 StGB: Vermögensbetreuungspflicht; § 266a StGB: Sozialversicherungspflicht). Mittäter einer Straftat kann nur sein, wer auch unmittelbarer Alleintäter sein könnte.<sup>73</sup> Liegt die von dem Tatbestand der Strafnorm geforderte besondere Pflichtenstellung oder Eigenschaft in der Person eines Beteiligten nicht vor, kann dieser nur Teilnehmer, aber nie Mittäter sein. Umstritten ist in diesem Zusammenhang, ob diese besondere Pflichtenstellung als weiteres Merkmal neben die Tatherrschaft des Handelnden tritt<sup>74</sup> oder diese mit der Folge ersetzt, dass bereits die Existenz der Pflicht und deren Nichtbeachtung die Täterstellung konstituiert.<sup>75</sup> In der Lieferkette spielen Sonderpflichtdelikte überwiegend keine Rolle, sodass sich nähere Ausführungen erübrigen.

## bb) Teilnahme

Neben der täterschaftlichen Begehung kommt eine Teilnahme strafbarkeit in Form der Anstiftung (§ 26 StGB) und der Beihilfe (§ 27 StGB) in Betracht. Beide Formen der Teilnahme setzen eine rechtswidrige Haupttat eines anderen voraus, der entweder durch den Teilnehmer zu dieser Tat

71 BGHSt 2, 150, 156; BGH, NStZ 2019, 341, 342.

72 Frister, AT, § 26 Rn. 40; Wessels/Beulke/Satzger, AT, Rn. 1215; MK-StGB/Scheinfeld, § 25 Rn. 289 ff.; Kühl, AT, § 20 Rn. 230 f.; TK/Weißer, Vorbem. § 25 Rn. 97 ff.; BeckOK-StGB/Kudlich, § 25 Rn. 17 ff.

73 BeckOK-StGB/Kudlich, § 25 Rn. 48; HKGS/Ingelfinger, § 25 Rn. 38.

74 Bottke, Täterschaft und Gestaltungsherrschaft, S. 109; Otto, Jura 1987, 246, 257; vgl. auch SK-StGB/Hoyer, § 25 Rn. 21.

75 Roxin, Täterschaft und Tatherrschaft, S. 396 f.

veranlasst wurde (Anstiftung) oder bei der Tat unterhalb des Levels einer Mittäterschaft unterstützt wurde (§ 27 StGB). Bezugspunkt der Anstiftung und der Beihilfe ist die rechtswidrige Tat eines anderen. Der Begriff der „rechtswidrigen Tat“ ist in § 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB definiert als eine Handlung, die den Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt. Der in transnationalen Lieferketten relevanten Beihilfe durch berufsadäquates ökonomisches Handeln stehen allerdings regelmäßig die Grundsätze der Strafbarkeit der sog. neutralen Beihilfehandlung und der infolgedessen erhöhten Vorsatzanforderungen hinsichtlich der Haupttat entgegen.<sup>76</sup>

**Beispiel: Anstiftung**

Der Vorstand einer beherrschenden Gesellschaft erteilt dem Vorstand einer beherrschten Gesellschaft eine Weisung. Sofern keine Mittäterschaft oder mittelbare Täterschaft besteht, macht sich der Anweisende wegen Anstiftung strafbar.

**Beispiel: Beihilfe**

Ein Angestellter der GmbH bestärkt die Geschäftsführerin in der Idee, das gesundheitsgefährdende Produkt nicht zurückzurufen.

Die Akzessorietät der Teilnahme gegenüber der Haupttat führt dazu, dass eine Teilnahme grds. nur insoweit möglich ist, als die Haupttat überhaupt dem deutschen Strafrecht unterfällt, mithin also bzgl. der Auslands-Haupttat die Voraussetzungen der §§ 5–7 StGB vorliegen. In den Fallkonstellationen des § 7 StGB normiert allerdings § 9 Abs. 2 S. 2 StGB eine gesetzliche Fiktion dahingehend, dass für eine im Inland begangene Teilnahme an einer Auslandstat das deutsche Strafrecht auch dann zur Anwendung kommt, wenn die Haupttat nicht dem deutschen Strafrecht unterfällt.

**Beispiel: Strafbare inländische Teilnahme an strafloser Auslandstat (nach Achenbach/Ransiek/Rönnau/Rönnau, HdB Wirtschaftsstrafrecht, Teil 5, Kap. 2, Rn. 111)**

Der in Deutschland agierende Vorstand einer beherrschenden Gesellschaft stiftet den im Ausland sitzenden ausländischen Vorstand einer beherrschten ausländischen Gesellschaft dazu an, im Ausland eine Beste-

<sup>76</sup> Näher *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 42 Rn. 14 ff.; *Wittig*, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 153 f.

chung im geschäftlichen Verkehr vorzunehmen. Dort, wo die Bestechung erfolgt, existiert kein Äquivalent zu § 299 StGB.

Hier ist der deutsche Vorstand der Muttergesellschaft wegen Anstiftung zur Bestechung gem. §§ 299, 26 i.V.m. § 9 Abs. 2 S. 2 StGB strafbar; der Vorstand der ausländischen Tochter ist mangels Tatortstrafbarkeit straflos.

## b) Strafbarkeit kraft Organisationsherrschaft

Das StGB normiert in § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB mit der Figur der mittelbaren Täterschaft ein weiteres Instrument der Zurechnung fremden Handelns zur Begründung einer eigenen täterschaftlichen Verantwortlichkeit. Das Gesetz begnügt sich dabei mit der Formulierung, dass Täter auch ist, wer die Tat durch einen anderen begeht. Die einzelnen Kriterien einer mittelbaren Täterschaft sind ungeregt.

In Rechtslehre und Rspr. haben sich im Wesentlichen drei Erscheinungsformen der mittelbaren Täterschaft herausgearbeitet: die mittelbare Täterschaft kraft überlegenen Willens, die mittelbare Täterschaft kraft überlegenen Wissens und die mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft. Letztere ist im vorliegenden Kontext von besonderem Interesse, sodass sich die nachfolgenden Ausführungen weitgehend auf diese Erscheinungsform der mittelbaren Täterschaft beschränken.

### aa) Gesetzliche Grundlage: § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB

Mittelbarer Täter ist, wer die Straftat durch einen anderen begeht. Der mittelbare Täter verwirklicht den gesetzlichen Tatbestand nicht oder nicht vollständig durch unmittelbar eigenes Handeln, sondern bedient sich eines „Werkzeugs“, des sog. Tatmittlers. Der Tatmittler ist weder Allein- noch Mittäter. In der Person des Tatmittlers besteht vielmehr in der Regel ein „Defizit“, dem eine überlegene, die Handlung des Tatmittlers steuernde Stellung und ein für die Tatbestandsverwirklichung kausales eigenes Verhalten des Hintermanns entspricht.<sup>77</sup>

<sup>77</sup> Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 5; vgl. auch Mitsch, FS Küper, 347, 354 ff.

Beispiel: Mittelbare Täterschaft

Der Vorgesetzte V trägt dem weisungsabhängigen Arbeitnehmer A auf, unbefugt giftiges Abwasser in einen Fluss einzuleiten. Dabei spiegelt V dem A vor, das Abwasser sei harmloses Brauchwasser.

A irrt strafbarkeitsausschließend (§ 16 StGB); V begeht durch A eine Gewässerverunreinigung in mittelbarer Täterschaft.<sup>78</sup>

Demnach gilt hinsichtlich der mittelbaren Täterschaft das Verantwortungsprinzip. Der Vordermann kann Instrument des Hintermannes sein, da er selbst nicht den objektiven oder subjektiven Tatbestand einer Strafnorm erfüllt, nicht rechtswidrig oder nicht schuldhaft handelt. In jedem Falle ist er für die Tat strafrechtlich nicht verantwortlich. Die beim Vordermann fehlende Verantwortlichkeit wird auf den Hintermann übergewälzt.<sup>79</sup> Umgekehrt bedeutet dies: Ist der Vordermann strafrechtlich voll verantwortlich, kann der Hintermann grds. nur als Teilnehmer haften. Eine mittelbare Täterschaft kommt demnach insbes. in Betracht, wenn der Tatmittler schuldunfähig ist,<sup>80</sup> wenn er im Tatbestandsirrtum oder in einem – vom Hintermann verursachten – unvermeidbaren Verbotsirrtum handelt und wenn beim Hintermann eine von Täterwillen getragene objektive Tatherrschaft vorhanden ist,<sup>81</sup> ferner in Fällen der sog. Nötigungsherrschaft.<sup>82</sup>

Werden planmäßig Dritte eingeschaltet,<sup>83</sup> ist entscheidend, ob der Hintermann gegenüber dem Tatmittler eine die Tat beherrschende Stellung einnimmt.<sup>84</sup> Auch bei Vorliegen einer rechtmäßigen Handlung des Tatmittlers<sup>85</sup> oder, wenn sich der Tatmittler im Irrtum über die selbstschädigende Wirkung des eigenen, vom Hintermann kraft überlegenen Sachwissens

78 Vgl. NK-StGB/Ransiek, § 324 Rn. 56.

79 LK/Schünemann/Greco, § 25 Rn. 81.

80 LK/Schünemann/Greco, § 25 Rn. 134 ff.; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 6.

81 BGHSt 35, 347; 40, 257, 267.

82 Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 6.

83 Hier kommt insbes. die Schaffung von Rechtfertigungslagen Dritter in Betracht, Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 8.

84 Für mittelbare Täterschaft als Regelfall wohl BGHSt 3, 4, 6; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 8.

85 BGHSt 3, 4, 6; 10, 306, 307; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 25 Rn. 8.

veranlassten Handelns befindet,<sup>86</sup> kann dies zu der Annahme mittelbarer Täterschaft führen.<sup>87</sup>

Mittelbare Täterschaft ist nach der Rspr. des BGH auch durch Unterlassen möglich.<sup>88</sup> Die Literatur nimmt in entsprechenden Fällen teilweise unmittelbare Unterlassungstäterschaft an.<sup>89</sup> Bei eigenhändigen oder bei Sonderdelikten, bei denen dem Veranlasser die Sondereigenschaft fehlt, ist eine mittelbare Täterschaft jedoch nicht möglich.<sup>90</sup>

## bb) Mittelbare Täterschaft durch Organisationsherrschaft

Nach der Figur der mittelbaren Täterschaft durch Organisationsherrschaft<sup>91</sup> ist eine mittelbare Täterschaft auch außerhalb der Grenzen des Verantwortungsprinzips möglich.<sup>92</sup> Der Grundsatz, dass ein Hintermann dann nicht mittelbarer Täter (sondern allenfalls Teilnehmer) ist, wenn der unmittelbar Handelnde volldeliktisch agiert und das Tatgeschehen beherrscht,<sup>93</sup> gilt demnach nicht, wenn der Hintermann innerhalb einer „rechtsgelösten“ Organisation die aufgrund von Weisungsverhältnissen und befehlshierarchisch bestehende Bereitschaft unmittelbar Handelnder ausnutzt und den Taterfolg als Ergebnis eigenen Handelns will.<sup>94</sup> Der Hintermann ist dann sog. Täter-hinter-dem-Täter.<sup>95</sup>

Nach der Rspr. liegen die tatherrschaftsbegründenden Gesichtspunkte darin, dass „der Hintermann durch Organisationsstrukturen bestimmte

86 BGHSt 32, 38; dazu *Roxin*, NStZ 1984, 70, 73.

87 Zum Anwendungsfall des „absichtslos dolosen Werkzeugs“ *Lotz*, Das „absichtslos/qualifikationslos dolose Werkzeug“.

88 BGHSt 40, 257, 265 ff.; 48, 77, 89; *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 25 Rn. 10.

89 Vgl. *Brammsen*, NStZ 2000, 337, 338 ff.

90 Vgl. BGHSt 4, 355, 359; *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 25 Rn. 10.

91 Maßgeblich entwickelt von *Roxin*, GA 1963, 193 ff.; *ders.*, FS Krey, 449, 456 ff.; *ders.*, GA 2012, 395. Der BGH hat diese Rechtsfigur erstmals auf Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrats der DDR angewandt und die Todesschüsse an der Mauer als in mittelbarer Täterschaft begangene Tötungsdelikte bewertet (BGHSt 40, 218 m. zust. Anm. *Roxin*, JZ 1995, 49) und diese Linie später fortgeführt (BGHSt 45, 270; 48, 77; auch BGHSt 42, 65: Tatherrschaft durch Befehl; BGHSt 47, 100: „Vergatterung“ als Beihilfe).

92 Neben Nötigungs- und Irrtumsherrschaft, vertiefend dazu *LK/Schünemann/Greco*, § 25 Rn. 88 ff., 98 ff.

93 BGHSt 40, 218, 236.

94 *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 25 Rn. 11.

95 *Roxin*, FS Lange, 173 ff.; *MK-StGB/Scheinfeld*, § 25 Rn. 143; vgl. auch *TK/Weißer*, § 25 Rn. 25.

Rahmenbedingungen ausnutzt, innerhalb derer sein Tatbeitrag regelhafte Abläufe auslöst“.<sup>96</sup> Die mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft setzt voraus, dass der mittelbare Täter die Organisationsbefehlsgewalt inne hat, die Organisation sich im Bereich ihrer strafrechtlichen Tätigkeit vom Recht gelöst hat und die individuellen Tatmittler in ihrer Person ersetzbar sind.<sup>97</sup> Von Teilen der Literatur wird eine solche Zurechnung aber auch abgelehnt.<sup>98</sup>

Aber auch unter den Befürwortern dieser Rechtsfigur sind ihre Voraussetzungen in Einzelheiten streitig und bedürfen einer genaueren Betrachtung. Für ein besseres Verständnis ist es dabei sinnvoll, die Genese der Rechtsfigur der Organisationsherrschaft nachzuvollziehen.

### (1) Zurechnung in staatlichen Machtapparaten

Die Figur der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft wurde vom BGH zunächst für die Zurechnung innerhalb staatlicher Machtapparate angewendet.<sup>99</sup> Den Ausgangspunkt bildeten die Entscheidungen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Mitgliedern des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Die „Ausnutzung der unbedingten Bereitschaft des unmittelbar Handelnden, den Tatbestand zu erfüllen“, stellt für den BGH das maßgebliche Kriterium einer Zurechnung dar.<sup>100</sup>

Im Grundsatz ging das Gericht davon aus, dass eine Täterstellung des Hintermanns grds. nicht in Betracht kommt, soweit der unmittelbar Handelnde irrtumsfrei, vorsätzlich und voll verantwortlich agiert. Nach Ansicht des BGH gebe es aber Fallgruppen, bei denen trotz eines uneingeschränkt verantwortlich handelnden Tatmittlers der Beitrag des Hintermannes nahezu automatisch zu der von diesem Hintermann erstrebten Tatbestandsverwirklichung führe.<sup>101</sup> Solches könne vorliegen, wenn der Hintermann durch

96 BGHSt 40, 218, 236; 48, 77, 90 f.

97 Überblick bei *Roxin*, GA 2012, 395, 396.

98 Vgl. insbes. *Herzberg*, ZIS 2009, 576 ff.; *Jakobs*, NSTZ 2005, 276 ff.; *ders.*, ZIS 2009, 572 ff.; *Rotsch*, ZStW 112 (2000), 518 ff.; *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 39 Rn. 40.

99 BGHSt 40, 218.

100 BGHSt 40, 218, 236. Die Formulierung von der „Ausnutzung der unbedingten Bereitschaft des Täters zum Gehorsam“ fand sich auch in den Urteilen gegen den Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Modrow wegen der Veranlassung von Wahlfälschungen (BGHSt 40, 307, 316) und gegen Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der SED (BGHSt 45, 270, 296).

101 BGHSt 40, 218, 237.

Organisationsstrukturen bestimmte Rahmenbedingungen ausnutze, innerhalb deren sein Tatbeitrag regelhafte Abläufe auslöse. Im Kern steht dahinter der Gedanke, dass das eigenverantwortliche Handeln des Tatmittlers den Hintermann nicht entlasten kann, da die Entscheidung des Tatmittlers zur Tat zwar eigenverantwortlich, aber nicht frei erfolgt. Der BGH führt insoweit aus: „Der Hintermann hat in Fällen der hier zu entscheidenden Art auch den umfassenden Willen zur Tatherrschaft, wenn er weiß, dass die vom Tatmittler noch zu treffende, aber durch die Rahmenbedingungen vorgegebene Entscheidung gegen das Recht kein Hindernis bei der Verwirklichung des von ihm gewollten Erfolgs darstellt.“<sup>102</sup> Die Etablierung der Rechtsfigur der Organisationsherrschaft dürfte dabei auch getragen sein von den durch den BGH zitierten Überlegungen des Bezirksgerichts Jerusalem, wonach häufig die Verantwortlichkeit mit größerem Abstand zum Tatort nicht ab-, sondern zunimmt.<sup>103</sup> Der BGH hat diese Grundsätze später auch auf Fälle des Unterlassens erweitert.<sup>104</sup>

## (2) Ausdehnung auf Wirtschaftsunternehmen: Abfallbeseitigungs-Fall

Die Rechtsfigur des Täters hinter dem Täter soll nach Ansicht der Rspr. grds. auch in Unternehmenssachverhalten zur Anwendung kommen können<sup>105</sup> und besitzt folglich besondere Relevanz im Kontext transnationaler Lieferketten. Nach Ansicht des BGH besteht bei hierarchisch strukturierten kriminellen und betrieblichen Organisationen mit regelhaften Abläufen kein grundlegender Unterschied gegenüber den „Staatlicher-Machtmittel-Fällen“ im Hinblick auf die für eine mittelbare Täterschaft relevanten Zurechnungsfragen.<sup>106</sup> Der BGH dehnt dies sogar auf Abläufe innerhalb eines Konzerns aus.<sup>107</sup> Gleichzeitig begrenzte die Rspr. die Anwendung der Rechtsfigur der Organisationsherrschaft in Unternehmens-/Konzernsachverhalten aber auf Konstellationen, in denen der räumliche, zeitliche

---

102 BGHSt 40, 218, 237.

103 Vgl. auch *Schroeder*, ZIS 2009, 569.

104 BGHSt 48, 77; zur Entwicklung der Rspr. seit BGHSt 40, 218; s.a. *Roxin*, FS *Schroeder*, 387 ff.; zur Kritik *Knauer*, NJW 2003, 3101, 3102; *Rotsch*, ZStW 112 (2000), 518 ff.

105 BGHSt 40, 218, 236; 48, 331, 342; 49, 147, 163 f.; BGH, NJW 1998, 767; NStZ 2008, 89; JR 2004, 245, 246 m. Anm. *Rotsch*; vgl. zur völkerstrafrechtlichen Perspektive *Ambos*, Wirtschaftsvölkerstrafrecht, S. 59 f.

106 Vgl. BGHSt 40, 218, 236 f.; 45, 270, 296 ff.; 48, 331, 342; *Heghmanns*, NStZ 2004, 633; *Beulke*, JR 2005, 37.

107 BGHSt 49, 147 ff.

und hierarchische Abstand zwischen Organisationsspitze und unmittelbar Ausführenden gegen die Annahme einer arbeitsteiligen Mittäterschaft spricht.<sup>108</sup>

Beispiel: Keine Organisationsherrschaft (nach BGH, NStZ 2008, 89)

Geschäftsführer G einer Firmengruppe beeinflusst seine „rechte Hand“, den Angestellten A, dahingehend, dass dieser täuschend auf andere zur Einwerbung von Kredit einwirkt.

Hier liegt (noch) keine Organisationsherrschaft des G vor, denn A war ein enger Mitarbeiter und damit kein hierarchisch von G weit genug entferntes, austauschbares kleines Rädchen im Getriebe des Unternehmens. G und A sind vielmehr Mittäter.

Nach der in der Literatur vertretenen Gegenansicht können die genannten Zurechnungsgrundsätze nicht in Fällen uneingeschränkt gelten, in denen die Gesamtorganisation nicht regelmäßig deliktisch handelt und strukturiert ist. Dies ist insbes. im Bereich betrieblicher Weisungsverhältnisse der Fall.<sup>109</sup> Nach Stimmen in der Literatur verkenne der BGH in seiner Anwendung der Rechtsfigur der Organisationsherrschaft auf Unternehmen, dass bei grds. auf dem Boden des Rechts stehenden Organisationen gerade keine beliebige Ersetzbarkeit des Tatmittlers vorliege und damit der Automatismus der Anordnungsdurchführung nicht gegeben sei.<sup>110</sup> Dies gelte insbes., wenn im Unternehmen ein funktionierendes Compliance-Management existiert.<sup>111</sup>

Festzuhalten ist, dass die Rspr. die Idee der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft deutlich von ihren Ursprüngen gelöst und primär den Aspekt der Ausnutzung regelhafter Abläufe in den Vordergrund gerückt hat.<sup>112</sup> Dies ermöglicht zwar eine einfache Ausweitung der Rechtsfigur

108 BGH, NStZ 2008, 89, 90; vgl. dazu *Rissing-van Saan*, FS Tiedemann, 391, 401 ff.

109 Vgl. *Ambos*, GA 1998, 226, 239; *Munoz Conde*, FS Roxin, 609, 618 ff.; weitere Ansichten sind die Mittäterschafts-Lösung (vgl. *Jakobs*, NStZ 1995, 26 f.; *ders.*, AT 21/103; *der.*, ZIS 2009, 572 ff.) und die Anstiftungs-Lösung (z.B. *Rotsch*, NStZ 1998, 491 ff.; *ders.*, ZStW 112 (2000), 518 ff.).

110 *Roxin*, StrafR AT/II, § 25 Rn. 130; zur fehlenden „organisationstypischen Tatgeeignetheit“ und zur Bedeutung dieses bedenkenswerten Kriteriums *Heinrich*, FS Krey, 147, 160 ff.

111 *Kretschmer*, StraFo 2012, 259, 260 f.; *HKGS/Ingelfinger*, § 25 Rn. 30.

112 *Nack*, GA 2006, 342, 344; s.a. *Radtke*, ZStW 119 (2007), 69, 91 f.; *Schlösser*, Mittelbare individuelle Verantwortlichkeit im Völkerstrafrecht, S. 50; *ders.*, JR 2006, 102, 104.



der Organisationsherrschaft auch auf Wirtschaftsunternehmen; gleichzeitig wird dabei aber übersehen, dass die immer stärker werdende Bedeutung von Compliance-Strukturen und der sich stetig verbessernde Schutz von Hinweisgebern gerade der Annahme regelhafter Abläufe und determinierter unfreier Entscheidungen von Weisungsempfängern in der Hierarchie eines Unternehmens entgegenstehen.

### c) Geschäftsherrenhaftung

Die sog. Geschäftsherrenhaftung<sup>113</sup> ist thematisch – wie auch die Rechtsfigur der Organisationsherrschaft – dem Feld der strafrechtlichen Vorgesetztenverantwortlichkeit zuzuordnen.<sup>114</sup> Im Fokus der Geschäftsherrenhaftung stehen Fälle der Untätigkeit bzw. des Unterlassens, die im Bereich von Lieferkettenkonstellationen ggf. Verantwortlichkeitslücken schließen kann.<sup>115</sup> Erfasst wird insoweit im Ausgangspunkt eine Untätigkeit des Geschäftsherrn bei erkanntem rechtswidrigen Verhalten von Mitarbeitern des Unternehmens. Daneben werden unter dem Begriff der Geschäftsherrenhaftung auch Sachverhaltsgestaltungen diskutiert, bei denen es um eine Untätigkeit des Geschäftsherrn im präventiven Bereich, also zur Vermeidung von Straftaten durch Unternehmensangehörige, geht.<sup>116</sup>

#### Beispiel: Geschäftsherrenhaftung

Der (deutsche) Angestellte A besticht am Ort des ausländischen Zulieferbetriebs einen ausländischen staatlichen Bediensteten, um die Brandschutzbedingungen nicht einhalten zu müssen. Aus Nachlässigkeit bestehen auf der Führungsebene des Verbandes keine Mechanismen zur Verhinderung eines solchen Verhaltens.

Der Begriff der „Geschäftsherrenhaftung“ fasst damit Fallgruppen zusammen, in denen aus der Inhaberschaft für ein Unternehmen oder aus der

113 Vgl. dazu BGHSt 57, 42 m. Anm. Kuhn, wistra 2012, 297; Mansdörfer/Triig, StV 2012, 432; Schlösser, NZWiSt 2012, 281; Roxin, JR 2012, 305; Bülte, NZWiSt 2012, 176; s.a. auch Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 64 ff.; zur Vorgesetztenverantwortlichkeit nach dem IStGHSt Ambos, Wirtschaftsvölkerstrafrecht, S. 61 f.

114 Vgl. Rönna, JuS 2022, 117.

115 Ebenso Peltzer, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 92.

116 Vgl. LG München I, NZWiSt 2014, 183; Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Organisation (zu §§ 91 Abs. 2, 93 AktG).

Position eines leitenden Angestellten eines Betriebs eine strafbewehrte Garantenpflicht i.S.d. § 13 StGB erwächst. Die Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen eine solche Garantenstellung entsteht, ist damit indes noch nicht beantwortet. Dabei bestimmen letztlich Inhalt und Reichweite dieser Garantenpflicht auch darüber, ob im Falle von Rechtsgutverletzungen in transnationalen Lieferketten ein (Unterlassens-)Tatort in Deutschland gem. § 9 Abs.1 Var. 2 StGB besteht und damit der Inhaber bzw. leitende Angestellte einem eigenständigen strafrechtlichen Risiko ausgesetzt ist.<sup>117</sup> In diesen Sachverhaltskonstellationen wird dabei insbes. das Unterlassen organisatorisch notwendiger Aufsichtsmaßnahmen in den Blick zu nehmen sein sowie die Frage, inwieweit eine Pflicht zur Verhinderung von Straftaten durch im Ausland für das Unternehmen handelnde Personen, Mitarbeiter von Tochterunternehmen bis hin zu gesellschaftsrechtlich unabhängigen Zulieferbetrieben begründbar ist.<sup>118</sup> Hinsichtlich des Umfangs und der Ausgestaltung einer solchen Pflicht sind insbes. Maßnahmen zur Risikoanalyse (Risikoidentifikation, Risikobeurteilung, Risikokommunikation und Risikodokumentation) und der Risikobewältigung bzw. Risikovermeidung durch konstante Kontrolle der Gefahrensituation in den Blick zu nehmen.<sup>119</sup>

#### aa) Grundlagen: Garantenstellung

Die Geschäftsherrenhaftung findet ihren Ausgangspunkt in der Unterlassungsstrafbarkeit nach § 13 StGB. Demnach macht sich strafbar, „wer es unterlässt einen Erfolg abzuwenden, der zum Tatbestand eines Strafgesetzes gehört“ und „rechtlich dafür einzustehen hat, dass der Erfolg nicht eintritt.“ Nach dem Wortlaut des § 13 StGB ist also die unterlassene Verhinderung einer Rechtsgutbeeinträchtigung nicht per se strafrechtlich relevant. Die Strafbarkeit bloßer Untätigkeit ist vielmehr als Ausnahme konzipiert und tritt nur insoweit ein, als eine Pflicht zur tätigen Erfolgsabwendung bestand und zudem die Untätigkeit einer aktiven Rechtsgutverletzung gleichsteht. Kernelement der Unterlassungsstrafbarkeit aus § 13 StGB ist damit die Garantenpflicht.

---

117 Minkoff/Sahan/Wittig/Wegner, Konzernstrafrecht, § 7 Rn. 13.

118 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 202; vgl. auch Saage-Maaß/Leifker, BB 2015, 2499, 2503.

119 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 202.

Diese Pflicht ergibt sich nicht unmittelbar aus dem Strafgesetz, sondern wird insbes. nach der Rspr. des BGH<sup>120</sup> anhand materieller Kriterien begründet,<sup>121</sup> wobei es sich hierbei um einen dynamischen Diskurs handelt, der stetig wandelnden und immer komplexer werdenden Lebenssachverhalten entsprechend Rechnung tragen muss.<sup>122</sup>

Das deutsche Strafrecht kennt zwei Arten von Garantenpflichten: Beschützergaranten- und Überwachungsgarantenpflichten. Beschützergaranten treffen Obhutspflichten für ein bestimmtes Rechtsgut. Die Aufgabe und Pflicht des Beschützergaranten ist es, ein bestimmtes Rechtsgut vor Gefahren aus allen Richtungen zu schützen. Der Ursprung dieser Pflicht kann in einer natürlichen Verbundenheit<sup>123</sup>, besonderen Vertrauens- oder Gefahrengemeinschaften oder freiwilligen Übernahme liegen.<sup>124</sup> Der Pflichtenkreis von Überwachungsgaranten knüpft hingegen an deren Verantwortlichkeit für bestimmte Gefahrenquellen an. Jeder, der Gefahrenquellen schafft oder unterhält, ist verpflichtet, die nach Lage der konkreten Situation erforderlichen Vorkehrungen zum Schutz anderer zu treffen.<sup>125</sup> Es besteht insoweit eine Nähe zu den zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten. Es ist jedoch umstritten, ob diese inhaltsgleich auf das Strafrecht Anwendung finden.<sup>126</sup> Es kann aber jedenfalls festgehalten werden, dass allein das Bestehen gesetzlich normierter Pflichten nicht automatisch zur Entstehung einer strafrechtlichen Garantenstellung führt. Entsprechende gesetzliche Pflichten dienen zwar indiziell als Ausgangspunkt für die Bestimmung strafrechtlicher Garantenpflichten. Es bedarf jedoch letztlich einer auf den konkreten Einzelfall bezogenen Betrachtung, ob und inwieweit auch ein strafrechtlicher Rechtsgüterschutz gesetzgeberisch intendiert war.<sup>127</sup>

120 BGHSt 48, 77, 82 ff.; 48, 301.

121 *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 36 Rn. 52 ff.; *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 204; trotz in der Literatur geäußelter Bedenken (vgl. *Mitsch*, NSW 2025, 100 ff.; *Köhler*, AT, S. 213 f.; *Matt/Renzikowski/Haas*, § 13 Rn. 6) verstößt § 13 StGB nach ganz h.M. nicht gegen das Bestimmtheitsgebot, BVerfGE 96, 68, 97 ff; BVerfG, NJW 2003, 1030; *TK/Bosch*, § 13 Rn. 5 f.; *Roxin*, GA 2021, 190; *NK-StGB/Gaede*, § 13 Rn. 3; *LK/Weigend*, § 13 Rn. 18 m.w.N.

122 *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 204.

123 Z.B. zwischen Familienangehörigen, *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 13 Rn. 14.

124 *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 13 Rn. 14.

125 BGHSt 53, 38, 41 mit Hinw. auf die ständige Rspr., insbes. BGHZ 103, 338, 340; *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 204.

126 *Graf/Jäger/Wittig/Merz*, § 13 StGB Rn. 35.

127 *TK/Bosch*, § 13 Rn. 8; *NK-StGB/Gaede*, § 13 Rn. 31; *LK/Weigend*, § 13 Rn. 21.

Beispiele für Überwachungsgarantenstellungen sind konkretisierte Verkehrssicherungspflichten, Pflichten zur Beaufsichtigung Dritter<sup>128</sup> oder die Pflicht, Schäden abzuwenden, die einem Rechtsgut aufgrund eigenen gefährlichen Vorverhaltens drohen (sog. Ingerenz). Überwachungspflichten können auch aus der Direktionsmacht hinsichtlich im eigenen Herrschaftsbereich liegender Gefahrenquellen erwachsen. Die hierzu entwickelte Kasuistik ist vielfältig. Zusammenfassend können mit der Rspr. folgende Entstehungsgründe für Garantensstellungen unterschieden werden:

- Gesetz (z.B. Eltern gegenüber ihren Kindern aus § 1626 Abs. 1 BGB),<sup>129</sup>
- freiwillige Übernahme von Schutzfunktionen (z.B. Bereitschaftsarzt gegenüber einem Kranken),<sup>130</sup>
- besondere Vertrauensverhältnisse (z.B. Familie oder Haushaltsgemeinschaft),<sup>131</sup>
- Ingerenz (z.B. Kraftfahrer lässt einen aus Unachtsamkeit angefahrenen Radfahrer liegen, obwohl er erkennt, dass dieser ohne ärztliche Hilfe sterben könnte),<sup>132</sup> und
- sonstige Verantwortlichkeit für eine Gefahrenquelle (z.B. bauleitender Architekt über eine Baustelle).<sup>133</sup>

#### bb) Weitere Voraussetzungen der unechten Unterlassungsstrafbarkeit (§ 13 StGB)

Das Bestehen einer Garantenpflicht sagt für sich allein noch nichts über die Strafbarkeit eines Unterlassens aus. Ist die Quelle der Begründung der Pflicht gefunden, stellt sich sodann die Frage nach ihrem konkreten Inhalt. Diese ist ebenfalls einzelfallorientiert zu bestimmen. Unabhängig von der

---

128 Z.B. für Vollzugsbeamte, Anstaltspersonal, Lehrer, Fahrlehrer, s. Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 15.

129 S. dazu Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 19 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 51.

130 S. dazu Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 36 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 83 ff.

131 S. dazu Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 43 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 78 ff.

132 S. dazu Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 47 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 67 ff.

133 S. dazu Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 60 ff.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 60 ff.

konkreten inhaltlichen Ausgestaltung des Pflichtenprogramms ergeben sich aber folgende allgemeine Leitlinien:

### (1) Physisch-reale Handlungsmöglichkeit

Die strafrechtliche Vorwerfbarkeit einer Untätigkeit setzt zunächst voraus, dass es dem Verpflichteten physisch-real möglich und zumutbar<sup>134</sup> ist, die von ihm geforderte Handlung zu erbringen oder jedenfalls deren Vornahme durch einen Dritten zu veranlassen.<sup>135</sup> Ist ex ante sicher vorhersehbar, dass etwaiges Handeln erfolglos bleiben würde, entfällt die Handlungspflicht.<sup>136</sup> Dieser Umstand wird im Rahmen der Diskussion um die strafrechtliche Verantwortlichkeit in transnationalen Lieferbeziehungen entsprechend zu beachten sein, bestehen doch vielfach zwischen dem deutschen Unternehmen und den Zulieferbetrieben nur vertragliche, aber keine gesellschaftsrechtlichen Beziehungen, die eine effektive Intervention ermöglichen würden.

### (2) Quasi-Kausalität

Um dem Täter den Eintritt des tatbestandlichen Erfolgs trotz seiner Untätigkeit zurechnen zu können, ist zudem eine (hypothetische) Kausalität des Unterlassens für den Erfolgseintritt notwendig,<sup>137</sup> die nach h.M. anhand einer Umkehrung der *conditio-sine-qua-non*-Formel zu bestimmen ist. Ursächlichkeit ist demnach dann anzunehmen, wenn bei Vornahme der pflichtgemäßen Handlung der tatbestandsmäßige Erfolg ausgeblieben wäre, d.h. der Erfolg entfiel, wenn die Handlung hinzugedacht würde.<sup>138</sup> Die h.M. gelangt bei der Durchführung dieses Gedankenexperiments allerdings nur dann zur Annahme der (Quasi-)Kausalität der Unterlassung, wenn der Erfolg mit *an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit* ausgeblieben wäre;<sup>139</sup> entsprechende Zweifel gehen somit zugunsten des Täters. Eine davon abweichende Ansicht in der Literatur, die anstelle der hypothetischen

134 Vgl. hierzu BGH, NJW 1994, 1357; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 9 ff.

135 TK/Bosch, Vorbem. § 13 Rn. 152.

136 BGH, NSTZ 2000, 414.

137 Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 15 ff.

138 Ständige Rspr.: BGHSt 6, 1, 2; 59, 292, 301. Für die Literatur: Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, Vorbem. § 13 Rn. 39.

139 BGHSt 37, 106; BGH, NJW 2010, 1087, 1090.

Kausalität die bloße Risikoerhöhung infolge der Nichtvornahme der gebotenen Handlung für ausreichend erachtet (sog. Risikoerhöhungslehre) bzw. die lediglich auf die Eignung der erforderlichen Handlung zur Risikominderung abstellt,<sup>140</sup> hat sich bislang nicht durchgesetzt.

### (3) Objektive Zurechnung

Des Weiteren ist insbes. bei der Unterlassungsstrafbarkeit die objektive Zurechnung des Erfolgs zu berücksichtigen. Die Lehre von der objektiven Zurechnung dient, grob gesprochen, der Abgrenzung zwischen Unglück und Unrecht und somit der normativen Eingrenzung des weiten Kausalitätsverständnisses der Äquivalenztheorie.<sup>141</sup> Objektiv zurechenbar ist einer Person der von ihr kausierte (Verletzungs- bzw. Gefährdungs-)Erfolg nur dann, wenn ihr Verhalten (Tun oder Unterlassen) eine rechtlich missbilligte Gefahr für das verletzte bzw. konkret gefährdete Rechtsgut geschaffen und gerade diese Gefahr sich im tatbestandlichen Erfolg verwirklicht hat.<sup>142</sup> Dazu, wann dies (ausnahmsweise) einmal nicht der Fall ist, haben sich verschiedene Fallgruppen herauskristallisiert. Für die hier interessierenden Konstellationen sind vor allem die folgenden Punkte von besonderer Bedeutung:

Der Erfolg ist grds. nicht zurechenbar, wenn dieser (auch) auf einer eigenverantwortlichen Selbstgefährdung des Opfers beruht.<sup>143</sup> Dabei kann die Grenzziehung im Einzelfall schwierig sein – insbes. die Frage, ob eine dem Anschein nach vorliegende eigenverantwortliche Selbstgefährdung auch tatsächlich eigenverantwortlich gewesen ist. Dieses Problem kann sich vor allem im Rahmen von Abhängigkeitsverhältnissen stellen, die etwa im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch in den Geflechten transnationaler Wirtschaftsbeziehungen bestehen können. Die Annahme von Eigenverantwortlichkeit kann jedenfalls nicht ohne Weiteres auf die allgemeine Erfahrung eines Vorgesetzten gestützt werden, dass die ihm Untergebenen, die mit den Gefahren ihrer Arbeit vertraut sind, freiver-

---

140 Greco, ZIS 2011, 674, 676 ff.; Otto, AT, § 10 Rn. 24 ff.

141 Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, Vorbem. § 13 Rn. 24.

142 BGHSt 11, 1, 7; 21, 59, 61; OLG Stuttgart, StraFo 2011, 281 m. Anm. Puppe, JR 2012, 164; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, Vorbem. § 13 Rn. 25.

143 BGH, NStZ 1985, 25; Roxin, FS Gallas, 241, 243 ff.

antwortlich auf vorgeschriebene Selbstschutzmaßnahmen verzichten, weil ihnen diese zu zeitaufwändig und lästig sind.<sup>144</sup>

Beispiel: Keine eigenverantwortliche Selbstgefährdung (nach OLG Naumburg, NStZ-RR 1996, 229)

G ist Geschäftsführer einer GmbH, die Instandsetzungs-, Reparatur- und Anschlussarbeiten an Gasleitungen durchführt. Er ist gesetzlich verpflichtet, für jede seiner Arbeitskolonnen ausreichend Atemschutzmasken für die Durchführung der Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Dieser Pflicht kommt G aber nicht nach und schafft nur eine Maske für seine sechs Mitarbeiter an. Bei dem Anschluss eines Hauses an das Gasnetz verzichten die Arbeitnehmer A und B auf die von einem Kollegen angebotene Atemschutzmaske, weil ihnen das Ausleihen einer fremden Maske lästig erscheint. An der Baugrube angekommen, erkennt A die hohe Lebensgefahr durch die bei den Arbeiten austretenden giftigen Gase. Er beginnt jedoch mit dem Anschluss. Dabei erleidet er eine Kohlenmonoxidvergiftung und wird ohnmächtig. B steigt in die Grube, um A zu retten, wird jedoch ebenfalls ohnmächtig. A und B ersticken kurze Zeit später.

Wenn A eine eigene Atemschutzmaske an der Baugrube zur Verfügung gestanden hätte, hätte er diese auch verwendet.

Umstritten ist in diesem Zusammenhang außerdem, wie weit der (die Zurechnung ausschließende) Einwand des sog. rechtmäßigen Alternativverhaltens reicht. Hierzu ist in der Rspr. grds. anerkannt, dass insbes. bei fahrlässigem Verhalten eine Erfolgszurechnung nicht in Betracht kommt, wenn die reale Möglichkeit besteht, dass der Erfolg auch im Falle sorgfalts-gemäßen Verhaltens gleichermaßen eingetreten wäre.<sup>145</sup> Fraglich ist allerdings, ob der erforderliche Pflichtwidrigkeitszusammenhang nach diesen Grundsätzen auch dann ausgeschlossen ist, wenn beim (unstreitigen) Unterlassen von Sicherungsmaßnahmen Unsicherheit über die Frage besteht, ob die geschädigten Personen sich nicht über die Sicherungsmaßnahmen hinweggesetzt hätten.

<sup>144</sup> Vgl. OLG Naumburg, NStZ-RR 1996, 229, 231.

<sup>145</sup> BGHSt 11, 1; näher Rengier, AT § 52 Rn. 26 ff.

Beispiel: Ausgeschlossener Pflichtwidrigkeitszusammenhang (nach OLG Frankfurt, KommJur 2024, 98)

Ein von der Allgemeinheit genutzter Teich in der Gemeinde G birgt aufgrund seiner Beschaffenheit Risiken für unerfahrene Schwimmer und Kinder. Infolgedessen kommen drei Kinder ums Leben. Die Risiken waren für Gemeindebürgermeister B bei Aufwendung der entsprechenden Sorgfalt erkennbar und durch Errichtung eines Zaunes vermeidbar. Gleichwohl hat B nach Ansicht des OLG keine fahrlässige Tötung durch Unterlassen begangen, da es hinsichtlich des Ertrinkens der Kinder im Teich am Pflichtwidrigkeitszusammenhang fehlt. Zwar sei der Bürgermeister verpflichtet gewesen, die Errichtung eines Zauns zu veranlassen. Jedoch sei es nicht auszuschließen, dass unbeaufsichtigte Kinder unvernünftigerweise über den Zaun geklettert und gleichwohl im Teich verunglückt wären.

Die Rspr. tendiert in dieser Frage bislang zu der Ansicht, dass eine Strafbarkeit ausscheide, wenn nicht sicher feststellbar ist, dass sich die Geschädigten an die gebotenen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Warnungen, Empfehlungen oder Aufforderungen sowie physische Barrieren zum Verhindern des Betretens gefährlicher Bereiche) auch tatsächlich gehalten bzw. sie diese auch wirklich beachtet hätten.<sup>146</sup> In der Literatur wird diese Rspr. indes zutr. kritisiert und dafür plädiert, bei der Zurechnungsprüfung im Rahmen hypothetischer Geschehnisse folgende Zusatzregel anzunehmen: Es ist davon auszugehen, dass alle Beteiligten, die nach der gebotenen Handlung des Angeklagten am rettenden Kausalverlauf beteiligt gewesen wären, sich rechtmäßig und obliegenheitsmäßig verhalten hätten.<sup>147</sup>

Des Weiteren ist hinsichtlich des für die Erfolgszurechnung erforderlichen Pflichtwidrigkeitszusammenhang stets das erlaubte Risiko mit in den Blick zu nehmen. Damit ist Folgendes gemeint: Sofern ein bestimmtes Risiko nicht völlig zu beseitigen, sondern lediglich auf erlaubtes Maß zu reduzieren ist, bezieht sich der Kausalnachweis auch nur auf das Ausbleiben des Erfolgs bei Einhaltung des reduzierten Risikos. M.a.W.: Wäre der Erfolg auch bei erlaubt riskantem Alternativverhalten eingetreten, fehlt der für die Erfolgszurechnung erforderliche Pflichtwidrigkeitszusammenhang.<sup>148</sup>

146 OLG Frankfurt a.M., StV 2024, 573; vgl. auch BGH, NJW 2000, 2754.

147 So *Puppe*, NStZ 2025, 20, 21; sachlich übereinstimmend TK/*Bosch*, § 13 Rn. 61 f.; *Altenhain*, NStZ 2001, 189, 191; *Kahrs*, NStZ 2011, 14, 17; *Lund*, StV 2024, 577, 579.

148 *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 33 Rn. 42 m.w.N.



Beispiel: Pflichtwidrigkeitszusammenhang bei erlaubtem Risiko (nach *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 36 Rn. 8, 24)

In einer chemischen Fabrik kommt es zu einer Explosion mit Verletzungsfolgen. Die Explosion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Ingenieur I den Zufluss eines Gases nicht gestoppt hat. Nach den einschlägigen Sicherheitsbestimmungen musste I das Gas jedoch nur um einen bestimmten Prozentsatz reduzieren. Sofern sich nicht ausschließen lässt, dass die Explosion auch bei einer pflichtgemäß reduzierten Gasmenge eingetreten wäre, entfällt der Pflichtwidrigkeitszusammenhang.

Die objektive Zurechnung des Erfolgs kann überdies ausgeschlossen sein, wenn der Erfolgseintritt durch das Eingreifen eines Dritten (mit-)verursacht wird. Nach einer Lehrmeinung soll insbes. die Zurechenbarkeit eines Erfolgs zu einem fahrlässigen Erstverursacher zu verneinen sein, wenn ein vorsätzlich handelnder Zweitverursacher in das Geschehen eingreift.<sup>149</sup> Zutr. geht allerdings die Rspr. davon aus, dass ein solchermaßen striktes Regressverbot auch bei vorsätzlichem Dazwischentreten Dritter nicht anzuerkennen ist.<sup>150</sup> Das Gesetz selbst gibt verschiedenorts deutlich zu erkennen, dass die Sanktionierung fahrlässigen Verhaltens gerade dazu dienen soll, daran anknüpfende vorsätzliche Schädigungen durch Dritte zu verhindern (vgl. § 14 Abs. 2 S. 2 StVO).<sup>151</sup> Daraus folgt, dass die Zurechnung jedenfalls dann möglich ist, wenn die vom Ersttäter verletzten Sicherheitsvorschriften und Garantenpflichten gerade dazu dienen sollen, Vorsatztaten Dritter zu verhindern. Maßgeblich kommt es für die Erfolgzurechnung also auf den Schutzzweck der vom Ersttäter verletzten Norm an.

149 *Naucke*, ZStW 76 (1964), 409, 424 ff.; *Berster*, ZIS 2012, 624; vgl. auch *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 11 Rn. 41.

150 Vgl. BGH, NSTZ 2022, 163 Rn. 24; BayObLG, NJW 1998, 3580; zur Zurechnung bei fahrlässigem Handeln Dritter BGHSt 66, 270 Rn. 33 ff.

151 S. dazu auch die (zivilrechtliche) Entscheidung BGH, NJW 1971, 459; vgl. ferner *Nakotte*, Straftaten in der Lieferkette, S. 377 f.

Beispiel: Keine Zurechnungsunterbrechung trotz Dazwischentreten Dritter (nach BGH, JA 2012, 634)

Der 17-jährige Sohn des A begeht mit Waffen seines Vaters einen Amoklauf, bei dem er durch Schüsse 15 Menschen tötet und 14 verletzt. Der Sohn war an die Waffen gelangt, weil Sportschütze A seine Waffen und Munition (unter Verstoß gegen § 36 WaffG) unverschlossen in der Wohnung aufbewahrt hatte. A wusste auch, dass sein Sohn psychisch krank ist und Tötungsfantasien hegte.

#### cc) Im Speziellen: Die Garantenstellung des Geschäftsherrn

Die im Kontext der allgemeinen Lehren zur Garantenstellung unter dem Begriff der Geschäftsherrenhaftung diskutierten Fallgestaltungen stehen häufig im Zusammenhang mit der Stellung einer Person als z.B. GmbH-Geschäftsführer (§ 43 GmbHG) oder AG-Vorstand (§ 93 Abs. 1 AktG). Diese Organstellung für sich allein ist aber nicht ausreichend, um eine Garantenstellung i.S.v. § 13 StGB zu begründen, jedenfalls nicht mit dem Inhalt, stets für die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der gesamten Geschäftstätigkeit des Unternehmens zu sorgen.<sup>152</sup> Darüber hinaus besteht Konsens darüber, dass den Inhaber eines Betriebes keine allgemeine Pflicht zur Verhinderung jedweder Straftaten in seinem Unternehmen trifft. Angesprochen ist insoweit die Eigenverantwortung der jeweiligen Mitarbeiter.<sup>153</sup> Jenseits dieses „kleinsten gemeinsamen Nenners“ ist im Detail vieles umstritten.

Beispiel: Garantenstellung aus Ingerenz

Die Geschäftsführer der GmbH haben ein gesundheitsgefährdendes Produkt in Verkehr gebracht. Die Garantenstellung folgt nicht bereits aus der Stellung als Geschäftsführer, sondern aus vorangegangenen pflichtwidrigen Vorverhalten. Durch das Inverkehrbringen des gesundheitsgefährdenden Produkts haben sich die Geschäftsführer objektiv pflichtwidrig verhalten.

<sup>152</sup> BGHZ 194, 26; vgl. auch *Roxin*, FS Beulke, 239 ff.

<sup>153</sup> Vgl. *Rönnau*, JuS 2022, 117, 118.

## (1) Meinungsstand in der Literatur

Die h.L. zieht zur Begründung der Garantenstellung des Geschäftsherrn im Wesentlichen zwei Argumentationsmuster heran, die im Kern jedoch beide auf den Aspekt der „Herrschaft“ abstellen.<sup>154</sup> Teilweise wird insoweit an die Herrschaft des Geschäftsherrn über die im Unternehmen tätigen Personen, teilweise auf die Herrschaft über das Unternehmen als Gefahrenquelle abgestellt.<sup>155</sup> Bezugspunkt des personellen Herrschaftsgedankens ist primär das innerbetriebliche Weisungsrecht des Inhabers bzw. leitenden Angestellten gegenüber den Mitarbeitenden.<sup>156</sup> Dieses Weisungsrecht, verbunden mit strukturellen Informations- und Wissensdefiziten der Angestellten gegenüber dem Inhaber, führt nach diesen Ansichten zu einer Unterwerfung der Mitarbeiter unter die organisatorische Herrschaftsgewalt des Betriebsinhabers. Diese sich so ergebende faktische Lenkungsmacht rechtfertigt es, dem Inhaber die Verantwortung für das Verhalten der Mitarbeiter zuzuschreiben.<sup>157</sup>

Demgegenüber stellt der betriebsbezogene Ansatz auf den Betrieb als Gefahrenquelle selbst ab.<sup>158</sup> Außenstehende haben weder Einblick- noch Einflussnahmemöglichkeiten in die Sphären des Betriebs. Diese stehen allein dem Betriebsinhaber zu, sodass diesem auch eine entsprechende Verantwortung dahingehend zukomme, sich aus dem Betrieb ergebende Gefahren zu überwachen. Im Kern ähneln diese Argumente dem personellen Herrschaftsansatz, da auch insoweit die sich aus Wissens- und Informationsdefiziten ergebende strukturelle Ungleichheit zwischen dem Betriebsinhaber und Dritten als Anknüpfungspunkt für eine Haftung herangezogen werden. Lediglich der Bezugspunkt ist ein anderer, indem nicht unmittelbar auf die Herrschaft über die Person, sondern das Unternehmen als Gesamtheit von Personen und Sachen abgestellt wird. Dadurch vermeidet diese Ansicht den berechtigten Einwand, dass allein das (faktische) Weisungsrecht gegenüber einer anderen Person nicht deren Eigenverantwortlichkeit beseitigt.<sup>159</sup> Die

---

154 Rönna, JuS 2022, 117, 118.

155 Vgl. dazu Überblick bei Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 58 ff.

156 Vgl. dazu Schall, FS Rudolphi, 267, 271; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 70.

157 Schünemann, Unternehmenskriminalität und Strafrecht, S. 95 ff.; Roxin, StrafR AT/II, § 32 Rn. 137; vgl. auch Rönna, JuS 2022, 117, 119.

158 LK/Walter/Weigend, § 13 Rn. 56; Otto, Jura 1998, 409, 413; Schünemann, Unternehmenskriminalität und Strafrecht, S. 95; zur Stellung als Überwachungsgarant in einer Konzernstruktur vgl. Langkeit, FS Otto, 649, 654 ff.

159 Rönna, JuS 2022, 117, 119.

sich insoweit aus der Herrschaft über das Unternehmen ergebende Pflichtenstellung ist dabei die Kehrseite der Freiheit des Inhabers, überhaupt ein Unternehmen zu betreiben. Dem sich so für ihn bietenden Nutzen steht die Verantwortung gegenüber, diesen Nutzen nicht unter Verletzung der Rechtsgüter anderer zu ziehen.<sup>160</sup> Hieraus erwächst für den Geschäftsherrn auch die Pflicht, anhand von Anweisungen und Kontrollen strafbare Handlungen der Mitarbeiter zu verhindern. Voraussetzung hierfür ist die tatsächliche und rechtliche Einwirkungsmöglichkeit.<sup>161</sup> Primärer Adressat dieser „Strafverhinderungspflicht“ ist der Unternehmensinhaber. Dies gilt auch dann, wenn Unternehmensträgerin eine juristische Person ist.<sup>162</sup> Eine (derivative) Garantenstellung der Leitungspersonen des Unternehmens lässt sich über § 14 StGB oder die tatsächliche Übernahme der entsprechenden Aufsichtspflicht herleiten.<sup>163</sup>

## (2) Entwicklung der Rechtsprechung

Der BGH erkennt eine Geschäftsherrenhaftung ausdrücklich an und hat in zahlreichen Entscheidungen deren Voraussetzungen näher konkretisiert. Er hat zunächst in der Entscheidung „Berliner Stadtreinigung“ generell festgehalten, dass einen Compliance Officer regelmäßig die i.S.v. § 13 StGB strafbewehrte Pflicht treffe, Straftaten von Angehörigen des Unternehmens zu verhindern, sofern diese Taten im Zusammenhang mit der Unternehmenstätigkeit stehen.<sup>164</sup> Diese Entscheidung wurde so interpretiert, dass der BGH damit implizit auch eine Garantenstellung der Geschäftsherren anerkannt habe, aus der sich die Garantenstellung des Compliance Officer ableite.<sup>165</sup> In der „Mobbing-Entscheidung“ hat der BGH sodann die Geschäftsherrenhaftung als solche anerkannt.<sup>166</sup> Das Gericht belässt es in dieser Entscheidung aber bei der Feststellung, dass sich aus der Stellung

160 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 206; Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981, 990 f.; Rönna, JuS 2022, 117, 118.

161 Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981, 990; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 206.

162 Utz, Personale Reichweite der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung, S. 160 ff.

163 Utz, Personale Reichweite der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung, S. 169 ff.; seit BGHSt 54, 44, 48 f. ist anerkannt, dass eine Garantenstellung auch durch Delegation begründet werden kann (z.B. Garantenstellung eines Compliance Officers); Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 207.

164 BGHSt 54, 44, 46 f.

165 Vgl. Rönna, JuS 2022, 117, 120.

166 BGHSt 57, 42; vgl. auch BGH, NStZ 2018, 648.

als Geschäftsherr eine Garantenpflicht i.S.v. § 13 StGB ergeben kann, Straftaten von nachgeordneten Mitarbeitern zu verhindern. Eine weitergehende Begründung enthält die Entscheidung nicht.

### (3) Einschränkung der Haftung: Betriebsbezogenheit der Straftat

Der BGH hat in den soeben erwähnten Entscheidungen eine Garantenpflicht des Geschäftsherrn dem Grunde nach anerkannt, dieser strafrechtlichen Haftung aber zugleich auch Grenzen gesetzt, indem diese Pflicht auf die Verhinderung *betriebsbezogener* Straftaten beschränkt wird.<sup>167</sup> Der BGH versteht den Begriff der Betriebsbezogenheit unter Hinweis auf den Bestimmtheitsgrundsatz bisher sehr eng<sup>168</sup> und fordert einen „inneren Zusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit des Begehungstäters oder mit der Art des Betriebes“.<sup>169</sup> Von einer Haftung des Geschäftsherrn ausgenommen sind damit Taten, die sich auch außerhalb eines Betriebs genauso ereignen könnten.<sup>170</sup> Diese Einschränkung darf aber nicht dahingehend missverstanden werden, dass diese zum Ausschluss von branchenuntypischen Straftaten führt.<sup>171</sup> Das Kriterium der Betriebsbezogenheit soll lediglich sicherstellen, dass der Geschäftsherr nur für solche Taten von Mitarbeitern zur Verantwortung gezogen wird, in denen sich gerade das von ihm gesetzte Risiko des Betriebs als Gefahrenquelle realisiert. Demgegenüber soll der Geschäftsherr nicht für eigenverantwortliches Mitarbeiterhandeln einstehen müssen, das nur *bei Gelegenheit* der betrieblichen Tätigkeit begangen wird.<sup>172</sup> Die Literatur geht mit dem BGH ebenfalls von dem Erfordernis

---

167 BGHSt 57, 42, 45; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 210; vgl. auch Satzger/Schluckebier/Werner/Kudlich, StGB, § 13 Rn. 31; Kudlich, HRRS 2012, 178, 179; Eidam, Der Organisationsgedanke im Strafrecht, S. 208; Fischer/Fischer/Anstötz, StGB, § 13 Rn. 68a.

168 Bülte, Vorgesetztenverantwortlichkeit im Strafrecht, S. 155; Bestandsaufnahme bei Zerbes, in: Jeßberger/Kaleck/Singelnstein, Wirtschaftsvölkerstrafrecht, 205, 224 f.; Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 58b f.; dies., in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 210.

169 BGHSt 57, 42, 46.

170 Körperverletzungen durch wiederholtes Mobbing am Arbeitsplatz seien demnach nicht betriebsbezogen, da sie keine dem konkreten Betrieb innewohnende Gefahr darstellten, BGHSt 57, 42, 47.

171 Bülte, Vorgesetztenverantwortlichkeit im Strafrecht, S. 155.

172 BGHSt 57, 42, 45.

einer Betriebsbezogenheit der Straftat aus. Die nähere Konturierung dieses Begriffs fällt indes sehr unterschiedlich aus.<sup>173</sup>

Im Hinblick auf transnationale Lieferketten stellt sich die Frage, an welchen Grenzen die „Betriebsbezogenheit“ endet. In den hier zu untersuchenden Fallgestaltungen ereignen sich die konkreten Rechtsgutverletzungen sowohl außerhalb des Betriebs des deutschen Unternehmens (nämlich bei einem Zulieferbetrieb), als auch außerhalb der Landesgrenzen. Das spricht prima facie gegen eine Bezogenheit der Rechtsgutbeeinträchtigung auf den inländischen Betrieb. Man wird aber immerhin anzuerkennen haben, dass bei den nämlichen Konstellationen regelmäßig erhebliche wirtschaftliche Machtgefälle und Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten bestehen. Ebenso wird man nicht leugnen können, dass eine (strafrechtliche) Verantwortlichkeit der Funktionsträger innerhalb eines deutschen Unternehmens und bei rein nationalen Sachverhalten gleicher Art auf der Hand liegen würde. Im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der regelmäßig betroffenen Rechtsgüter stellt sich daher die Frage, ob ein mit transnationalen Lieferketten einhergehendes bewusstes Outsourcing von Pflichtenstandards zu einer strafrechtlichen Entlastung führen kann.

#### (4) Adressatenkreis

Die Garantenpflicht trifft begrifflich den „Geschäftsherrn“<sup>174</sup> der in der Diskussion als Betriebsinhaber, Leitungsperson oder Vorgesetzter umschrieben wird. Diese Personen müssen im Ausgangspunkt nicht zwingend natürliche Personen sein. Insbes. die Betriebsinhaberschaft kann auch durch eine juristische Person ausgeübt werden. Es kann aber letztlich dahinstehen, ob eine Garantenpflicht auf Grundlage der Grundsätze der Geschäftsherrenhaftung zunächst diese juristische Person als Betriebsinhaber trifft, da jedenfalls stets von einer tatsächlichen Übernahme durch die Organmitglieder der juristischen Person oder jedenfalls einer Überleitung der Garantenpflicht im Rahmen des § 14 StGB auszugehen sein wird.<sup>175</sup>

---

173 Zuf. Rönau, JuS 2022, 117, 121.

174 BGHSt 57, 42; BGH, NStZ 2018, 548; vgl. dazu Bulte, NZWiSt 2012, 176; Spring, Die strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung, 2009; Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981 ff.; Kretschmer, StraFo 2012, 259; Schlösser, NZWiSt 2012, 281.

175 Rönau, JuS 2022, 117, 122; Dannecker, NZWiSt 2012, 441, 446 f.

## (5) Delegation der Garantenpflicht

Die in der Person des Geschäftsherrn entstehende Garantenpflicht kann auch auf Dritte delegiert werden.<sup>176</sup> Die Geschäftsherrenhaftung wird so dann zu einer Beauftragtenhaftung.<sup>177</sup> Diese Delegation kann innerhalb der Unternehmens- oder Konzernstrukturen z.B. an einen Compliance Officer erfolgten, aber grds. auch an Dritte, die außerhalb des Unternehmens stehen. Teilweise finden sich auch spezielle gesetzliche Regelungen zu Beauftragten innerhalb von Unternehmen mit riskanten Tätigkeitsbereichen, denen besondere Schutzpflichten übertragen und damit auch diesbezügliche Garantenpflichten i.S.v. § 13 StGB zugewiesen werden (etwa der Gewässerschutzbeauftragte nach § 64 WHG<sup>178</sup> oder der Geldwäschebeauftragte i.S.v. § 7 GwG<sup>179</sup>). Im hiesigen Kontext liegt es nahe, dass auch der Menschenrechtsbeauftragte gem. § 4 Abs. 3 LkSG<sup>180</sup> als eine solchermaßen spezifisch schutzverantwortliche Person anzusehen ist.<sup>181</sup>

Mit einer solchen Delegation ist aber keine vollständige Enthaltung des originär garantenpflichtigen Geschäftsherrn verbunden. Dies ergibt sich aus dem gesellschaftsrechtlichen Prinzip der Allzuständigkeit der Geschäftsleitung.<sup>182</sup> Daher bleiben jedenfalls Auswahl-, Instruktions-, Kontroll- und Aufsichtspflichten auf der Ebene des Geschäftsherrn bestehen.<sup>183</sup> Ergeben sich für den Geschäftsherrn Anhaltspunkte, dass die übertragenen

---

176 Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981, 984; Eidam, Der Organisationsgedanke im Strafrecht, S. 216; Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 58d.

177 Rönna, JuS 2022, 117, 122.

178 Dazu BeckOK-StGB/Witteck, § 324 Rn. 58 ff.

179 Dazu MK-StGB/Neuheuser, § 261 Rn. 176 f.

180 Näher zu dieser Figur Ruttloff/Wagner/Hahn/Freihoff, CCZ 2022, 20.

181 Vgl. Petrossian, CB 2022, 282, 285; ferner Teichmann, ZWH 2022, 133, 136: „Wer diese ehrenwerte Position bekleiden soll, bleibt offen. Vernünftigerweise ist davon auszugehen, dass sich keine hochqualifizierte Person finden wird, welche freiwillig all die [...] Risiken, welche in der Praxis realistischer Weise kaum zu eliminieren sein dürften, auf sich nehmen möchte. Die zu besetzende Position grenzt an ein Himmelfahrtskommando“. Gegen die Annahme einer Garantenstellung des Menschenrechtsbeauftragten allerdings Werner, CB 2023, 245, 250 (jedoch mit schwachen Argumenten).

182 BGH, NJW 2001, 969, 971; BGHZ 133, 370, 376 ff.; BGHSt 37, 106, 123 ff.; Wittig, in: Jeßberger/Kaleck/Singelstein, 241, 250.

183 Knauer, FS I. Roxin, 465, 479.

Pflichten durch den Beauftragten nicht oder unzureichend wahrgenommen werden, bleibt der Geschäftsherr zum Einschreiten verpflichtet.<sup>184</sup>

Beispiel: Delegation einer Garantenpflicht (BGHSt 37, 106, 115)

In der sog. Lederspray-Entscheidung bestand im zuständigen organisatorischen Teilbereich eine produktions- und produktbeobachtungsbezogene Sorgfaltspflicht. Die Geschäftsführer sind für eine unmittelbare Umsetzung dieser Pflicht verantwortlich und behalten trotz Delegation eine Überwachungspflicht. Bei Anhaltspunkten einer unzureichenden Aufgabenerfüllung muss interveniert werden.

dd) Geschäftsherrenhaftung und Fahrlässigkeitsdelikte

In Fällen transnationalen Wirtschaftens wird häufig ein Vorsatz des Geschäftsherrn gar nicht erst bestehen oder sich nicht nachweisen lassen, sodass allenfalls eine Strafbarkeit wegen fahrlässigen Unterlassens im Raum steht. Dies führt unweigerlich zur Frage nach dem geltenden Sorgfaltsmaßstab, die zu beantworten im Kontext transnationaler Sachverhalte durch den Umstand erschwert wird, dass es in unterschiedlichen Ländern durchaus sehr unterschiedliche Vorstellungen davon geben kann, was der „im Verkehr erforderlichen Sorgfalt“ genügt.

(1) Grundsätze zur Bestimmung der „im Verkehr erforderlichen Sorgfalt“

Die Fahrlässigkeitsstrafbarkeit setzt tatbestandlich eine Sorgfaltspflichtverletzung voraus.<sup>185</sup> Dreh- und Angelpunkt der Fahrlässigkeitsstrafbarkeit ist daher der relevante Sorgfaltsmaßstab. Im Ausgangspunkt hängt dieser zunächst davon ab, welche Handlung rechtlich geboten gewesen wäre, um den tatbestandlichen Erfolg abzuwenden. Fast jeder Sorgfaltspflichtver-

184 Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981, 991; vgl. auch Rotsch/Rotsch, Criminal Compliance, § 4 Rn. 18; Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 121 f.; OLG Stuttgart, NJW 2005, 2567 (zur Überwachungspflicht des Bauherrn bei Beauftragung eines Unternehmens).

185 Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 22 ff.; alternative Ansätze (u.a. Abstellen auf Überschreitung des „erlaubten Risikos“) bei BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 37.2 ff.; LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 169 ff., 175 ff.



letzung wohnt daher auch ein Unterlassungselement inne.<sup>186</sup> Dies macht zunächst eine sorgfältige Abgrenzung von Tun und Unterlassen erforderlich.<sup>187</sup>

Beispiel: Problem der Abgrenzung von Tun und Unterlassen

Mangels sorgfältiger Kontrolle gelangt ein gesundheitsgefährdendes Produkt in den Verkehr. Damit haben die Geschäftsführer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vermissen lassen. Der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit kann allerdings in einem aktiven Tun (Inverkehrbringen) oder einem Unterlassen (keine sorgfältige Kontrolle) bestehen.

Die Fahrlässigkeitsdelikte des Strafrechts legen in aller Regel den konkreten Sorgfaltsmaßstab nicht selbst fest und treffen insbes. keine Aussage dazu, welches Verhalten der angemessenen Sorgfalt entspricht. Zumeist begnügt sich das Gesetz mit der Strafbarkeitsvoraussetzung, der Täter müsse „fahrlässig gehandelt“ (vgl. § 324 Abs. 3 StGB) oder den tatbestandlichen Erfolg „durch Fahrlässigkeit“ (vgl. § 222 StGB) herbeigeführt haben. Es bleibt daher der Wissenschaft und Praxis überlassen, im Einzelfall die im Verkehr erforderliche Sorgfalt konkret zu bestimmen.<sup>188</sup>

Maßgeblich sind insoweit die Anforderungen, die an einen gewissenhaften und besonnenen Menschen aus dem Verkehrskreis des Täters in der konkreten Situation aus einer ex ante-Sicht zu stellen sind.<sup>189</sup> Dabei finden nach praktisch einhelliger Ansicht auch (zufällig erlangte) Sonderkenntnisse Berücksichtigung.<sup>190</sup> Bspw. können Alter, Beruf, Bildung oder längerfristig ausgeübte Tätigkeiten einen maßgeblichen Verkehrskreis ergeben.<sup>191</sup> Im Rahmen einer Abwägung aller rechtlich relevanten Interessen bestimmt die

186 BGH, NSTZ 2003, 657 Rn. 6; Rengier, AT, § 48 Rn. 13; Wessels/Beulke/Satzger, AT, Rn. 1162.

187 Zu den unterschiedlichen Ansätzen Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 35 Rn. 3 ff.; Matt/Renzikowski/Haas, StGB, § 13 Rn. 8 ff.

188 BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 42; LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 203; zur Frage nach der Vereinbarkeit mit Art. 103 Abs. 2 GG s. MK-StGB/Duttge, § 15 Rn. 33.

189 Roxin/Greco, StraFR AT/I, § 24 Rn. 34.

190 Rotsch/Dannecker, Criminal Compliance, § 5 Rn. 38; das gilt auch ungeachtet der dogmatischen Differenzen zwischen dem zweistufigen Fahrlässigkeitsmodell der h.M. und dem in der Literatur verbreiteten einstufigen Fahrlässigkeitsmodell, s. Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 66.

191 Rotsch/Hilgendorf, Criminal Compliance, § 10 Rn. 36.

Rspr., ob ein Täter im konkreten Fall sorgfaltswidrig gehandelt hat.<sup>192</sup> Zu berücksichtigen ist insoweit nicht nur die Gefährlichkeit, die Beherrschbarkeit und der Nutzen eines Verhaltens, sondern es muss auch die Frage gestellt werden, ob dieses Verhalten in den Schutzbereich eines Grundrechts wie z.B. Handlungsfreiheit oder Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung fällt.<sup>193</sup>

## (2) Indizwirkung von Sondernormen

Die Konkretisierung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt erfolgt häufig unter Einbeziehung von Sondernormen.<sup>194</sup> Das sind Verhaltensvorschriften, die den objektiv erforderlichen Sorgfaltsmaßstab als „Ergebnis einer auf Erfahrung und Überlegung beruhenden umfassenden Voraussicht möglicher Gefahren“ in einem bestimmten Sachgebiet näher umschreiben.<sup>195</sup> Diese Sondernormen entfalten aber nach h.M. grds. nur eine Indizwirkung, da der strafrechtliche Sorgfaltsmaßstab von außerstrafrechtlichen Sondernormen unabhängig sei.<sup>196</sup>

Sondernormen können rechtlicher Natur sein (sog. Sondernormen i.e.S.)<sup>197</sup> oder auch außergesetzlichen Bereichen entspringen (sog. Sondernormen i.w.S.). Soweit gesetzliche Sondernormen (insbes. Vorschriften über den Straßenverkehr, aber z.B. auch Regelungen zum Arbeitsschutz oder Bauvorschriften) konkrete Sorgfaltspflichten normieren, kommt diesen im Rahmen der Fahrlässigkeitsdelikte besondere Bedeutung zu.<sup>198</sup> Eine

---

192 LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 216; Rotsch/Hilgendorf, Criminal Compliance, § 10 Rn. 45 ff.

193 LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 217; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 212.

194 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 212; LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 219; Schröder, NStZ 2006, 669 f.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 25 f.; zur verfassungsrechtlichen Legitimität von Sondernormen Schultze, Berücksichtigung von Sondernormen bei der strafrechtlichen Fahrlässigkeit im Licht des Strafverfassungsrechts.

195 BGHSt 4, 182, 185.

196 TK/Schuster, § 15 Rn. 135; Schröder, NStZ 2006, 669, 670.

197 BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 39; Schultze, Die Berücksichtigung von Sondernormen bei der strafrechtlichen Fahrlässigkeit im Licht des Strafverfassungsrechts, S. 161 ff.

198 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213; Schröder, NStZ 2006, 669, 672; BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 40 f.; a.A. MK-StGB/Duttge, § 15 Rn. 114.

Missachtung dieser Sorgfaltspflichten indiziert fahrlässiges Verhalten; dieses kann jedoch im Einzelfall widerlegt werden.<sup>199</sup>

Außerrechtliche Sondernormen sind dagegen meist – aufgrund fehlender Legitimation der Regeln durch ein verfassungsrechtlich anerkanntes Rechtssetzungsorgan – nur von eingeschränkter Relevanz.<sup>200</sup> Beispiele für außerrechtliche Sondernormen finden sich etwa in anerkannten Regeln beruflicher oder gewerblicher Tätigkeit, innerbetriebliche Übungen oder sog. Normen der Technik (vgl. aber auch die gesetzliche Inkorporierung bei § 319 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 StGB: Fahrlässigkeit bei Verstoß „gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik“).<sup>201</sup> Diesen ist gemein, dass sie von privat-rechtlichen Organisationen erstellt werden oder durch die „Gepflogenheiten und Standards bestimmter Verkehrskreise“ entstehen.<sup>202</sup> Im Zusammenhang mit der Geschäftsherrenhaftung finden sich derartige Sorgfaltsanforderungen insbes. in selbstbindenden Regelwerken der Wirtschaft (Corporate Governance Code) oder Compliance-Unternehmensrichtlinien. Sofern europarechtliche Sondernormen hinreichend bestimmt sind und unmittelbare Wirkungen für einen bestimmten Verkehrskreis entfalten, kommt auch diesen eine den Sorgfaltsmaßstab konkretisierende Indizwirkung zu.<sup>203</sup>

Die Unabhängigkeit des strafrechtlichen Sorgfaltsmaßstabs von außerstrafrechtlichen Sondernormen soll aber in (sehr seltenen) Ausnahmefällen dazu führen können, dass trotz sondernormkonformen Verhaltens der Vorwurf strafbarer Fahrlässigkeit zulässig bleibt.<sup>204</sup> Sondernormen stellen folglich nicht zwingend einen rechtlichen „safe harbour“ in dem Sinne dar, dass ihre Einhaltung automatisch zu einem Handeln im erlaubten Risiko führt. Dies kommt insbes. dann in Betracht, wenn die Sondernormen nur einen gewissen Mindeststandard oder Rahmen vorgeben und damit im Hinblick auf die konkrete Gefahrenlage näher ausgestaltet werden müs-

199 Kudlich, FS Otto, 373 ff.; vgl. auch BGH, BeckRS 2008, 17606.

200 Schünemann, FS Lackner, 367, 376 ff.; Schultze, Die Berücksichtigung von Sondernormen bei der strafrechtlichen Fahrlässigkeit im Licht des Strafverfassungsrechts, S. 227 ff. Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213.

201 Vgl. Lenckner, FS Engisch, 490 ff.

202 BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 41.

203 Schröder, NSTZ 2006, 669, 670 ff., 673 mit Hinweis auf den Anwendungsvorrang des EU-Rechts.

204 BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 40.3; Kudlich, FS Otto, 373, 379, 387 f.; LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 221; MK-StGB/Duttge, § 15 Rn. 139 f.; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213 f.; Maurach/Gössel/Zipf, AT II, § 43 Rn. 49; Lenckner, FS Engisch, 490, 504.

sen.<sup>205</sup> Hierbei sind u.a. die im jeweiligen Betrieb individuell bestehenden Gefahren- und Risikopotenziale zu berücksichtigen und etwaig einschlägige Sondernormen darauf hin zu überprüfen, ob diese der betriebsspezifischen Situation gerecht werden.<sup>206</sup> Ist dies nicht der Fall, so besteht ggf. eine darüber hinausgehende allgemeine Sorgfaltspflicht.<sup>207</sup>

Beispiel: Safe-Harbour (nach OLG Bamberg, NStZ-RR 2008, 10)

Bei einer Gefechtsübung mit unerfahrenen Berufsanfängern wird ein Soldat versehentlich erschossen. Der zuständige Sicherheitsoffizier hat alle einschlägigen Sicherheitsvorschriften der Bundeswehr beachtet. Durch eine noch gründlichere Beaufsichtigung des Schützen wäre der Tod allerdings vermieden worden.

Sofern es sich bei den Bundeswehr-Sicherheitsvorschriften um abschließende Sondernormen handelt, hat der Sicherheitsoffizier im Rahmen des erlaubten Risikos agiert.

Umgekehrt kann aber auch trotz Verletzung einer Sondernorm eine Sorgfaltspflichtverletzung zu verneinen sein, wenn ausreichende alternative Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden.<sup>208</sup>

Beispiel: Keine Fahrlässigkeitshaftung trotz Sorgfaltsverstoß (nach BGHSt 4, 182)

Radfahrer R fährt mittags außerorts auf einer Landstraße am rechten Fahrbahnrad. In 200m befindet sich auf der linken Straßenseite die Einmündung eines Feldweges, in die er einzubiegen beabsichtigt. Autofahrer A nähert sich R, überschreitet jedoch die zulässige Höchstgeschwindigkeit um 15 km/h. A verlangsamt sein Fahrzeug und schert nach gewissenhafter Einschätzung eines Überholmanövers zum Überholen aus, wobei er gem. § 5 Abs. 4 S. 2 StVO einen Seitenabstand von 2 m einhält. R schert, ohne ein Handzeichen getätigt zu haben, in dem Moment zum Abbiegen aus und wird vom Auto des A erfasst. Allein aus der Missachtung der Höchstgeschwindigkeit lässt sich gegen A kein Fahrlässigkeitsvorwurf

205 TK/Schuster, § 15 Rn. 135.

206 Vgl. bei der Produkthaftung dazu Rotsch/Hilgendorf, Criminal Compliance, § 10 Rn. 39.

207 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213 f.

208 Schröder, NStZ 2006, 669, 670; LK/Vogel, § 15 Rn. 222; Lenckner, FS Engisch, 490, 502; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213 f.

konstituieren; denn er hat das Überholmanöver zuvor gewissenhaft eingeschätzt und brauchte auch nicht mit dem verkehrswidrigen Verhalten des Radfahrers (kein Handzeichen!) rechnen.

#### ee) Zusammenfassung

Die Geschäftsherrenhaftung umschreibt einen Begründungsansatz für das Entstehen von Garantienpflichten gem. § 13 StGB. Den Inhaber eines Betriebs, Organe einer juristischen Person, leitende Angestellte und besonders Beauftragte trifft im Grundsatz die Pflicht, die Begehung von Straftaten durch nachgeordnete Mitarbeiter im Unternehmen zu verhindern. Diese Pflicht erwächst als Kehrseite aus der Freiheit zur und der unternehmerischen Betätigung, mit der überhaupt erst die „Gefahrenquelle Betrieb“ geschaffen wird. Entscheidendes Kriterium ist dabei insbes. die (faktische) Herrschaftsgewalt des Betriebsinhabers über den Betrieb in seiner sachlichen und personellen Gesamtheit.

Im Kontext transnationaler Lieferketten bestehen auf den ersten Blick auch Beherrschungsverhältnisse, die zwar – anders als etwa in einem Konzern – nicht-gesellschaftsrechtlicher Natur sind, wohl aber aufgrund einer starken ökonomischen Abhängigkeit der Zulieferbetriebe nicht weniger stark wirken können. Es ist daher im Ausgangspunkt naheliegend, bei der Frage nach der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Funktionsträgern für Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten die Geschäftsherrenhaftung in den Blick zu nehmen.

#### Beispiel: Ökonomische Abhängigkeit

Zulieferbetrieb Z ist Bremsenhersteller. Im Wesentlichen existiert mit dem Automobilhersteller X nur ein Abnehmer. Zwar ist Z nicht Teil des X-Konzerns. Dennoch hat X als einziger Abnehmer faktisch Einfluss auf Z, da Z ohne die Aufträge der X-Gruppe wirtschaftlich nicht existenzfähig wäre.

Fraglich ist, ob hier die ökonomische Abhängigkeit des Z-Betriebs von der X-Gruppe zu einer Geschäftsherrenhaftung der X-Leitung bezüglich der Produktionsbedingungen bei Z führen kann.

#### d) Die betriebliche Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG

Die Verantwortlichkeit von Vorgesetzten für Fehlverhalten von Mitarbeitern findet sich außerhalb der Figur der Geschäftsherrenhaftung auch teilweise spezialgesetzlich geregelt.<sup>209</sup> Eine in der Praxis besonders bedeutsame Norm ist § 130 OWiG, die es (im Zusammenspiel mit § 9 OWiG) ermöglicht, Leitungsfunktionsinhaber in Unternehmen, die ihre betriebliche Aufsichtspflicht verletzen, mit einem Bußgeld zu belegen.

#### aa) Hintergrund und Normzweck des § 130 OWiG

§ 130 OWiG ist im Ausgangspunkt die zentrale Norm für eine Corporate Compliance in Deutschland. Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit des Betriebsinhabers oder Unternehmens für Aufsichts- und Organisationsmängel, die zu betriebsbezogenen Pflichtverletzungen – im schlimmsten Fall strafrechtlicher Natur – führen, soll sicherstellen, dass Betriebe und Unternehmen ausreichend effektive Vorkehrungen treffen, um derartige Zuwiderhandlungen zu verhindern.

Die Norm geht auf den Gedanken zurück, dass die Inhaber wirtschaftlicher Verbände angehalten sind, Zuwiderhandlungen entgegenzuwirken, die aus ihrem Organisationskreis entspringen. Man kann insofern von einer „Garantenstellung kraft Organisationszuständigkeit“ sprechen.<sup>210</sup> Die in Betrieben und Unternehmen stattfindende Konzentrierung von Menschen und Sachmitteln bringt neben den Risiken, die von Maschinen, Fahrzeugen etc. ausgehen (mithin also Sachgefahren), auch die Gefahr mit sich, dass einzelne oder mehrere Mitarbeiter ihre Pflichten in fahrlässiger oder sogar vorsätzlicher Weise verletzen. Der Inhaber eines Unternehmens hat also auch für den „Risikofaktor Mensch“ einzustehen, da er auf der anderen Seite auch dessen Arbeitskraft etc. zu seinem Vorteil einsetzt.<sup>211</sup> Insoweit zeigt § 130 OWiG deutliche Parallelen zu der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung aus § 13 StGB.<sup>212</sup> Es verwundert daher nicht, dass sich jeweils vergleichbare Fragestellungen ergeben. In der Erwartung, dass sich ggf.

---

209 Z.B. § 357 Abs.1 Var. 3 StGB für vorgesetzte Amtsträger oder im militärischen Bereich in § 41 WStG, § 14 VStGB für Befehlshaber.

210 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn.1.

211 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 2 mit Hinw. auf BT-Drs. V/1269 (EOWiG), S. 68; näher zu diesen Aspekten Rogall, ZStW 98 (1986), 573, 587.

212 Vgl. dazu BGHSt 57, 42; zu dieser Entscheidung Roxin, JR 2012, 305 ff.

auch die insoweit zu § 130 OWiG entwickelten *Antworten* auf die analogen Probleme bei § 13 StGB übertragen lassen, wird im Folgenden auf § 130 OWiG näher eingegangen.

Findet die Vorschrift des § 130 OWiG ihren Ursprung in einer arbeitsteiligen Wirtschaftswelt, so muss dieser Umstand auch im Kontext der konkreten Ausgestaltung der einen Betriebs- oder Unternehmensinhaber abverlangten Aufsicht berücksichtigt werden. Es versteht sich von selbst, dass Inhaber von Unternehmen nicht in der Lage sind, alle ihnen zukommende Aufgaben und Pflichten selbst zu erfüllen. Vielmehr besteht eine zwingende Notwendigkeit zur Delegation von Pflichtenkreisen, die nicht nur die Produktions- oder Dienstleistungssphären betreffen, sondern letztlich auch den Bereich der Betriebs-/Unternehmensorganisation und -aufsicht.<sup>213</sup>

§ 130 OWiG schließt eine Regelungslücke, die sich aus der Möglichkeit der Pflichtendelegation und dem nur eingeschränkten Personenkreis, der über § 9 OWiG bzw. § 14 StGB hinsichtlich betriebs- bzw. unternehmensbezogener Pflichtverletzungen zur Verantwortung gezogen werden kann, ergibt.<sup>214</sup> Das „Risiko Mensch“ besteht aber nicht nur auf den insoweit angesprochenen Organ-, Vertretungs- und Leitungsebenen, sondern auch über diesen Kreis hinaus auf der Ebene aller Betriebs- bzw. Unternehmensangehörigen. Der Unternehmensinhaber ist hingegen nicht darauf beschränkt, eine Delegation von Aufgaben und Pflichten nur an den Personenkreis aus § 9 OWiG bzw. § 14 StGB vorzunehmen. Zuwiderhandlungen von Personen außerhalb des Anwendungsbereiches der § 9 OWiG bzw. § 14 StGB könnten daher aufgrund der Weiterreichung des Pflichtenkreises durch den Inhaber ggf. sanktionslos bleiben. § 130 OWiG schließt diese denkbare Zurechnungslücke.<sup>215</sup>

## bb) Voraussetzungen

Der Unternehmensinhaber muss andere Personen mit der Erfüllung betriebsbezogener Pflichten betraut haben. Ohne entsprechende Delegation – die jedenfalls eine Kenntnis und Billigung des Inhabers von einer Aufgaben- und Pflichtenerfüllung durch Dritte erfordert – ist der Anwendungs-

---

213 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 3.

214 Vgl. hierzu Achenbach, FS Stree/Wessels, 545, 547.

215 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 4 m.w.N.; vgl. auch Rogall, ZStW 98 (1986), 573, 578; Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 127.

bereich des § 130 OWiG also nicht eröffnet.<sup>216</sup> Der Gesetzgeber hat in diesem Zusammenhang auch bewusst von Zuwiderhandlungen des Dritten und nicht von einer „rechtswidrigen Tat“ gesprochen. Es ist daher unerheblich, ob der handelnde Dritte selbst voll bußgeldrechtlich oder strafrechtlich verantwortlich handelt. Vor diesem Hintergrund ergeben sich im Einzelnen folgende Tatbestandsvoraussetzungen:

#### (1) Normadressat: Inhaber des Betriebs oder Unternehmens

Die Aufsichtspflichtverletzung kann per se nur für den Inhaber des Betriebs oder Unternehmens zu bußgeldrechtlichen Konsequenzen führen. Die Vorschrift ist also ein echtes Sonderdelikt und findet über den Kreis der Inhaber hinaus keine Anwendung. Der Begriff des Inhabers ist funktional zu bestimmen und richtet sich nach dem Normadressaten der sich aus den Anknüpfungstatbeständen des § 130 OWiG ergebenden Pflichten. Ausgehend von diesem Ansatz spielen daher Eigentümerstellung oder Kapitalanteile an einer juristischen Person keine Rolle.<sup>217</sup> Maßgeblich ist allein die Unternehmensträgerschaft, unabhängig davon, ob es sich bei dem Träger des Unternehmens um eine natürliche oder eine juristische Person handelt.<sup>218</sup>

Ist der originäre Betriebsinhaber eine natürliche Person, so ist diese als unmittelbarer Pflichtenadressat tauglicher Täter des § 130 OWiG. Die Vorschrift kennt aber keine bußgeldrechtliche Sanktionierung von juristischen Personen. In der Praxis – und gerade auch in den hier zu untersuchenden Fallgestaltungen transnationaler Lieferketten – werden aber nicht selten juristische Personen die unmittelbaren Normadressaten des § 130 OWiG sein. Diese scheinbare Lücke schließt das Gesetz, indem die in § 9 OWiG erwähnten natürlichen Personen als Normadressaten in den Anwendungsbereich des § 130 OWiG einbezogen werden. Es findet insoweit bei juristischen Personen als Betriebs- bzw. Unternehmensinhaber eine Überleitung der Inhabereigenschaft auf die natürlichen Personen der Leitungsebene statt.<sup>219</sup> Die in § 9 OWiG adressierten Vertretungsorgane juristischer Personen bestehen dabei regelmäßig aus mehreren Personen. Dem Grundsatz

216 OLG Hamm, NStZ 1992, 499; OLG Düsseldorf, wistra 1989, 358, 359; KG, NStZ 1999, 341, 346.

217 FK-KartellR/Achenbach, GWB, Vorbem. § 81 Rn. 223.

218 Vgl. Rönna, ZGR 2016, 277, 283.

219 Vgl. Rönna, ZGR 2016, 277, 283.



nach gilt ein Prinzip der Allverantwortung des Leitungsorgans, insbes. wenn es an klaren Zuständigkeitsverteilungen unter den Gremienmitgliedern fehlt.<sup>220</sup> Diese „Gesamtverantwortung“ kann insoweit im Wege einer klaren und abschließenden Geschäftsverteilung delegiert werden, als eine Verantwortlichkeit eines Gremienmitglieds i.S.d. § 130 OWiG nur bezogen auf seinen eigenen Zuständigkeitsbereich besteht.<sup>221</sup>

Dem originären Betriebsinhaber stehen gem. § 9 Abs. 1 OWiG die gesetzlichen Vertreter gleich,<sup>222</sup> mithin also Vorstandmitglieder einer AG oder Geschäftsführer einer GmbH. Diese organschaftlichen Vertreter haben qua Funktion für alle betriebs- bzw. unternehmensbezogenen Pflichten einzustehen; entweder durch eigene Wahrnehmung oder zumindest im Rahmen der nach § 130 OWiG gebotenen Organisation und Aufsicht. Darüber hinaus sind gem. § 9 Abs. 2 OWiG auch solche Personen in den Täterkreis des § 130 OWiG aufzunehmen, die kraft entsprechender Delegation zu einer Aufsicht verpflichtet sind. Im Kontext strafrechtlich relevanter Handlungen kommt dabei insbes. dem Leiter der Rechtsabteilung, dem Leiter der Innenrevision, aber auch dem Compliance Officer besondere Bedeutung zu.<sup>223</sup> Ergeben sich aber für die übrigen Gremienmitglieder zureichende Anhaltspunkte für eine grobe Vernachlässigung der Pflichten durch das zuständige Mitglied, so lebt die Verantwortung der übrigen Gremienmitglieder zumindest insoweit wieder auf, als diese (ggf. gemeinsam) auf eine Pflichterfüllung hinwirken müssen.<sup>224</sup>

## (2) Tathandlung

§ 130 OWiG ist ein echtes Unterlassungsdelikt. Bußgeldrechtlich sanktioniert ist das Unterlassen von Aufsichtsmaßnahmen, die „erforderlich sind, um in dem Betrieb oder Unternehmen Zuwiderhandlungen gegen Pflichten zu verhindern, die den Inhaber treffen“. Das Gesetz konkretisiert diese notwendigen Aufsichtsmaßnahmen nicht näher. Es lässt sich insoweit allenfalls der Hinweis entnehmen, dass eine Notwendigkeit zur sorgfältigen Auswahl

220 OLG Hamm, JR 1971, 383, 384; Göhler, JR 1973, 29.

221 OLG Hamm, NJW 1971, 817; KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 72; Otto, Jura 1998, 409, 414; Tessin, BB 1987, 984, 989; Wirtz, WuW 2001, 342, 345.

222 Achenbach, wistra 2002, 441, 442.

223 Vgl. hierzu etwa BGHSt 54, 44, 49 f.

224 OLG Hamm, NJW 1971, 817; OLG Naumburg, NZV 1998, 41, 42; Wirtz, WuW 2001, 342, 345 f.

und Überwachung von Personal und Aufsichtspersonen besteht.<sup>225</sup> Die tatsächlich zu treffenden Maßnahmen reichen deutlich weiter und orientieren sich auch an dem Zuschnitt des jeweiligen Unternehmens. Das Maßnahmenprogramm ist daher für internationale Großunternehmen ein deutlich anderes als etwa für regionale Kleinbetriebe.<sup>226</sup> Dies führt dazu, dass die konkreten Aufsichtsmaßnahmen in jedem Einzelfall neu zu bestimmen sind.<sup>227</sup>

Entsprechend der allgemeinen Unterlassungsdogmatik findet – vergleichbar der Geschäftsherrenhaftung – das über § 130 OWiG geschützte Pflichtenprogramm seine Grenze in den Kriterien der Erforderlichkeit und Zumutbarkeit.<sup>228</sup> Die insoweit am Einzelfall orientierte Bestimmung der erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen bringt eine nicht unerhebliche Rechtsunsicherheit mit sich, zumal in der Praxis nicht selten der leichtfertige Rückschluss vom Vorliegen einer betriebsbezogenen Pflichtverletzung eines Mitarbeiters auf eine Aufsichtspflichtverletzung des Betriebsinhabers erfolgt.<sup>229</sup> Der Kommentarliteratur sind – getragen von dem Bestreben, dieses weite Feld beherrschbarer und vorhersehbarer zu machen – daher Zusammenstellungen von erforderlichen Einzelmaßnahmen zu entnehmen, wie z.B. Einrichtung von Kontrollstrukturen, Mitarbeiterschulungen, interne Regelwerke und Mitarbeiterinstruktionen sowie nachhaltige Reaktionsmechanismen auf bekannt gewordene Verstöße.<sup>230</sup> Dieser bunte Strauß an möglichen Maßnahmen kann systematisch in drei Gruppen zusammengefasst werden: (1) Entdeckung und Aufklärung von Verstößen; (2) Ahndung von Verstößen; (3) Vermeidung von Verstößen. Plakativ lassen sich die von § 130 OWiG erforderlichen Handlungen mit „detect, react, prevent“ umschreiben.<sup>231</sup>

### (3) Subjektiver Tatbestand

§ 130 OWiG lässt eine fahrlässige Aufsichtspflichtverletzung genügen. Dabei muss sich diese Fahrlässigkeit nicht auf den Pflichtenverstoß des

---

225 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 39.

226 Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 75.

227 BGH, NSZ 1986, 34.

228 Vgl. Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 138.

229 Dazu Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 75.

230 Vgl. Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 76 m. Hinw. auf KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 53 ff.

231 Vgl. nur Minkoff/Sahan/Wittig/Schieffer, Konzernstrafrecht, § 28 Rn. 38.

Mitarbeiters selbst beziehen, da dieser kein Tatbestandsmerkmal des § 130 OWiG ist, sondern durchweg als objektive Ahndungsbedingung angesehen wird.<sup>232</sup> Der subjektive Tatbestand muss sich vielmehr allein auf die Herbeiführung einer Zuwiderhandlungsgefahr erstrecken.<sup>233</sup> Dies bedeutet, dass sich der Aufsichtspflichtige nicht des konkreten Pflichtenverstößes eines Mitarbeiters bewusst sein muss, er diesen also weder vorhersehen noch beabsichtigen muss. Es ist vielmehr ausreichend, dass dem Aufsichtspflichtigen bewusst war oder jedenfalls hätte bewusst sein können, dass eine Gefahr für mögliche Pflichtenverstöße in Folge unzureichender Aufsichtsmaßnahmen besteht.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die erhebliche Rechtsunsicherheit, die mit Blick auf die zu treffenden Aufsichtsmaßnahmen besteht, wird deutlich, dass diese durch das weite Verständnis des subjektiven Tatbestands weiter verschärft wird. Faktisch besteht für den Aufsichtspflichtigen die Gefahr, selbst im Falle eines Tätigwerdens nicht aus einer Haftung nach § 130 OWiG entlassen zu werden, sofern er einer Fehleinschätzung unterliegt, welche (zusätzlichen) Maßnahmen „erforderlich“ gewesen wären. Damit sanktioniert § 130 OWiG nicht nur die völlige Untätigkeit, sondern im Ergebnis auch die „partielle Untätigkeit“ i.S.e. unzureichenden Handelns.

#### (4) Objektive Ahndungsbedingung: Zuwiderhandlung

§ 130 OWiG setzt – als objektive Ahndungsbedingung – eine Zuwiderhandlung, mithin also einen Pflichtenverstoß eines Mitarbeiters voraus. Diese Anknüpfungstat muss nicht zwingend in einer bußgeldrechtlichen oder strafrechtlichen Tatbestandverwirklichung liegen. Es ist ausreichend, dass die äußeren Merkmale einer Tat verwirklicht wurden.<sup>234</sup> Dies dient insbes. der Vermeidung von Sanktionslücken im Bereich von Sonderdelikten.<sup>235</sup>

Entsprechend der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung ist auch im Rahmen des § 130 OWiG eine Einschränkung dahingehend vorzunehmen, dass allein betriebsbezogene Pflichtverletzungen zu einer Ahndung des Betriebsinhabers nach § 130 OWiG führen können. Dies setzt aber nicht zwingend voraus, dass die Anlasstat durch einen Angehörigen des Unter-

232 Vgl. Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 77 m. weiterführenden Hinw.

233 Vgl. Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 77.

234 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 79; Wittig, Wirtschaftsstrafrecht, § 6 Rn. 147.

235 Vgl. dazu Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 78.

nehmens begangen wurde. Die Rspr. lässt eine Tätigkeit in Wahrnehmung der Unternehmensangelegenheiten ausreichen. In den Einzelheiten besteht indes Streit, wie weit der Kreis der möglichen Anknüpfungspersonen zu ziehen ist.<sup>236</sup> Einigkeit besteht nur insoweit, dass Anlasstaten aus der Sphäre von Subunternehmern nicht mehr § 130 OWiG unterfallen.<sup>237</sup>

#### cc) Konzernsachverhalte

§ 130 OWiG hat in jüngster Zeit im Zusammenhang mit Konzernsachverhalten einen intensiven juristischen Diskurs ausgelöst.<sup>238</sup> In dessen Zentrum steht die – sowohl in Literatur als auch Rspr. bislang ungeklärte – Frage, ob und inwieweit die Leitungsorgane der Konzernmutter auf Grundlage des § 130 OWiG für betriebsbezogene Pflichtverletzungen in der Sphäre von Konzerntöchtern verantwortlich gemacht werden können. Einigkeit besteht jedenfalls insoweit, als die bestehenden Aufsichtspflichten auf der Ebene der jeweiligen Gesellschaften nicht deswegen erlöschen, weil diese einem Konzernverbund angehören. Die sich aus § 130 OWiG ergebenden Organisations- und Aufsichtspflichten gelten daher zunächst innerhalb jeder juristischen Person im Konzern eigenständig und unabhängig voneinander.<sup>239</sup> Jenseits dieser Grenze ist die Frage der Aufsichtspflicht der Konzernmutter über die Tochtergesellschaften allerdings ungelöst und umstritten.

#### (1) Verfolgungspraxis und Rechtsprechung

Staatsanwaltschaften und Kartellbehörden gehen in der Regel von einer konzernweiten Anwendbarkeit des § 130 OWiG aus. Bspw. die Bußgeldbescheide der StA München I im Siemens-Korruptionsverfahren zeigen, dass die Behörde eine Aufsichtspflicht der Konzernmutter für Tochtergesellschaften als geradezu selbstverständlich unterstellt hat.<sup>240</sup> Ausschlaggebend erscheinen dabei wertende Gesichtspunkte und funktionelle Zusammen-

---

236 Vgl. *Minkoff*, Sanktionsbewehrte Aufsichtspflichten, Rn. 198 m.w.N.; *Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff*, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 80.

237 Vgl. *Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff*, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 80.

238 Vgl. ausf. KK-OWiG/*Rogall*, § 130 Rn. 27 m.w.N.

239 Vgl. v. *Schreitter*, NZKart 2016, 253, 256; *Arnold/Geiger*, BB 2018, 2306, 2308.

240 Der Beschlusstext ist abrufbar unter <https://assets.new.siemens.com/siemens/assets/api/uuid:0d6eee47-5b44-4ad6-bd5d-34de580085ae/MucStaats.pdf>.

hänge, gepaart mit gesellschaftsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Strukturen.<sup>241</sup> Der Verantwortungsbereich der Konzernspitze wird ausgehend von diesen Faktoren pragmatisch nach dem erforderlichen Sanktionsbedarf gezogen, sodass es stets bei einer Oberaufsicht der Konzernspitze verbleibt. Diese umfasst insbes. auch die Aufsicht und Organisation dahingehend, dass die Konzerngesellschaften strukturell und finanziell in der Lage sind, die ihnen wiederum selbst obliegenden Aufsichtspflichten aus § 130 OWiG zu erfüllen.<sup>242</sup> Einen vergleichbaren Ansatz verfolgen die Kartellbehörden, die – geprägt durch die europarechtlich entwickelte Figur der wirtschaftlichen Einheit – von einer Aufsichtspflicht der Konzernspitze auch für die Tochtergesellschaften ausgehen.<sup>243</sup>

In der Rspr. finden sich nur vereinzelte Entscheidungen, die zur Anwendbarkeit des § 130 OWiG auf Konzernstrukturen ergangen sind. Der BGH hatte diese Frage bisher in der Sache nicht zu entscheiden. Im Rahmen eines älteren Beschlusses äußerte er sich aber dahingehend, dass der rechtlichen Selbstständigkeit eine stärkere Bedeutung beizumessen sei als der bloßen Abhängigkeit der Tochtergesellschaften gegenüber bzw. von der Muttergesellschaft, die einer Ausweitung der Aufsichtspflichten entgegenstehen könnte.<sup>244</sup> Demgegenüber hat das OLG München 2014 signalisiert, dass eine konzernweite Anwendung des § 130 OWiG nicht grds. ausgeschlossen sei, es aber auf die konkreten Umstände des Einzelfalls ankomme.<sup>245</sup> Denkbar erscheint dem OLG München eine konzernweite Anwendung vor allem bei bestehenden Weisungs- und Eingriffsrechten der Muttergesellschaft gegenüber den weiteren Konzerngesellschaften.<sup>246</sup> Dabei führt das Gericht aus, die Annahme konzernweiter Aufsichtspflichten sei selbst beim Fehlen schriftlicher konzernrechtlicher Vertragsvereinbarungen denkbar, sofern jedenfalls eine faktische und tatsächlich erfolgte Einflussnahme besteht.<sup>247</sup> Der insoweit bestehende Grad der Einflussnahme bestimmt nach Ansicht des OLG München auch den Grad der erforderlichen Aufsicht.<sup>248</sup>

---

241 Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 90.

242 Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 90.

243 Vgl. dazu Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 91f. m.w.N. und Erläuterungen zu der Figur der wirtschaftlichen Einheit.

244 Vgl. BGH, GRUR 1982, 244.

245 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

246 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

247 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

248 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

Dabei erscheinen gerade die Ansätze des OLG München im Kontext transnationaler Sachverhalte von besonderem Interesse. Das in der Regel bestehende wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem (deutschen) Produzenten und dem – nur de jure eigenständigen – (ausländischen) Zulieferer vermag durchaus faktische Einflussnahmemöglichkeiten zu vermitteln. Es rückt damit die Frage in den Mittelpunkt, ob neben den „faktischen Konzernen“, die offenbar dem OLG München bei seinen Ausführungen vorschwebten, auch andere, aber vergleichbare Geflechte oder Verflechtungen von Gesellschaften mit vergleichbaren Risikoprofilen existieren.<sup>249</sup>

## (2) Meinungsstand in der Literatur

Das Meinungsbild in der juristischen Literatur ist vielfältig und gespalten. Teilweise wird die konzernweite Anwendung des § 130 OWiG<sup>250</sup> insbes. unter Betonung der rechtlichen Selbstständigkeit der Tochtergesellschaften vollständig abgelehnt.<sup>251</sup> Nach a.A. soll die Muttergesellschaft als Inhaberin des Betriebs der Tochtergesellschaft anzusehen sein.<sup>252</sup> Diese faktische Bestimmung der Betriebsinhaberschaft führt zu einer unmittelbaren Anwendbarkeit des § 130 OWiG gegenüber der Tochtergesellschaft. Dieser argumentative Ansatz wird von Teilen der Literatur wiederum auf Fälle tatsächlicher steuernder Einflussnahme durch die Obergesellschaft beschränkt.<sup>253</sup> Andere stellen zur Begründung der Betriebsinhaberschaft auf eine 100 %ige Beteiligung der Obergesellschaft an der Tochter ab.<sup>254</sup>

Einen weiteren Ansatz verfolgen Stimmen in der Literatur, die den Konzernverbund in seiner Gesamtheit als Gesamtunternehmen bzw. Gesamtbetrieb ansehen, dessen Inhaber i.S.d. § 130 OWiG die Konzernobergesellschaft sei. Abgestellt wird insofern vor allem auf eine faktische Betrachtungsweise, die an faktische Einflussnahmemöglichkeiten der Konzernspit-

---

249 Dazu unten S. 101 ff.

250 Rotsch/Rotsch, Criminal Compliance, § 38 Rn. 5; Hellmann, WirtschaftsStrafR, § 20 Rn. 1069; Beck, AG 2017, 726; Achenbach, NZWiSt 2012, 321; Bechtold, NJW 2009, 3699; Brettel/Thomas, ZWeR 2009, 25.

251 Vgl. dazu auch Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 102 m. weiteren Hinw. und Argumenten.

252 KK-OWiG/Rogall, § 30 Rn. 87; BeckOK-OWiG/Meyberg, § 30 Rn. 79.

253 Kraatz, FS Rogall, 347, 358; NK-WSS/v. Galen/Schaefer, § 130 OWiG Rn. 25.

254 Tiedemann/Engelhart, WirtschaftsStrafR, § 9 Rn. 454.

ze auf den gesamten Unternehmensverband anknüpft.<sup>255</sup> Auf Grundlage dieser wertenden Betrachtung erfolgt im Ergebnis eine Gleichsetzung der Begriffe „Unternehmen/Betrieb“ i.S.v. § 130 OWiG und „Konzern“.<sup>256</sup> Die Anknüpfung an eine tatsächliche Einflussnahme außerhalb bestehender Beherrschungsverträge oder einer Eingliederung führt damit im Ergebnis zu einem weiten Begriffsverständnis, dass primär an der sich aus der tatsächlichen Einflussnahme ergebenden Verantwortung ausgerichtet ist. Damit erfahren auch diese Argumentationsmuster im Kontext transnationaler Lieferketten eine besondere Bedeutung.

### 3. Fazit

Auch vor Inkrafttreten des LkSG bestanden (geringe) Strafbarkeitsrisiken von Leitungspersonen deutscher Unternehmen. Der vom LkSG intendierte Menschenrechts- und Umweltschutz betrifft Rechtsgüter, die auch bei ausländischen Rechtsgutträgern geschützt sind. Allerdings stößt die Annahme täterschaftlicher Begehung schnell an ihre Grenzen. Während aktives Tun die Ausnahme darstellt, besteht mit der Geschäftsherrenhaftung im Bereich der Unterlassungsstrafbarkeit nur eine begrenzte Verantwortlichkeit des Unternehmensinhabers. Eine Beihilfestrafbarkeit scheitert überwiegend an den Grundsätzen zur Straflosigkeit der neutralen Beihilfe. Schließlich erschwert die Komplexität transnationaler Sachverhalte die Erfolgszurechnung einer etwaig möglichen Strafbarkeit.

---

255 KK-OWiG/Rogall, § 130 Rn. 27; BeckOK-OWiG/Beck, § 130 Rn. 31; Bunting, ZIP 2012, 1542, 1545; Caracas, CCZ 2015, 167, 169.

256 Krit. hierzu Minkoff/Sahan/Wittig/Minkoff, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 107.

## C. Strafbarkeitslücken vor Inkrafttreten des LkSG

Die vorstehend skizzierten Grundsätze des deutschen Strafrechts werden im Folgenden am Beispiel konkreter Fallvarianten im Kontext transnationaler Lieferketten näher beleuchtet. Dabei geht es darum, die Leistungsfähigkeit des deutschen Strafrechts zur Erfassung von Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten auf den Prüfstand zu stellen. Neben gravierenden Verletzungen persönlicher Rechtsgüter wie Gesundheit und Leben stehen dabei auch Umweltschutzverletzungen und Arbeitnehmerschutzfragen im Mittelpunkt. Im anschließenden Kapitel wird sodann die Frage zu beantworten sein, ob und ggf. welche der identifizierten Regelungslücken durch die Einführung des LkSG geschlossen worden sind.

### I. Fallbeispiele

#### 1. Ausgangsfall: Produktionsbetrieb in Indien (Fall 1)

Das in Deutschland ansässige Unternehmen A ist im Bereich der Textilindustrie tätig und stellt hochwertige Modeartikel her. Das Unternehmen unterhält in Deutschland den Verwaltungssitz nebst zentraler Organisationseinheiten (u.a. Rechts- und Compliance-Abteilung); Einkauf, Vertrieb und Design der angebotenen Modeartikel erfolgen ebenfalls in Deutschland. Die eigentliche Herstellung der Kleidungsstücke erfolgt in einem Produktionsbetrieb in Indien. Die in Indien belegene Betriebsstätte weist eklatante Missstände hinsichtlich wirksamer Brandschutzvorkehrungen aus. Darüber hinaus werden hochgiftige Chemikalien zur Behandlung der Kleidungsstücke im Rahmen des Produktionsablaufs verwendet, die ungefiltert in ein nahegelegenes Gewässer geleitet werden. In den Produktionsstätten werden in nicht unerheblicher Zahl auch Kinder und Zwangsarbeiter beschäftigt. In Folge eines Brandes in der Produktionsstätte kommen mehrere Menschen ums Leben.



## 2. Fallvarianten auf gesellschaftsrechtlicher Ebene

Ausgehend von dieser Grundkonstellation werden nachfolgend vier Varianten beleuchtet:

- Fall G1 (bloße Betriebsstätte): Der Fertigungsbetrieb in Indien ist als bloße Betriebsstätte des deutschen Unternehmens ausgestaltet.
- Fall G2 (Teil einer 100%igen Tochtergesellschaft): Der indische Fertigungsbetrieb ist Teil einer 100 %igen-Tochtergesellschaft des deutschen Unternehmens.
- Fall G3 (ökonomische Abhängigkeit): Der indische Fertigungsbetrieb ist eine eigenständige Gesellschaft, die in keinem gesellschaftsrechtlichen Verhältnis zu dem deutschen Unternehmen steht, aber 95 % ihrer Umsätze aus dieser Geschäftsbeziehung erzielt.
- Fall G4 (kein gesteigertes Abhängigkeitsverhältnis): Der indische Fertigungsbetrieb steht in keinem gesellschaftsrechtlichen Verhältnis zu dem deutschen Unternehmen und erzielt 30 % seiner Umsätze aus dieser Geschäftsverbindung. Die restlichen 70% der Umsätze erzielt der indische Fertigungsbetrieb durch Geschäftsverbindungen mit anderen Unternehmen, für die er produziert.

Die Fallvarianten unterscheiden sich durch den Grad der „Integration“ des ausländischen Fertigungsbetriebs in das deutsche Unternehmen. Im Hinblick auf eine strafrechtliche Bewertung können die Unterschiede zwischen den Fallvarianten insbes. für die Frage der grundsätzlichen Anwendbarkeit deutschen Strafrechts und bezüglich der Reichweite etwaiger Garantien- bzw. Handlungspflichten von Bedeutung sein.

## 3. Fallvarianten auf Wissensebene

Ein weiteres Differenzierungskriterium, das für eine strafrechtliche Risikobewertung von Bedeutung ist, ergibt sich aus der „Wissenskomponente“ der Unternehmensverantwortlichen in Deutschland. Insoweit können idealtypisch folgende Varianten unterschieden werden:

- Fall W1 (positive Kenntnis): Die Unternehmensverantwortlichen in Deutschland haben von Beginn an positive Kenntnis von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Missständen in dem indischen Fertigungsbetrieb.
- Fall W2 (Kenntniserlangung): Die Funktionsträger in Deutschland erhalten im Verlauf der Geschäftsbeziehung positive Kenntnis von Miss-

ständen in dem indischen Fertigungsbetrieb, etwa durch anonyme Hinweise oder Informationen durch eine NGO.

- Fall W3 (fahrlässige Unkenntnis): Den Unternehmensverantwortlichen in Deutschland sind die Missstände in dem ausländischen Fertigungsbetrieb zwar nicht positiv bekannt, jedoch fahrlässig unbekannt.

Die „Wissensebene“ ist nicht nur ein Prüfungselement im Rahmen des subjektiven Tatbestandes einer möglicherweise einschlägigen Strafnorm. Das in den Fallvarianten zum Ausdruck kommende zeitliche Element hat auch Einfluss auf den Umfang etwaiger strafbewehrter Handlungspflichten und damit auch auf die notwendigen Elemente eines stabilen Compliance Systems, das einem strafrechtlichen Risiko entgegenwirken soll.

#### 4. Fallvarianten auf „Sorgfaltsebene“

Die dritte Differenzierungsebene ergibt sich aus dem Umstand, dass in bestimmten Bereichen (z.B. Brandschutz, Umweltschutz, Arbeitnehmerschutz) in verschiedenen Ländern teilweise stark unterschiedliche nationale Schutzstandards gelten; idealtypisch:

- Fall S1 (Nichteinhaltung lokaler Schutzstandards): Der Fertigungsbetrieb hält bereits die in Indien geltenden Schutzstandards nicht ein.
- Fall S2 (Einhaltung lokaler Schutzstandards): Die in Indien geltenden Schutzstandards werden durch den Fertigungsbetrieb eingehalten; diese bleiben aber weit hinter in Deutschland geltenden Schutzstandards zurück.

Die damit angesprochenen Unterschiede berühren allein die inhaltliche Ausgestaltung möglicherweise bestehender Handlungspflichten und damit den Grad der erforderlichen Sorgfalt i.S.d. Fahrlässigkeitsdelikte.

## II. Strafrechtliche Einordnung der Fallbeispiele

Die strafrechtliche Beurteilung der dargestellten Varianten richtet sich an den Kriterien aus, die oben erarbeitet und ihren allgemeinen Grundsätzen nach dargestellt wurden (S. 29 ff.). Es geht dabei, dies sei vorsorglich klargestellt, nicht um den Versuch einer Ausweitung des deutschen Strafrechts, sondern schlicht um die Anwendung des deutschen Strafrechts auf spezifische ökonomische Sachverhalte.

## 1. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts

Das deutsche Strafrecht findet nach § 3 StGB grds. nur auf Taten Anwendung, die im Inland begangen wurden (s.o. S. 29 f.). Eine Inlandstat ist dadurch gekennzeichnet, dass entweder der Handlungsort (§ 9 Abs. 1 Hs. 1 StGB) oder der Erfolgsort (§ 9 Abs. 1 Hs. 2 StGB) im Inland belegen sind.

Die gesellschaftsrechtlichen Fallvarianten G1–4 sind im Hinblick auf den Erfolgsort eindeutig. Dieser ist *nicht* im Inland belegen, und zwar sowohl mit Blick auf die Verstöße gegen Brandschutzvorschriften, Arbeitsbedingungen, als auch den brandbedingten Tod der Arbeiter. Es spielt insoweit keine Rolle, ob die ausländische Produktionsstätte nur als unselbstständige Betriebsstätte des deutschen Unternehmens, als dessen Tochtergesellschaft oder als unabhängiges Unternehmen zu qualifizieren ist. Die relevanten Rechtsgutbeeinträchtigungen treten allesamt im Ausland ein und werden daher jedenfalls nicht über §§ 3, 9 Abs. 1 Hs. 2 StGB vom deutschen Strafrecht erfasst.

In Bezug auf § 3 StGB verbleibt aber der Handlungsort als möglicher inländischer Anknüpfungspunkt, um eine StGB-Strafbarkeit der Funktionsträger des deutschen Unternehmens zu begründen. Diesbezüglich bestehen relevante Unterschiede zwischen den Fallvarianten.

§ 9 Abs. 1 StGB nennt zwei Handlungsorte:

- im Fall des aktiven Tuns den Ort der Handlung selbst,
- im Fall des Unterlassens den Ort, an dem der Täter hätte handeln müssen.

Für die Bestimmung möglicher Anknüpfungspunkte ist daher bedeutsam, ob ein Unterlassungsdelikt im Raum steht. Freilich ist die Unterscheidung von aktivem Tun und Unterlassen im Einzelfall diffizil.<sup>257</sup> Nach der Schwerpunkttheorie des BGH<sup>258</sup> ist auf den Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit des Täterverhaltens abzustellen, mithin also eine Abgrenzung anhand einer wertenden Betrachtung vorzunehmen. In Bezug auf das Verhalten der Leitungsfunktionsträger des deutschen Unternehmens beinhalten die skizzierten Sachverhalte sowohl aktive Elemente (Auftragserteilung zur Produktion) als auch Elemente eines Unterlassens (unzureichende Kontroll- und Aufsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Rechtsgutbeeinträchtigungen in der ausländischen Betriebsstätte).

---

257 S. dazu S. 63 ff.

258 Vgl. BGHSt 6, 46, 59; BGH, NStZ 1999, 607; 2005, 446, 447.

Bei Anwendung der Schwerpunkttheorie, bei der neben Kriterien wie denjenigen des Energieeinsatzes und der Kausalität auch die konkrete Form der subjektiven Zurechnung (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) als Ausgangspunkt dienen,<sup>259</sup> wird man regelmäßig nur dann zu einer Bewertung des in Rede stehenden Verhaltens als aktives Tun kommen, wenn sich die eintretenden Rechtsgutverletzungen als direkte kausale Folge einer proaktiven „Ansage“ (i.S.e. Auftragserteilung/Bestellung) seitens der Leitung des deutschen Unternehmens darstellt und diese darüber hinaus von Anfang an positive Kenntnis von der dadurch drohenden Tatbestandsverwirklichung durch das Verhalten der Leitungspersonen des Zulieferbetriebes hat.<sup>260</sup> Diese Voraussetzung vorsätzlichen aktiven Tuns ist lediglich in der Fallvariante W1 erfüllt (und dürfte in der Praxis nur in seltenen Fällen nachweisbar sein<sup>261</sup>). In Betracht kommt dann namentlich die Beteiligung an Zwangsarbeitsdelikten (§§ 232b, 233 StGB), an einer Gewässerverunreinigung nach § 324 StGB sowie ggf. sogar an Körperverletzungen (§ 223 StGB) und Tötungen (§ 212 StGB) zulasten der zu Tode gekommenen Arbeiter. In dieser Konstellation ist also – ungeachtet der konkreten Beteiligungsform der deutschen Leitungspersonen (dazu sogleich auf S. 85 ff.) – ein inländischer Begehungsort i.S.v. § 9 Abs. 1 Var. 1 StGB (Auftragserteilung als täterschaftliche Handlung) bzw. Abs. 2 (Auftragserteilung als Teilnahmehandlung) anzunehmen, sofern die Auftragserteilung in Deutschland erfolgt ist (bspw. durch ein von dort geführtes Video-Telefonat oder die Absendung einer E-Mail).

Fehlt es dem Geschäftsleiter des deutschen Unternehmens im Zeitpunkt der (aktiven) Auftragserteilung indes an der positiven Kenntnis von den zur Erfolgsverursachung führenden Umständen in der ausländischen Produktionsstätte, dürfte regelmäßig allenfalls ein Unterlassungsvorwurf in Betracht kommen. Das gilt jedenfalls dann, wenn die deutsche Geschäftsleitung (wie in Fallvariante W2) erst im Verlauf der Geschäftsbeziehung Kenntnis von entsprechenden Risiken erlangt – und sich dazu entschließt, diesen Risiken nicht durch Abhilfemaßnahmen entgegenzutreten. Dasselbe wird aber auch dann zu gelten haben, wenn sich die Geschäftsleitung des deutschen Unternehmens allenfalls den Vorwurf gefallen lassen muss, es vor (oder auch

259 Vgl. BGHSt 49, 147, 164; 51, 165, 173; *Wessels/Beulke/Satzger*, AT, Rn. 1163; *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 35 Rn. 4 f.

260 Vgl. auch *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 199.

261 Vgl. *Zerbes*, in: *Jeßberger/Kaleck/Singelnstein*, 205, 226 f.; *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 200; *Saage-Maaß*, NK 2014, 228, 235; *Gless*, FS Rogall, 327, 335.

nach) Aufnahme der Geschäftsbeziehung sorgfaltspflichtwidrig unterlassen zu haben, sich über etwaige gefährliche Missstände in der ausländischen Produktionsstätte informiert zu haben (Fallvariante W3). Denn insoweit liegt der Schwerpunkt des Vorwurfs nicht mehr darin, aktiv den Produktionsauftrag erteilt zu haben, sondern darin, dass die Geschäftsleitung es unterlassen hat, sich die entsprechenden Kenntnisse über die Risikolage im Ausland verschafft zu haben. Allerdings führt auch die Annahme eines bloßen Unterlassensvorwurfs – unabhängig von der Frage, ob es sich um vorsätzliches oder fahrlässiges Unterlassen handelt – zur Annahme eines inländischen Handlungsortes. Denn der in § 9 StGB erwähnte Ort, an dem der Beteiligte „im Falle des Unterlassens hätte handeln müssen“, liegt selbst dann, wenn der Erfolgsort im Ausland ist, im Inland, wenn hier die gebotene Handlung hätte vorgenommen werden müssen. Dieser sog. Vornahmeort liegt in den hier interessierenden Fallkonstellationen regelmäßig in Deutschland, da die deutsche Unternehmensleitung von hieraus Maßnahmen zur Risikoabwendung bzw. zur Informationsverschaffung hätte ergreifen müssen.<sup>262</sup>

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass deutsches Strafrecht im Lieferketten-Kontext regelmäßige Anwendung finden wird.

## 2. Schutzbereich deutscher Straftatbestände

Neben der Anwendbarkeit deutschen Strafrechts bedarf es stets der Prüfung der Frage, ob die Beeinträchtigung von ausländischen Interessen in den Schutzbereich des in Rede stehenden StGB-Straftatbestandes fällt.<sup>263</sup> Soweit es sich hierbei um die Beeinträchtigung von Individualrechtsgütern handelt – im Falle vorsätzlichen Handelns etwa durch die §§ 212, 223, 232b, 330a Abs. 1 StGB, im Falle fahrlässigen Verhaltens bspw. durch §§ 222, 229, 306d Abs. 2, 330a Abs. 5 StGB –, sind diese auch bei ausländischer Interessenträgerschaft nach den Grundsätzen des völkerrechtlichen Fremdenrechts geschützt.

Anders verhält es sich, wenn die vorsätzliche (z.B. gem. § 324 Abs. 1 StGB) oder fahrlässige (etwa § 324 Abs. 3 StGB) Beeinträchtigung von Kollektivrechtsgütern, namentlich solchen der Umwelt, in Rede steht. Zwar ist inzwischen grds. anerkannt, dass auch im Ausland belegene Umweltmedien

262 Vgl. *Momsen/Willumat*, KriPoZ 2019, 323, 328; *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 72.

263 S.o. S. 30 f.

(Gewässer, Böden, Luft, Fauna) in den Schutzbereich des deutschen Umweltstrafrechts einbezogen sind.<sup>264</sup> Sehr umstritten ist allerdings die für die verwaltungsrechtsakzessorisch ausgestalteten Tatbestände der §§ 324–328 StGB bedeutsame Frage, wie bei transnationalen Sachverhalten das Merkmal der Unerlaubtheit der Umweltverschmutzungshandlung zu bestimmen ist.<sup>265</sup> Umstritten ist namentlich, ob es dabei auf eine Befugnis nach deutschem Verwaltungsrecht<sup>266</sup> oder auf das Bestehen einer Zulassung nach dem Recht des ausländischen Erfolgsortes ankommt.<sup>267</sup> Relevant ist dies insbes. in den Fällen, in denen das ausländische Recht eine Umweltverschmutzung gestattet, diese aber nach deutschem Recht verboten ist (vgl. Fallvariante S2).

### 3. Die einschlägige Beteiligungsform bei vorsätzlichem aktivem Tun

Steht ein aktives Tun von Mitgliedern der Leitungsebene eines deutschen Unternehmens in Rede, macht es der Umstand, dass regelmäßig einzelne Personen in einem von Arbeitsteilung, Hierarchien, Weisungszusammenhängen, Delegationen und geteilten Verantwortungen geprägten Prozess zusammengewirkt haben, überaus diffizil, die korrekte Beteiligungsform zu bestimmen. Wer in einem solchen Geschehen, so *Zerbes/Pieth*, „kraft Tatherrschaft Täter, wer Anstifter und wer Gehilfe ist und wer, obwohl ebenfalls kausal geworden, keine strafrechtlich relevante Verantwortung auf sich geladen hat, ist zumeist schwierig nachweisbar.“<sup>268</sup>

Täterschaftliche Beteiligung kommt, wenn nicht ausnahmsweise ein Fall der Mittäterschaft vorliegt (etwa bei „direkten Anweisungen zur Tatbegehung aus dem Mutterhaus“<sup>269</sup>), insbes. in Gestalt der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft in Betracht.<sup>270</sup> Ihre praktische Bedeutung dürfte in den vorliegenden Sachverhaltskonstellationen allerdings bereits deswegen äußerst gering sein, weil es sich im Hinblick auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Funktionsträgern in deutschen Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten regelmäßig (lediglich) um einen Fahrlässigkeitsvorwurf handeln wird.

---

264 S.o. S. 30 f.

265 Ausf. SK-StGB/Schall, Vorbem. § 324 Rn. 209 ff.

266 So MK-StGB/Schmitz, Vorbem. § 324 Rn. 157.

267 So TK/Schittenhelm, § 330d Rn. 7; BeckOK-StGB/Witteck, § 324 Rn. 99.

268 *Zerbes/Pieth*, KJ 2018, 67, 68.

269 Vgl. *Saage-Maaß*, NK 2014, 228, 235.

270 S.o. S. 44 f.

Die Rechtsfigur der Organisationsherrschaft ist ein Unterfall der mittelbaren Täterschaft nach § 25 Abs. 1 StGB. Im Rahmen der Fahrlässigkeitsdelikte besteht aber keine Notwendigkeit, eine fahrlässige mittelbare Täterschaft zu konstruieren, da der weitreichende Einheitstäterbegriff ohnehin zu einem extensiven Begriffsverständnis des Fahrlässigkeitstäters führt. Die insofern unter dem Begriff einer „fahrlässigen mittelbaren Täterschaft“ diskutierten Fragen sind letztlich solche der objektiven Zurechnung und haben mit der Abgrenzung von Täterschaft, mittelbarer Täterschaft und Teilnahme nichts zu tun.<sup>271</sup> Ist im Einzelfall aber einmal vorsätzliches Handeln nachweisbar, kommt die Figur der Täterschaft kraft Organisationsherrschaft so, wie die Rspr. diese in Bezug auf Wirtschaftsunternehmen interpretiert (dazu s.o. S. 46 ff.), in den Fallvarianten G1 und G2 in Betracht. Allerdings scheidet ihre Heranziehung für Fallkonstellationen aus, in denen keine rein unternehmens- oder zumindest konzerninternen Sachverhalte vorliegen.

Der Grundgedanke der Rechtsfigur der Organisationsherrschaft besteht in der Durchbrechung des Verantwortungsprinzips durch eine Verschiebung des Blickwinkels – weg von der einzelnen Handlung, hin zu dem System als Ganzen. Die aufgrund der Organisationsstrukturen bestehende Kontrolle des Unternehmensinhabers über die Abläufe im Unternehmen überragt die individuelle Handlungsverantwortlichkeit der jeweiligen Täter in einem besonderen Maße, sodass eine eigene mittelbare Täterschaft des Hintermanns auch neben volldeliktisch handelnden Tätern möglich ist. Diese Bewertung muss aber ihre Grenzen dort finden, wo auch die Grenzen der Organisation zu ziehen sind. Es mag daher vertretbar erscheinen, auch in Konzernsachverhalten über einen ausreichenden Beherrschungszusammenhang nachzudenken. Indes ist dies gegenüber eigenständigen Zulieferbetrieben nicht mehr der Fall. Entscheidungen der Unternehmensleitung in Deutschland haben gerade nicht „regelhafte Abläufe unter Ausnutzung einer bestimmten Organisationsstruktur“ zur Folge. Die beteiligten Unternehmen sind allein auf Grundlage zivilrechtlicher Verpflichtungen miteinander verbunden (Fall G3). Hieran ändert auch eine etwaige wirtschaftliche Machtstellung des deutschen Unternehmens gegenüber dem Zulieferbetrieb nichts (Fall G4). Die Rechtsfigur der Organisationsherrschaft wurde nicht für schlichte zivilrechtliche Vertragsgeflechte geschaffen und kann insoweit keinen Beitrag zur Erfassung strafrechtlich relevanten Verhaltens in transnationalen Lieferketten erbringen.

---

271 I.d.S. MK-StGB/Scheinfeld, § 25 Rn. 299 ff.

Liegen die vorgenannten Voraussetzungen täterschaftlichen Handelns nicht vor, kann das Initiieren bzw. Aufrechterhalten der Geschäftsbeziehung mit dem rechtsgutbeeinträchtigend produzierenden ausländischen Zulieferbetrieb als Beihilfehandlung gem. § 27 StGB zu bewerten sein.<sup>272</sup> Grds. ist anerkannt, dass auch fernerliegende Unterstützungen in Gestalt wirtschaftlicher Ermöglichung industrieller Prozesse (etwa der Auftrag zur Herstellung eines Produkts) als entsprechende Tatförderung betrachtet werden können.<sup>273</sup> Allerdings dürfte die Strafbarkeit wegen Beihilfe regelmäßig an den Grundsätzen der Strafbarkeit der sog. neutralen Beihilfehandlung scheitern (s. schon oben S. 40 ff.). Geht es, wie in der Lieferkette, um vordergründig „neutrales“ ökonomisches Handeln (Tätigen von Bestellungen, Einkauf von Rohstoffen etc.), sieht der BGH die Grenze zur Strafbarkeit erst dann überschritten, wenn der Betreffende entweder sicher weiß, dadurch eine Haupttat zu unterstützen, oder aber das von ihm erkannte Risiko strafbaren Verhaltens des von ihm Unterstützten derart hoch ist, dass er sich mit seiner Hilfeleistung „die Förderung eines erkennbar tatgeneigten Täters aneignen“ sein lässt.<sup>274</sup>

Auch wenn dieses vage Kriterium in Bezug auf die hier interessierenden Fallkonstellationen schwer zu handhaben ist,<sup>275</sup> dürfte eine strafbare Hilfeleistung nur dann in Betracht kommen, wenn dem Gehilfen eine deutlich konkrete Tat durch die Verantwortlichen des Zulieferbetriebes vor Augen steht. Allgemeine Informationen über eine schwierige Menschenrechtslage in der betreffenden Region bzw. Mutmaßungen über und Indizien für die Verstrickung des Zulieferers in potenziell strafrechtlich relevante Risikozusammenhänge, die sich lediglich zu einem Eventualvorsatz bezüglich einer wenig konkreten Haupttat verdichten lassen, reichen nicht aus.<sup>276</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass eine vorsätzliche Beteiligung des deutschen Geschäftsleiters durch aktives Tun an der im Ausland begangenen Tat durch eine Person im Zulieferbetrieb in den einschlägigen Konstel-

272 Vgl. Fleischer/Mankowski/Wegner, LkSG, § 24 Rn. 63; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 200.

273 Vgl. Zerbis/Pieth, KJ 2018, 67, 69; zu den (eher strengen) völkerstrafrechtlichen Voraussetzungen für Beihilfe in diesem Kontext s.a. Saage-Maaß, KJ 2010, 54, 59 f.; Ambos, Wirtschaftsvölkerstrafrecht, S. 62 ff.

274 BGHSt 46, 107; s.a. BGH, NSTz 2000, 34; NJW 2001, 2409; BeckRS 2025, 1257 Rn. 16.

275 Fleischer/Mankowski/Wegner, LkSG, § 24 Rn. 68, geht von einer offenen Abwägungsfrage aus, deren Beantwortung in der Praxis nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „politischen Großwetterlage“ erfolgt.

276 Vgl. Werner, CB 2023, 245, 249.



lationen nur sehr selten angenommen werden kann. Scheitert diese nicht ohnehin am fehlenden bzw. nicht nachweisbaren subjektiven Tatbestand, kommt eine täterschaftliche Beteiligung als Mittäter oder mittelbarer Täter kraft Organisationsherrschaft in Betracht; letztere allerdings nur beim Ausnutzen von Weisungsverhältnissen innerhalb eines Betriebes oder Konzerns. Die ebenfalls mögliche Beihilfe setzt nach den Grundsätzen der Strafflosigkeit neutraler Beihilfehandlungen in aller Regel direkten Vorsatz bezüglich der Haupttat voraus.

#### 4. Strafbares Unterlassen

Zunächst kann, wie bereits dargelegt, eine Vorsatzstrafbarkeit wegen eines unechten Unterlassungsdelikts grds. in Betracht kommen – etwa wenn die Geschäftsführung des deutschen Unternehmens nach der Aufnahme der Geschäftsbeziehung zu einem ausländischen Zulieferbetrieb Kenntnis von einer dort bevorstehenden betriebsbezogenen Straftat erlangt und sich gleichwohl bewusst gegen ein Einschreiten entscheidet. Allerdings wird auch hier ein entsprechender Vorsatz selten nachweisbar sein. Praxisrelevanter ist demgegenüber die Konstellation, dass sich der Vorwurf gegenüber den Leitungsfunktionsträgern im deutschen Unternehmen auf das Außerachtlassen der gebotenen Sorgfalt bei der Auswahl und Überwachung des ausländischen Geschäftspartners beschränkt. Die erste sich daran anschließende Frage ist diejenige nach dem Bestehen einer zu derartigen Maßnahmen verpflichtenden Garantenstellung.

Als mögliche Pflichtenquelle kommt nur die bereits ausf. dargestellte (s.o. S. 48 ff.) Geschäftsherrenhaftung in Betracht. Die damit verbundene konzeptionelle Idee ist dem prägenden Leitgedanken der Organisationsherrschaft mindestens verwandt, teilweise mit diesem sogar identisch.

##### a) Garantenstellung für im Ausland tätige Unternehmen?

Die Fallvariante G1 führt jedenfalls im Grundsatz zur Annahme einer Garantenstellung i.S.d. § 13 StGB der deutschen Leitungspersonen. Schwieriger zu beantworten ist die Frage, wie es sich in Konstellationen mit gesellschaftsrechtlich anders gelagerten Unternehmensbeziehungen verhält. Berücksichtigt man, dass die hier in Rede stehende Garantenpflicht im Kern auf dem Grundgedanken der Herrschaft des Geschäftsherrn über

die mit seiner Unternehmung verbundenen Gefahren fußt, dann endet der Herrschaftsgedanke zunächst einmal dort, wo auch die „Herrschaft des Geschäftsherrn“ in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht ihre Grenzen findet.<sup>277</sup> Danach ergeben sich in Konzernsachverhalten (Fall G2) über bestehende Weisungsrechte und Möglichkeiten der Einflussnahme durch Leitungspersonen der Konzernmutter<sup>278</sup> durchaus tragfähige Anknüpfungspunkte für eine Garantenstellung, auch im Hinblick auf das Verhalten von Leitungspersonen/Mitarbeitern in den Tochtergesellschaften. Es bestehen insoweit Parallelen zu der Anwendung von Aufsichtspflichten nach § 130 OWiG in Konzernsachverhalten. Die diesbezüglich vom OLG München<sup>279</sup> angestellten Erwägungen (Grad der faktischen Einflussnahme im Einzelfall) öffnen jedenfalls auch im Kontext der Geschäftsherrenhaftung die Tür für eine strafrechtliche Unterlassungsverantwortlichkeit der Funktionsträger der deutschen Muttergesellschaft.

Ausgehend von diesem Ansatz scheint zunächst auch im Falle bloßer (starker) wirtschaftlicher Abhängigkeit (Fall G3) die Begründung einer Garantenstellung auf Basis der Geschäftsherrenhaftung denkbar. Es darf aber nicht übersehen werden, dass es sich bei konzernfremden Zuliefer-/Produktionsbetrieben erst recht um eigenständige juristische Personen handelt und der BGH gerade diese Eigenständigkeit in seiner Rspr. zu § 130 OWiG besonders betont.<sup>280</sup> Die bloße wirtschaftliche Abhängigkeit an sich kann diese Eigenständigkeit des Zuliefer-/Produktionsbetriebs nicht aufheben und führt insbes. nicht dazu, dass die Eigenverantwortlichkeit des Handelns der Leitungspersonen des konzernfremden Betriebs durchbrochen und aufgehoben wird. Es erscheint aber ausgehend von den Überlegungen des OLG München jedenfalls dann denkbar, diese Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit in den Hintergrund treten zu lassen, wenn sich neben der bloßen wirtschaftlichen Abhängigkeit rein faktische Einflussnahmen des deutschen Unternehmens auf den Produktionsbetrieb feststellen lassen, die den Weisungsrechten und Einflussnahmemöglichkeiten in einem Konzern entsprechen („faktischer Konzern“).<sup>281</sup> Diese Schwelle wird nicht bereits dadurch überschritten, dass die Marktmacht des deutschen

---

277 Dannecker/Dannecker, JZ 2010, 981, 989.

278 Zur Reichweite der sog. Leitungsmacht in den unterschiedlichen Konzernformen eingehend Minkoff/Sahan/Wittig/Englisch/Basener, Konzernstrafrecht, § 2 Rn. 44–68.

279 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

280 BGH, GRUR 1982, 244, 247.

281 Vgl. Schünemann, FG BGH, 621.

Unternehmens es gestattet, bestimmte Qualitätsstandards oder Preisniveaus zu diktieren. Nur soweit im Einzelfall eine Einflussnahme auch auf wesentliche Geschäftsführungsbereiche des Produktionsbetriebes feststellbar ist, erscheint die Annahme einer Garantenstellung gerechtfertigt, da dann wertungsmäßig kein Unterschied zu konzerninternen (Fall G2) oder gar rein gesellschaftsinternen (Fall G1) Sachverhalten mehr besteht.<sup>282</sup>

Die Annahme einer Garantenstellung aus der Rechtsfigur der Geschäftsherrenhaftung kommt aber keinesfalls mehr in Betracht, wenn der Zuliefer-/Produktionsbetrieb in keinem faktischen Abhängigkeitsverhältnis zu dem deutschen Unternehmen steht (Fall G4).

#### b) Delegation der Garantenpflicht auf im Ausland tätige Zulieferbetriebe?

Die Frage der Begründung von Garantenpflichten des Geschäftsherrn ist eng verbunden mit der Folgefrage einer möglichen Enthftung durch eine entsprechende Delegation. Soweit in transnationalen Sachverhalten die Begründung einer Garantenpflicht der Funktionsträger des deutschen Unternehmens in Betracht kommt (Fall G1, Fall G2 sowie ggf. in Fall G3), führt eine wirksam vorgenommene Delegation dieser Pflicht nicht zu einer Enthftung des Geschäftsherrn. Es ist zwar anerkannt, dass der Geschäftsherr das ihm obliegende Pflichtenprogramm an Dritte (innerhalb und außerhalb des Unternehmens/Konzerns) delegieren kann. Dies führt aber nicht zu einer vollständigen Enthftung, sondern lediglich zu einer Wandlung des Pflichtenprogramms hin zu Auswahl-, Instruktions-, Kontroll- und Aufsichtspflichten.<sup>283</sup> Dabei ist gerade in den vorliegenden Sachverhaltskonstellationen die Auswahl des Delegaten von erheblicher Bedeutung. Eine Delegation der Geschäftsherrenpflichten an den ausländischen Produktionsbetrieb (Fall G3) wird daher regelmäßig daran scheitern, dass der Betrieb selbst das zu überwachende Risiko darstellt (Fall W3).<sup>284</sup>

---

282 Vgl. auch Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 208 m. weiteren Hinw. und der Forderung, einen eindeutigen Kriterienkatalog zu entwickeln. Diese Überlegungen sind letztlich an die Rechtsfigur des faktischen Geschäftsführers angelehnt, für den in der obergerichtlichen Rspr. ebenfalls entsprechende Kriterien entwickelt worden sind. Im Hinblick auf die vergleichbare Grundproblematik erscheint es daher nicht fernliegend, sich an diesen Kriterien zu orientieren.

283 Knauer, FS I. Roxin, 465, 479; s.o. S. 62 f.

284 Vgl. Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 209.

c) Bestimmung des Sorgfaltsmaßstabs in transnationalen Lieferketten

In der Praxis wird sich, wie bereits betont, die Frage nach der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von deutschen Funktionsträgern in transnationalen Lieferketten regelmäßig auf Fahrlässigkeitsvorwürfe reduzieren.<sup>285</sup> Es dürfte nur selten Fälle geben, in denen den Verantwortlichen des Unternehmens in Deutschland positiv konkrete Missstände in den Produktions- und Zulieferbetrieben bekannt sind (Fall G4 und Fall W1). Die Beweisbarkeit eines solchen – Vorsatz indizierenden – Wissens wird regelmäßig nicht möglich sein bzw. jedenfalls nicht zweifelsfrei gelingen.

Ein vorsätzliches Handeln wird aber regelmäßig dann anzunehmen sein, wenn nicht einmal nationale Schutzstandards im Produktionsland eingehalten werden (Fall S1) und die verantwortlichen Funktionsträger in Deutschland dennoch in diesem Wissen diesen ausländischen Betrieb beauftragen (Fall G4) oder bei späterer positiver Kenntniserlangung schlicht untätig bleiben (Fall W1). Es macht dabei im Ergebnis keinen Unterschied, ob es sich insoweit um unselbstständige Betriebsstätten, Tochterunternehmen oder konzernfremde Drittunternehmen handelt. Entscheidend ist vielmehr, dass wissentlich und willentlich entweder aktiv durch die Beauftragung (Fall G3/Fall G4) bzw. Auslagerung (Fall G1/Fall G2) der Produktion oder passiv durch das Unterlassen von Abhilfe (Fall G1/Fall G2) oder die Beendigung der Geschäftsbeziehung (Fall G3) ein kausaler Beitrag zu einer etwaigen Rechtsgutverletzung geleistet wurde, die jedenfalls bei Unterschreitung selbst nationaler Produktionsstandards im Drittland vorhersehbar und damit auch zurechenbar ist.

Demgegenüber gestaltet sich die Bewertung strafrechtlicher Verantwortlichkeiten deutlich schwieriger, wenn es an diesem positiven Wissen fehlt (Fall W3) oder jedenfalls nationale Schutzstandards im Produktionsland eingehalten werden, die aber hinter den in Deutschland geltenden Standards zurückbleiben (Fall S2).

Die Verletzung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt ist Ausgangspunkt jeder Fahrlässigkeitsstrafbarkeit und im Kontext strafrechtlicher Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten durch eine besondere Komplexität geprägt. Die Bestimmung eines angemessenen und zumutbaren Sorgfaltsmaßstabs hat dabei auch eine Reflexwirkung über den reinen Fahrlässigkeitsvorwurf hinaus, definiert dieser

---

<sup>285</sup> Vgl. Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 211 m.w.N.

doch zugleich auch die gebotenen Handlungen i.S.d. Unterlassungsstrafbarkeit im Rahmen der Geschäftsherrenhaftung.<sup>286</sup>

Der Sorgfaltsmaßstab als solcher wird in der Regel nicht durch die Strafnormen vorgegeben. Dieser ist vielmehr – entsprechend der Garantienpflicht im Rahmen des § 13 StGB – durch die Rechtsanwendung mit Leben zu füllen. Die insoweit maßgeblichen Anforderungen orientieren sich aus *ex ante*-Sicht an dem Maßstab eines gewissenhaften und besonnenen Menschen aus dem betroffenen Verkehrskreis.<sup>287</sup> Die im Verkehr erforderliche Sorgfalt wird dabei in diesem Rahmen insbes. durch Sondernormen konkretisiert (s.o. S. 63 ff.). Diese entstammen nicht dem Strafrecht selbst, können rechtlicher Natur sein oder auch außerrechtlichen Charakter besitzen. Diesen Sondernormen ist gemeinsam, dass sie auf Basis von Erfahrungswerten und prognostischen Überlegungen bezogen auf ein bestimmtes Sachgebiet definierte Mindest-Sorgfaltsstandards festlegen.<sup>288</sup>

Die objektive Verletzung derartiger Sondernormen stellt ein Indiz für einen Fahrlässigkeitsvorwurf dar, belegt diesen aber grds. nicht abschließend.<sup>289</sup> Vielmehr ist die Verletzung einer Sondernorm als Abwägungspunkt in die vorzunehmende *ex ante*-Betrachtung einzustellen. Dies führt im Ergebnis dazu, dass trotz Einhaltung einer Sondernorm im Hinblick auf das konkrete Risikopotenzial bzw. die Gefahrenlage im Einzelfall eine Sorgfaltspflichtverletzung vorliegen kann, insbes. wenn die Sondernorm allgemeine Mindeststandards festlegt und das individuelle Risikoprofil der Unternehmung/Handlung des Sorgfaltspflichtigen von dem „Standardfall“ abweicht. Umgekehrt kann aber auch bei Verletzung einer Sondernorm ein Fahrlässigkeitsvorwurf ausgeschlossen sein, sofern weitere Sicherungsmaßnahmen getroffen wurden, die gleichermaßen zur Gefahrvermeidung geeignet sind.<sup>290</sup>

Im Kontext transnationaler Lieferketten ist diese grundsätzliche Differenzierung zwischen dem strafrechtlich Gebotenen und der in Sondernormen pauschalierten Sorgfalt bedeutsam. Die Verlagerung der Produktion in Schwellenländer ist nicht selten mit einer Auslagerung von Schutzstandards verbunden, bleiben doch arbeitsrechtliche, gefahrenrechtliche und auch umweltrechtliche Schutzstandards in den jeweiligen Produktionsländern

286 Rengier, AT, § 48 Rn. 13; Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 212.

287 Vgl. zu den einzelnen Abwägungsaspekten im Überblick Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 212.

288 I.d.S. BGHSt 4, 182, 185.

289 BGHSt 4, 182, 185; 12, 75, 78.

290 Vgl. Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 213 f. m.w.N.

vielfach hinter den in Deutschland geltenden Standards zurück. Dies führt zwangsläufig zu der Frage, anhand welcher Kriterien der Sorgfaltsmaßstab der Funktionsträger zu bestimmen ist.

Im Allgemeinen wird man den Sorgfaltsmaßstab des Geschäftsherrn dahingehend konkretisieren müssen, dass dieser in Deutschland ausreichende Maßnahmen zu treffen hat, um Rechtsgutverletzungen durch die in den Produktionsstätten im Ausland handelnden Akteure zu verhindern (Organisations- bzw. Überwachungsverschulden).<sup>291</sup> Da es bei dieser Sorgfaltspflicht gerade auch darum geht, rechtswidriges Verhalten von Akteuren in der ausländischen Betriebsstätte zu unterbinden, käme bei Sorgfaltspflichtverstößen (in Deutschland) und anschließenden Straftatbestandsverwirklichungen (im Ausland) ferner kein Regressverbot nach den Grundsätzen des Dazwischentretens Dritter in Betracht (s.o. S. 56 f.).<sup>292</sup>

Sehr problematisch ist allerdings, wie jene Sorgfaltspflichten inhaltlich ausgestaltet sind. Jedenfalls vor dem Inkrafttreten des LkSG fehlte es diesbezüglich an klaren Maßstäben. Der Katalog derartiger Maßnahmen wird – abstrakt gesprochen – sowohl Elemente einer Risikoanalyse als auch einer Risikobewältigung beinhalten müssen. Dabei ist aber zu bedenken, dass derartigen Corporate Compliance-Strategien natürliche Grenzen innewohnen, die mit dem Grad der Einflussnahmemöglichkeit auf den Produktionsbetrieb variieren. Man wird deutschen Funktionsträgern höhere Standards abverlangen können, wenn es sich bei dem Produktionsbetrieb um eine unternehmenseigene Betriebsstätte (Fall G1) oder Tochtergesellschaft (Fall G2) handelt. Es ist insoweit nicht ersichtlich, warum durch die bloße räumliche Verlagerung einer unternehmens- bzw. konzerneigenen Produktion im Hinblick auf den Schutz überragender Rechtsgüter gravierende Abstriche gemacht werden können. Es wird zwar vertreten, dass die Einhaltung nationaler Sondernormen im Produktionsland indiziell für die Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt spricht (Fall S2).<sup>293</sup> Die in den vorliegenden Fallkonstellationen in Rede stehenden Rechtsgüter sind aber von derart überragender Bedeutung, dass deutsche Funktionsträger sich nicht schlichtweg auf die Einhaltung der nationalen Standards im Produktionsland zurückziehen können, soweit diese hinter deutschen Standards zurückbleiben. Es ist in diesem Fall vielmehr erforderlich, jedenfalls eine Risikoanalyse dahingehend anzustellen, ob trotz der unterschiedlichen

---

291 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 214; Peltzer, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 235 f.

292 Vgl. Zerbes/Pieth, KJ 2018, 67, 69 f.

293 Vgl. Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 215 m.w.N.

Schutzstandards ein adäquater Schutz vor Rechtsgutverletzungen besteht. Findet eine solche Risikoanalyse nicht statt, können sich die verantwortlichen Funktionsträger auch nicht auf ein fehlendes Wissen um etwaige Missstände in den Produktionsbetrieben berufen (Fall W3). Dies erscheint in unternehmens- bzw. konzerninternen Sachverhalten ohnehin nur schwer vorstellbar, da allein aus der Verlagerung der Produktion ins Ausland keine Abschwächung des unternehmens- bzw. konzerninternen Pflichtenprogramms folgt.

Demgegenüber wird man derartig weitreichende Pflichten nicht annehmen können, soweit es sich bei den Produktionsbetrieben um selbstständige und konzernfremde Unternehmen handelt. Diese sind ihrerseits nicht an deutsche Schutzstandards gebunden. Die Informations- und Einflussnahmemöglichkeiten deutscher Unternehmensverantwortlicher sind insoweit limitiert. Die sich im Rahmen der Geschäftsherrenhaftung ergebenden Grenzen der Garantenstellung finden ihr unmittelbares Pendant bei der Ausgestaltung des konkreten Sorgfaltsmaßstabs. Ein Fahrlässigkeitsvorwurf kommt daher in diesen Fallgestaltungen (Fall G3/Fall G4) nur in Betracht, soweit selbst nationale Schutzstandards im Produktionsland nicht eingehalten worden sind (Fall S1) und dies den deutschen Funktionsträgern hätte bekannt sein müssen. Die erforderliche Risikoanalyse als Teil einer Corporate Compliance muss sich daher wenigstens auf diese Fragen hinsichtlich des Produktionsbetriebs erstrecken.

## 5. Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG

Im Kontext bußgeldbewehrter Aufsichtspflichtverletzungen stellen sich vergleichbare Fragen wie zur Reichweite der Garantenstellung im Rahmen der Geschäftsherrenhaftung. Es gelten insoweit die gleichen Erwägungen.

Bestehende Weisungsrechte und Einflussnahmemöglichkeiten durch Leitungspersonen der Konzernmutter bilden auch insoweit tragfähige Bezugspunkte für eine konzernweite Aufsichtspflicht i.S.d. § 130 OWiG. Die bereits dargestellten Erwägungen des OLG München<sup>294</sup> zum Grad der faktischen Einflussnahme im Einzelfall gelten uneingeschränkt im Kontext des § 130 OWiG, wurden diese gerade zur Bestimmung von dessen Anwendungsbereich erarbeitet. Die Grenzen der Aufsichtspflichten gem. § 130 OWiG werden aber dann erreicht, wenn es an einer derartigen faktischen Einflussnah-

---

294 OLG München, StraFo 2015, 82, 83.

me fehlt. Dies wird regelmäßig bei selbstständigen und konzernfremden Unternehmen der Fall sein (Fall G3/Fall G4).

### III. Fazit

Die Fallbeispiele verdeutlichen, dass das deutsche Strafrecht bei Erfolgszurechnungen entlang transnationaler Lieferketten vielfach an seine Grenzen stößt.

Kein Strafbarkeitshindernis bildet zwar das Strafanwendungsrecht; ganz regelmäßig wird nämlich bereits ein inländischer Handlungsort i.S.d. § 9 StGB anzunehmen sein (s.u. S. 82 ff.).

Eine vorsätzliche Beteiligung der Leitungsfunktionsträger deutscher Unternehmen an den im ausländischen Produktionsbetrieb verwirklichten Straftatbeständen wird aber aus tatsächlichen bzw. praktischen Gründen nur in seltenen Fällen gegeben resp. nachweisbar sein. Sofern dies ausnahmsweise der Fall ist, kommt eine täterschaftliche Handlungs- und Erfolgszurechnung über die Figur der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft (Täter-hinter-dem-Täter) allenfalls dann in Betracht, wenn es sich bei dem ausländischen Betrieb lediglich um eine im Ausland belegene Betriebsstätte der deutschen Gesellschaft oder eine straff beherrschte bzw. konzernierte Untergesellschaft handelt (insbes. bei gem. § 319 AktG eingegliedelter Tochtergesellschaft) (s.o. S. 46 ff.). Sofern ein bloßes Hilfeleisten zu der Auslandstat im Raum steht, dürfte die Strafbarkeit nach § 27 StGB häufig an den Grundsätzen der neutralen Beihilfe scheitern (s.u. S. 87 f.), die eine strafbare Teilnahme regelmäßig ausschließt, wenn dem Gehilfen hinsichtlich der Haupttat lediglich Eventualvorsatz zur Last fällt, namentlich, weil es ihm an hinreichend konkreten Kenntnissen über die Verhältnisse am Ort der Betriebsstätte mangelt.

Typischerweise geht es in den hier interessierenden Konstellationen aber darum, dass den deutschen Leitungsfunktionsträgern lediglich eine vermeidbare Unkenntnis von gefährlichen Betriebsbedingungen im Ausland zur Last gelegt werden kann – sodass der Vorwurf fahrlässigen Unterlassens im Raum steht. Die für eine Strafbarkeit zunächst erforderliche Garantenstellung (als Folge der Geschäftsherrenhaftung) besteht jedoch, insoweit vergleichbar mit dem Problem der Organisationsherrschaft bei vorsätzlichem Handeln, nur in wenigen Konstellationen (s.o. S. 57 ff.). Insbes. jenseits der Grenzen des eigenen Unternehmens bzw. Konzerns kommt eine Garantenstellung nicht in Betracht. Aber auch dort, wo prinzipiell



eine Garantenstellung greift, stellt sich sodann die Frage nach dem Inhalt der (ggf. verletzten) Sorgfaltspflicht. Auch wenn klar ist, dass diese sich um Aspekte der Auswahl, Kontrolle und Überwachung des Personals ausländischer Betriebsstätten dreht, fehlte es doch bislang an konturierten und praxistauglichen Sorgfaltsmaßstäben (s.o. S. 91 ff.).

Ausgehend von diesem Befund stellt sich insbes. die Frage, ob in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten mit der Einführung des LkSG

- die Voraussetzungen zur Annahme berufstypischer, aber gleichwohl strafbarer Beihilfe verschärft,
- weitergehende Anknüpfungspunkte für Garantenpflichten bezüglich der Kontrolle unternehmensexterner ausländischer Zulieferbetriebe geschaffen, und
- diesbezüglich verlässlichere Sorgfaltsmaßstäbe im Umgang mit entsprechenden Risiken geschaffen worden sind.

## D. Veränderte Rechtslage nach Einführung des LkSG (und der CSDDD)

Mit dem Inkrafttreten des LkSG im Jahr 2023 sind für bestimmte Unternehmen umfangreiche Pflichten zum Schutz von Menschen- und Umweltrechten verbunden. Das LkSG ist dabei kein deutscher Sonderweg; bereits seit Längerem existieren vergleichbare Regelungen in anderen Jurisdiktionen, z.B. der „Modern Slavery Act“<sup>295</sup> im Vereinigten Königreich, das „Loi de vigilance“ in Frankreich oder das „Wet Zorgplicht Kinderarbeid“ in den Niederlanden.<sup>296</sup> Die im LkSG verkörperte Idee der unternehmerischen Verantwortung für die eigenen Lieferketten über Unternehmens- und Ländergrenzen hinweg ist ebenfalls nicht neu.<sup>297</sup>

Die Folgen für die betroffenen Unternehmen sind weitreichend. Der derzeitige juristische Diskurs fokussiert sich im Wesentlichen auf die Frage der adäquaten Umsetzung des LkSG in Compliance-Systemen. Demgegenüber finden mögliche strafrechtliche Reflexwirkungen des LkSG derzeit noch wenig Beachtung.<sup>298</sup> Bevor aber den damit zusammenhängenden Fragen nachzugehen ist, soll hier zunächst das LkSG in seinen wesentlichen Regelungsinhalten dargestellt werden.

### Das LkSG künftiger Fassung – Anpassungsbedarf aufgrund der CSDDD

Am 25.7.2024 ist auf EU-Ebene die Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU)

295 Dieser regelt vor allem Berichtspflichten und setzt auf Freiwilligkeit, dazu *Nietsch/Wiedmann*, CCZ 2021, 101, 102.

296 *Kamann/Irmscher*, NZWiSt 2021, 249, 250. Für eine Übersicht weltweit bestehender Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze s. Friedrich-Ebert-Stiftung, Menschenrechte und Globale Lieferketten, o.D., abrufbar unter <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/weltwirtschaft-und-unternehmensverantwortung/menschenrechte-und-globale-lieferketten>.

297 Vgl. *Epik*, wistra 2024, 89.

298 *Mansdörfer*, JR 2024, 67.

2023/2859 – kurz: CSDDD<sup>299</sup> – in Kraft getreten. Sie stellt ein europarechtliches Pendant zum LkSG dar, indem sie darauf abzielt, menschenrechts- und umweltbezogene Risiken europaweit einheitlich anzugehen.<sup>300</sup> Der deutsche Gesetzgeber hat – nach der Änderung durch Art. 2 RL (EU) 2025/794 – nunmehr drei Jahre Zeit (d.h. bis zum 26.7.2027), die Richtlinie in deutsches Recht umzusetzen (Art. 288 Abs. 3 AEUV, Art. 37 Abs. 1 CSDDD). Die Maßnahmen müssen überwiegend ab dem 26.7.2028 angewendet werden. Da die konkrete Umsetzung noch aussteht, wird im Folgenden jeweils an geeigneter Stelle auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem LkSG in seiner gegenwärtigen Fassung und der CSDDD eingegangen und eine Perspektive auf mögliche künftige Regelungen gegeben.<sup>301</sup> Dabei werden ebenfalls etwaige Abschwächungen infolge des Omnibus-Pakets<sup>302</sup> angesprochen.

## I. Grundlinien des LkSG

### 1. Hintergrund

Die unternehmerische Verantwortung zur Sicherung von Menschen- und Umweltrechten in globalen Lieferketten war zuvor primär ein System der freiwilligen Selbstverpflichtung der jeweiligen Unternehmen. Eine entsprechende politische Erwartungshaltung gegenüber deutschen Unternehmen, selbstständig und freiwillig für ausreichenden Menschenrechts- und Umweltschutz in ihren Produktions- und Lieferbeziehungen zu sorgen, fand 2016 einen deutlichen Niederschlag im Nationalen Wirtschaftsplan

299 Als Abkürzung der englischen Kurzbezeichnung „corporate sustainability due diligence directive“.

300 Vgl. CSDDD-ErwGr. 4, 5 und 6.

301 Für einen groben Überblick zum bevorstehenden Änderungsbedarf s. *Ruttloff/Wagner/Hahn*, NJW 2024, 3401 ff.; *Stöbener de Mora/Noll*, NZG 2024, 1391. Zur europarechtlichen (Un-)Zulässigkeit der Abschaffung des nationalen LkSG *Zimmer/Langbein*, NZA 2025, 1151 ff.

302 Näher zu diesem *Hagel/Wiedmann*, CCZ 2025, 116 ff.; *Ruttloff/Burchert*, BB 2025, 972 ff.; v. *Zimmermann*, NJW 2025, 2208, 2210 f.; zur Verabschiedung des Omnibus I-Pakets durch das EP im Dezember 2025 s. *Schönfelder/Streibelt*, VerfBlog 17.12.2025.

Wirtschaft und Menschenrecht (NAP).<sup>303</sup> Ein politischer Wille, die unternehmerische Verantwortung für menschenrechtliche und umweltbezogene Schutzstandards in globalen Lieferketten weiter in den Fokus zu rücken und ggf. über das System reiner Selbstverpflichtung (und damit „Selbstdisziplin“) der Unternehmen hinaus auch gesetzgeberisch tätig zu werden, brachte bereits der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Jahr 2018 zum Ausdruck.<sup>304</sup>

Das Inkrafttreten des LkSG kann daher als der vorläufige Höhepunkt eines langjährigen politischen Prozesses und zugleich auch als klare gesetzgeberische Kritik an der deutschen Wirtschaft verstanden werden, der von Seiten des Gesetzgebers offenbar kein ausreichendes Vertrauen entgegengebracht wurde, freiwillig und eigenverantwortlich einen Schutz von Menschen- und Umweltrechten in einem ausreichenden Maß zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund legt das LkSG als „Unternehmensverwaltungsrecht“ den betroffenen Unternehmen weitreichende Sorgfaltspflichten auf, um zumindest deren Bemühen um eine menschenrechtliche Lieferketten-Compliance notfalls im bußgeldrechtlichen Sanktionsweg zu erzwingen.

#### Zivilrechtliche Haftung

Anders als das LkSG (vgl. § 3 Abs. 3 LkSG) enthält die CSDDD mit Art. 29 eine zivilrechtliche Haftungsgrundlage, die neben festgesetzten Tatbestandsvoraussetzungen für Haftungsfälle (Art. 29 Abs. 1 CSDDD), Haftungseinschränkungen (Art. 29 Abs. 1 S. 2 CSDDD) und Schadensersatzregelungen (Art. 29 Abs. 2 CSDDD) weitere Regelungen trifft, dabei aber allgemein bleibt und vieles den nationalen Gesetzgebern überlässt.<sup>305</sup> Die von der Haftung erfassten Schäden an rechtlichen Interessen sind gem. CSDDD-ErwGr. 79 der Tod, körperliche oder seelische Verletzung,

303 Bundesregierung, Nationaler Aktionsplan Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020, abrufbar unter <https://perma.cc/V4EG-YZ3P>.

304 Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode, Zeilen 7281 ff., abrufbar unter <https://perma.cc/YW62-YDF8>.

305 Vgl. auch *Wais*, JZ 2025, 177, 182.

Entzug der persönlichen Freiheit, Verlust der Menschenwürde und Beschädigung des Eigentums einer Person.<sup>306</sup>

Das Omnibus-Paket sieht eine ersatzlose Streichung des Art. 29 Abs. 1 CSDDD vor, sodass eine etwaige zivilrechtliche Haftung überwiegend dem Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten überlassen wäre (Art. 4 Abs. 12 COM(2025) 81 final). Insofern ist eine Beibehaltung des § 3 Abs. 3 LkSG möglich, der die weiteren Regelungen des Art. 29 CSDDD zum Teil ins Leere laufen ließe.<sup>307</sup>

Von seiner Grundkonzeption weist das LkSG unverkennbare Parallelen zum (wesentlich älteren) Rechtsregime der Geldwäscheprävention auf. Auch dieses ist von der Leitidee geprägt, privatwirtschaftliche Akteure im Wege der Zwangs-Privatisierung von staatlichen Monitoring- und Kontrollaufgaben in die (bußgeldbewehrte) Pflicht zu nehmen, damit diese ihre für den Staat ansonsten kaum erreichbaren Handelspartner durch ökonomischen Druck (bis hin zum Abbruch der Geschäftsbeziehung) zur Einhaltung staatlich definierter Verhaltensstandards motivieren.<sup>308</sup> Die Parallelität geht aber weit über die Ähnlichkeit der abstrakten Grundidee hinaus. Auch auf der Ebene der konkreten Gesetzesarchitektur scheint das GwG bei der Schaffung des LkSG als Blaupause gedient zu haben. So bestehen beide Gesetze in ihrem Kern aus Vorgaben zum „angemessenen Risikomanagement“ (§ 4 GwG; § 4 LkSG) und zur „Risikoanalyse“ (§ 5 GwG; § 5 LkSG), verpflichten zu „angemessenen“ internen Präventionsmaßnahmen (§ 6 GwG; § 6 LkSG), statuieren am Begriff der „Angemessenheit“ ausgerichtete präventive und reaktive „Sorgfaltspflichten“ im Umgang mit Geschäftspartnern (§§ 10 ff. GwG; § 7 LkSG) – und verlangen zudem von den verpflichteten Unternehmen die Benennung eines speziell zuständigen „Beauftragten“ (§ 7 GwG; § 4 Abs. 3 LkSG).

Obzwar die Gesetzgebungsmaterialien zum LkSG die regulative Verwandtschaft der Materien nicht thematisiert, liegt diese u.E. auf der Hand. Das ist deshalb eine bedeutsame Feststellung, weil (nur) im GwG der sog. risikobasierte Ansatz (§ 3a GwG) als umfassendes Leitprinzip zur Ausfüllung des vagen Begriffs der „Angemessenheit“ von unternehmerischen

306 Stöbener de Mora/ Noll, NZG 2024, 1391, 1397 f.; Nietsch, NJW 2024, 2865.

307 Hagel/Wiedmann, CCZ 2025, 116, 124.

308 Zu diesem Konzept der Geldwäschebekämpfung s. Herzog/Barreto da Rosa/El-Ghazi, GwG, Einleitung Rn.141 f.; zur Konzeptbeschreibung im LkSG-Kontext s. exemplarisch Wiater, JZ 2022, 859, 862 f.; Thalhammer, DÖV 2021, 825, 826 f.

Sorgfaltspflichten ausdrücklich anerkannt ist.<sup>309</sup> Mit dem Begriff „risikobasierter Ansatz“ ist dabei im Wesentlichen gemeint, dass die konkret zu ergreifenden Präventionsmaßnahmen stets den identifizierten Risiken entsprechen sollen und dass die Ressourcen zur Bekämpfung dieser Risiken durch einzelfallbezogene Flexibilisierung der Sorgfaltsmaßstäbe effektiv und mit möglich wenig bürokratischem Aufwand eingesetzt werden können.<sup>310</sup> Alles spricht dafür, dieses Prinzip auch im Bereich des LkSG als auslegungsleitende Maxime für die Bestimmung der Sorgfaltspflichten heranzuziehen.<sup>311</sup>

#### Risikobasierter Ansatz der CSDDD

Anders als das LkSG verweist die CSDDD hinsichtlich der Konkretisierung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten expressis verbis auf das Zugrundeliegen eines risikobasierten Ansatzes. So ist in Art. 5 Abs. 1 CSDDD von den in Art. 7–16 festgelegten „risikobasierte[n] Sorgfaltspflichten“ die Rede. Nach dem hier vertretenen Grundverständnis des LkSG entspricht die CSDDD also insoweit dessen Konzeption.

## 2. Anwendungsbereich

### a) Persönlicher Anwendungsbereich

§ 1 Abs. 1 LkSG normiert den Kreis der Verpflichteten. Adressaten waren zunächst nur – ungeachtet der Rechtsform<sup>312</sup> – Unternehmen mit regelmäßig mehr als 3.000 Mitarbeitern im Inland sowie einer Hauptverwaltung,

309 Soweit der Begriff des risikobasierten Ansatzes auch im LkSG verwendet wird, bezieht sich dieser nur auf ganz bestimmte Präventionsmaßnahmen (§ 6 Abs. 3 Nr. 4 und Abs. 4 Nr. 4) sowie auf die aufsichtsbehördliche Tätigkeit (vgl. §§ 14 Abs. 2, 19 Abs. 2, wo er dafür Sorge tragen soll, dass „die Behörde nicht lediglich zufällige Stichproben vornimmt, sondern sich zunächst auf Fälle mit den schwersten Risiken konzentriert“, BT-Drs. 19/28649, S. 56).

310 BeckOK-GwG/Müller/Krais, § 3a Rn. 1, 15; Herzog/Barreto da Rosa/El-Ghazi, GwG, Einleitung Rn. 142.

311 Ein Hinweis darauf findet sich immerhin in BT-Drs. 19/30505, S. 38, wonach § 3 Abs. 2 LkSG im Kontext eines „risikobasierten Ansatzes“ zu betrachten sei; vgl. auch Fleischer, CCZ 2022, 205, 208 f.; Irmischer/Bücker, NVwZ 2023, 1368, 1369; Irmischer, ZRP 2024, 158; Gehling/Ott/Lüneborg, CCZ 2021, 230, 233.

312 Vgl. BT-Drs. 19/28649, S. 33: menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken bestehen unabhängig von einer gewählten Rechtsform. Anknüpfungspunkt ist

Haupt- oder Zweigniederlassung oder einem Sitz im Inland. Mit Wirkung zum 01.01.2024 wurde der Anwendungsbereich durch ein Absinken der Mitarbeiterschwelle auf 1.000 Arbeitnehmer deutlich erweitert.

Hinsichtlich der Arbeitnehmerschwelle ist die für das Unternehmen im Allgemeinen prägende Personalstärke maßgeblich. Dies kommt durch das Merkmal „in der Regel“ in § 1 Abs. 2 Nr. 2 LkSG zum Ausdruck. Die Feststellung hierüber erfordert sowohl eine rückblickende Betrachtung als auch eine Prognose hinsichtlich der zukünftigen Personalentwicklung. Der heranzuziehende Zeitraum ist ausreichend lang zu bemessen, soll sich aber wohl am Geschäftsjahr orientieren.<sup>313</sup>

Die Betrachtung der Mitarbeiterzahl hat konzernweit zu erfolgen, sodass auch Arbeitnehmer von verbundenen Unternehmen i.S.d. § 15 AktG einzu-beziehen sind (§ 1 Abs. 3 LkSG)<sup>314</sup> sowie ins Ausland entsandte Arbeitnehmer (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 LkSG).

Letztlich ist damit ein Großteil der deutschen Unternehmen – jedenfalls mittelbar durch eine Konzernzugehörigkeit – von dem Anwendungsbereich des LkSG erfasst. *Wagner/Ruttloff*<sup>315</sup> weisen darauf hin, dass im Wege einer zu erwartenden vertraglichen Weitergabe der LkSG-Pflichten von (Groß-)Unternehmen an die deutsche Zuliefererindustrie faktisch von einem über den von § 1 Abs. 1 LkSG gesteckten Rahmen hinausgehenden Kreis von „*betroffenen Unternehmen*“ auszugehen sein dürfte.<sup>316</sup>

#### Persönlicher Anwendungsbereich der CSDDD

Art. 2 CSDDD regelt den persönlichen Anwendungsbereich der Richtlinie. Die im Vergleich zu § 1 LkSG deutlich umfangreichere Vorschrift differenziert zwischen Unternehmen, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründet wurden (Art. 2 Abs. 1 CSDDD) und Un-

---

demnach die natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die als Rechtsträger des Unternehmens anzusehen ist.

313 BT-Drs. 19/28649, S. 33.

314 Ausf. zu den konzernspezifischen Besonderheiten bei der konzernweiten Implementierung einer LkSG-Compliance *Gehling*, CCZ 2023, 211 ff.

315 *Wagner/Ruttloff*, NJW 2021, 2145.

316 Letztere Gruppe wäre damit zwar kein unmittelbarer Adressat etwaiger Sanktionsnormen des LkSG. Es darf aber erwartet werden, dass mit einer vertraglichen Weiterleitung entsprechender Pflichten auch ein entsprechendes vertragliches Haftungsregime verbunden sein wird und daher Sanktionen nach dem LkSG gegen den eigentlichen Adressaten auch mittelbar auf die vertraglich Verpflichteten durchschlagen.

ternehmen, die nach den Rechtsvorschriften eines Drittlandes gegründet wurden (Art. 2 Abs. 2 CSDDD).

Die Anwendbarkeit der CSDDD ist zunächst auf Unternehmen beschränkt, die als Gesellschaften in den nach Anhängen I und II RL 2013/34/EU bestimmten Gesellschaftsformen gegründet wurden (Art. 3 Abs. 1 lit. a Ziffer i, iii CSDDD). Diese müssen in den letzten zwei Geschäftsjahren die Anforderungen von mehr als 1.000 Beschäftigten im Durchschnitt und einem weltweiten Nettoumsatz von mehr als 450 Mio. EUR erfüllt haben (Art. 2 Abs. 1 lit. a CSDDD). Ferner ist der Anwendungsbereich auch bei Unternehmen eröffnet, die die Schwellenwerte selbst nicht erreichen, aber die oberste Muttergesellschaft einer Gruppe sind, die die Schwellenwerte erreicht hat (Art. 2 Abs. 1 lit. b CSDDD).

Der Anwendungsbereich ist schließlich auch dann eröffnet, wenn Unternehmen in der Union im Zusammenhang mit Franchise- oder Lizenzvereinbarungen gegen Lizenzgebühren mit unabhängigen Drittunternehmen handeln und dabei ein Schwellenwert von 22,5 Mio. EUR sowie ein Schwellenwert für weltweiten Nettoumsatz von 80 Mio. EUR überschritten wurde (Art. 2 Abs. 1 lit. c CSDDD).

Sofern die Unternehmen nach einer Rechtsform gegründet worden sind, die mit den in den Anhängen I und II RL 2013/34/EU aufgeführten Rechtsformen vergleichbar ist, können auch Drittstaatenunternehmen von der CSDDD erfasst sein (Art. 3 Abs. 1 lit. a Ziffer ii CSDDD). Der Mitarbeiterswellenwert entfällt für Drittstaatenunternehmen, für die Anwendbarkeit ist somit lediglich der Nettoumsatz von mehr als 450 Mio. EUR in der Union entscheidend (Art. 2 Abs. 2 lit. a CSDDD). Die Regelung über Muttergesellschaften gilt auch hier entsprechend (Art. 2 Abs. 2 lit. b CSDDD). Somit soll im Interesse eines level playing field jedes in der EU tätige Unternehmen, unabhängig von seiner rechtlichen Organisation, erfasst werden können.<sup>317</sup>

Eine Ausnahme besteht bei reinen Holding-Gesellschaften ohne selbständigen Einfluss auf die unternehmerische Tätigkeit. Diese können auf Antrag und unter bestimmten Bedingungen von den Vorgaben der CSDDD befreit werden (Art. 2 Abs. 3 CSDDD).<sup>318</sup>

317 Schmidt, NZG 2024, 859, 860 Rn. 10.

318 Rutloff/Wagner/Hahn, NJW 2024, 3401, 3403 Rn. 14.



## b) Sachlicher Anwendungsbereich

Das LkSG umfasst in sachlicher Hinsicht die gesamte upstream-Lieferkette,<sup>319</sup> d.h. sämtliche Schritte im In- und Ausland, die zur Herstellung eines Produkts oder zur Erbringung einer Dienstleistung des jeweiligen Unternehmens erforderlich sind, § 2 Abs. 5 LkSG. Das LkSG verfolgt damit einen breiten und denkbar weiten Ansatz, der bei der Gewinnung der notwendigen Produktionsrohstoffe beginnt und mit der Lieferung des Produkts an den Endkunden seinen Abschluss findet.

Im Ausgangspunkt spielt es für den sachlichen Anwendungsbereich des LkSG keine Rolle, ob diese einzelnen Schritte im eigenen Geschäftsbereich, von einem unmittelbaren oder einem mittelbaren Zulieferer erbracht werden (§ 2 Abs. 5 LkSG). Der Begriff des eigenen Geschäftsbereichs ist ebenfalls denkbar weit zu verstehen und erfasst neben Betriebsstätten des Unternehmens im In- und Ausland auch verbundene Unternehmen und deren Betriebsstätte, soweit die Obergesellschaft einen beherrschenden Einfluss ausübt (§ 2 Abs. 6 LkSG). Nach § 2 Abs. 7 LkSG sind unmittelbare Zulieferer stets direkte Vertragspartner des Adressaten, dessen eigene Leistung („Zulieferung“) für die Herstellung eines Produkts oder die Erbringung einer Dienstleistung des Adressaten notwendig ist. Hieraus ergibt sich im Umkehrschluss, dass „mittelbare Zulieferer“ mit dem Adressaten in keiner Vertragsbeziehung stehen, deren Leistung („Zulieferung“) aber ebenfalls für die Produktion/Dienstleistung des Adressaten notwendig ist (§ 2 Abs. 8 LkSG).

### Sachlicher Anwendungsbereich der CSDDD

Die Sorgfaltspflichten der CSDDD beziehen sich neben dem eigenen Geschäftsbereich und desjenigen der Tochterunternehmen, anders als beim LkSG, auf die gesamte „Aktivitätskette“ (Art. 3 Abs. 1 lit. g CSDDD). Mit diesem Begriff wird bewusst von der gängigen Formulierung der „Wertschöpfungskette“ (UN-Leitprinzipien) oder der „Lieferkette“ (OECD-Leitsätze) abgewichen.<sup>320</sup> Nach Art. 3 Abs. 1 lit. g CSDDD erstrecken sich die Sorgfaltspflichten auch auf die nachgelagerte Lieferkette, das sog. Downstream-Handeln (Vertrieb, Beförderung und Lagerung von Waren). Im „Upstream-Handeln“ (Art. 3 Abs. 1 lit. f Ziffer i, ii CSDDD) werden

319 Dazu *Tschäpe/Trefzger*, ZfBR 2023, 423, 425.

320 *Stöbener de Mora/Noll*, NZG 2024, 1391, 1394.

die indirekten Geschäftspartner strenger betrachtet als die mittelbaren Zulieferer des LkSG (§ 9 Abs. 3 LkSG).<sup>321</sup>

### 3. Schutzgüter des LkSG

Das LkSG nimmt in § 2 Abs. 1 eine Bestimmung der durch das Gesetz geschützten Rechtsgüter vor, die sich allerdings in dem Verweis auf völkerrechtliche Verträge erschöpft. Der Begriff der „geschützten Rechtsposition“ i.S.d § 2 Abs. 1 LkSG ist nicht bloß eine programmatische Ansage. Er dient etwa als zentrales Tatbestandsmerkmal der Auffangklausel des § 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG, spielt aber auch im Rahmen der Einrichtung und Umsetzung des Risikomanagements (§ 4 Abs. 4 LkSG) sowie im Kontext des Abbruchs der Geschäftsbeziehungen (§ 7 Abs. 3 LkSG) eine Rolle.

Konkret nimmt die in § 2 Abs. 1 LkSG enthaltene Verweisung die nachfolgenden völkerrechtlichen Verträge zur Bestimmung der geschützten Rechtspositionen in Bezug:

- ILO-Übereinkommen Nr. 29 vom 28.6.1930 über Zwangs- und Pflichtarbeit<sup>322</sup> sowie ein Zusatzprotokoll vom 11.6.2014.<sup>323</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 87 vom 9.7.1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts.<sup>324</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 98 vom 1.7.1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts der Kollektivverhandlungen.<sup>325</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 100 vom 29.6.1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte.<sup>326</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 105 vom 25.6.1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit.<sup>327</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 111 vom 25.6.1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.<sup>328</sup>

---

321 *Burgi*, NVwZ 2024, 1785, 1787; *Schmidt*, NZG 2024, 859, 860 Rn. 23 f.

322 BGBl 1956 II, 640, 641.

323 BGBl 2019 II, 437, 438.

324 BGBl 1956 II, 2071, 2072.

325 BGBl 1955 II, 1122, 1123.

326 BGBl 1956 II, 23, 24.

327 BGBl 1959 II, 441, 442.

328 BGBl 1961 II, 97, 98.

- ILO-Übereinkommen Nr. 138 vom 26.6.1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung.<sup>329</sup>
- ILO-Übereinkommen Nr. 182 vom 17.6.1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.<sup>330</sup>
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 für bürgerliche und politische Rechte (IPbpr).<sup>331</sup>
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskr).<sup>332</sup>

Die Auswahl der in Bezug genommenen völkerrechtlichen Verträge folgt dabei den Leitprinzipien der UN für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP), den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen sowie der EU-Verordnung vom 18.6.2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (VO (EU) 2020/852). Diese ausgewählten Verträge stellen den wohl wichtigsten Teilausschnitt der völkerrechtlichen Menschenrechtsverträge dar.<sup>333</sup>

Anknüpfend an die jeweiligen vorbenannten Verträge ergibt sich damit nachfolgende Übersicht der von dem Schutzbereich des LkSG umfassten Rechte<sup>334</sup>:

Übereinkommen	Geschützte Rechtsposition
ILO Nr. 29 + ZP	Freiheit von Zwang und Arbeitspflicht
ILO Nr. 87	Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmern
ILO Nr. 98	Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen
ILO Nr. 100	Equal Pay
ILO Nr. 105	Freiheit von Zwangs- und Pflichtarbeit
ILO Nr. 111	Diskriminierungsverbot bei Beschäftigungen
ILO Nr. 138	Schutz von Kindern vor Kinderarbeit
ILO Nr. 182	Schutz von Kindern vor schlimmsten Formen der Kinderarbeit
IPbpr	Katalog materieller Rechtspositionen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Recht auf Selbstbestimmung</li> <li>• Recht auf Leben</li> </ul>

329 BGBl 1976 II, 201, 202.

330 BGBl 2001 II, 1290, 1291.

331 BGBl 1973 II, 1533, 1534.

332 BGBl 1973 II, 1569, 1570.

333 Fleischer/Mankowski/Kolb, LkSG, § 2 Rn. 33 f.

334 Darstellung übernommen aus Fleischer/Mankowski/Kolb, LkSG, § 2 Rn. 37.

Übereinkommen	Geschützte Rechtsposition
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz vor Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung/Strafe</li> <li>• Freiheit von Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangs- oder Pflichtarbeit</li> <li>• Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit</li> <li>• Rechte bei Freiheitsentzug</li> <li>• Schutz vor Inhaftierung bei vertraglichen Verbindlichkeiten</li> <li>• Recht auf Freizügigkeit</li> <li>• Aufenthaltsrecht von Ausländern</li> <li>• Rechtsstaatliche Garantien</li> <li>• Schutz vor Strafe ohne gesetzliche Grundlage</li> <li>• Recht auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit</li> <li>• Schutz vor willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in das Privatleben, die Familie, Wohnung, Schriftverkehr oder rechtswidrige Beeinträchtigungen der Ehre oder des Rufs</li> <li>• Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit</li> <li>• Recht auf Meinungsfreiheit</li> <li>• Schutz vor Kriegspropaganda und Hetze aus Gründen der Rasse, Religion oder Nationalität</li> <li>• Versammlungsfreiheit</li> <li>• Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit</li> <li>• Schutz der Familie und Ehe</li> <li>• Diskriminierungsverbot bei Kindern</li> <li>• Wahlfreiheit</li> <li>• Allgemeines Diskriminierungsverbot</li> <li>• Rechte von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten</li> </ul>
IPwskR	<p>Katalog materieller Rechtspositionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Recht auf Selbstbestimmung</li> <li>• Recht auf Arbeit</li> <li>• Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen</li> <li>• Vereinigungsfreiheit und verschiedene Gewerkschaftsrechte</li> <li>• Streikrecht</li> <li>• Recht auf soziale Sicherung, einschl. Sozialversicherung</li> <li>• Schutz der Familie</li> <li>• Recht auf Mutterschutz</li> <li>• Schutz von Kindern und Jugendlichen vor wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung</li> <li>• Recht auf einen angemessenen Lebensstandard</li> <li>• Recht auf medizinische Versorgung</li> <li>• Recht auf Bildung</li> <li>• Recht auf unentgeltliche Grundschulausbildung</li> <li>• Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben</li> <li>• Recht auf Teilhabe an den Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts</li> <li>• Schutz des Urheberrechts</li> </ul>

Diese Rechtspositionen bilden nach der Konzeption des LkSG den Bezugspunkt des zentralen Begriffs des „mensenrechtlichen Risikos“ in § 2 Abs. 2 LkSG. Zusammen mit dem in § 2 Abs. 3 LkSG definierten Begriff

des „umweltbezogenen Risikos“ kommt dem Menschenrechtsrisiko eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zu. Das menschenrechtliche und umweltbezogene Risiko hat dabei sowohl eine pflichtenauslösende als auch eine pflichtenausgestaltende Funktion.<sup>335</sup>

Die insoweit auf der Basis des § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG vorzunehmende Gefahrenprognose – das „Risiko“ wird, semantisch unglücklich verschraubt, definiert als „ein Zustand, bei dem aufgrund tatsächlicher Umstände mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein Verstoß gegen eines der [enumerativ aufgeführten] Verbote droht“ – hat die in § 2 Abs. 2 Nr. 1–12 LkSG erwähnten Verbote zum Gegenstand. Eine Besonderheit des LkSG besteht darin, dass aufgrund der Bezugnahme auf konkrete völkerrechtliche Vereinbarungen Rechtspositionen zum Gegenstand der Risikoprognose werden, sodass die bloße Einhaltung nationaler (ausländischer) Rechtsvorschriften und Standards nicht zwingend zu einer Exkulpation des verantwortlichen Unternehmens führt.<sup>336</sup> Der räumliche Geltungsbereich der im LkSG normierten Verbote ist vielmehr konkret bezogen auf die jeweilige Verbotsnorm zu bestimmen. Problematisch ist dies insbes. dann, wenn ein deutsches Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Zulieferbetrieben unterhält, deren Sitzstaat ein in der Anlage zum LkSG genanntes Übereinkommen nicht ratifiziert hat.<sup>337</sup> Es ist unklar, ob das deutsche Unternehmen in dieser Konstellation lieferkettenrechtlich dennoch dazu gezwungen ist, die in dem nämlichen Übereinkommen geschützten Rechtspositionen zu berücksichtigen; § 7 Abs. 3 S. 2 LkSG scheint davon auszugehen, da er diese Situation ausdrücklich als Risikosituation adressiert, die grds. einer Abhilfemaßnahme bedarf. Überzeugender erscheint es indes, § 2 Abs. 1 und Abs. 2 LkSG teleologisch dergestalt zu reduzieren, dass sich die in privaten Rechtsbeziehungen einforderbaren Menschenrechte auf die Rechte aus internationalen Abkommen beschränken, die vom Heimatstaat des Zulieferers auch ratifiziert worden sind.<sup>338</sup> Dieses Problem stellt sich allerdings dort nicht, wo ohnehin ausdrücklich an das Recht des Beschäftigungsortes angeknüpft wird (§ 2 Abs. 2 Nr. 1, 5, 6 lit. c, 8 LkSG).

335 Vgl. Fleischer/Mankowski/Kolb, LkSG, § 2 Rn. 38.

336 Vgl. dazu Wagner/Ruttloff/Wagner/Ruttloff/Wilske/Schulga, LkSG-HdB, § 2 Rn. 104 ff.; a.A. Nakotte, Straftaten in der Lieferkette, S. 319.

337 Zur Problematik vgl. BR-Drs. 239/1/21, S. 17.

338 Dafür mit ausf. Begr. Wiater, JZ 2022, 859, 869; Gehling/Ott/Lüneborg, CCZ 2021, 230, 232; krit. Thalhammer, DÖV 2021, 825, 829; Wagner/Ruttloff/Wagner/Ruttloff/Wilske/Schulga, LkSG-HdB, § 2 Rn. 104 ff.; NK-LkSG/Johann, § 2, Rn 5.

Ferner ist zu beachten, dass über § 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG eine general-klauselartige Erstreckung auch auf solches Verhalten erfolgt, das „unmittelbar geeignet ist, in besonders schwerwiegender Weise eine geschützte Rechtsposition zu beeinträchtigen und dessen Rechtswidrigkeit bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommender Umstände offensichtlich ist.“ Dies erscheint unter Bestimmtheitsgesichtspunkten jedenfalls insoweit bedenklich, als sich für den privaten Rechtsanwender als Adressat des LkSG der konkrete Inhalt der jeweiligen Verbotstatbestände nicht ohne Weiteres erschließt und damit eine nicht unerhebliche Rechtsunsicherheit einhergeht.<sup>339</sup> Allerdings sind Blankettnormen, deren Regelungsgehalt sich erst aus dem Zusammenspiel mit anderen, teilweise auch internationalen Regelwerken erschließen, dem deutschen (Straf-)Recht auch in anderen Bereichen nicht fremd.<sup>340</sup>

#### Schutzgüter der CSDDD

Hinsichtlich der Schutzgüter ist gem. Art. 3 lit. b–d CSDDD von „negativen Auswirkungen“ die Rede, deren Verankerung in Anhang Teil I und II zu finden ist. Es werden in Teil I des Anhangs konkrete Rechtspositionen der internationalen Instrumentarien aufgezählt sowie in Abschnitt 2 auf die gesamten völkerrechtlichen Verträge verwiesen. Auf Ebene der menschenrechtsbezogenen völkerrechtlichen Verträge ist diese Aufzählung, bis auf die Inkorporation der UN-Kinderrechtskonvention (Teil I Nr. 8 Anhang), deckungsgleich mit der Aufzählung des LkSG. Nach Art. 3 Abs. 1 lit. c Ziffer ii CSDDD können auch nicht explizit aufgezählte Rechtspositionen dieser völkerrechtlichen Verträge unter die Definition der negativen Auswirkungen fallen. Das ist namentlich der Fall, wenn (1) das Menschenrecht durch ein Unternehmen/eine juristische Person verletzt werden kann, (2) ein unmittelbares rechtliches Interesse der Instrumente beeinträchtigt und (3) die Verletzung unter den Umständen des Einzelfalls vorhersehbar war. Bei einer Anpassung der Anwendungsbereiche würden folgende, durch die CSDDD explizit aufgezählte Rechtspositionen im LkSG hinzukommen: Schutz der Privatsphäre, Familie, Wohnung und Korrespondenz sowie die Gedanken-, Gewissens- und Re-

339 Vgl. Fleischer/Mankowski/Kolb, LkSG, § 2 Rn. 23; Wiater, JZ 2022, 859, 861 f.; weitere Einzelheiten zur Frage der Vereinbarkeit des LkSG mit dem Bestimmtheitsgebot s.u. S. 179 ff.

340 Vgl. z.B. die Strafvorschriften des AWG, deren Regelungsgehalt sich nur aus den jeweiligen z.B. EU-Sanktionsnormen ergibt.

ligionsfreiheit einer Person (Art. 3 Abs. 1 lit. c CSDDD i.V.m. Teil I Nr. 4 und 5 des Anhangs) und der Schutz vor rechtswidrigen Beeinträchtigungen der Ehre und des Rufes einer Person (Art. 3 Abs. 1 lit. c CSDDD i.V.m. Teil I Nr. 4 des Anhangs). Ferner geht die CSDDD umfangreicher auf das Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen ein, und enthält, im Gegensatz zum LkSG (§ 2 Abs. 2 Nr. 8 LkSG), keinen Verweis auf das am Beschäftigungsort geltende Recht.<sup>341</sup>

Eine Auflistung der unter die CSDDD fallenden umweltbezogenen Schutzgüter findet sich in Anhang II. Diese geht mithin auch weit über die Auflistung des LkSG hinaus und nimmt statt drei (LkSG), elf internationale umweltrechtliche Abkommen in Bezug (Art. 3 Abs. 1 lit. b CSDDD i.V.m. Teil I [teilweise] und Teil II des Anhangs). Zudem bezieht die Richtlinie auch in Art. 1 Abs. 1 lit. c das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Abkommens mit in den Schutzbereich ein und stellt Unternehmen unter die Pflicht, ihre Unternehmensstrategie damit in Einklang zu bringen.<sup>342</sup> Durch Art. 22 CSDDD entwickelt sich die Richtlinie von einem fortentwickelten Lieferkettengesetz hin zu einem davon unabhängigen, klimaschutzbezogenen Regelungsinhalt.<sup>343</sup>

Im Zuge der Umsetzung wird es in beiden Bereichen zu deutlichen Ausweitungen des LkSG-Schutzgüterkatalogs kommen müssen.<sup>344</sup>

#### 4. Pflichtenprogramm des LkSG

Das LkSG statuiert einen Katalog verschiedener Verkehrssicherungspflichten für Unternehmen zur konkreten „Ausgestaltung und Durchführung von Compliance-Maßnahmen“ im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes.

Nach § 3 Abs. 1 S. 1 LkSG sind Unternehmen dazu verpflichtet, „in ihren Lieferketten die in diesem Abschnitt festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise zu beachten mit dem Ziel, menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen oder die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezoge-

341 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1393.

342 Ruttloff/Wagner/Hahn, NJW 2024, 3401 Rn. 37.

343 Burgi, NVwZ 2024, 1785, 1787.

344 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1393.

ner Pflichten zu beenden“. Unter einer Verletzung i.d.S. versteht das Gesetz dabei einen Verstoß gegen die in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG genannten Verbote (§ 2 Abs. 4 LkSG).

Die insoweit von § 3 Abs. 1 S. 1 LkSG in Bezug genommenen Sorgfaltspflichten sind sodann in den §§ 4–10 LkSG näher ausgestaltet. Diese umfassen folgende Aspekte:

- Einführung eines Risikomanagements (§ 4 LkSG)
- Durchführung regelmäßiger Risikoanalysen (§ 5 LkSG)
- Verabschiedung einer Grundsatzerklärung (§ 6 Abs. 2 LkSG)
- Präventionsmaßnahmen (§ 6 Abs. 1, 3 und 4 LkSG)
- Maßnahmen zur Abhilfe von Menschenrechtsverletzungen/Verletzungen von umweltbezogenen Pflichten (§§ 7, 9 LkSG)
- Einrichtung eines Beschwerdesystems (§ 8 LkSG)
- Dokumentations- und Berichtspflichten (§ 10 LkSG)

Der Gesetzgeber geht davon aus, mit diesen Sorgfaltspflichten allerdings keine Erfolgsverhinderungs-, sondern lediglich sog. Bemühenspflichten statuiert zu haben (auch wenn sich der Begriff so nicht im Gesetzeswortlaut wiederfindet).<sup>345</sup> Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Diversität und nicht selten die große Anzahl von unmittelbaren und mittelbaren Zulieferern zu einer erheblichen Erschwerung für Unternehmen führt, die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Standards in ihren Lieferketten zu kontrollieren. Das LkSG scheint damit primär einem prozessorientierten Ansatz zu folgen.

Dieses Verständnis der normierten Sorgfaltspflichten als bloße Bemühenspflichten wird auch bei der strafrechtlichen Bedeutung des LkSG (nämlich in Bezug auf die Zurechenbarkeit eines tatbestandlichen Erfolges bei Verletzung einer LkSG-Sorgfaltspflicht) eine Rolle spielen. Vorausgeschickt sei aber bereits an dieser Stelle, dass die generelle Charakterisierung des LkSG-Pflichtenprogramms als bloße „Bemühenspflichten“ keine akkurate Beschreibung ist. Richtig ist zwar, dass insbes. die Pflichten zum angemessenen Risikomonitoring lediglich auf eine Minimierung von Risiken, nicht aber auf deren gänzliche Verhinderung abzielen (können). Einige spezifische Sorgfaltspflichten sind aber sehr wohl als echte Erfolgsabwendungspflichten ausgestaltet (z.B. § 7 Abs. 1 S. 3 LkSG).<sup>346</sup>

---

345 Vgl. BT-Drs. 19/28649, S. 2.

346 Fleischer, CCZ 2022, 205, 210; Wiater, JZ 2022, 859, 862.



### Sorgfaltspflichten gemäß CSDDD

Die Sorgfaltspflichten der CSDDD ähneln ihrer Struktur nach denen des LkSG und sind wie folgt aufgestellt:

- Einbeziehung der Sorgfaltspflicht in Unternehmenspolitik und Risikomanagementsysteme (Art. 7)
- Ermittlung und Bewertung tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen (Art. 8) und erforderlichenfalls Priorisierung tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen (Art. 9)
- Verhinderung und Minderung potenzieller negativer Auswirkungen, Abstellung tatsächlicher negativer Auswirkungen und Minimierung ihres Ausmaßes (Art. 10 und 11)
- Abhilfe für tatsächliche negative Auswirkungen (Art. 12)
- Sinnvolle Einbeziehung von Interessenträgern (Art. 13)
- Einrichtung und Aufrechterhaltung eines Meldemechanismus und Beschwerdeverfahrens (Art. 14)
- Überwachung der Wirksamkeit ihrer Strategien und Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht (Art. 15)<sup>347</sup>
- Berichterstattung (Art. 16)

Teilweise enthält die Richtlinie jedoch auch Neuerungen, sodass das LkSG demnach angepasst werden müsste. Dies beinhaltet bspw. eine Ergänzung der konkret zu treffenden Präventions- und Abhilfemaßnahmen aus § 6 Abs. 3, 4 sowie § 7 Abs. 2, 3 LkSG, wie etwa das Recht oder die Pflicht, unter bestimmten Umständen die Geschäftsbeziehungen gänzlich abubrechen.<sup>348</sup>

Die von den betroffenen Unternehmen einzuhaltenden Sorgfaltspflichten stehen darüber hinaus unter einem Angemessenheitsvorbehalt. Die Maßstäbe, an denen die Angemessenheit der ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung des Pflichtenprogramms zu messen ist, normiert § 3 Abs. 2 LkSG. Demnach sind die Schwere einer Rechtsgutverletzung, deren Eintrittswahrscheinlichkeit, Art und Umfang der Geschäftstätigkeit, Möglichkeiten zur Einflussnahme auf den unmittelbaren Verursacher sowie die Art des eigenen Verursachungsbeitrags des Unternehmens in eine Abwägung einzustellen.

347 Die Überprüfung ist anlassbezogen oder spätestens alle zwölf Monate durchzuführen. Zweiteres wäre nach dem Omnibus-Paket allerdings nur noch alle fünf Jahre notwendig (Art. 4 Abs. 8 COM(2025) 81 final).

348 *Stöbener de Mora/Noll*, NZG 2024, 1391, 1394; *Burgi*, NVwZ 2024, 1785, 1787.

len. Dabei sind insbes. länder-, branchen- und warengruppenspezifische Risiken zu berücksichtigen.<sup>349</sup> Eine Rolle spielt auch die Größe und Leistungsfähigkeit des Unternehmens, sodass von Großunternehmen weitergehende Maßnahmen erwartet werden dürfen als von kleinen Betrieben. Im Grunde lässt sich die gesetzgeberische Vorstellung von der Ausfüllung des Begriffs der Angemessenheit daher als risikobasierter Ansatz begreifen, wie ihn der Gesetzgeber auch im GwG als zentrales Leitprinzip zur Ermittlung konkreter Sorgfaltspflichten vorsieht (zu dieser Parallele s.o. S. 98).

Die an ein Unternehmen gestellten Anforderungen zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten nach den §§ 3 ff. LkSG können vor diesem Hintergrund kaum allgemeingültig konkretisiert werden. Diese sind vielmehr von individuellen Faktoren abhängig, die je nach Unternehmen, Branche etc. andere Maßnahmen erfordern können.

Die §§ 4–10 LkSG können insofern eher als Mindestanforderungen bzw. als „grober Rahmen“ verstanden werden, deren individuelle Ausgestaltung im Einzelfall durchaus unterschiedlich sein kann. Es liegt auf der Hand, dass für weltumspannend tätige Konzerne andere individuelle Maßnahmen „machbar und zumutbar“ sind als für mittelständische Betriebe. Diesen individuell-konkreten Sorgfaltsmaßstab bringt das LkSG in § 3 Abs. 2 zum Ausdruck, der Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit einer Maßnahme zur Umsetzung der Sorgfaltspflichten nach den §§ 4–10 LkSG normiert. Nach dem Willen des Gesetzgebers<sup>350</sup> soll den Unternehmen auf diesem Weg ein gewisser Handlungs- und Ermessensspielraum bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten eingeräumt werden. Die Gesetzesbegründung formuliert immerhin einige grundsätzliche Leitlinien für die Ermessensausübung:<sup>351</sup>

„Dabei gilt: je stärker die Einflussmöglichkeit eines Unternehmens ist, je wahrscheinlicher und schwerer die zu erwartende Verletzung der geschützten Rechtsposition und je größer der Verursachungsbeitrag eines Unternehmens ist, desto größere Anstrengungen können einem Unternehmen zur Vermeidung oder Beendigung einer Verletzung zugemutet werden. Je anfälliger eine Geschäftstätigkeit nach Produkt und Produktionsstätte für menschenrechtliche Risiken ist, desto wichtiger ist die Überwachung der Lieferkette.“

---

349 Hopt/*Leyens*, HGB, § 3 LkSG Rn. 7.

350 BT-Drs. 19/28649, S. 42.

351 BT-Drs. 19/28649, S. 42.

Die Einflussnahmemöglichkeit des Unternehmens auf Zulieferer in der Lieferkette hängt damit entscheidend auch von der Marktmacht des Unternehmens ab.<sup>352</sup> Die Gesetzesbegründung differenziert insoweit im Wege einer Abstufung auch nach dem Näheverhältnis des Unternehmens zum eigentlichen Risikofaktor. Allerdings kann dieser Aspekt nicht losgelöst von der faktischen Marktmacht des Unternehmens gesehen werden, da diese sich nicht zwingend nur im Verhältnis zum unmittelbaren Vertragspartner, sondern rein faktisch entlang der gesamten Lieferketten entfalten kann. Dies gilt umso mehr, wenn es sich um sehr spezifische Produkte oder Dienstleistungen handelt.

Diese recht vagen Kriterien wurden zwar durch eine Handreichung des BAFA präzisiert.<sup>353</sup> Dennoch verbleibt in diesem Bereich eine nicht unerhebliche Rechtsunsicherheit, da letztlich das betroffene Unternehmen mit der Feststellung der „angemessenen“ Maßnahmen alleingelassen wird. Diese Rechtsunsicherheit wird zudem kaum durch die näheren Regelungen der Sorgfaltspflichten in den §§ 4–10 LkSG geschmälert, da auch diese keine klaren Leitlinien enthalten, anhand derer die Angemessenheit einer konkreten Maßnahme beurteilt werden kann. Die §§ 4–10 LkSG schaffen lediglich Rechtssicherheit dahingehend, dass zumindest die notwendigen Elemente LkSG-konformer Prozesse abstrakt umrissen werden.

#### a) Exkurs: Bemühenspflicht vs. Erfolgspflicht – Begriffsbestimmung und Folgen

Die in den §§ 3 ff. LKSG normierten Sorgfaltspflichten sind grds. nicht als echte Einstands- und Garantieplichten i.S.e. Pflicht zur Erfolgsverhinderung ausgestaltet. Lediglich in bestimmten Fallkonstellationen im Bereich der Abhilfemaßnahmen (näher dazu unten S. 131 ff.) verdichten sich die Sorgfaltspflichten des LkSG zu einer echten Erfolgsabwendungspflicht.<sup>354</sup> Anders formuliert: Das LkSG verpflichtet Unternehmen nicht dazu, zwingend und ausnahmslos den Eintritt von Menschenrechts- und Umweltrechtsverletzungen in Lieferketten zu verhindern. Es handelt sich vielmehr

---

352 BT-Drs. 19/28649, S. 42.

353 BAFA, Handreichung zum Prinzip der Angemessenheit nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

354 Vgl. dazu unten S. 131 ff.

um sog. Bemühenspflichten.<sup>355</sup> In den Gesetzesmaterialien ist dazu ausgeführt:

- „Das Gesetz begründet eine Bemühenspflicht, aber weder eine Erfolgspflicht noch eine Garantiehaftung.“<sup>356</sup>
- „Die Sorgfaltspflichten begründen eine Bemühens- und keine Erfolgspflicht. Unternehmen müssen nicht garantieren, dass in ihren Lieferketten keine Menschenrechte oder umweltbezogene Pflichten verletzt werden. Sie müssen vielmehr nachweisen können, dass sie die in den §§ 4 bis 10 [LkSG] näher beschriebenen Sorgfaltspflichten umgesetzt haben, die vor dem Hintergrund ihres individuellen Kontextes machbar und angemessen sind.“<sup>357</sup>

Nach Auffassung des Gesetzgebers dürfen die im LkSG statuierten Sorgfaltspflichten demnach nicht als statisch betrachtet werden. Das sich aus den §§ 3 ff. LkSG ergebende Pflichtenprogramm sei vielmehr ein dynamischer Prozess sich stets wiederholender und aufeinander aufbauender Pflichtenkreisläufe, die in den §§ 4–10 LkSG näher definiert werden. Im Ergebnis müssen Unternehmen daher (von Ausnahmefällen abgesehen) nicht dafür Sorge tragen, dass in ihren Lieferketten definitiv keine Menschenrechtsverletzungen oder umweltbezogene Pflichtverletzungen auftreten. Erforderlich – aber letztlich auch ausreichend – ist vielmehr, dass ein Unternehmen dokumentiert nachweisen kann, dass die in den §§ 4–10 LkSG normierten Sorgfaltsmaßnahmen ergriffen wurden. Ausweislich der Gesetzesbegründung<sup>358</sup> ist die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen in jedem Einzelfall an den Kriterien der Angemessenheit und Machbarkeit zu messen (risikobasierter Ansatz).

Der Charakter der in den §§ 3 ff. LkSG statuierten Sorgfaltspflichten als Bemühenspflichten ergibt sich nicht unmittelbar aus dem Normtext. Die Gesetzesbegründung verwendet aber, wie gezeigt, ausdrücklich diesen Begriff zur Charakterisierung der Lieferkettensorgfaltspflichten. Es liegt daher nahe, diesen Begriff auch zur Konturierung dieses Pflichtenprogramms heranzuziehen. Dabei kann man sich dessen Bedeutung zunächst über

---

355 Zur Herkunft des Begriffs aus dem französischen Lieferkettenrecht *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 210; krit. zur Begriffsverwendung im LkSG-Kontext *Sharei*, NJW 2023, 3462, 3467 Rn. 22, der für den Alternativbegriff der Due Diligence-Pflicht plädiert (Rn. 25).

356 BT-Drs. 19/28649, S. 2.

357 BT-Drs. 19/28649, S. 41.

358 BT-Drs. 19/28649, S. 41 f.

begriffliche Parallelen zu anderen Gesetzen nähern. Solche finden sich etwa im Zivilrecht, namentlich in § 86 Abs. 1 S. 1 HGB: „Der Handelsvertreter hat sich um die Vermittlung oder den Abschluss von Geschäften zu *bemühen*“.<sup>359</sup> Oder aber auch in der strafrechtlichen Rücktrittsdogmatik, §§ 24 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 2, 31 Abs. 2 StGB.<sup>360</sup> Bei dieser wird der Begriff des Bemühens im Zusammenhang mit der Erfolgsverhinderung gebraucht. Der Täter bleibt demnach straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft darum bemüht hat, die Tatvollendung zu verhindern. Es ist dabei nicht entscheidend, ob dieses Bemühen für den ausbleibenden Erfolgseintritt kausal war (§ 24 Abs. 1 StGB) oder ob die Tat überhaupt in ihrer Vollendung verhindert wird (§ 24 Abs. 2 StGB). Entscheidender Anknüpfungspunkt für die Gewährung der Straffreiheit ist allein das Bemühen des Täters, den Zusammenhang zwischen seinem eigenen Handeln und dem Erfolgseintritt aufzuheben. Anzulegen ist insoweit ein subjektiver Maßstab. Der Täter muss im Rahmen seines Bemühens also Handlungen vornehmen, die er aus seiner Sicht für geeignet hält, die Tatvollendung zu verhindern. Stehen dem Täter mehrere Handlungsoptionen zur Verfügung, so muss er sich grds.<sup>361</sup> für diejenige entscheiden, die nach seiner eigenen Einschätzung die am besten geeignete Option ist, eine Tatvollendung zu verhindern.<sup>362</sup> Es darf vom Täter daher die subjektive Bestleistung erwartet werden.<sup>363</sup> Der Täter muss somit alle ihm bekannten Erfolgsabwendungsmöglichkeiten möglichst optimal ausschöpfen.

Es liegt nahe, diesen subjektiv orientierten Bemühensmaßstab grds. auch auf das LkSG zu übertragen. Das wesentliche Merkmal dieser Bemühenspflichten liegt dabei darin, dass es sich hierbei um prozessorientierte Pflichten handelt. Im Zentrum der Pflichtenerfüllung steht nicht in erster Linie das „Wie“ der Pflichtenerfüllung; wie bereits gezeigt, überantwortet der Gesetzgeber dieses „Wie“ im Zusammenhang mit den §§ 4–10 LkSG dem Unternehmen selbst, indem es diesem einen erheblichen Bewertungs- und Ermessensspielraum hinsichtlich der Eignung zur intendierten Zielerreichung zubilligt. Entsprechend ist die Erfüllung der Bemühenspflicht nach dem LkSG primär an dem „Ob“ der Pflichtenerfüllung ausgerichtet.

---

359 Vgl. *Graf v. Westphalen*, ZIP 2020, 2421, 2430.

360 Vgl. *Fischer/Fischer/Anstötz*, StGB, § 24 Rn. 32 ff.; *MK-StGB/Hoffmann-Holland*, § 24 Rn. 140 ff.; *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 32 Rn. 54 f.

361 *MK-StGB/Hoffmann-Holland*, § 24 Rn. 142.

362 Vgl. BGH, NStZ-RR 2010, 276: Bemühung um „bestmögliche Maßnahme“.

363 *MK-StGB/Hoffmann-Holland*, § 24 Rn. 142.

Dies führt dazu, dass – anders als bei Erfolgsabwendungs- bzw. Garantiepflichten – aus dem Umstand des Eintritts einer Rechtsgutverletzung noch nicht auf das Vorliegen einer Sorgfaltspflichtverletzung geschlossen werden kann.<sup>364</sup> Sofern durch das Unternehmen angemessene Maßnahmen i.S.v. § 3 Abs. 2 LkSG innerhalb des von den §§ 4–10 LkSG vorgegebenen Rahmens getroffen wurden, liegt auch bei Realisierung eines Risikos in Gestalt eines Verletzungserfolges i.S.v. § 2 Abs. 4 LkSG kein Verstoß gegen eine Bemühenspflicht vor. In strafrechtlicher Terminologie: Wer sich i.S.d. LkSG angemessen bemüht, der handelt mit Blick auf einen gleichwohl eingetretenen Erfolg erlaubt riskant.<sup>365</sup>

Dem steht freilich als Spiegelbild gegenüber, dass allein das Ausbleiben eines Verletzungserfolges der Annahme eines Verstoßes gegen die Bemühenspflicht nicht entgegensteht. Vielmehr handelt das verpflichtete Unternehmen bereits dann sorgfaltswidrig, wenn keine angemessenen Maßnahmen nach den §§ 4–10 LkSG ergriffen wurden. Übersetzt in strafrechtliche Kategorien ähneln die lieferkettenrechtlichen Bemühensgebote daher Unternehmens- bzw. Gefährdungsdelikten.<sup>366</sup>

#### Risikobasierte Sorgfaltspflichten als CSDDD-Handlungspflichten

Auch nach der CSDDD sind die risikobasierten Sorgfaltspflichten als Handlungs- und nicht als Erfolgspflichten ausgestaltet. Gem. ErwGr. 19 „sollten die wichtigsten Verpflichtungen in dieser Richtlinie ‚Mittelverpflichtungen‘ sein“, die die Unternehmen im Rahmen ihres an Verhältnismäßigkeit ausgerichteten Handlungsspielraumes angehen. Entscheidend ist, dass ein Unternehmen aus der ex ante-Perspektive „angemessen“ gehandelt hat, um die negativen Auswirkungen zu minimieren oder zu verringern.<sup>367</sup> Es soll explizit keine Verpflichtung geschaffen werden, unter allen Umständen gewährleisten zu können, dass überhaupt keine negativen Auswirkungen auftreten oder dass diese gestoppt werden.<sup>368</sup>

364 Wagner/Ruttloff, NJW 2021, 2145, 2146 Rn. 5.

365 Zum strafrechtsdogmatischen Begriff des erlaubten Risikos s. Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 33 m.w.N.

366 Wagner/Ruttloff, NJW 2021, 2145, 2146 Rn. 5.

367 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1396.

368 CSDDD-ErwGr. 36.

## b) Risikomanagement (§ 4 LkSG)

Nach § 4 LkSG besteht die Verpflichtung zur Einrichtung eines Systems zum Risikomanagement, das die Identifizierung und Minimierung menschenrechts- bzw. umweltbezogener Risiken ermöglicht. Das nach § 4 LkSG einzurichtende Risikomanagement ist auf den Schutz Dritter und der Allgemeinheit ausgerichtet und unterscheidet sich damit grundlegend von insbes. aus dem Aufsichtsrecht bereits bekannten Verpflichtungen zur Einrichtung eines Risikomanagements (z.B. § 25a KWG), die einen Selbstschutz des Unternehmens vor Risiken, die das Unternehmen selbst gefährden, zum Gegenstand haben. Das LkSG füllt somit einen altbekannten Begriff und ein altbekanntes Verfahren mit einer gänzlich neuen Zielrichtung.

In praktischer Hinsicht werden – auch wenn für weite Bereiche der Wirtschaft bisher keine gesetzliche Verpflichtung bestand – viele Unternehmen über ein Risikomanagementsystem verfügen (auch wenn die insoweit vorhandenen Prozesse und Abläufe sehr unterschiedlich sein dürften). Der überwiegende Teil der vom LkSG erfassten Unternehmen wird daher primär vor der Aufgabe stehen, die durch das LkSG erfassten Zielsetzungen des Risikomanagements in die bestehenden Prozesse zu integrieren und adäquat abzubilden. Das Risikomanagement ist gem. § 4 Abs. 1 S. 2 LkSG in allen maßgeblichen Geschäftsbereichen zu integrieren. Die Gesetzesbegründung verweist beispielhaft auf den Vorstand (mithin also generell die Geschäftsleitung), die Compliance-Abteilung sowie den Einkauf.<sup>369</sup> Der insoweit durch den Gesetzgeber den Unternehmen eingeräumte Freiraum zur Implementierung eines Risikomanagements trägt dem Umstand Rechnung, dass der Aufbau betrieblicher Organisationen von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich ist und insbes. maßgeblich von den konkreten betrieblichen Strukturen, Geschäftsfeldern und Lieferantenbeziehungen abhängt.<sup>370</sup>

Darüber hinaus enthält das LkSG nur wenige Vorgaben zur konkreten Ausgestaltung des Risikomanagements. Festgelegt ist, dass das System „angemessen und wirksam“ sein muss (§ 4 Abs. 1 S. 1 LkSG). Die Angemessenheit bemisst sich anhand der Vorgaben des § 3 Abs. 2 LkSG.<sup>371</sup> Das Unternehmen hat demnach einen Abwägungsprozess vorzunehmen, welche Maßnahmen ausgerichtet an dem konkreten Unternehmen im Hinblick auf Unternehmensgröße, Geschäftsgebiete, Risikoprofil und Leistungsfähigkeit

369 BT-Drs. 19/28649, S. 43.

370 Ruttloff/Wagner/Hahn/Freihoff, CCZ 2022, 20, 25.

371 Vgl. Stave/Velte, DB 2021, 1791, 1797 m.w.N.; Wagner, ZIP 2021, 1095, 1099.

als angemessen zu betrachten sind. Dies führt z.B. dazu, dass für Unternehmen mit primären Lieferbeziehungen in der EU eine andere Angemessenheitsgrenze gilt als für Unternehmen mit überwiegenden Lieferketten in besondere Risikoregionen der Welt, wie z.B. Asien. Ebenso wird man von internationalen Großkonzernen weitergehende Maßnahmen und Anstrengungen erwarten dürfen als von kleineren Betrieben, die z.B. aufgrund ihrer Mitarbeiterzahl lediglich gerade so noch in den Anwendungsbereich des LkSG fallen.

Letztlich lässt der Gesetzgeber die Unternehmen mit nur wenigen Hilfestellungen zurück, sodass eine nicht unwesentliche Rechtsunsicherheit verbleibt. Es ist aber auf der anderen Seite auch zu berücksichtigen, dass § 4 LkSG letztlich Elemente der Betriebsorganisation regelt, die grds. den Anwendungsbereich der aus Art. 12 Abs. 1 GG resultierenden Unternehmensorganisationsfreiheit berühren und daher strenge und detaillierte Vorgaben zu verfassungsrechtlichen Problemen führen könnten.

Die Praxis kennt Handreichungen für die Ausgestaltung von Systemen der Unternehmensorganisation (z.B. ISO 9000 für Qualitätsmanagementsysteme, ISO 14001 für Unternehmensmanagementsysteme, ISO 19600 für Compliance-Management-Systeme). Einschlägig ist insoweit für Risikomanagementsysteme grds. ISO 31000. Diese unverbindlichen Standards geben eine gewisse Orientierung für die Ausgestaltung, auch wenn es eines Zuschnitts auf das konkrete Unternehmen und insbes. die Zielsetzungen des LkSG bedarf. Da § 20 LkSG den zuständigen Aufsichtsbehörden aber die Möglichkeit eröffnet, im Wege von Handreichungen und Empfehlungen die Regelungen des LkSG jedenfalls aus dem Blickwinkel der Exekutive zu präzisieren, kann zumindest auf diesem Weg etwas mehr Rechtssicherheit geschaffen werden.<sup>372</sup>

#### CSDDD-Einbeziehung in Risikomanagementsysteme

Die CSDDD sieht in Art. 7 vor, dass die Unternehmen die Sorgfaltspflichten in alle einschlägigen Bereiche ihrer Unternehmenspolitik und Risikomanagementsysteme einbeziehen und hinsichtlich der Erfüllung ihrer Pflichten eine Strategie vorweisen können. Diese muss einen Verhaltenskodex enthalten, der neben den Beziehungen im eigenen Unternehmen oder den Tochtergesellschaften auch solche zu indirekten oder direkten

<sup>372</sup> Sämtliche von der BAFA publizierten LkSG-Handreichungen sind abrufbar unter [https://www.bafa.de/DE/Lieferketten/Handreichungen/handreichungen\\_node.htm](https://www.bafa.de/DE/Lieferketten/Handreichungen/handreichungen_node.htm).



Geschäftspartnern abdeckt. Die Strategien hinsichtlich der Erfüllung der Sorgfaltspflichten unterstehen, anders als nach § 6 Abs. 5 LkSG, bei gleichbleibenden Erkenntnissen nur einer Aktualisierungspflicht von 24 Monaten (Art. 7 Abs. 3 CSDDD).<sup>373</sup>

### c) Risikoanalyse (§ 5 LkSG)

§ 5 LkSG gestaltet die von § 3 Abs. 1 S. 2 LkSG vorgesehene operative Sorgfaltspflicht zur Risikoanalyse näher aus. Sie bildet das Kernstück des gesamten Risikomanagements und fungiert als Basis hieran anknüpfender Abhilfe- (§ 7 LkSG), aber auch Präventionsmaßnahmen (§ 6 LkSG).

Die Adressaten des LkSG haben demnach in ihrem eigenen Geschäftsbereich und bei ihren unmittelbaren Zulieferern menschenrechts- und umweltbezogene Risiken in angemessener Weise zu ermitteln und zu bewerten (§ 5 Abs. 1 und Abs. 2 LkSG). Gleichzeitig ist die Risikoanalyse dergestalt in die Unternehmensorganisation einzubetten, dass eine Information der maßgeblichen Entscheidungsträger über die gewonnenen Erkenntnisse sichergestellt ist (§ 5 Abs. 3 LkSG). Die Risikoanalyse hat jährlich (§ 5 Abs. 4 LkSG) sowie anlassbezogen bei Änderungen oder Erweiterungen der Risikolage zu erfolgen. Unter bestimmten Umständen können anlassbezogen sogar mittelbare Zulieferer in die Risikoanalyse einzubeziehen sein.

Die ausdrückliche Bezugnahme des § 5 Abs. 1 LkSG auf das nach § 4 LkSG zu etablierende Risikomanagement stellt die zentrale Rolle der Risikoanalyse als elementaren Baustein des Risikomanagements heraus. Hieraus ergibt sich zugleich, dass die in § 4 Abs. 2 und Abs. 4 LkSG niedergelegten verfahrensbezogenen Prinzipien (Wirksamkeit der Risikoanalyse und angemessene Berücksichtigung der Interessen von Beschäftigten und Betroffenen) gleichsam auch den Rahmen für die Umsetzung der Risikoanalyse bilden.<sup>374</sup> Die Risikoanalyse muss daher so ausgestaltet sein, dass menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken erkannt werden können. In den Blick zu nehmen sind alle relevanten Risiken, denen sich das Unternehmen angesichts Größe, Geschäftsfeld, Branche und konkreten Lieferbeziehungen ausgesetzt sieht (risikobasierter Ansatz).

373 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1395.

374 Vgl. BT-Drs. 19/28649, S. 43.

aa) Zweck der Risikoanalyse

Der zentrale Zweck der gem. § 5 LkSG durchzuführenden Risikoanalyse besteht in dem Erkennen menschenrechtlicher und umweltbezogener Risiken der eigenen Geschäftstätigkeit. Mit diesem Erkenntnisprozess geht auch ein Prozess der Priorisierung und Gewichtung einher.<sup>375</sup>

Die Sorgfaltspflichten des LkSG – und damit auch die Risikoanalyse – folgen zwar einem risikobasierten Ansatz. Dies darf aber im Ergebnis nicht dahingehend missverstanden werden, dass das Risikoprofil eines Unternehmens über die Etablierung der Risikoanalyse entscheidet. Diese ist vielmehr losgelöst von der Frage vorzunehmen, ob ein spezifisches Risiko vorliegt oder nicht.<sup>376</sup> Letztlich ist das eine Selbstverständlichkeit, da die Risikoanalyse der Kern des eigenen Erkenntnisprozesses des Unternehmens hinsichtlich des eigenen Risikoprofils ist und damit das „Herzstück“ des Risikomanagements sowie daran anknüpfender Präventions- und Abhilfemaßnahmen. Die Risikoanalyse ist damit zentral für die insgesamt vom LkSG angestrebte Verbesserung des Menschenrechts- und Umweltschutzes in globalen Lieferketten.<sup>377</sup>

Entsprechend dieser Funktion und Zielsetzung umfasst die Risikoanalyse einen „Dreisprung“, bestehend aus Ermittlung, Gewichtung und Priorisierung der Risiken. Bezugspunkte der Analyse sind der eigene Geschäftsbetrieb und die unmittelbaren Zulieferer.<sup>378</sup>

bb) Angemessenheit der Risikoanalyse

Das LkSG stellt an die Risikoanalyse die Anforderung, dass diese dem Kriterium der Angemessenheit genügen muss. Dieses Kriterium ist zum einen im Kontext des Wirksamkeitserfordernisses aus § 4 Abs. 2 LkSG zu verstehen. Eine Risikoanalyse, die diesen Anforderungen nicht gerecht wird, erfüllt den Tatbestand einer „nicht richtig“ durchgeführten Risikoanalyse i.S.d. Bußgeldvorschrift des § 24 Abs. 1 Nr. 2 LkSG.<sup>379</sup>

---

375 Vgl. BT-Drs. 19/28649, S. 44.

376 Seibt/Vesper-Gräse, CB 2021, 357, 362.

377 Vgl. BT-Drs. 19/28649, S. 1; Fleischer, CCZ 2022, 205, 206.

378 BT-Drs. 19/28649, S. 44.

379 Fleischer, CCZ 2022, 205, 213; Grabosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 5 Rn. 4.

Das Merkmal der Angemessenheit hat aber zugleich auch eine der Verhältnismäßigkeit dienende Funktion, indem es den betroffenen Unternehmen einen Handlungs- und Ermessensspielraum zur konkreten Ausgestaltung der Risikoanalyse eröffnet.<sup>380</sup> Dieser Weg stellt sicher, dass dem konkret betroffenen Unternehmen nichts Unmögliches abverlangt werden kann. In diesem Handlungs- und Ermessensspielraum kommt auch der häufig hervorgehobene Charakter der Sorgfaltspflichten des LkSG als „Bemühenspflichten“ zum Ausdruck.<sup>381</sup> Zur Erfüllung der Pflichten aus § 5 LkSG ist die bloße Bemühung um eine angemessene Risikoanalyse allerdings nicht ausreichend. Das Gesetz sieht vielmehr eine definitive Pflicht zur Durchführung der Risikoanalyse vor, die ihrerseits wiederum Teil der Bemühungen des Unternehmens zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen von umweltbezogenen Pflichten ist.<sup>382</sup>

Mit dem zugebilligten Handlungs- und Ermessensspielraum geht zugleich eine verminderte Prüfdichte für Behörden und Gerichte einher, wenn rückblickend über die Frage der Angemessenheit zu befinden ist. Der gesetzgeberisch zugestandene Handlungs- und Ermessensspielraum kommt nämlich in der praktischen Anwendung nur dann zum Tragen, wenn sich eine ex ante-Bewertung allein auf die Nachvollziehbarkeit und Plausibilität der von dem Unternehmen zur Ausfüllung dieses Ermessens getroffenen Abwägungsentscheidungen beschränkt.<sup>383</sup> Die insoweit relevanten Abwägungskriterien sind an einem risikobasierten Ansatz auszurichten, der sich an der konkreten Risikodisposition des Unternehmens orientiert und die potenzielle Schwere einer Verletzung, Einflussnahmemöglichkeiten und/oder eigene Verursachungsbeiträge den verfügbaren Ressourcen und Expertisen des Unternehmens gegenüberstellt. Die von einem Unternehmen im Rahmen der Risikoanalyse abzuverlangenden Anstrengungen können daher sehr unterschiedlich auszugestalten sein. Als Faustformel kann gelten: Je gewichtiger die Schwere einer Verletzung, die Möglichkeiten

---

380 *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 213.

381 *Wagner/Ruttloff*, NJW 2021, 2145, 2148.

382 *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 210.

383 *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 213; BAFA, FAQ Frage VIII. Nr. 3; zum Beurteilungsspielraum insgesamt Frage VI. Nr. 4; BAFA, Handreichung zum Prinzip der Angemessenheit nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, S. 4, 25.

zur Einflussnahme und/oder eigene Verursachungsbeiträge ausfallen, desto mehr kann dem jeweiligen Unternehmen abverlangt werden.<sup>384</sup>

cc) Pflicht zur Kommunikation/Dokumentation

Den Abschluss der Risikoanalyse bildet nach § 5 Abs. 3 LkSG ein kommunizierbares Ergebnis. Das Unternehmen ist damit nicht nur verpflichtet, eine Risikoanalyse durchzuführen, sondern auch, das Ergebnis der Analyse und – aus Gründen der Transparenz – zudem den durchlaufenen Prozess zu dokumentieren.<sup>385</sup> Das gesamte Verfahren der Risikoanalyse ist daher so auszugestalten, dass die gewonnenen Erkenntnisse den maßgeblichen Entscheidungsträgern im Unternehmen zur Kenntnis gelangen, sodass entsprechende Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergriffen werden können.

dd) Gegenstand und Reichweite der Risikoanalyse

Die Risikoanalyse bezieht sich inhaltlich auf die menschenrechtlichen Risiken nach § 2 Abs. 2 LkSG und die umweltbezogenen Risiken nach § 2 Abs. 3 LkSG. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass auch bereits eingetretene Verletzungen von menschenrechts- und umweltbezogenen Pflichten von der Risikoanalyse umfasst sind.<sup>386</sup>

Der eigentlichen Risikoanalyse i.S.d. Ermittlungen der menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken vorgelagert ist die Ermittlung der Art und des Umfangs der eigenen Geschäftstätigkeit und der Geschäftstätigkeit unmittelbarer Zulieferer. Diese Bestandaufnahme dient der Ermittlung eines individuellen Risikoprofils des Unternehmens und gibt Aufschluss über die grundlegende Risikodisposition.<sup>387</sup> Die maßgeblichen Faktoren sind insbes. die Branche und die Länder, in denen das jeweilige Unternehmen tätig ist. Weitere wesentliche Faktoren bilden die Struktur und Transparenz der

384 BT-Drs. 19/28649, S. 42; *Charnitzky/Weigel*, RIW 2022, 12, 15; *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 212; allg. BAFA, Handreichung zum Prinzip der Angemessenheit nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, S. 9, 13 f.

385 *Gehling/Ott/Lüneborg*, CCZ 2021, 230, 234; *Gehling/Ott/Balke*, LkSG, § 5 Rn. 54.

386 *Gehling/Ott/Balke*, LkSG, § 5 Rn. 6; wohl enger *Korch*, NJW 2022, 2065, 2068.

387 *Charnitzky/Weigel*, RIW 2022, 12, 15; BAFA, Handreichung zum Prinzip der Angemessenheit nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, S. 10; vgl. auch *Hembach*, Praxisleitfaden LkSG, S. 131.

Lieferketten des Unternehmens.<sup>388</sup> Das anhand dieser Faktoren ermittelte Risikoprofil bildet sodann die Grundlage der darauf aufsetzenden Risikoanalyse.<sup>389</sup>

Die gem. § 5 Abs. 1 LkSG vorgeschriebene Risikoanalyse muss von den verpflichteten Unternehmen im Hinblick auf den eigenen Geschäftsbereich (vgl. § 2 Abs. 6 LkSG) und auf seine unmittelbaren Zulieferer (§ 2 Abs. 7 LkSG) durchgeführt werden. Der eigene Geschäftsbereich umfasst auch alle Konzerngesellschaften im In- und Ausland, sofern ein bestimmender Einfluss auf diese Gesellschaften besteht (§ 2 Abs. 6 S. 3 LkSG). Im Hinblick auf die unmittelbaren Zulieferer ist die Risikoanalyse insoweit eingeschränkt, als diese sich nur auf die Geschäftsbereiche des Zulieferers bezieht, die mit dem eigenen unternehmerischen Handeln des verpflichteten Unternehmens im Zusammenhang stehen.<sup>390</sup> Allerdings werden neben den unmittelbaren Zulieferern des verpflichteten Unternehmens auch die unmittelbaren Zulieferer der Konzerngesellschaften erfasst, soweit diese im oben dargestellten Sinn zum eigenen Geschäftsbereich des verpflichteten Unternehmens gehören.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Risikoanalyse sieht § 5 LkSG keine Abstufungen dahingehend vor, ob diese bezogen auf den eigenen Geschäftsbetrieb oder unmittelbarer Zulieferer durchgeführt wird. Es ist aber selbstverständlich, dass sich im Lichte des Angemessenheitsvorbehalts rein faktisch Abstufungen ergeben, die insbes. aus einem unterschiedlichen Grad der Möglichkeiten zur Einflussnahme des verpflichteten Unternehmens auf Zulieferer resultieren können. Die Möglichkeiten zur Informationsgewinnung werden naturgemäß bei Zulieferern eingeschränkter sein als innerhalb des eigenen Unternehmens oder Konzerns.

Lediglich in Ausnahmefällen sind auch mittelbare Zulieferer in die Risikoanalyse einzubeziehen. Dies betrifft insbes. Umgehungskonstellationen und missbräuchliche Gestaltungen nach § 5 Abs. 1 S. 2 LkSG. Darüber hinaus ist eine Risikoanalyse im Hinblick auf mittelbare Zulieferer nur bei ausreichend substantiierter Kenntnis von potenziellen Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten (§ 9 Abs. 3 LkSG)<sup>391</sup> oder anlassbezogen i.S.d. § 5 Abs. 4 S. 1 Alt. 2 LkSG durchzuführen<sup>392</sup>.

---

388 Gehling/Ott/Balke, LkSG, § 5 Rn. 9.

389 Vgl. BMAS, Handlungsanleitung zum Kernelement Risikoanalyse, S. 6.

390 Charnitzky/Weigel, RIW 2022, 12, 14.

391 Vgl. dazu Wagner/Ruttloff, NJW 2021, 2145, 2148.

392 BAFA, FAQ Frage VIII. Nr. 6; BAFA, Handreichung zur Umsetzung einer Risikoanalyse nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, S. 8; Gra-

Die Einbeziehung der mittelbaren Zulieferer in die anlassbezogene Risikoanalyse nach § 5 Abs. 4 S. 1 Alt. 2 LkSG findet unmittelbar im Wortlaut der Vorschrift ihren Rückhalt. Demnach ist eine anlassbezogene Analyse durchzuführen, wenn das Unternehmen mit einer wesentlichen Veränderung oder Erweiterung der Risikolage „in der Lieferkette“ rechnen muss. Die Vorschrift nennt in diesem Zusammenhang die Einführung eines neuen Produkts, neuer Projekte oder neuer Geschäftsfelder als mögliche Anlässe. Einschränkungen ergeben sich daraus, dass nur wesentliche Änderungen die Pflicht nach § 5 Abs. 4 S. 1 Alt. 2 LkSG auslösen. Allerdings definieren weder das Gesetz noch die Gesetzesbegründung dieses Wesentlichkeitskriterium, sodass für die verpflichteten Unternehmen erneut eine nicht unerhebliche Rechtsunsicherheit, aber auch ein Beurteilungsspielraum, verbleibt. Im Hinblick auf die insoweit zu ergreifenden Maßnahmen wird man im Lichte des Angemessenheitsvorbehalts aber in einem besonderen Maße die gegenüber mittelbaren Zulieferern deutlich verringerten Einflussnahmemöglichkeiten zu berücksichtigen haben.

#### Risikoanalyse nach der CSDDD

Die Risikoanalyse unter der CSDDD soll nach Art. 8 Abs. 1 nicht nur eine Ermittlung „negativer Auswirkungen“ enthalten, sondern diese auch bewerten. Da die bisher auch im Rahmen von § 5 Abs. 2 LkSG vorgenommene Gewichtung der Risiken eine zwangsläufige Bewertung enthält, ergeben sich dort keine Neuerungen für die Unternehmen.

Die CSDDD kennt ebenfalls einen Angemessenheitsvorbehalt, um Unternehmen vor unverhältnismäßigem Mehraufwand zu schützen. Sofern nicht alle negativen Auswirkungen gleichzeitig angegangen werden können, ist eine Priorisierung auf Basis der Schwere und Wahrscheinlichkeit des Erfolgseintritts vorzunehmen (Art. 9 CSDDD). Auch relevante Risikofaktoren wie geographische, produkt-, unternehmens-, kontext- oder branchenbezogene Tatsachen, Situationen oder Umstände, die sich nachteilig auswirken könnten, sind dabei zu berücksichtigen (Art. 8 Abs. 2 i.V.m. Art. 3 Abs. 1 lit. u CSDDD). Ferner wird auch die Vornahme von Maßnahmen nach deren Geeignetheit eingeschränkt (Art. 8 Abs. 1 CSDDD). So soll es darauf ankommen, welche Maßnahmen dem Unternehmen unter Berücksichtigung des Einzelfalls nach „vernünftigem

---

bosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 5 Rn. 58; Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 649.

Ermessen“ zur Verfügung stehen (Art. 3 Abs. 1 lit. o CSDDD). Diese Elemente ermöglichen es, das Angemessenheitsprinzip bereits in den frühen Stadien der Risikoanalyse, -ermittlung, -gewichtung und -priorisierung zu verankern.<sup>393</sup>

Anders als beim LkSG geht die Richtlinie bei der Risikoanalyse noch nicht auf die Einflussmöglichkeiten und die Verursachungsbeiträge ein, sondern schlicht auf das Gefahrenpotenzial.<sup>394</sup>

#### d) Präventionsmaßnahmen (§ 6 LkSG)

Sofern eine vorausgegangene Risikoanalyse nach § 5 LkSG zumindest ein Risiko i.S.d. § 2 Abs. 2 oder Abs. 3 LkSG identifiziert hat, sind Präventionsmaßnahmen i.S.v. § 6 LkSG erforderlich.<sup>395</sup> In diesem Kontext erfährt das kommunikative Element der Risikoanalyse aus § 5 LkSG eine besondere Bedeutung. Die Geschäftsleitung ist verpflichtet, sich mindestens jährlich bei den für die Risikoanalyse zuständigen Personen zu informieren (§ 4 Abs. 3 LkSG). Ebenso hat eine jährliche Berichterstattung über die Ergebnisse der Risikoanalyse an die relevanten Entscheidungsträger zu erfolgen (§ 5 Abs. 3 LkSG). Diese unternehmensinternen Berichts- und Dokumentationsprozesse bilden den Ausgangspunkt, an denen die Pflichten aus § 6 LkSG anknüpfen. Eine wirksame Risikoprävention i.S.d. Vermeidung der Risikorealisierung setzt neben der Identifikation eines Risikos stets auch dessen sachgerechte Kommunikation voraus.

Identifiziert das verpflichtete Unternehmen ein Risiko, so hat es ohne schuldhaftes Zögern angemessene und wirksame (vgl. § 4 Abs. 1 und Abs. 2 LkSG) Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Die Frage der Unverzüglichkeit orientiert sich insbes. an der Schwere des drohenden Risikos auf der einen sowie den zeitlichen und technischen Möglichkeiten des Unternehmens zur Ergreifung entsprechender organisatorischer Maßnahmen auf der anderen Seite. Je gravierender die drohende menschenrechts- oder umweltbezogene Gefahr ist, desto zügiger ist ein Tätigwerden des verpflichteten Unternehmens geboten, insbes. wenn nur eine oder wenige Präventionsmaßnahmen in Betracht kommen.

393 Schmidt, NZG 2024, 859, 865 Rn. 39 f.; Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1395.

394 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1395.

395 Grabosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 5 Rn. 78.

Die nach § 6 LkSG vorzunehmenden Präventionsmaßnahmen stehen ebenfalls unter einem Angemessenheitsvorbehalt, der sich an den Maßstäben des § 3 Abs. 2 LkSG orientiert. Maßgebliche Kriterien sind also Art und Umfang des Geschäftsbetriebs, Möglichkeiten zur Einflussnahme, zu erwartende Schwere, Unumkehrbarkeit und Wahrscheinlichkeit einer Realisierung des ermittelten Risikos sowie der eigene Verursachungsbeitrag.

#### aa) Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Die im eigenen Geschäftsbereich zu ergreifenden Präventionsmaßnahmen sind in § 6 Abs. 3 LkSG in Form von vier „Regelbeispielen“ niedergelegt, die lediglich eine Hervorhebung bestimmter Maßnahmen darstellen und nicht abschließend gemeint sind. Generelle Zielsetzung der Maßnahmen ist die Integration menschenrechts- und umweltbezogener Aspekte in die alltäglichen Unternehmensabläufe und Entscheidungsprozesse.<sup>396</sup> Das langfristige Ziel besteht darüber hinaus im Aus- und Aufbau einer generellen Awareness der Unternehmensangehörigen bezüglich menschenrechts- und umweltbezogener Pflichten und Rechtsgüter.<sup>397</sup>

Die von § 6 Abs. 3 LkSG hervorgehobenen Maßnahmen umfassen:

- Umsetzung der in der Grundsatzerklärung niedergelegten Menschenrechtsstrategie in relevanten Geschäftsabläufen,
- Einkaufs- und Beschaffungsstrategien zur Verhinderung oder Minimierung festgestellter Risiken,
- Schulungen in den relevanten Geschäftsbereichen, sowie
- Kontrollmaßnahmen.

Teil der nach § 6 LkSG geforderten Präventionsmaßnahmen ist die grds. von der Geschäftsleitung abzugebende Grundsatzerklärung zur Menschenrechtsstrategie des Unternehmens (§ 6 Abs. 2 LkSG). Sie ist Ausdruck eines klaren Bekenntnisses des Unternehmens zur Achtung der Menschenrechte und Umwelt. Die Grundsatzerklärung beschränkt sich nicht nur auf die Darstellung von Präventionsmaßnahmen als Folge erkannter Risiken, sondern stellt vielmehr ein grundlegendes und eigenständiges Kernelement der Sorgfaltspflichten nach dem LkSG dar.<sup>398</sup> Diese ist daher – trotz der

---

<sup>396</sup> Begr. zum RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 46.

<sup>397</sup> BeckOK-LkSG/*Schmidt-Räntsch*, § 6 Rn. 15.

<sup>398</sup> *Spindler*, ZHR 2022, 67, 84; ähnlich *Wagner/Ruttloff*, NJW 2021, 2145, 2147 Rn. 18.



Verortung in § 6 Abs. 2 LkSG – grds. unabhängig von einem erkannten Risiko stets zu erstellen und nach den Vorstellungen des Gesetzgebers ggf. auch gegenüber dem Betriebsrat, den unmittelbaren Zulieferern und der Öffentlichkeit zu kommunizieren.<sup>399</sup>

Die besondere Bedeutung der Grundsatzerklärung zeigt sich zudem darin, dass die in ihr enthaltene und kommunizierte Menschenrechtsstrategie auch tatsächlich in den Geschäftsabläufen des Unternehmens einen Niederschlag finden muss. Es darf mithin also nicht bei schönen Worten bleiben; diesen müssen vielmehr auch Taten folgen. Mittel zur Umsetzung sind interne Dienstanweisungen, Verhaltenskodizes, Sanktionsmaßnahmen oder entsprechende Bedingungen für eine Aufnahme als Lieferant in die Lieferkette.<sup>400</sup> Die Vorschrift des § 6 Abs. 3 LkSG spricht dabei einen besonders wichtigen Teil der Geschäftsabläufe selbst an: das Einkaufs- und Beschaffungswesen. Durch entsprechende Strategien und Prozesse kann ein Unternehmen einen erheblichen Einfluss auf die menschenrechtliche und umweltbezogene Risikolage in der Lieferkette ausüben. Denkbar sind dezidierte Vorgaben für z.B. Produktentwicklung, Auftragsplatzierung, Einkaufsbedingungen etc.<sup>401</sup> Dabei dürfte insbes. der Faktor „Preis“ eine nicht unerhebliche Rolle spielen, können doch ein erheblicher Preisdruck i.V.m. weiteren Faktoren (z.B. kurze Liefer- oder Produktionszeiten) negative Anreize für die Sorge um menschenrechts- und umweltbezogene Pflichten setzen.<sup>402</sup> Unternehmen werden daher im Rahmen der Präventionsmaßnahmen nach § 6 Abs. 3 LkSG insbes. auch die eigene Vertrags- und Preisgestaltung in den Blick zu nehmen haben, vor allem bei Lieferketten in „Risikoländern“.

Abschließend flankiert werden die Präventionsmaßnahmen durch Schulungen, die an dem jeweiligen Risikoprofil des Unternehmens auszurichten sind, sowie einem effektiven Kontrollsystem.

## bb) Präventionsmaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern

§ 6 Abs. 4 LkSG statuiert ausschließlich Präventionsmaßnahmen, die im Hinblick auf unmittelbare Zulieferer i.S.v. § 2 Abs. 7 LkSG von den Unter-

399 BT-Drs. 19/28649, S. 46.

400 Begr. zum RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 46 f.

401 Begr. zum RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 46 f.

402 Begr. zum RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 47; Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 6 Rn. 52.

nehmen zu ergreifen sind. Ebenso wie in § 6 Abs. 3 LkSG hat die Aufzählung einzelner konkreter Maßnahmen einen beispielhaften Charakter und ist nicht abschließend. Erfordern die konkreten Erkenntnisse aus der Risikoanalyse weitere Maßnahmen, so sind diese von dem Unternehmen zu ergreifen. Die in § 6 Abs. 4 LkSG erwähnten Maßnahmen betreffen zum einen die Steuerung der Auftragsvergabe selbst (§ 6 Abs. 4 Nr. 1 LkSG) und stehen in einem gewissen sachlichen Zusammenhang zu den im Rahmen des eigenen Geschäftsbetriebes zu ergreifenden Maßnahmen im Hinblick auf die Einkaufs- und Beschaffungsprozesse (§ 6 Abs. 3 LkSG). Daneben sieht das LkSG die Vereinbarung konkreter Maßnahmen zwischen den Unternehmen und dem unmittelbaren Zulieferer vor (§ 6 Abs. 4 Nr. 2–4 LkSG). Im Einzelnen gelten für die Präventionsmaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern folgende Grundsätze:

Die verpflichteten Unternehmen haben – orientiert an der in der Grundsatzerklärung zum Ausdruck gebrachten Menschenrechtsstrategie – in ihrem Auswahlprozess für unmittelbare Zulieferer menschenrechtliche und umweltbezogene Aspekte zu berücksichtigen. Hierzu kann insbes. die Einteilung von Zulieferern in Risikogruppen hilfreich sein und es sollten ggf. „Null-Toleranz“-Kriterien (wie z.B. Kinderarbeit, Menschenhandel etc.) erwogen werden, die einer Geschäftsbeziehung stets im Weg stehen.<sup>403</sup> Das LkSG greift damit direkt in den Abwägungsvorgang eines Unternehmens bei der Auswahl seiner Lieferanten ein, indem es neben produktbezogenen (Preis, Qualität, Menge), geschäftsbezogenen (Seriosität und Professionalität des Geschäftspartners, bestehende Dauer der Geschäftsbeziehung) und marktbezogenen Faktoren (allgemeine Marktrisiken, spezielle Branchenrisiken) zwingend die Erfassung und Bewertung menschenrechts- und umweltbezogener Faktoren verlangt. Die formulierten Erwartungen des Unternehmens i.S.d. § 6 Abs. 4 Nr. 1 LkSG sind der Gradmesser für die von unmittelbaren Zulieferern selbst zu ergreifenden Maßnahmen, um die im Wege der Risikoanalyse nach § 5 LkSG identifizierten Risiken zu vermeiden.

Darüber hinaus ist die selbstformulierte Erwartung gem. § 6 Abs. 4 Nr. 2 LkSG dahingehend abzusichern, dass mittels vertraglicher Zusicherungen der unmittelbaren Zulieferer eine Einhaltung derselben durch den unmittelbaren Zulieferer, aber auch Adressieren der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Erwartungen entlang der Lieferkette sichergestellt ist.

---

403 BMUB, Schritt für Schritt zum nachhaltigen Lieferkettenmanagement, Praxisleitfaden für Unternehmen, S. 40; *Hembach*, Praxisleitfaden LkSG, S. 160 f.

Diese Zusicherungen sind – quasi anknüpfend an ihren Ursprung in der Risikoanalyse des § 5 LkSG – auf das spezifische Risikoprofil des Unternehmens bzw. des unmittelbaren Zulieferers auszurichten, sodass grds. die Verwendung standardisierter Zusicherungen (z.B. Model Contract Clauses for Human Rights der American Bar Association [2021]) nicht unproblematisch ist. Allerdings spricht für die Verwendung derartiger Standardklauseln, dass damit geringere Implementierungsprobleme einhergehen und damit auch eine höhere Verlässlichkeit im Hinblick auf ihre Einhaltung und Beachtung gegeben ist.<sup>404</sup> In diesem Zusammenhang dürften sog. Weitergabeklauseln ein wichtiges Element sein, mit denen das Unternehmen seinen unmittelbaren Zulieferer zur Durchsetzung der eigenen menschenrechts- und umweltbezogenen Strategien verpflichtet, z.B. in Form eines Lieferantenkodex auch gegenüber den Vertragspartnern des unmittelbaren Zulieferers.<sup>405</sup> Im Ergebnis kann hierdurch eine Weitergabe von Pflichten entlang der Lieferkette erreicht und auf diesem Weg ein nachhaltiger menschenrechts- und umweltbezogener Schutzstandard etabliert werden. Der Begriff „Weitergabeklausel“ darf allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass eine Abwälzung der eigenen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Pflichten und Haftung auf die unmittelbaren Zulieferer erfolgen kann. Dies wäre mit dem Grundgedanken des LkSG nicht vereinbar.<sup>406</sup> Weitergabeklauseln können daher nur Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung sein, nicht einer Weitergabe von Verantwortung.

Außerdem werden die Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf unmittelbare Zulieferer ebenfalls durch Schulungen (§ 6 Abs. 4 Nr. 3 LkSG) und entsprechend vertraglich zu vereinbarende Kontrollmechanismen (§ 6 Abs. 4 Nr. 4 LkSG) abgesichert.

#### Präventionsmaßnahmen nach der CSDDD

Entsprechend der Priorisierung nach Art. 9 CSDDD sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die potenzielle negative Auswirkungen verhindern bzw. minimieren (Art. 10 Abs. 1 CSDDD). Die teilweise über § 6 LkSG hinausgehenden verpflichtenden (Art. 10 Abs. 2 CSDDD) und freiwilli-

404 BMUB, Schritt für Schritt zum nachhaltigen Lieferkettenmanagement, Praxisleitfaden für Unternehmen, S. 40 f.; Müller/Siakala, Nachhaltiges Lieferkettenmanagement, S. 69 f.

405 BT-Drs. 19/28649, S. 48; s. hierzu Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 14 Rn. 2218 ff.

406 Grabosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 5 Rn. 94 f.; Hembach, Praxisleitfaden LkSG, S. 161.

gen (Art. 10 Abs. 3 CSDDD) Maßnahmen sind nicht abschließend.<sup>407</sup> Bei der Beurteilung der Geeignetheit der Maßnahme wird ausdrücklich darauf abgestellt, inwiefern Unternehmen einen eigenen Verursachungsbeitrag geleistet haben, sog. Grad der Beteiligung des Unternehmens („level of involvement“)<sup>408</sup> (ähnlich wie § 3 Abs. 2 LkSG), oder ob sie schlicht über ihre Aktivitätskette mit den negativen Auswirkungen verbunden sind und zuletzt, ob sie überhaupt die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Geschäftspartner haben.<sup>409</sup> Haben die Maßnahmen keinen Erfolg, so muss das Unternehmen die Geschäftsbeziehungen einfrieren und als ultima ratio – unter strengen Voraussetzungen – beenden (Art. 10 Abs. 6 CSDDD).<sup>410</sup>

Nach dem Omnibus-Paket soll die Pflicht zur Beendigung der Geschäftsbeziehungen gestrichen werden (Art. 4 Abs. 5, 6 COM(2025) 81 final), sodass die schärfste Maßnahme die Aussetzung der Geschäftsbeziehung wäre. Da die Vollharmonisierung (Art. 4 Abs. 3 COM(2025) 81 final) Art. 10 Abs. 6 CSDDD jedoch nicht inkludiert, wäre die strengere Ausgestaltung des § 7 Abs. 3 LkSG weiterhin möglich. Das Omnibus-Paket schließt ferner eine Haftung bei Fortführung der Geschäftsbeziehung aus.<sup>411</sup>

#### e) Abhilfemaßnahmen (§ 7 LkSG)

Kommt es trotz der nach Maßgabe des § 6 LkSG implementierten Präventionsmaßnahmen dennoch zu einer Verletzung menschenrechtlicher oder umweltbezogener Pflichten oder steht eine solche Verletzung unmittelbar bevor, verpflichtet § 7 LkSG das Unternehmen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, bevorstehende Verletzungen noch abzuwenden, andauernde Verletzungen zu beenden oder die Folgen bereits eingetretener Verletzungen zu minimieren bzw. zu beseitigen. Das LkSG verlangt jedoch nicht die Wiederherstellung des vor der Verletzung bestehenden Zustandes und ist somit auch im Hinblick auf die Abhilfemaßnahmen in die Zukunft gerichtet.

407 Hagel/Wiedmann, CCZ 2024, 185, 194.

408 CSDDD-ErwGr. 45 und 53.

409 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1394.

410 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1395.

411 Näher Ruttloff/Burchert, BB 2025, 972, 975.

Die sich aus § 7 Abs.1 S.1 LkSG ergebende Grundpflicht zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen besteht grds. bei Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich und bei unmittelbaren Zulieferern. Daneben bestehen spezielle Regelungen in § 7 Abs.1 S.3 LkSG (eigener Geschäftsbereich im Inland), § 7 Abs.1 S.4 LkSG (eigener Geschäftsbereich im Ausland und eigener Geschäftsbereich gem. § 2 Abs.6 S.3 LkSG) und § 7 Abs.2 LkSG (unmittelbarer Zulieferer). Hinsichtlich mittelbarer Zulieferer besteht eine entsprechende Verpflichtung nur nach den Maßgaben der § 9 Abs.2–4 LkSG, sofern der mittelbare Zulieferer in Umgehungskonstellationen nicht gem. § 5 Abs.1 S.2 LkSG als unmittelbarer Zulieferer zu behandeln ist.

Die konkret erforderlichen Maßnahmen richten sich nach dem betroffenen menschenrechtlichen bzw. umweltbezogenen Rechtsgut und der konkreten Art der Verletzung. In einem ersten Schritt werden daher die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen sein, um eine (drohende) Rechtsgutverletzung zu beenden. Nicht ausreichend sind Maßnahmen, die nur zu einer zeitweisen Unterbrechung der Verletzung führen. Darüber hinaus kann im Einzelfall aber auch eine generelle Überprüfung des eigenen Risikomanagements notwendig sein, um die Wiederholung von Verletzungen für die Zukunft nach Möglichkeit auszuschließen. Ebenso kann es erforderlich sein, neben konkreten Einzelfallmaßnahmen ein generelles und breiter aufgestelltes Schutzkonzept zu etablieren. Entsprechend der allgemeinen Grundsätze des LkSG stehen die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen grds. unter einem Angemessenheitsvorbehalt (§ 7 Abs.1 S.1 LkSG).

#### aa) Abhilfemaßnahmen im eigenen inländischen Geschäftsbereich

Eine Ausnahme vom Angemessenheitsvorbehalt gilt für den Fall einer (andauernden) Verletzung im eigenen inländischen Geschäftsbetrieb. Da diesbezüglich eine unbedingte Pflicht zur Beendigung der Verletzung statuiert ist (§ 7 Abs.1 S.3 LkSG; echte Erfolgsabwendungspflicht), besteht kein Raum für Angemessenheitserwägungen; m.a.W., es ist stets diejenige Abhilfemaßnahme zu wählen, die die Verletzung sicher beendet. Der eigene Geschäftsbereich unterliegt vollständig der eigenen Einflussnahme und Kontrolle des verpflichteten Unternehmens, sodass die vollständige und endgültige Beendigung der Verletzung auch konsequent erscheint.

Unklar ist *prima facie* allerdings, ob sich die echte Erfolgsabwendungspflicht nach § 7 Abs.1 S.3 LkSG über die „Beendigung“ von „bereits eingetretenen“ Verletzungen hinaus auch auf das Verhindern einer Verletzung

erstreckt, die lediglich „unmittelbar bevorsteht“. Der Wortlaut scheint dagegen zu sprechen, weil S. 3 – im Unterschied zu S. 1 – eben nur von der Beendigung spricht (die in S. 1 auf die bereits eingetretene Verletzung bezogen ist), nicht aber von der Verhinderung (die in S. 1 begrifflich dem unmittelbaren Bevorstehen einer Verletzung zugeordnet ist). Sinnvoll erscheint diese Differenzierung vor der Folie des Gesetzeszwecks allerdings nicht. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Wendung „Beendigung der Verletzung“ in S. 3 als oberbegriffliche Zusammenfassung der in S. 1 ausdifferenzierten Varianten „Beendigung einer bereits eingetretenen Verletzung“ und „Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden Verletzung“ fungiert. Von diesem Verständnis geht auch der Gesetzgeber aus, wenn er in Bezug auf die Pflicht zur „Beendigung der Verletzung“ (§ 7 Abs. 1 S. 3 LkSG) ausführt, im eigenen Geschäftsbereich könne vom Unternehmen erwartet werden, „die unmittelbar bevorstehende oder bereits eingetretene Verletzung unverzüglich zu beenden.“<sup>412</sup>

bb) Abhilfemaßnahmen im eigenen ausländischen Geschäftsbetrieb oder in einer (inländischen) konzernangehörigen Gesellschaft i.S.v. § 2 Abs. 6 S. 3 LkSG

Ereignet sich die Verletzung hingegen im eigenen Geschäftsbetrieb im Ausland oder in einer (inländischen) konzernangehörigen Gesellschaft i.S.v. § 2 Abs. 6 S. 3 LkSG, so ist der Pflicht zur Abhilfe bereits dann Genüge getan, wenn die ergriffenen Maßnahmen in der Regel zu einer Beendigung der Verletzung führen (§ 7 Abs. 1 S. 4 LkSG). Der Regelungsgehalt dieser Vorschrift ist nicht ganz klar. Die h.M. interpretiert sie zutr. als sog. gelockerte Erfolgspflicht.<sup>413</sup> Das bedeutet, dass grds. („in der Regel“) eine echte Erfolgsabwendungspflicht besteht. Lediglich für den Ausnahmefall tatsächlicher oder rechtlicher Unmöglichkeit der Erfolgsabwendung<sup>414</sup> wandelt sich die Sorgfaltspflicht von einer Pflicht zur Ergreifung von sicher erfolgversprechenden Abwendungsmaßnahmen nach Maßgabe des risikobasierten

412 BT-Drs. 19/28649, S. 48.

413 Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 33; Korch, NJW 2022, 2065, 2069 Rn. 24; Altenschmidt/Helling, LkSG, § 7 Rn. 8; Schall/Theusinger/Pour Rafsendsjani/Pour Rafsendsjani/Purucker, § 7 Rn. 14; Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 701; a.A. Harings/Jürgens, LkSG, S. 132: verschärfte Bemühenspflicht.

414 S. zu diesem Kriterium BT-Drs. 19/30505, S. 41; Spindler, ZHR 2022, 67, 85.

Ansatzes zu einer Bemühenspflicht bzw. Pflicht zur bestmöglichen Risikoverringering. Diese gegenüber dem eigenen Geschäftsbetrieb im Inland leicht abgestufte Abhilfepflicht erklärt sich aus dem Umstand einer entweder räumlich (Ausland) oder gesellschaftsrechtlich (Konzern) ebenfalls leicht abgestuften Einflussnahmemöglichkeit. Da aber gerade Konzerngesellschaften nur dann zum eigenen Geschäftsbetrieb zählen, wenn die Obergesellschaft einen beherrschenden Einfluss ausüben kann (§ 2 Abs. 6 LkSG),<sup>415</sup> erscheint es folgerichtig, von dem verpflichteten Unternehmen grds. zu verlangen, dass dieser Einfluss auch zur Beendigung der Verletzung genutzt werden muss.

#### cc) Abhilfemaßnahmen gegenüber unmittelbaren Zulieferern

Ausgehend vom Grundsatz der „Befähigung zum Rückzug“ gestalten die § 7 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG diejenigen Abhilfemaßnahmen bei Verletzungen durch unmittelbare Zulieferbetriebe näher aus, die als „ultima ratio“ auch den Abbruch der Geschäftsbeziehungen bei schwersten Verstößen erfordern können.

Während die Beendigung einer Rechtsgutverletzung im Mittelpunkt der Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich steht, sieht § 7 Abs. 2 S. 1 LkSG im Hinblick auf unmittelbare Zulieferer insofern eine Abstufung vor, als die Beendigung oder die Minimierung der Verletzung grds. nur das angestrebte Ziel der Abhilfe bildet, ein Verletzungsverhinderungs- bzw. -beendigungserfolg indes nicht zwingend herbeigeführt werden muss. Dies ist Ausdruck der verminderten konkreten Einflussnahmemöglichkeiten, die außerhalb des eigenen Geschäftsbereichs bestehen und damit quasi eine natürliche Erschwerung der Möglichkeit zur Beendigung einer Rechtsgutverletzung mit sich bringen. Zugleich zeigt dieser Ansatz, dass sich nach dem Leitgedanken des LkSG die beiden Alternativen der „Beendigung“ und „Minimierung“ keinesfalls gleichrangig gegenüberstehen. Das verpflichtete Unternehmen hat sich vielmehr auf der ersten Stufe darum zu bemühen,

---

415 Näher zu dieser Voraussetzung *Rothenburg/Rogg*, AG 2022, 257, 260 ff.; *Schall*, NZG 2022, 1235, 1238 f.; *Dahmen/Rothermel*, ZWH 2023, 147, 150 f.

dass die Verletzung menschenrechts- bzw. umweltbezogener Pflichten und Rechtsgüter auf der Stufe des unmittelbaren Zulieferers beendet wird.<sup>416</sup>

Unter der Voraussetzung, dass die (drohende) Verletzung der menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht durch den unmittelbaren Zulieferer aufgrund ihrer Beschaffenheit „in absehbarer Zeit beendet werden kann“, bleibt es nach der gesetzlichen Systematik bei der Regel des § 7 Abs. 1 LkSG, wonach die Sorgfaltspflicht auf einen Verhinderungs-<sup>417</sup> bzw. Beendigungserfolg gerichtet ist.<sup>418</sup> Das Ermessen ist also auf Null reduziert und die Verhinderung bzw. Beendigung muss erreicht werden. Soweit allerdings die Erfolgsabwendung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen in absehbarer Zeit unmöglich ist (rechtliche oder tatsächlich Unmöglichkeit),<sup>419</sup> darf sich das verpflichtete Unternehmen hingegen auf die Minimierung der Pflichtverletzung durch den Zulieferer bzw. auf die Erstellung eines Präventionskonzepts beschränken. Misslicherweise ist der über den Inhalt der Pflicht (Erfolgs- oder Bemühenspflicht) entscheidende Faktor der Beendigungsmöglichkeit „in absehbarer Zeit“ gesetzlich nicht näher bestimmt.<sup>420</sup> Jedenfalls wird eine Beendigung sodann wieder erforderlich, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die tatsächlichen oder rechtlichen Hinderungsgründe wegfallen.<sup>421</sup>

Das LkSG enthält auch keine Definition der „Minimierung“. Im Hinblick auf die Zielsetzungen des LkSG wird man hierunter die Rückführung einer Verletzung bei dem unmittelbaren Zulieferer unter Einsatz aller objektiv in Betracht kommenden Druckmittel rechtlicher und tatsächlicher Art ver-

---

416 Gehling/Ott/Ott, LkSG, § 7 Rn. 66.

417 Es ist auch an dieser Stelle nicht ganz klar, ob die Norm eine Erfolgspflicht lediglich in Bezug auf die alsbald mögliche Beendigung einer bereits eingetretenen Verletzung vorsieht (so wohl Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 42), oder aber ob sich diese Pflicht auch auf die Verhinderung unmittelbar bevorstehender Verletzungen bezieht (i.d.S. Lutz-Bachmann/Vorbeck/Wengenroth, BB 2021, 906, 910 Rn. 27); s. dazu bereits oben S. 127 f.).

418 So zutr. Frank/Edel/Heine/Heine, BB 2021, 2165, 2169; Hopt/Leyens, HGB, § 7 LkSG Rn. 7; unklar Schall/Theusinger/Pour Rafsendsjani/Pour Rafsendsjani/Purucker, § 7 Rn. 16 f.

419 Vgl. BT-Drs. 19/30505, S. 38.

420 In der Literatur wird hierzu bemerkt, dass es auf die „Umstände des Einzelfalles ankomme“ (Hopt/Leyens, HGB, § 7 LkSG Rn. 7) und dem Unternehmen insoweit ein „weiter Beurteilungsspielraum“ eingeräumt sei (so Spießhofer/Späth/Welling/Brouwer, LkSG, § 7 Rn. 17); allerdings wird auch betont, dass verpflichtete Unternehmen die Darlegungslast dafür tragen, dass eine Beendigung nicht möglich oder unzumutbar war (Charnitzky/Weigel, RIW 2022, 12, 17).

421 Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 41.



stehen.<sup>422</sup> Unternehmen sind vor diesem Hintergrund gut beraten, entsprechende Rechte in den Verträgen mit den Zulieferern zu vereinbaren, da bereits das bloße Unterlassen der Vereinbarung derartiger „Abhilferechte“ als Verletzung des § 7 LkSG (oder ggf. auch der Präventionspflicht aus § 6 LkSG) angesehen werden könnte.<sup>423</sup>

Die drastischste Abhilfemaßnahme ist der endgültige Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu dem unmittelbaren Zulieferer. Das LkSG thematisiert eine solche Pflicht in § 7 Abs. 3 als ultima ratio. Diese kann sich ergeben, wenn die Verletzung sehr schwerwiegend ist, alle Versuche der Risiko- beendigung oder wenigstens der Risikominimierung gescheitert sind und dem Unternehmen keine anderen Mittel mehr zur Verfügung stehen, um auf den unmittelbaren Zulieferer entsprechenden Einfluss zu nehmen.<sup>424</sup> Da mit dem Abbruch einer Geschäftsbeziehung auch erhebliche ökonomische Zumutungen verbunden sind (Suche nach neuem Zulieferer; Sicherung bestehender Qualitätsstandards; Rechtsstreitigkeiten etc.) dürfte grds. ein großer Anreiz für das verpflichtete Unternehmen bestehen, auf der Vorstufe der Beendigung bzw. Minimierung durch geeignete vertragliche Vereinbarungen, individuelle Abhilfekonzepte (§ 7 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 LkSG) oder die Implementierung von Brancheninitiativen (§ 7 Abs. 2 S. 3 Nr. 2 LkSG) ausreichende Abhilfemöglichkeiten zu schaffen. Die jedenfalls zeitweise Aussetzung der Geschäftsbeziehung kann sich in diesem Zusammenhang als geeignetes Druckmittel erweisen (§ 7 Abs. 2 S. 3 Nr. 3 LkSG).

Inwieweit ein endgültiger Abbruch der Geschäftsbeziehung bei einem Scheitern aller anderen Maßnahmen von § 7 Abs. 3 LkSG als strikte Rechtsfolge angeordnet ist, oder ob auch insoweit noch ein Angemessenheitsvorbehalt entgegenstehen kann, wird unterschiedlich bewertet.<sup>425</sup> Soweit trotz des kategorisch formulierten Wortlauts („ist geboten“) zur Begründung eines generellen Angemessenheitsvorbehalts auf die gängige Interpretation der gleichermaßen kategorisch formulierten Beendigungsverpflichtung in § 10 Abs. 9 GwG verwiesen wird,<sup>426</sup> ist allerdings zu berücksichtigen, dass auch im Rahmen der Geldwäscheprävention nur in seltenen Ausnah-

---

422 BeckOK-LkSG/Mühlbach/Schmidt-Räntsch, § 7 Rn. 29 f.

423 Grabosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 5 Rn. 93 ff., 114; Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 52; Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 14 Rn. 2150 ff.; ferner Gehling/Ott/Ott, LkSG, § 7 Rn. 98.

424 Ausf. zu den Kriterien Irmischer/Bücker, NVwZ 2023, 1368, 1369 f.

425 Für eine strikte Beendigungspflicht Altenschmidt/Helling, LkSG, § 7 Rn. 21; dagegen Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 85 ff.

426 Irmischer/Bücker, NVwZ 2023, 1368, 1370.

mefällen eine zulässige Fortführung der kritischen Geschäftsbeziehung in Betracht kommt.<sup>427</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint es jedenfalls kaum vorstellbar, eine Geschäftsbeziehung trotz Bekanntwerdens etwa von gravierenden Menschenrechtsverletzungen (z.B. Zwangsarbeit bei einem chinesischen Kfz-Herstellungsbetrieb)<sup>428</sup> im Einzelfall unter Verweis auf die unternehmerische Freiheit nach Art. 16 GRC und die existenzielle wirtschaftliche Bedeutung der konkreten Geschäftsbeziehung weiterlaufen lassen zu dürfen.

#### dd) Monitoring der Abhilfemaßnahmen

Die ergriffenen Abhilfemaßnahmen sind mindestens jährlich auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen (§ 7 Abs. 4 LkSG). Ergeben sich Anhaltspunkte für eine erwartbare wesentliche Änderung oder Erweiterung der bestehenden Risikolage, so sind bestehende Abhilfemaßnahmen anlassbezogen auf den Prüfstand zu stellen. Es bestehen keine Unterschiede zur anlassbezogenen Risikoanalyse, sodass auf die obenstehenden Ausführungen verwiesen werden kann (s.o. S. 123 ff.). Bringt diese Überprüfung entsprechende Defizite der Abhilfemaßnahmen hervor, so sind diese angemessen zu aktualisieren (§ 7 Abs. 4 S. 3 LkSG).

#### Abhilfemaßnahmen nach der CSDDD

Art. 11 CSDDD ist das Pendant zu § 7 LkSG, verwendet jedoch nicht den Begriff der „Abhilfe“. Die nach Art. 9 CSDDD erfolgte Priorisierung ist Grundlage, die ermittelten tatsächlichen negativen Auswirkungen abzustellen (Art. 11 Abs. 1 CSDDD). Die Maßnahmen nach Art. 11 Abs. 3, 4, 7 CSDDD orientieren sich überwiegend an denen des Art. 10 Abs. 2, 3, 6 CSDDD, sodass auch für mögliche Änderungen durch das Omnibus-Verfahren auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden kann.

Art. 12 Abs. 1 CSDDD regelt – anknüpfend an Art. 11 Abs. 2 lit. f CSDDD – die Pflicht Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, sofern ein Unternehmen eine tatsächliche negative Auswirkung verursacht hat. Bei einer Verursachung durch einen Geschäftspartner ist die Abhilfe freiwillig (Abs. 2). Eine Definition der Abhilfe findet sich in Art. 3 Abs. 1 lit. t CSDDD

427 Vgl. Herzog/*Figura/von Krüedener*, GwG, § 10 Rn. 144 ff.

428 Beispiel nach *Jahn*, VerfBlog 31.5.2021.

und umfasst die Wiederherstellung des Status quo ante einschließlich der Leistung einer finanziellen oder nichtfinanziellen Entschädigung und ggf. der Erstattung behördlicher Kosten. Noch unklar ist indes, wie sich die (verpflichtende) Vornahme von Abhilfemaßnahmen zu der in Art. 29 CSDDD verschuldensabhängigen Schadensersatzpflicht verhält.

#### f) Beschwerdeverfahren (§ 8 LkSG)

Die verpflichteten Unternehmen haben gem. § 3 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 und § 8 LkSG ein unternehmensinternes Beschwerdeverfahren einzurichten, das Arbeitnehmern und Dritten die Möglichkeit eröffnet, auf menschenrechts- und umweltbezogene Risiken oder Verletzungen entsprechender Pflichten hinzuweisen.<sup>429</sup> Derartige Hinweise bilden eine wichtige Informationsgrundlage für die durchzuführende Risikoanalyse, aber auch das Monitoring ergriffener Präventions- und Abhilfemaßnahmen. Dem Beschwerdeverfahren kommt daher ein nicht zu unterschätzender Stellenwert sowohl in der Vermeidung von menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken als auch in der Reaktion auf eingetretene Verletzungen zu.<sup>430</sup> Wie bei allen Whistleblower-Einrichtungen hängt die Wirksamkeit dieses Instruments insbes. von dem Vertrauen der eigenen Mitarbeiter und Dritter ab, dass Hinweise auch tatsächlich und effektiv behandelt werden und der Hinweisgeber selbst keinen Repressalien ausgesetzt ist. Diese wesentlichen Grundpfeiler kommen in den Vorschriften des § 8 Abs. 2–4 LkSG zum Ausdruck und werden durch die dort ausdrücklich normierten Anforderungen an das Beschwerdeverfahren abgesichert. Das Beschwerdeverfahren nach § 8 LkSG fügt sich insoweit nahtlos in ohnehin bestehende Hinweisgebersysteme als Teil einer robusten und modernen Corporate Compliance ein.

429 Alternativ besteht für Dritte zudem die Möglichkeit, sich unter den Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 Nr. 2 LkSG mit einem Antrag auf behördliches Tätigwerden unmittelbar an die BAFA zu wenden. Für ein Praxisbeispiel s. ECCHR, LkSG-Beschwerde gegen KiK, PM v. 19.6.2025, abrufbar unter <https://www.ecchr.eu/pressmedien/itteilung/lksg-beschwerde-gegen-kik/>.

430 Sehr krit. allerdings *Teichmann*, ZWH, 2022, 133, 139, der auf die Gefahr des Missbrauchs durch Konkurrenzunternehmen hinweist.

#### Beschwerdeverfahren der CSDDD

Art. 14 CSDDD, der das Beschwerdeverfahren regelt, geht, wie auch sein Pendant § 8 LkSG, auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zurück und thematisiert insoweit die drei Schlüsselkriterien Zugänglichkeit, Vertraulichkeit und Benachteiligungsschutz. Während die CSDDD inhaltlich nicht vom Beschwerdeverfahren abweicht, so regelt sie doch, anders als der deutsche Gesetzgeber, dem Grunde nach, zwei unterschiedliche Arten der Beschwerde. Art. 14 Abs. 1–4 CSDDD sieht ein Beschwerdeverfahren vor, das nur von einem nach Art. 14 Abs. 2 CSDDD tauglichen Beschwerdeführer genutzt werden kann, während nach Art. 14 Abs. 5 CSDDD ein Meldemechanismus eingerichtet werden soll, innerhalb dessen jedermann entweder anonym oder vertraulich eine Meldung abgeben kann.

Als Rechtsfolge einer (berechtigten) Meldung sollen Beschwerdeführer nach Art. 14 Abs. 4 CSDDD die Möglichkeit haben, Informationen über den weiteren Verlauf ihrer Beschwerde zu erhalten, sowie angemessene Folgemaßnahmen und Treffen mit den Unternehmensvertretern zu fordern.

#### g) Sonderfall: Mittelbare Zulieferer (§ 9 LkSG)

§ 9 LkSG behandelt die Sorgfaltspflichten des verpflichteten Unternehmens im Hinblick auf die mittelbaren Zulieferer i.S.v. § 2 Abs. 8 LkSG. Der Gesetzgeber verfolgt im Hinblick auf mittelbare Zulieferer ein reaktives Pflichtenprogramm, das eine substantiierte Kenntnis von der Möglichkeit einer Verletzung menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten voraussetzt (§ 9 Abs. 3 LkSG). Er trägt damit dem Umstand Rechnung, dass – insbes. bei komplexen Lieferkettenstrukturen – sowohl die Identifizierung von Risiken in der tieferen Lieferkette als auch die Möglichkeiten des verpflichteten Unternehmens zur Einflussnahme im Vergleich zu unmittelbaren Zulieferern nochmals eingeschränkter sind.

Der Gesetzgeber bündelt in § 9 LkSG alle Sorgfaltspflichten hinsichtlich mittelbarer Zulieferer im Wege einer Verweisung auf andere Normen des LkSG. Dies stößt in der Literatur teils auf erhebliche Kritik.<sup>431</sup> Die Rege-

431 Vgl. BeckOK-LkSG/Haan, § 9 Rn. 6; Ehmann/Berg, GWR 2021, 287, 290.

lungssystematik des § 9 LkSG führt entgegen dieser Kritik aber nicht dazu, dass mittelbare Zulieferer im Falle substantiierten Kenntnis im Ergebnis den unmittelbaren Zulieferern gleichstehen.<sup>432</sup> Die Vorschrift des § 9 LkSG normiert vielmehr ein eigenständiges Pflichtenprogramm für mittelbare Zulieferer, das gegenüber den für unmittelbare Zulieferer geltenden Anforderungen weniger intensiv ausgestaltet ist.<sup>433</sup> Dies ergibt sich bereits aus dem Umstand, dass gegenüber mittelbaren Zulieferern lediglich anlassbezogen überhaupt Sorgfaltspflichten entstehen.

Der „Anlass“ für diese Pflichten liegt in der „substantiierten Kenntnis“. Dieser Begriff wird nicht näher durch das LkSG definiert und die Anwendung des unbestimmten Rechtsbegriffs ist naturgemäß mit einer gewissen Rechtsunsicherheit verbunden. Es kann daher für ein verpflichtetes Unternehmen unter dem Gesichtspunkt eines generellen Vorsichtsprinzips sinnvoll sein, die Ausgestaltung des eigenen Risikomanagements, aber auch der weiteren Sorgfaltspflichten des LkSG, von Anfang an entlang der gesamten Lieferkette auszurichten.<sup>434</sup>

#### aa) Beschwerdeverfahren bei mittelbaren Zulieferern

In Erweiterung der sich aus § 8 LkSG ergebenden Pflicht zur Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens stellt § 9 Abs. 1 LkSG klar, dass das Beschwerdeverfahren so ausgestaltet sein muss, dass Personen auch auf Risiken oder Verletzungen hinweisen können, die auf der Ebene eines mittelbaren Zulieferers entstanden sind.<sup>435</sup> Die Pflicht besteht – anders als das übrige Pflichtenprogramm im Hinblick auf mittelbare Zulieferer – unabhängig von einem konkreten Anlass.

#### bb) Anpassung des Risikomanagements

§ 9 Abs. 2 LkSG verpflichtet Unternehmen, ihr Risikomanagement grds. so auszurichten, dass im Falle substantiierten Kenntnis die in § 9 Abs. 3 LkSG

---

432 So aber *Ehmann/Berg*, GWR 2021, 287, 290.

433 *Stemberg*, NZG 2022, 1093, 1094.

434 BAFA, Handreichung zur Umsetzung einer Risikoanalyse nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, S. 8; Grabosch/*Grabosch*, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 2 Rn. 99; Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 787, 793.

435 Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 786.

genannten Pflichten (Risikoanalyse, Präventions- und Abhilfemaßnahmen) erfüllt werden können. Bei der Erarbeitung und Implementierung des Risikomanagements sind daher auch Geschäftsabläufe zu berücksichtigen, bei denen mit Risiken auch in der tieferen Lieferkette zu rechnen ist. Das Unternehmen hat also grds. die notwendigen Prozesse und Ressourcen zu schaffen, um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden. Der eigene Regelungsgehalt des § 9 Abs. 2 LkSG ist in diesem Zusammenhang unklar, da bereits die Regelungen zum Risikomanagement in § 4 Abs. 2 LkSG vorsehen, dass das Unternehmen in der Lage sein muss, innerhalb der Lieferkette etwaige Risiken und Verletzungen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Das Risikomanagement ist demnach per se auf die gesamte Lieferkette gerichtet. Der Vorschrift des § 9 Abs. 2 LkSG dürfte daher insoweit nur eine klarstellende Funktion zukommen.

#### cc) Anlassbezogene Sorgfaltspflichten

Den Kern der Sorgfaltspflichten gegenüber mittelbaren Zulieferern regelt § 9 Abs. 3 LkSG. Die Vorschrift statuiert im Wesentlichen ein gegenüber unmittelbaren Zulieferern vergleichbares Pflichtenprogramm. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass diese Pflichten nur im Fall einer substantiierten Kenntnis der Möglichkeit menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichtverletzungen in der tieferen Lieferkette greifen.

##### (1) Begriff der substantiierten Kenntnis

Der unbestimmte Rechtsbegriff der substantiierten Kenntnis wird von § 9 Abs. 3 LkSG dahingehend näher umschrieben, dass tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die eine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern möglich erscheinen lassen. Erst diese substantiierte Kenntnis löst die Pflichten nach § 9 Abs. 3 Nr. 1–4 LkSG aus, sodass von den verpflichteten Unternehmen grds. keine proaktive Nachforschung bezüglich solcher möglicher Verletzungsszenarien gefordert wird.

Das LkSG lässt den Rechtsanwender über diese allgemeine Umschreibung der substantiierten Kenntnis indes mit der Auslegung weitestgehend allein. Der Regierungsbegründung ist insoweit zumindest ein sehr weites Begriffsverständnis des Gesetzgebers zu entnehmen. Demnach sind „tat-

sächliche Anhaltspunkte“ bekannt gewordene Informationen mit einem verifizierbaren Tatsachenkern, sodass bloße Meinungen und Gerüchte die Anforderungen des § 9 Abs. 3 LkSG nicht erfüllen.<sup>436</sup> Als „tatsächliche Anhaltspunkte“ kommen insoweit in Betracht: Berichte über die schlechte Menschenrechtslage in Produktionsregionen; Vorfälle bei dem mittelbaren Zulieferer in der Vergangenheit; Zugehörigkeit des Zulieferers zu einer besonders risikoanfälligen Branche.<sup>437</sup> Erforderlich – aber auch ausreichend – sind demnach überprüfbare und ernst zu nehmende Informationen zu einer menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risikolage. Demgegenüber ist nicht erforderlich, dass das verpflichtete Unternehmen spezifische Kenntnisse zu einer konkreten Verletzung von Menschenrechten oder umweltbezogenen Pflichten durch einen bestimmten mittelbaren Zulieferer erhält.<sup>438</sup> Man wird aber zumindest fordern müssen, dass sich die substantiierte Kenntnis auf Tatsachen bezieht, die in einem direkten Zusammenhang mit den Lieferketten des verpflichteten Unternehmens stehen.<sup>439</sup>

Unklar ist weiter, ob auch die substantiierte Kenntnis von einem Verletzungsrisiko das Pflichtenprogramm nach § 9 LkSG auszulösen vermag. Die Vorschrift spricht ihrem Wortlaut nach von der Kenntnis einer möglichen Verletzung. Das LkSG selbst umschreibt den Begriff der Verletzung in § 2 Abs. 4 LkSG und grenzt diesen ganz bewusst von dem in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 definierten Begriff des Risikos ab. Die von § 9 Abs. 3 LkSG nun geforderte Kenntnis von einer möglichen Verletzung ist indes nicht mit dem Risikobegriff des § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG gleichzusetzen, sondern erstreckt den Anwendungsbereich von § 9 Abs. 3 LkSG vielmehr auch auf Verdachtsfälle. Der Verdacht, die Verletzung eines menschenrechts- und umweltbezogenen Risikos sei eingetreten, ist strukturell etwas anderes als das Risiko, es könnte zu einer Verletzung von Menschenrechten und Umweltgütern kommen.<sup>440</sup> Es erscheint als zu weitgehend, den verpflichteten Unternehmen bei bloßen Risiken in der tieferen Lieferkette ein zwar abgeschwächtes, aber dennoch nicht unerhebliches Pflichtenprogramm gegenüber nur mittelbaren Zulieferern aufzubürden. Nicht selten werden den Unternehmen insoweit nur beschränkte Möglichkeiten der Einflussnahme zur Verfügung stehen. Es ist daher auch unter dem Gesichtspunkt der An-

436 RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 50; vgl. auch BAFA, Handreichung zur Umsetzung einer Risikoanalyse nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, S. 8.

437 RegE, BT-Drs. 19/28649, S. 50.

438 Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 794.

439 Grabosch/Grabosch, Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, § 2 Rn. 99; Gehling/Ott/Lüneborg, CCZ 2021, 230, 237.

440 Vgl. zu dieser Fragestellung ausf. Stemberg, NZG 2022, 1093, 1097 f.

gemessenheit sachdienlich, den Begriff der substantiierten Kenntnis allein auf sicher oder verdachtsmäßig eingetretene Verletzungen von menschenrechts- und umweltbezogenen Pflichten zu beschränken. Erforderlich sind daher Anhaltspunkte, aus denen sich entweder der Eintritt einer entsprechenden Rechtsgutverletzung ergibt oder die jedenfalls den begründeten Verdacht nahelegen, dass es zu einer solchen Verletzung gekommen ist.

Diese tatsächlichen Anhaltspunkte liegen vor, sobald die Informationen dergestalt in den Herrschaftsbereich des Unternehmens gelangt sind, dass sie ohne Weiteres von den maßgeblichen Personen zur Kenntnis genommen werden können.<sup>441</sup> Es kommt nicht auf die tatsächliche Kenntnisnahme der relevanten Entscheidungsträger und Unternehmensfunktionen an. Es gilt vielmehr der Grundsatz: „Ein faules Ei verdirbt den ganzen Brei.“ Die insoweit maßgeblichen Informationsquellen des Unternehmens sind.<sup>442</sup>

- Meldungen über das Beschwerdeverfahren,
- gesetzlich vorgesehene (§ 20 LkSG) Handreichungen des BAFA,
- Medienberichte, Berichte von NGOs sowie Meldungen im Internet, soweit diese branchenweit bekannt sind oder dem Unternehmen konkret übermittelt werden, sowie
- Handreichungen, Falllisten und Datenbanken von Multistakeholder- oder Brancheninitiativen.

Die aus Erkenntnisquellen gewonnenen tatsächlichen Anhaltspunkte müssen die Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten jedenfalls möglich erscheinen lassen. Eine überwiegende Eintrittswahrscheinlichkeit ist nicht erforderlich, sodass auch Ereignisse zu beachten sind, deren Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50% liegt.<sup>443</sup> Nach Ansicht des BAFA kommt es auf den objektiv-normativen Verständnishorizont an, der sich an einem durchschnittlich erfahrenen und verständigen Mitarbeiter orientiert, der mit der Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach dem LkSG betraut ist.<sup>444</sup>

Umstritten ist, ob auch eine grob fahrlässige Unkenntnis der positiven Kenntnis gleichgestellt ist.<sup>445</sup> Dafür spricht zwar, dass anderenfalls die sach-

441 BAFA, FAQ VI. Nr. 14.

442 BAFA, FAQ VI. Nr. 14; krit. hierzu allerdings *Ecker*, CCZ 2023, 69, 72 ff.

443 BAFA, FAQ VI. Nr. 14; Hopt/*Leyens*, HGB, § 9 LkSG Rn. 4 m.w.N.

444 BAFA, FAQ VI. Nr. 14.

445 Offen für eine Gleichstellung *Krebs*, ZUR 2021, 394, 397 f.; dagegen *Spindler*, ZHR 2022, 67, 89 f.; *Stemberg*, NZG 2022, 1093, 1099.



lich unbegründete Privilegierung von Unternehmen droht, die sich auch bei offensichtlichen Gefahren der Kenntnis verschließen.<sup>446</sup> Jedoch ist der Normwortlaut eindeutig: Die geforderte „Kenntnis“ ist etwas anderes als (vorwerfbare) „Unkenntnis“.<sup>447</sup>

## (2) Risikoanalyse

Hat ein Unternehmen eine substantiierte Kenntnis im vorstehenden Sinn erlangt, muss gem. § 9 Abs. 3 Nr. 1 i.V.m. § 5 Abs. 1–3 LkSG eine anlassbezogene, d.h. auf die möglich erscheinende Verletzung fokussierte Risikoanalyse vorgenommen werden. Im Hinblick auf die Einzelheiten zur Risikoanalyse kann im Wesentlichen auf die obenstehenden Ausführungen sinngemäß Bezug genommen werden (s.o. S. 120 ff.). Allerdings ist zu beachten, dass zu den mittelbaren Zulieferern keine vertraglichen Beziehungen bestehen, in denen entsprechende Kooperationspflichten verankert oder aus diesen abgeleitet werden können, die dem verpflichteten Unternehmen bei der Informationsgewinnung im Rahmen der Risikoanalyse behilflich sind. Es kann sich daher für ein verpflichtetes Unternehmen im Falle einer Verweigerung der Kooperation durch den mittelbaren Zulieferer ein Problem bei der Pflichterfüllung ergeben, sodass z.B. ein Rückgriff auf andere Informationsquellen (lokale Interessenvertretungen) oder gar eine eigene Nachschau durch Mitarbeiter des verpflichteten Unternehmens vor Ort angezeigt sein kann.<sup>448</sup>

## (3) Präventions- und Abhilfemaßnahmen

Ausgehend von den aus der Risikoanalyse gewonnenen Erkenntnissen hat das verpflichtete Unternehmen gegenüber dem mittelbaren Zulieferer angemessene Präventions- und Abhilfemaßnahmen i.S.d. § 6 LkSG bzw. § 7

---

446 Fleischer/Mankowski/Stemberg, LkSG, § 9 Rn. 15.

447 So auch Hopt/Leyens, HGB, § 9 LkSG Rn. 6; zum identischen Problem in Bezug auf den Begriff der Kenntnis i.S.v. § 16 Abs. 1 StGB s. Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 13 Rn. 5 m.w.N.; zu den (vermutlich aber nur geringen) praktischen Auswirkungen des Problems im LkSG-Bereich s. Stemberg, NZG 2022, 1093, 1099.

448 Berg/Kramme/Kramme/Ponholzer, LkSG, § 9 Rn. 19.

LkSG<sup>449</sup> zu implementieren. Dem Unternehmen kommt dabei ein nicht unerheblicher Ermessensspielraum zu, soweit es plausibel darlegen kann, dass die ergriffenen Maßnahmen im Hinblick auf das konkrete indizierte Verletzungsrisiko Wirksamkeit versprechen.<sup>450</sup> Zu den Einzelheiten kann insoweit auf die voranstehende Darstellung zu § 6 LkSG und § 7 LkSG verwiesen werden.<sup>451</sup>

Hervorzuheben ist allerdings, dass § 9 Abs. 3 Nr. 3 LkSG als Abhilfemaßnahme lediglich verlangt, „ein Konzept zur Verhinderung, Beendigung und Minimierung zu erstellen und umzusetzen“. Fraglich ist insoweit, ob es sich lediglich um eine Bemühens- oder aber um eine echte Erfolgsabwundungspflicht handelt. Wäre letzteres der Fall, sähe sich das verpflichtete Unternehmen vor das Problem gestellt, wie mit der Situation umzugehen ist, dass ein solches Konzept nur wenig Erfolgsaussicht verspricht (oder sich gar bereits als wirkungslos entpuppt hat). Richtigerweise ist bloß eine Bemühenspflicht anzunehmen.<sup>452</sup> Das ergibt sich daraus, dass die Pflicht zur Konzepterstellung nach § 9 Abs. 3 Nr. 3 LkSG derjenigen im Umgang mit unmittelbaren Zulieferern gem. § 7 Abs. 2 LkSG entspricht. Und dass *diese* Pflicht nicht auf eine Erfolgsabwendung gerichtet ist, ergibt sich eindeutig aus dem Zusammenspiel mit § 7 Abs. 1 S. 3 LkSG, der nur unter den dort genannten Voraussetzungen eine Pflicht zur Beendigung der Verletzung anordnet (s.o. S. 134 ff.)

#### Sorgfaltspflichten bezüglich mittelbarer Zulieferer nach der CSDDD

Die Sorgfaltspflichten der CSDDD betreffen nach Art. 3 Abs. 1 lit. g die gesamte Aktivitätskette – ohne Differenzierung zwischen direkten und indirekten Geschäftspartnern. Für mittelbare Zulieferer gelten daher grundsätzlich die gleichen Sorgfaltspflichten wie für unmittelbare Zulieferer.<sup>453</sup> Da die Sorgfaltspflichten in Bezug auf mittelbare Zulieferer somit nicht

449 Auch wenn § 7 LkSG in § 9 LkSG nicht ausdrücklich genannt ist, zielt § 9 Abs. 3 Nr. 3 LkSG auf Abhilfemaßnahmen i.S.d. § 7 LkSG ab, s. Fleischer/Mankowski/Stemberg, LkSG, § 9 Rn. 73.

450 BT-Drs. 19/28649, S. 51; Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 4 Rn. 809; BAFA, Handreichung zur Umsetzung einer Risikoanalyse nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, S. 6, spricht bei der Durchführung der Risikoanalyse von einem „gewisse[n] Ermessensspielraum hinsichtlich Ausgestaltung und Methodenwahl“.

451 Für eine ausf. Darstellung s. etwa Stemberg, NZG 2022, 1093.

452 So auch Stemberg, NZG 2022, 1093, 1096; Spießhofer/Späth/Späth, LkSG, § 9 Rn. 61.

453 Hübner/Lieberknecht, NJW 2024, 1841, 1843: Unterschiede bestehen lediglich dann, wenn die CSDDD ausnahmsweise eine Pflicht nur an direkte Geschäftspartner

erst bei substantiierter Kenntnis entstehen, muss für die Implementierung ins LkSG der Umfang der Sorgfaltspflichten insofern unter erheblichem Umsetzungsaufwand für die Unternehmen ausgeweitet werden.<sup>454</sup> Ggf. müsste § 9 LkSG gestrichen werden.

Nach dem Omnibus-Paket würden die Sorgfaltspflichten bei indirekten Geschäftspartnern in einem neu einzuführenden Art. 8 Abs. 2a erst bei „plausible[n] Informationen“ bestehen (Art. 4 Abs. 4 COM(2025) 81 final). Diese Systematik entspricht ausdrücklich<sup>455</sup> der Struktur des § 9 Abs. 3 LkSG mit dem Erfordernis substantiierter Kenntnis<sup>456</sup> und würde den Umsetzungsaufwand reduzieren.

#### h) Dokumentations- und Berichtspflicht (§ 10 LkSG)

Die verpflichteten Unternehmen treffen nach § 10 LkSG (derzeit noch)<sup>457</sup> verschiedene Dokumentations- und Berichtspflichten, die insbes. dem BAFA als zuständige Aufsichtsbehörde die Kontrolle der Einhaltung der Sorgfaltspflichten des LkSG erleichtern soll.

Dieser Zielsetzung folgend normiert § 10 Abs. 1 LkSG zunächst eine interne Dokumentationspflicht im Hinblick auf das „Ob“ und „Wie“ der Erfüllung des Pflichtenprogramms aus § 3 LkSG. Die Dokumentation ist fortlaufend zu führen und über einen Zeitraum von sieben Jahren aufzubewahren.

Neben der internen Dokumentation besteht nach § 10 Abs. 2 LkSG auch eine externe Berichtspflicht. Der Gesetzgeber sieht in dieser Pflicht ein Instrument zur Kontrolle und Transparenz im Hinblick auf die Erfüllung des Pflichtenprogramms aus § 3 LkSG.<sup>458</sup> Der Inhalt des Berichts unterscheidet sich danach, ob sich im Rahmen der Risikoanalyse im konkreten Unternehmen überhaupt menschenrechts- oder umweltbezogene Risiken

---

adressiert (z.B. Einholung vertraglicher Zusicherungen nach Art. 10 Abs. 2 lit. b CSDDD).

454 Stöbener de Mora/Noll, NZG 2024, 1391, 1394.

455 COM(2025) 81 final, S. 22.

456 Ruttloff/Burchert, BB 2025, 972, 974; Hagel/Wiedmann, CCZ 2025, 116, 122.

457 Nach dem sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurf eines LkSGÄndG v. 5.9.2025 (BR-Drs. 422/25) sollen die Berichtspflichten nach § 10 Abs. 2–4 LkSG entfallen und lediglich die Dokumentationspflicht nach § 10 Abs. 1 LkSG bestehen bleiben.

458 BT-Drs. 19/28649, S. 52.

ergeben haben. Soweit derartige Risiken nicht bestehen, ist nach § 10 Abs. 3 LkSG die plausible Darstellung ausreichend, warum dieser Negativbefund besteht. Konnten im Rahmen der Risikoanalyse hingegen entsprechende Risiken identifiziert werden, richtet sich der Mindestinhalt des Berichts nach § 10 Abs. 2 LkSG. Die Grundlage – aber auch die Grenze – der Darstellungen im Bericht ist die nach § 10 Abs. 1 LkSG zu erstellende Dokumentation, sodass sich im Bericht keine Informationen finden dürfen, die nicht in der Dokumentation festgehalten sind.<sup>459</sup> Der Bericht ist nicht nur wahrheitsgemäß zu erstellen, sondern muss auch einen Detailgrad erfahren, der außenstehenden Dritten zumindest eine Plausibilitätskontrolle ermöglicht.<sup>460</sup>

Der Bericht knüpft zunächst an die Risikoanalyse an, indem sämtliche Schritte der Risikoanalyse dargestellt werden. Es muss erkennbar werden, welche Risiken das Unternehmen identifiziert hat und welche Präventions- und Abhilfemaßnahmen im Hinblick auf diese Risiken im eigenen Geschäftsbereich und beim unmittelbaren Zulieferer ergriffen wurden. Darüber hinaus ist darzustellen, aus welchen Erwägungen heraus sich das Unternehmen gerade für diese Maßnahmen entschieden hat.<sup>461</sup> Außerdem hat das Unternehmen in dem Bericht eine Bewertung dieser Maßnahmen vorzunehmen und nach dem Motto „lessons learned“ (im Falle erkannter Unwirksamkeit oder unzureichender Wirksamkeit) entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen sowie einen Ausblick auf zukünftige Verbesserungen zu geben.<sup>462</sup> Im Rahmen der Berichterstattung darf das Unternehmen seine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse in angemessener Weise schützen und ist darüber hinaus auch zum Schutz fremder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verpflichtet. Die Berichtspflicht des § 10 LkSG findet daher seine natürliche Grenze im rechtlich Zulässigen.<sup>463</sup>

In zeitlicher Hinsicht ist der Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflichten jährlich zu erstellen und spätestens vier Monate nach dem Abschluss des Geschäftsjahres auf der Homepage des Unternehmens an einer gut auffindbaren Stelle der Öffentlichkeit zum Download zur Verfügung zu stellen (§ 10 Abs. 2 S. 1 LkSG).

---

459 BT-Drs. 19/28649, S. 51.

460 BT-Drs. 19/28649, S. 52; vgl. auch die Berichts-Vorlage bei Gehling/Ott/Mader, LkSG, § 10 Rn. 51.

461 BT-Drs. 19/28649, S. 52.

462 BT-Drs. 19/28649, S. 52.

463 Berg/Kramme/Charnitzky, LkSG, § 10 Rn. 22 ff.

#### Berichterstattungspflicht nach der CSDDD

Auch die CSDDD sieht gem. Art. 16 Abs. 1 jährliche Berichterstattungspflichten vor, jedoch werden eigenständige Vorgaben nur für solche Unternehmen vorgesehen, die nicht bereits gem. der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie zur Berichterstattung verpflichtet sind. Bereits berichtspflichtige Unternehmen sind nach Art. 16 Abs. 2 CSDDD ausgenommen.

#### 5. Bußgeldvorschriften (§ 24 LkSG)

Das LkSG enthält (derzeit noch)<sup>464</sup> eine ganze Reihe von Ordnungswidrigkeitstatbeständen, die bereits fahrlässige Verstöße gegen das nach §§ 3 ff. LkSG statuierte Pflichtenprogramm mit Bußgeldern ahnden. Die Bußgeldandrohungen richten sich gleichermaßen an natürliche Personen, wie an das Unternehmen selbst. Die jeweiligen Bußgeldrahmen unterscheiden sich je nach Art des Verstoßes.

Bei Verstößen gegen die Pflicht zum Ergreifen von Präventions- und Abhilfemaßnahmen sowie gegen die Pflicht zur Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens können natürliche Personen mit einer Geldbuße von bis zu 800.000 EUR belegt werden. Verstöße im Hinblick auf die Risikoanalyse schlagen mit bis zu 500.000 EUR zu Buche. Soweit es um die Ahndung von juristischen Personen oder Personenvereinigungen geht, führt die Verweisung in § 24 Abs. 2 S. 2 LkSG auf § 30 Abs. 2 S. 3 OWiG in diesen Fällen zu einer Verzehnfachung der Geldbuße auf 8 Mio. bzw. 5 Mio. EUR. § 24 Abs. 3 LkSG bestimmt darüber hinaus, dass beim Verstoß gegen die Pflicht zu Abhilfemaßnahmen gegen juristische Personen oder Personenvereinigungen mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von mehr als 400 Mio. EUR bei Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 lit. a LkSG eine Geldbuße von bis zu 2 % des durchschnittlichen Jahresumsatzes verhängt werden kann.

Alle übrigen Verstöße werden mit einer Geldbuße von bis zu 100.000 EUR geahndet. Eine Verweisung auf § 30 Abs. 2 S. 3 OWiG erfolgt insoweit nicht, sodass dieser Bußgeldrahmen gleichermaßen für natürliche und juristische Personen gilt. Die Ordnungswidrigkeitstatbestände

---

<sup>464</sup> Nach dem sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurf eines LkSGÄndG v. 5.9.2025 (BR-Drs. 422/25) soll die Anzahl der Bußgeldtatbestände allerdings von 13 auf lediglich vier reduziert werden.

des § 24 LkSG gelten gleichermaßen für fahrlässige und vorsätzliche Begehungsweisen.

Neben der unmittelbaren Sanktionierung von Verstößen gegen LkSG-Pflichten durch § 24 LkSG kommt im Hinblick auf natürliche Personen aus der Leitungsebene des Unternehmens auch weiterhin eine bußgeldbewehrte Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG sowie im Hinblick auf die juristische Person selbst eine Verbandsgeldbuße gem. § 30 OWiG in Betracht. Die Pflichten aus dem LkSG treffen das Unternehmen bzw. die juristische Person selbst, sodass menschenrechts- und umweltbezogene Compliance in der Lieferkette nunmehr eine ausdrückliche betriebsbezogene Pflicht deutscher Unternehmen ist, soweit diese dem Anwendungsbereich des LkSG unterfallen. Die Verletzung dieser Pflichten ist – soweit diese ihrerseits jedenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellt (vgl. § 24 LkSG) – eine ausreichende Anknüpfungstat, um gem. § 30 OWiG entsprechende Verbandsgeldbußen zu verhängen. Die in § 30 Abs. 3 OWiG enthaltene Verweisung auf § 17 Abs. 4 OWiG führt dazu, dass auf diesem Weg neben einer reinen Sanktion auch die Abschöpfung wirtschaftlicher Vorteile möglich ist, die sich für das Unternehmen aus der Nichterfüllung des LkSG-Pflichtenprogramms ergeben haben.

#### Sanktionsmechanismen der CSDDD

Die CSDDD setzt in Art. 27 das Erfordernis fest, für Verstöße Sanktionen zu erheben. Art. 27 Abs. 4 CSDDD sieht ein im Vergleich zum LkSG höheres Höchstmaß des Zwangsgeldes von mind. 5 % des weltweiten Nettoumsatzes vor, bei dem nur das letzte Geschäftsjahr des Unternehmens entscheidend ist. Art. 27 Abs. 2 CSDDD enthält einen Katalog für die Bemessung der Zwangsgelder im Allgemeinen.

Das Omnibus-Paket schlägt allerdings eine Streichung der Mindestobergrenze vor und verzichtet auf eine Abhängigkeit vom Nettoumsatz (Art. 4 Abs. 11 COM(2025) 81 final). Stattdessen soll die Kommission zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen mit den Mitgliedsstaaten Leitlinien zur Bestimmung der Höhe treffen.<sup>465</sup>

Nach Art. 27 Abs. 5 CSDDD sind Beschlüsse grds. öffentlich zu machen und, sofern einem Beschluss nicht nachgekommen wird, eine öffentliche

<sup>465</sup> Vgl. ErwGr. 27 COM(2025) 81 final; krit. Hagel/Wiedmann, CCZ 2025, 116, 123.

Erklärung abzugeben, in der das für den Verstoß verantwortliche Unternehmen sowie die Art des Verstoßes dargelegt wird.

## II. Strafrechtliche Implikationen des LkSG

Das LkSG ist nicht als Kriminalstrafgesetz ausgestaltet. Die Verletzung normierter Pflichten belegt das Gesetz in § 24 LkSG mit Geldbußen und begreift diese damit als Ordnungswidrigkeiten. Die Sorgfaltspflichten des LkSG stehen zugleich aber auch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Prävention und ggf. der Beseitigung von Risiken für gewichtige Individualrechtsgüter und die Umwelt. Dem Pflichtenprogramm kommt daher eine gewisse Schutzfunktion zu; das LkSG ähnelt sogar in gewisser Weise „einer strafrechtlichen Tatbestandsregelung“.<sup>466</sup>

Die Intention des LkSG, namentlich die Begründung einer unternehmerischen Verantwortung zur Vermeidung von menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken bzw. Rechtsgutverletzungen, bewegt sich insbes. bei tatsächlich eingetretenen Rechtsgutverletzungen in einem strafrechtlich relevanten Gesamtkontext. Zwangsläufig stellt sich daher die Frage, ob das LkSG zumindest mittelbare bzw. Reflexwirkungen auf die strafrechtliche Bewertung von Rechtsgutbeeinträchtigungen innerhalb der Lieferkette hat. Da das LkSG für die Unternehmen bzw. die Unternehmensverantwortlichen ausdrückliche Sorgfaltspflichten begründet, erscheint die Untersuchung vor allem etwaiger Reflexwirkungen im Bereich der strafrechtlichen Garantenstellung (§ 13 StGB) sowie der Fahrlässigkeitsdelikte naheliegend.

### 1. Relevante Strafnormen im Kontext der LkSG-Schutzgüter

Die Frage nach etwaigen strafrechtlichen Implikationen des LkSG erfordert zunächst die Identifizierung potenzieller Strafnormen, die bezogen auf ihren Regelungszweck und intendierten Rechtsgüterschutz den durch § 2

---

<sup>466</sup> So *Nietsch/Wiedmann*, NJW 2022, 1 Rn. 12 (in Bezug auf den Schutzgüterkatalog des § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG).

Abs. 2 Nr. 1–11 LkSG erfassten Schutzgütern<sup>467</sup> entsprechen.<sup>468</sup> Die Schutzgüter des LkSG lassen sich grob in drei Kategorien einteilen:<sup>469</sup>

- Schutz des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit und der individuellen Selbstbestimmung,
- Arbeitnehmerschutz/Arbeitnehmerrechte, und
- Umweltschutz.

Ausgehend von diesen drei Schutzgüter-Kategorien des LkSG dürften die nachfolgend genannten Strafnormen im Anwendungsbereich des LkSG von Relevanz sein.

#### a) Schutz des Lebens und der Gesundheit

Im Hinblick auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit liegt eine Einbeziehung der klassischen Tatbestände des StGB nahe. Angesprochen sind insbes. der 16. und 17. Abschnitt des StGB, die ausdrücklich Straftaten gegen das Leben und gegen die körperliche Unversehrtheit zum Gegenstand haben. Von besonderer praktischer Relevanz sind die Fahrlässigkeitsdelikte (§ 222 StGB: fahrlässige Tötung; § 229 StGB: fahrlässige Körperverletzung). Überdies könnte der unter dem Eindruck der Giftkatastrophe von Seveso 1976 eingeführte § 330a StGB (schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften) eine Rolle spielen, der zwar im 29. Abschnitt bei den Umweltstraftaten angesiedelt ist, aber als nicht-verwaltungsakzessorisch ausgestalteter konkreter Lebensgefährdungstatbestand allein dem Schutz der menschlichen Gesundheit und des menschlichen Lebens dient.<sup>470</sup> Erwähnenswert sind ferner die Todeserfolgsqualifikationen in §§ 18a Abs. 6, 18b Abs. 6 AbfVerbrG (Strafvorschriften im Fall illegaler Verbringungen gefährlicher und nicht-gefährlicher Abfälle), die die Verursachung eines umweltdeliktsspezifischen Todesrisikos (bspw. bei der illegalen Entsorgung von Transportschiffen)<sup>471</sup> unter (erhöhte) Strafdrohung stellen.<sup>472</sup>

---

467 Da auch die Auffang-Generalklausel des § 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG nur auf in Nr. 1–11 geschützten Rechtspositionen abstellt, führt diese insoweit nicht zu einer Erweiterung des Rechtsgüterschutzes.

468 Vgl. dazu bereits S. 104 ff.

469 Ausf. Peltzer, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 165 ff.

470 NK-StGB/Ransiek, § 330a Rn. 1; Matt/Renzikowski/Rettenmaier/Gehrmann, § 330a Rn. 1.

471 Dazu Elsner, NSTz 2023, 135, 137 f.; Altenburg/Kremer, wistra 2023, 133.

472 Ausf. Mitsch, NZWiSt 2019, 121 ff.



## b) Arbeitnehmerschutz/Arbeitnehmerrechte

Der strafrechtliche Arbeitnehmerschutz bzw. derjenige der Arbeitnehmerrechte wird primär durch § 232b StGB (Zwangsarbeit) und § 233 StGB (Ausbeutung der Arbeitskraft) realisiert. Darüber hinaus beinhaltet aber auch der Straftatbestand des Menschenhandels gem. § 232 StGB in Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 einen unmittelbaren Bezug zum Arbeitnehmerschutz und damit auch zu den Schutzgütern des LkSG. Die Vorschrift des § 232 StGB ist im vorliegenden Kontext möglicherweise insofern von Bedeutung, als gem. § 6 Nr. 4 StGB das Weltrechtsprinzip und damit deutsches Strafrecht uneingeschränkt auch für Auslandsstaten zur Anwendung gelangt.

Der Straftatbestand des Menschenhandels gem. § 232 Abs. 1 StGB schützt zum einen Personen in besonderen Situationen, die mit einer gesteigerten Gefahrenlage für eine potenzielle Ausbeutung einhergehen. Die Norm benennt die persönliche oder wirtschaftliche Zwangslage, sowie die sog. auslandsspezifische Hilfslosigkeit. Der Anwendungsbereich der Vorschrift ist daher grds. nur eröffnet, soweit in der Person des Opfers diese besondere Gefahrenlage vorliegt. Eine Ausnahme besteht hinsichtlich Personen, die unter 21 Jahre alt sind. Unterhalb dieser sog. Schutzaltersgrenze bedarf es für die Anwendbarkeit des § 232 StGB weder einer persönlichen Zwangslage noch einer auslandsspezifischen Hilfslosigkeit. Die Strafnorm stellt verschiedene Einwirkungshandlungen des Täters (anwerben, befördern, weitergeben, beherbergen, aufnehmen) auf Personen aus diesem geschützten Opferkreis unter Strafe, sofern diese dem Ziel der Ausbeutung dienen. Die gesetzliche Schutzaltersgrenze von 21 Jahren eröffnet einen durchaus weiten Anwendungsbereich, sodass die §§ 232 ff. StGB insbes. – aber nicht ausschließlich – im Kontext der Kinderarbeit unmittelbar Schutzgüter des LkSG berühren.

Den Vorschriften der §§ 232 ff. StGB ist gemeinsam, dass es sich um reine Vorsatzdelikte handelt, mithin also eine fahrlässige Begehung nicht in Betracht kommt. Insofern scheinen praxisrelevante Implikationen des LkSG in diesem Bereich nicht nahe zu liegen, da die bloße Verletzung von Sorgfaltspflichten nach dem LkSG regelmäßig noch keine vorsatzbegründende Wirkung entfalten wird. Es bedarf aber auch insoweit einer genauen Betrachtung der Umstände des Einzelfalls; insbes. im Hinblick auf etwaige Abhilfemaßnahmen bei einem erkannten menschenrechtlichen Risiko aus dem Bereich des Arbeitsschutzes wird ein jedenfalls bedingt vorsätzliches Verhalten zu erwägen sein.

### c) Umweltschutz

Der Umweltschutz wird im Kernstrafrecht in den §§ 324 ff. StGB im 29. Abschnitt (Straftaten gegen die Umwelt) angesprochen. Dieser umfasst die nachfolgenden Straftatbestände:

- Gewässer- und Bodenverunreinigung, §§ 324, 324a StGB,
- Luftverunreinigung, § 325 StGB,
- Unerlaubter Umgang mit Abfällen, § 326 StGB,<sup>473</sup>
- Unerlaubtes Betreiben von Anlagen, § 327 StGB, und
- Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, § 329 StGB.

Die kernstrafrechtlichen Umweltdelikte stellen, anders als die §§ 232 ff. StGB im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, auch fahrlässige Tatbegehungen unter Strafe. Eine sachliche Nähe zu den Sorgfaltspflichten des LkSG liegt auf der Hand. Des Weiteren ist grds. anerkannt, dass die §§ 324 ff. StGB nicht nur inländische Umweltmedien schützen, sondern – soweit sich aus den einzelnen Vorschriften nicht ausdrücklich eine Einschränkung ergibt (wie z.B. in § 329 Abs. 1 StGB) – auch ausländische Umweltmedien geschützt sind (s. dazu bereits S. 30 f.). Der Anwendungsbereich der §§ 324 ff. StGB erstreckt sich daher auch auf im Ausland eingetretene Umweltbeeinträchtigungen, sofern der Täter im Inland gehandelt hat, §§ 3, 9 Abs. 1, 1. Fall oder dort garantenpflichtwidrig eine Handlung unterlassen hat, §§ 3, 9 Abs. 1, 2. Fall. Sofern und soweit die Sorgfaltspflichten des LkSG geeignet sind, eine Garantenstellung der Unternehmensverantwortlichen in Deutschland zu begründen, erscheint somit deren Haftung für Umweltverstöße auch im Ausland möglich.

Die entscheidende Frage liegt in diesem Kontext indes bei der verwaltungsakzessorischen Ausgestaltung der Umwelttatbestände des StGB. Jedenfalls soweit die Tathandlung im Inland begangen ist, wird nach überwiegender Ansicht allein das deutsche Umweltverwaltungsrecht als Beurteilungsmaßstab herangezogen (s.o. S. 84 f.). Dies führt zwangsläufig zu der Frage, ob infolge der Geltung des LkSG nunmehr deutsche Unternehmen gehalten sind, im Rahmen ihrer Lieferketten deutsche Umweltstandards durchzusetzen.

---

473 Bei grenzüberschreitendem Transport kann neben § 326 Abs. 2 StGB auch §§ 18a, b AbfVerbrG einschlägig sein.

## 2. LkSG als abschließendes Regelungsregime?

Denkbar ist allerdings zunächst, dass dem LkSG gar keine strafbarkeits-erweiternde, sondern vielmehr eine strafbarkeitseinschränkende Wirkung zukommt. Das LkSG unterwirft Verstöße gegen die Sorgfaltspflichten gem. § 24 LkSG einer Ahndung als Ordnungswidrigkeit.<sup>474</sup> Darüber hinaus ist eine aus derartigen Pflichtverletzungen resultierende zivilrechtliche Haftung ausgeschlossen (§ 3 Abs. 3 LkSG).<sup>475</sup> Offen ist daher, ob neben der ordnungswidrigkeitsrechtlichen Ahndung überhaupt noch Raum für eine strafrechtliche Sanktionierung besteht, zumal im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die ursprünglich in den Gesetzesentwürfen enthaltenen Strafvorschriften gestrichen worden sind.<sup>476</sup> Insbes. der Ausschluss einer zivilrechtlichen Haftung könnte im Wege eines Erst-Recht-Schlusses dahingehend verstanden werden, dass das Strafrecht im Hinblick auf den ultima ratio-Gedanken ebenfalls ausgeschlossen sein soll. Zudem wird auch in anderen Bereichen des Nebenstrafrechts darüber diskutiert, ob mit der Einführung einer (milden) spezialgesetzlichen Ahndung nicht dergestalt ein „Schlussstrich“ unter die vorherige Diskussion über die Strafbarkeit solchen Verhaltens nach den allgemeinen Regeln gezogen sein soll, dass es sich bei der nebenstrafrechtlichen Spezialregel um eine abschließende Sonderregelung handelt.<sup>477</sup>

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang aber, dass die allermeisten Sorgfaltspflichten des LkSG keine Erfolgspflichten sind. Die damit einhergehende prozessorientierte Betrachtung des Pflichtenprogramms führt dazu, dass Verstöße gegen das in den §§ 3 ff. LkSG normierte Pflichtenprogramm auch ohne den tatsächlichen Eintritt einer Rechtsgutverletzung vorliegen können. Demnach erschöpft sich auch der Regelungsgehalt der Bußgeldvorschriften des § 24 LkSG in der Ahndung unangemessener Umsetzungen des Pflichtenprogramms aus einer rein prozessorientierten Sicht und ist damit unabhängig und losgelöst von dem tatsächlichen Eintritt einer Rechtsgutverletzung. Tritt aber eine Rechtsgutverletzung tatsächlich ein, so tritt diese als weiterer Umstand hinzu, dessen Unrechtsgehalt gerade nicht durch die Bußgeldvorschriften des § 24 LkSG erfasst ist.

---

474 S.o. S. 148 ff.

475 S.o. S. 23, 99 f.

476 Dazu *Mansdörfer*, JR 2024, 67 f.

477 Zur Diskussion um eine Sperrwirkung des § 19 Abs. 2a TPG gegenüber den Tötungsdelikten bei der Manipulation von Wartelisten bei Organspenden s. *Schroth/Hofmann*, NStZ 2014, 486, 493; offen gelassen von BGHSt 62, 223 Rn. 28 f.

Auch die Streichung der zuvor in dem Gesetzesentwurf enthaltenen Straftatbestände kann nicht als Ausdruck eines gesetzgeberischen Willens verstanden werden, jedwede strafrechtliche Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Lieferketten auszuschließen.<sup>478</sup> Hierin kommt allenfalls eine bewusste gesetzgeberische Entscheidung zum Ausdruck, eine möglicherweise durch die Verletzung von Sorgfaltspflichten nach dem LkSG eintretende oder verstärkte Gefährdung von Rechtsgütern nicht bereits dem scharfen Schwert des Strafrechts zu unterwerfen. Ein Aussagegehalt über die strafrechtliche Sanktionierung eines Erfolgseintritts i.S.e. Rechtsgutverletzung liegt darin nicht. Somit besteht keine „Sperrung“ des Strafrechts durch das LkSG als abschließendes Regelungsregime.

### 3. Strafanwendungsrecht

Das deutsche Strafrecht findet – mit Ausnahme der in §§ 5, 6 StGB aufgezählten Delikte – auf Auslandstaten grds. nur unter den weiteren Voraussetzungen des § 7 StGB Anwendung. Die im Anwendungsbereich des LkSG adressierten Fallkonstellationen werden regelmäßig durch Rechtsgutverletzungen geprägt sein, die im Ausland eintreten und die unmittelbar durch die Bediensteten von ausländischen Unternehmen hervorgerufen werden. Dem Strafanwendungsrecht kommt daher in diesen Fällen besondere Bedeutung zu.

Sofern die Sorgfaltspflichten des LkSG geeignet sind, einen im Inland belegenen Handlungsort (§ 9 Abs.1 StGB) zu begründen – insbes. wenn die Leitungsperson eines deutschen Unternehmens es unterlassen hat, eine sorgfaltspflichterfüllende Handlung vorzunehmen –, folgt hieraus die Qualifizierung als Inlandstat und damit auch die direkte Anwendbarkeit deutschen Strafrechts (s.o. S. 29 f.).<sup>479</sup> Vor diesem Hintergrund könnte dem Pflichtenprogramm des LkSG mittelbar die Funktion zukommen, bei (fahrlässiger) Sorgfaltspflichtverletzung einen inländischen Handlungsort zu begründen. *Mansdörfer*, der dem LkSG eine weitreichende Begründung auch

---

478 Vgl. BR-Drs. 239/1/21, S. 23: die Gesetzesbegründung weist unter Erwähnung der §§ 222, 229 StGB ausdrücklich auf die mit dem LkSG erfolgte Schaffung eines Inland-Tatorts für strafrechtlich relevante Erfolge (= Rechtsgutverletzung; Anm. der Verfasser) hin; vgl. hierzu – wenn auch mit anderer Begr. – im Ergebnis übereinstimmend *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 68 f.

479 So auch *Ofterdinger/Schrage*, GA 2024, 199, 209; vgl. auch *Mitsch*, NZWiSt 2021, 409, 410 (zu § 7 OWiG).

strafrechtlicher Pflichtenstellungen zuschreibt (näher dazu unten S. 167 ff.), attestiert dem Gesetz daher, „faktisch in wichtigen Bereichen des Menschenrechts- und Umweltschutzes zur Geltung eines wirtschaftsstrafrechtlichen Weltrechtsprinzips [zu führen]“.<sup>480</sup> Entscheidend sind die materiell-strafrechtlichen Implikationen der LkSG-Sorgfaltspflichten und nicht das Strafanwendungsrecht.

#### 4. Arten der Tatbegehung

Die Reichweiten etwaiger strafrechtlicher Implikationen unterscheiden sich in ihrem Ausgangspunkt danach, ob eine vorsätzliche (aktive) Tatbegehung oder ein fahrlässiges Begehen (durch Unterlassen) im Raum stehen. Nachfolgend sollen die einzelnen Varianten der Tatbegehung auf etwaige Wechselwirkungen, die sich aus der Geltung des LkSG ergeben können, untersucht werden.

##### a) Vorsätzliche Tatbegehung

Nach der allgemeinen Strafrechtsdogmatik kann eine vorsätzliche Tatbegehung durch aktives Tun (Begehungsdelikt) oder durch Unterlassen (Unterlassungsdelikt) erfolgen. Das Wesen einer strafrechtlich relevanten Unterlassung besteht darin, dass eine Rechtspflicht zum Handeln und auch zum Schutz des jeweiligen Rechtsguts bestand, sodass die bloße Untätigkeit in ihrem Unrechtsgehalt einem aktiven Tun gleichkommt. Der Unrechtsgehalt eines Unterlassungsdelikts ergibt sich also im Kern nicht aus der Begehung der im jeweiligen Tatbestand umschriebenen Handlung, sondern setzt bei dem Eintritt einer Rechtsgutverletzung an, zu deren Verhinderung eine entsprechende Pflicht bestand. Bereits diese allgemeinen Grundsätze zeigen, dass strafrechtliche Implikationen vor allem im Bereich der Unterlassungsstrafbarkeit von Bedeutung sein dürften, wenngleich in diesem Zusammenhang das Wesen der LkSG-Pflichten als bloße „Bemühenspflichten“ in die Bewertung einzustellen sein wird.

Im Bereich vorsätzlicher Begehungsdelikte ergeben sich aus dem LkSG auf der Ebene des objektiven Tatbestands keine Besonderheiten (s. dazu bereits S. 84 f.). Die aktive Beeinträchtigung des Lebens oder der Gesund-

---

<sup>480</sup> *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 73.

heit einer anderen Person (§§ 212, 223 StGB) oder auch die bewusste Beschäftigung z.B. von Kindern (§§ 232, 232b, 233 StGB) sind und waren tatbestandlich ohnehin verboten und sanktioniert. Pointiert: Wer einem zuliefernden Geschäftspartner in Südamerika aufträgt, den dortigen Streik der Fabrikarbeiter „mit allen Mitteln“ niederzuschlagen – wohl wissend, dass der Werkschutz dabei über Leichen gehen wird –<sup>481</sup> macht sich als Täter (s.o. S. 32 ff.) oder Anstifter von Tötungs- und Körperverletzungsdelikten strafbar. Das LkSG schafft insoweit durch die zu implementierenden Sorgfaltspflichten kein Mehr an strafrechtlich verbotenem Verhalten.

Eine faktische Ausweitung strafrechtlicher Risiken infolge des LkSG-Pflichtenprogramms besteht jedoch im Hinblick auf die subjektive Tatseite und damit einhergehend insbes. einem größeren Risiko einer strafrechtlich relevanten Beihilfe. Unternehmen haben gem. § 4 LkSG ein Risikomanagement einzurichten, in dessen Rahmen eine effektive Risikoanalyse durchzuführen ist (§ 5 Abs. 1 LkSG).<sup>482</sup> An auf diesem Weg identifizierte Risiken knüpfen Präventions- (§ 6 LkSG) oder Abhilfemaßnahmen (§ 7 LkSG) an.<sup>483</sup> Weiterhin treffen das Unternehmen weitgehende Dokumentations- und Berichtspflichten (§ 10 LkSG).<sup>484</sup> Das LkSG ist demnach gerade auf die Schaffung eines Risikobewusstseins und damit auf die Generierung von Wissen über Risiken für die durch das LkSG in Bezug genommenen Schutzgüter ausgerichtet. Der Grad des Wissens um das Risiko einer Rechtsgutbeeinträchtigung ist aber ein wesentlicher Faktor für die Abgrenzung zwischen bedingt vorsätzlichem und (bewusst) fahrlässigem Verhalten.

Bedingt vorsätzlich handelt nach h.M., wer den Eintritt eines tatbestandlichen Erfolgs als möglich und nicht ganz fernliegend erkennt, dessen Eintritt aber billigend in Kauf nimmt.<sup>485</sup> Es spielt insoweit keine Rolle, ob dieser Erfolgseintritt vom jeweiligen Täter erwünscht ist. Ein bedingter Vorsatz liegt auch dann vor, wenn der Erfolg gerade unerwünscht ist oder der Erfolgseintritt dem Täter gleichgültig ist. Maßgeblich – und in Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit entscheidend – ist allein, dass der Täter die Möglichkeit des Erfolgseintritts realisiert und dieses Realisierungsrisiko

---

481 Das Beispiel ist angelehnt an den Fall „VW do Brasil“, näher dazu *Russau*, Abstauben in Brasilien, 2016, S. 73 ff.; *Pamplona/Rank*, VerfBlog 9.9.2025.

482 S.o. S. 118 ff.

483 S.o. S. 126 ff.

484 S.o. S. 146 ff.

485 BGH, NSTZ-RR 2023, 310, 312; BeckOK-StGB/*Kudlich*, § 15 Rn. 17.

bei seinem Handeln als erkannte Folge in Kauf nimmt.<sup>486</sup> Demgegenüber erkennt in Fällen der bewussten Fahrlässigkeit der Handelnde zwar die abstrakte Möglichkeit einer Rechtsgutverletzung bzw. eines Erfolgseintritts, er vertraut aber ernsthaft darauf, dass sich dieses Risiko nicht realisiert. Dieses Realisierungsrisiko wird durch den Täter gerade nicht als Folge seines Handelns in Kauf genommen.<sup>487</sup>

Ein wesentlicher Gradmesser zur Differenzierung zwischen bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit ist demnach das Wissen des Handelnden um die mit seinem Handeln verbundenen Risiken und deren Realisierungswahrscheinlichkeit. Das LkSG verbindet nun mit einem derartigen „Wissen um Risiken“ entsprechende Handlungspflichten deutscher Unternehmen, insbes. im Bereich der Präventions- und Abhilfemaßnahmen. Im Kontext vorsätzlicher Tatbegehung wird dabei der Bereich der Abhilfemaßnahmen von besonderer Bedeutung sein, da diese unmittelbar an ein identifiziertes Risiko für Menschenrechte oder die Umwelt anknüpfen.<sup>488</sup> Der vom Pflichtenprogramm des LkSG forcierte Grad des „Wissens“ von Funktionsträgern in deutschen Unternehmen wird damit zu einem entscheidenden Faktor auf dem Weg zu einer strafrechtlichen Haftung. Das LkSG selbst ist im Rahmen der normierten Sorgfaltspflichten gerade darauf ausgelegt, den Funktionsträgern in Unternehmen ein entsprechendes Wissen über derartige Risiken entlang der Lieferketten zu vermitteln. Oder anders gesagt: Das Risiko strafrechtlicher Haftung steigt mit dem Maß der Erfüllung der Sorgfaltspflichten.

Vor Inkrafttreten des LkSG war es der Leitungsebene eines deutschen Unternehmens zu einem gewissen Grad möglich, sich „kostenlos“ durch sog. willful blindness<sup>489</sup> gegenüber strafrechtlichen Risiken infolge von Rechtsgutbeeinträchtigungen entlang der Lieferkette zu immunisieren. Unter der Geltung des LkSG ist dies – zumindest in Bezug auf Rechtsgutbeeinträchtigungen durch unmittelbare Zulieferer – praktisch nicht mehr möglich, weil bereits im Rahmen des „Ob“ der Pflichtenerfüllung nach dem LkSG die notwendigen Prozesse und Strukturen zu schaffen sind, die den verantwortlichen Funktionsträgern im Unternehmen und insbes. auch der Geschäftsleitung ein entsprechendes Wissen vermitteln. Den verpflichteten Unternehmen ist gerade hinsichtlich dieses „Ob“ kein Beurteilungs- und

---

486 BGH, NZV 2021, 316, 317 Rn. 9; Matt/Renzikowski/Gaede, § 15 Rn. 16.

487 Matt/Renzikowski/Gaede, § 15 Rn. 16.

488 Werner, CB 2023, 245, 248.

489 Näher dazu Schemmel/Kirch-Heim, CCZ 2008, 96; Rönnau/Becker, NSTZ 2016, 569 f.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 13 Rn. 5 m.w.N.

Ermessensspielraum eingeräumt. Der grundsätzliche Charakter der LkSG-Pflichten als „Bemühenspflichten“ erlaubt es nicht, sich gar nicht erst um die Pflichterfüllung zu bemühen.

Mit diesem vom LkSG-Pflichtenprogramm forcierten Wissen(müssen) geht vor allem eine faktische Ausweitung des Risikos einer Beihilfestrafbarkeit in Bezug auf Taten, die sich bei einem Zulieferbetrieb ereignen, einher. Die angemessene Erfüllung der Sorgfaltspflichten vermittelt bei Alltagshandlungen (z.B. Bestellung von Waren oder Dienstleistungen im Ausland) regelmäßig einen Wissensgrad, der die Grenzen der straflosen neutralen Beihilfe (s.o. S. 85 ff.) überschreitet.<sup>490</sup> Das LkSG erzwingt somit die für die Beihilfestrafbarkeit notwendige Kenntnis. Fehlt es hingegen an einer angemessenen Erfüllung, drohen den Leitungspersonen Geldbußen nach § 24 LkSG.<sup>491</sup> Überspitzt formuliert, hat eine Compliance-unwillige Unternehmensleitung nunmehr die Wahl, ob sie in ahndbarer Weise unwissend bleiben oder sich in beihilfestrafbarkeitsbegründender Weise bösgläubig machen will.

b) (Fahrlässiges) Unterlassungsdelikt – LkSG als Quelle von  
Garantenpflichten i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB?

Ein Schwerpunkt der Diskussion um mögliche strafrechtliche Implikationen des LkSG liegt im Bereich des Unterlassens.<sup>492</sup> Die maßgebliche Fragestellung ist insoweit, ob und ggf. wie sich die Sorgfaltspflichten des LkSG auf eine Garantenstellung von Funktionsträgern in deutschen Unternehmen auswirken. Plakativ: Begeht eine deutsche Managerin eine fahrlässige Tötung durch Unterlassen, wenn es infolge der Nichterfüllung von LkSG-Sorgfaltspflichten zu einer tödlichen Brandkatastrophe bei einem ausländischen Zulieferbetrieb kommt?

Das Bestehen einer Garantenpflicht ist dabei insbes. im Zusammenhang mit der Reichweite der Rechtsfigur der Geschäftsherrenhaftung zu sehen. Nach derzeitigem Stand der Rspr. und des juristischen Diskurses

490 Waßmer, in: Nußberger, 339, 355 f.; ders., in: Jishkariani/Waßmer, 29, 45; Peltzer, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 247.

491 Waßmer, in: Nußberger, 339, 356; ders., in: Jishkariani/Waßmer, 29, 45.

492 Vgl. Wagner/Ruttloff/Wagner/Wagner, LkSG-HdB, § 12 Rn. 1935; Mansdörfer, JR 2024, 67. Dafür spricht im Übrigen, dass es sich auch bei den Bußgeldtatbeständen des § 24 LkSG um (echte) Unterlassungstatbestände handelt, vgl. Mitsch, NZWiSt 2021, 409, 411; Wittig, NSW 2024, 200, 205.



begründet eine Garantenstellung des Geschäftsherrn über die Grenzen des eigenen Unternehmens hinaus prinzipiell keine Handlungspflichten zur Abwendung strafrechtlicher Erfolge – auch wenn innerhalb von Konzernen bereits eine Ausweitung dahingehend anerkannt ist, dass der eigene Betrieb nicht notwendig die Grenze der eigenen Verantwortung sein muss.<sup>493</sup> Diese bisherigen Grenzen der Geschäftsherrenhaftung könnten durch die Regelungen des LkSG verschoben worden sein.

Die unterschiedlichen Begründungsansätze zur Herleitung von strafrechtlichen Garantenpflichten aus der Rechtsfigur der Geschäftsherrenhaftung<sup>494</sup> können auf den Kerngedanken zurückgeführt werden, dass der Inhaber eines Betriebs für die von seinem Betrieb ausgehenden Gefahrenquellen einzustehen hat. Oder anders gesagt: Der Betriebsinhaber trägt die Verantwortung dafür, dass durch seine unternehmerische Tätigkeit keine Rechtsgüter Dritter zu Schaden kommen. Bei der als Quelle strafrechtlicher Garantenpflichten i.S.v. § 13 StGB anerkannten Geschäftsherrenhaftung handelt es sich mithin um die Spielart einer Verkehrssicherungspflicht.<sup>495</sup>

Indem das LkSG mit dem Ziel, (auch strafrechtlich relevante) Rechtsgutbeeinträchtigungen innerhalb der Lieferkette zu verhindern bzw. zu beenden, die Geschäftsleiter deutscher Unternehmen zum Ergreifen bestimmter Präventions- und Abhilfemaßnahmen verpflichtet, statuiert es ebenfalls bestimmte Verkehrssicherungspflichten im Bereich wirtschaftlichen Handelns.<sup>496</sup> Es liegt daher nahe, das LkSG insofern als einen gesetzlich normierten Spezialfall der Geschäftsherrenhaftung zu interpretieren, der auf die Vermeidung von Rechtsgutverletzungen in Zusammenhang mit transnationalen Lieferketten gerichtet ist. Das Eigentümliche bzw. Neue der LkSG-Verkehrssicherungspflichten besteht nun darin, dass diese die Verantwortlichkeit für die Gefahrenquelle Betrieb über den bisher anerkannten bzw. umstrittenen Bereich (nämlich Risiken innerhalb des eigenen Betriebs bzw. Konzerns) auch auf Bereiche ausdehnt, die bislang von der strafrechtlichen Garantenpflicht aus Geschäftsherrenhaftung unstreitig nicht erfasst sind – nämlich auf Risiken im Zuständigkeitsbereich eigenständiger (ausländischer) Zulieferbetriebe. Die spannende Frage ist nun, ob die vom LkSG postulierten Verkehrssicherungspflichten auch als Quelle einer strafrechtlichen Garantenpflicht in Betracht kommen; und bejahendenfalls, wie

493 S. bereits oben S. 27 ff., 75 ff.

494 S.o. S. 57 ff.

495 Exemplarisch *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 36 Rn. 60–65.

496 *Tschäpe/Trefzger*, ZfBR 2023, 423, 424; vgl. auch *Beckers*, ZfPW 2021, 220, 242 f.; *Nakotte*, Straftaten in der Lieferkette, S. 479 f.

weit diese LkSG-basierte Garantenpflicht über die bislang etablierte Grenze der Geschäftsherrenhaftung hinausreicht.

Unstreitig kommen gesetzlich zugewiesene Gefahrenquellenverantwortlichkeiten grds. als Rechtsquelle einer Garantenstellung i.S.v. § 13 StGB in Betracht.<sup>497</sup> Allerdings präzisiert § 13 Abs. 1 StGB die Anforderung an eine Garantenpflichtquelle dahingehend, dass der Täter rechtlich dafür einzustehen haben muss, „daß der Erfolg nicht eintritt“. Die strafrechtlich relevante Garantenpflicht i.S.d. § 13 Abs. 1 StGB ist also durch eine Pflicht zur Erfolgsabwendung gekennzeichnet. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Sorgfaltspflichten nach dem LkSG in ihrer Mehrzahl gerade keine Erfolgsabwendungspflichten sind, sondern bloße Bemühenspflichten (s.o. S. 114 ff.). Zunächst muss daher geklärt werden, ob das LkSG seiner Konzeption nach überhaupt als Quelle einer strafrechtlichen Garantenpflicht in Betracht kommt.

Wittig verneint diese Frage mit der Begründung, das LkSG schreibe eben keine „generelle Erfolgsabwendungspflicht hinsichtlich der Verletzung von individuellen Rechtsgütern wie Leben oder Gesundheit fest“.<sup>498</sup> Mansdörfer hingegen misst der lieferkettenrechtlichen Unterscheidung zwischen Bemühens- und Erfolgsabwendungspflichten keine Bedeutung bei. Die Verneinung einer strafrechtlichen Garantenpflicht auf dieser Basis sei rein „begriffsjuristisch“; denn in der Charakterisierung als Bemühenspflichten komme lediglich die Erwägung zum Ausdruck, dass die Handlungsanforderungen an den Normadressaten sinnvoll eingegrenzt werden müssen.<sup>499</sup> Allerdings folge auch nicht aus jeder LkSG-Pflicht automatisch eine Garantenpflicht. So könnten nämlich zumindest einige der LkSG-Pflichten bereits deshalb keine Garantenpflicht begründen, da diese allein Fragen der formalen Betriebsorganisation betreffen.<sup>500</sup> Dies seien insbes.:

- die Pflicht zur Abgabe einer menschenrechtsbezogenen Grundsatzerklärung (§ 6 Abs. 2 LkSG),
- die Einrichtung eines unternehmensinternen Beschwerdeverfahrens (§ 8 LkSG), und

---

497 S. nur BGHSt 19, 167, 168; NK-StGB/Gaede, § 13 Rn. 30 f.; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 50 f.

498 Wittig, NSW 2024, 200, 209 f. (die allerdings „in seltenen Fällen“ eine Ingerenz-Garantenstellung für möglich hält).

499 Mansdörfer, JR 2024, 67, 70; zust. Peltzer, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 174, 176 f.

500 Mansdörfer, JR 2024, 67, 68.

- die interne Dokumentationspflicht und Pflicht zur Berichterstattung (§ 10 LkSG).

Zwar sei es zutr., so *Mansdörfer*, dass sich aus der Nicht-Erfüllung dieser Pflichten im weiteren Verlauf ein abstrakt gesteigertes Risiko für die Verletzung von menschenrechts- bzw. umweltbezogenen Pflichten ergeben könne. Allerdings lägen die mit den genannten Sorgfaltspflichten verbundenen Maßnahmen bzw. ihr Unterlassen regelmäßig so weit im Vorfeld einer tatsächlichen Schutzgutverletzung, dass sich daraus, entsprechend dem Grundgedanken der straflosen Vorbereitungshandlung, keine Strafbarkeit ergeben könne. Anderes gelte hingegen im Einzelfall für das Unterlassen der Einrichtung eines Risikomanagements (§ 4 LkSG) oder der Durchführung regelmäßiger Risikoanalysen (§ 5 LkSG), denen ausnahmsweise eine Garantenpflicht entnommen werden könne. Wieder anderes gelte für Versäumnisse von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich und gegenüber unmittelbaren Zulieferern (§ 6 Abs. 1, 3 und 4 LkSG) sowie bei dem Versäumnis von Abhilfemaßnahmen (§ 7 Abs. 1–3 LkSG) und der unterlassenen Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern (§ 9 LkSG); in diesen Fällen sei die Schwelle zur strafrechtlich missbilligten Risikoschaffung regelmäßig überschritten.<sup>501</sup> Konkret bedeutet dies, dass die Geschäftsherrenhaftung in Lieferketten-Fällen nicht mehr nur im eigenen Geschäftsbetrieb (und ggf. Konzern) gilt, sondern sich auch auf unmittelbare und sogar mittelbare ausländische Zulieferer erstreckt. Eine Pflichtbegrenzung würde demnach erst auf der Ebene der Ausfüllung der konkreten Sorgfaltspflichten erfolgen (sodass bspw. in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern ein geringeres Maß an Risikoverminderung gefordert wird als in Bezug auf Risiken bei unmittelbaren Zulieferern).

Der Ansatz von *Mansdörfer* ist indes nicht überzeugend. Richtig daran ist zwar, dass letztlich sämtliche im LkSG statuierten Pflichten ihrer Grundidee nach darauf abzielen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltbeeinträchtigungen entlang der Lieferkette eines Produkts zu verhindern.<sup>502</sup> Richtig ist auch, dass eine strafrechtlich gebotene Handlung nicht notwendig die gänzliche Beseitigung eines Risikos zum Gegenstand haben muss; möglich ist auch, dass der Unterlassungstäter nur dazu verpflichtet ist, die Gefahr des Erfolgeintritts auf ein bestimmtes (erlaubtes) Maß zu reduzieren (s.o. S. 56). Allerdings vermengt *Mansdörfer* die Frage des Bestehens

---

501 *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 68.

502 S. nur BT-Drs. 19/28649, S. 1.

einer Garantenpflicht mit derjenigen nach dem konkreten Maß und Inhalt der vom Garantenpflichtigen geforderten Sorgfalt. Das LkSG selbst trennt ausdrücklich zwischen der sinnvollen Eingrenzung der normierten Sorgfaltspflichten (insbes. durch die Implementierung des risikobasierten Ansatzes in § 3 Abs. 2 LkSG und durch ein fein abgestuftes Pflichtenprogramm innerhalb der verschiedenen Sorgfaltspflichten) und der Frage, in welcher Situation von einem Verpflichteten die Verhinderung eines Erfolgs verlangt ist.

U.E. sollte man deshalb im Ausgangspunkt zunächst Gesetz und Gesetzgeber beim Wort nehmen<sup>503</sup> – und jedenfalls demjenigen *keine* LkSG-basierte Einstandspflicht für den Nichteintritt des Erfolgs i.S.v. § 13 StGB zuweisen, den der Gesetzgeber im LkSG ausdrücklich auch *nicht* dazu verpflichtet, durch LkSG-Maßnahmen einen Erfolg zu verhindern. M.a.W.: Dort, wo das LkSG keine Erfolgsabwendungspflicht statuiert (sondern lediglich eine Bemühenspflicht), sind nicht bloß Inhalt und Umfang der Garantenpflicht reduziert (i.S.e. Beschränkung auf eine Risikoverringerungspflicht), sondern es besteht von vornherein gar keine strafrechtliche Garantenpflicht. Daraus folgt, dass das LkSG überhaupt nur dort als Quelle einer strafrechtlichen Garantenpflicht in Betracht kommt, wo es eine Verpflichtung enthält, einen Verletzungserfolg zu verhindern bzw. zu beenden; angesprochen sind also (nur) die Pflichten zu Abhilfemaßnahmen nach § 7 LkSG.<sup>504</sup> Entsprechend der obigen Ausführungen zu den Abhilfemaßnahmen (s.o. S. 131 ff.) ist also eine differenzierte Betrachtung am Platz.

#### aa) Eigener Geschäftsbereich im Inland (§ 7 Abs. 1 S. 3 LkSG)

Im eigenen Geschäftsbereich im Inland statuiert § 7 Abs. 1 S. 3 LkSG eine Pflicht zur Beendigung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichtverletzung. Damit wird die allgemeine Bemühenspflicht des § 3 Abs. 1 LkSG zu einer Erfolgspflicht qualifiziert.<sup>505</sup> Auch wenn der Gesetzgeber lediglich von einer Beendigung spricht, umfasst dies ausweislich der

503 Zum Gebot, § 13 StGB dergestalt restriktiv auszugestalten, Garantenpflichten auf Fallgestaltungen zu beschränken, in denen die rechtliche Verpflichtung eindeutig gegeben ist, NK-StGB/Gaede, § 13 Rn. 29; LK/Weigend, § 13 Rn. 19; Mitsch, NSW 2025, 100, 108.

504 Vgl. auch Kubiciel, ZVglRWiss 122 (2023), 160, 166 f., der § 7 LkSG zumindest eine „Ähnlichkeit“ zu einer Garantenpflicht aus Ingerenz attestiert.

505 S.o. S. 114 ff, 131 ff..

Gesetzesbegründung ebenfalls die Verhinderung einer noch nicht eingetretenen, aber unmittelbar bevorstehenden Verletzung.<sup>506</sup> Der Gesetzgeber unterstellt daher aufgrund des engen Zusammenhangs des Unternehmens mit dem Risiko im eigenen Geschäftsbereich die Angemessenheit.<sup>507</sup>

Den Geschäftsherrn trifft folglich bei eingetretener oder unmittelbar bevorstehender Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht eine Pflicht zur Abwendung dieses Erfolgs, mithin also eine Garantenpflicht i.S.v. § 13 StGB. Dies entspricht den bisherigen Grundsätzen der Geschäftsherrenhaftung, sodass sich insoweit aus dem LkSG keine Ausweitung möglicher strafrechtlicher Risiken ergibt; es wird vielmehr nur die bisherige (ungeschriebene) Rechtslage bestätigt.

#### bb) Eigener Geschäftsbereich im Ausland (§ 7 Abs. 1 S. 4 LkSG)

Bei Verletzung menschenrechts- bzw. umweltbezogener Pflichten im eigenen Geschäftsbereich im Ausland muss die Abhilfemaßnahme in der Regel ebenfalls zur Beendigung der Verletzung führen. Es besteht somit eine Erfolgspflicht, die lediglich insoweit „gelockert“ ist, als sie in bestimmten Ausnahmesituationen entfällt.<sup>508</sup> Daher ist also im Regelfall auch von einer Einstandspflicht für den Nichteintritt des Erfolgs i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB auszugehen, die lediglich in den Fällen der Pflichtenlockerung entfällt. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit den bereits bislang anerkannten Grundsätzen der Geschäftsherrenhaftung. Auch insoweit ist also mit dem LkSG keine Ausweitung strafrechtlicher Risiken verbunden.

#### cc) Konzernweite Garantenpflicht (§ 7 Abs. 1 S. 4 LkSG)

Bei Verletzungen menschenrechts- bzw. umweltbezogener Pflichten im eigenen Geschäftsbereich nach § 2 Abs. 6 S. 3 LkSG (d.h. in Konzernen mit starker Leitungsmacht) gilt dasselbe wie in Bezug auf den eigenen Geschäftsbereich im Ausland (s.o. S. 164). Auch hier ist also im Regelfall von einer Einstandspflicht für den Nichteintritt des Erfolgs i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB auszugehen, die lediglich in den Fällen der Pflichtenlockerung entfällt.

---

506 BT-Drs. 19/28649, S. 48; s. dazu auch S. 128.

507 BT-Drs. 19/28649, S. 48.

508 S.o. S. 131 ff.

Damit legt sich das LkSG in Bezug auf Lieferkettenkonstellationen auf die bereits heute teilweise zur Geschäftsherrenhaftung<sup>509</sup> bzw. zu § 130 OWiG<sup>510</sup> vertretene Ansicht fest, dass jedenfalls dann eine konzerndimensionale Garantenpflicht in Bezug auf Risiken aus der Sphäre einer Tochtergesellschaft anzunehmen ist, wenn eine rechtlich begründete Organisationsherrschaft besteht (also insbes. im Falle eines eingegliederten oder eines Vertragskonzerns).

dd) Unmittelbarer Zulieferer (§ 7 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 LkSG)

§ 7 Abs. 2 LkSG enthält eine ergänzende Regelung für Pflichtverletzungen bei unmittelbaren Zulieferern. Wenn die Pflichtverletzung beim unmittelbaren Zulieferer so beschaffen ist, dass das deutsche LkSG-unterworfenen Unternehmen sie nicht in absehbarer Zeit beenden kann, wird nur die Erstellung und Umsetzung eines Konzepts zur Beendigung oder Minimierung verlangt. Eine Pflicht zur Erfolgsabwendung folgt daraus nicht. Insoweit besteht auch keine Garantenstellung i.S.v. § 13 StGB.

Im Übrigen, d.h. unter der Voraussetzung, dass die (drohende) Verletzung der menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht durch den unmittelbaren Zulieferer aufgrund ihrer Beschaffenheit „in absehbarer Zeit beendet werden kann“, bleibt es allerdings nach der gesetzlichen Systematik bei der Regel des § 7 Abs. 1 LkSG, wonach die Sorgfaltspflicht auf einen Verhinderungs- bzw. Beendigungserfolg gerichtet ist.<sup>511</sup> Insoweit besteht also auch eine strafrechtliche Garantenpflicht.<sup>512</sup> Nur soweit die Erfolgsabwendung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen in absehbarer Zeit unmöglich ist (rechtliche oder tatsächlich Unmöglichkeit), darf sich das verpflichtete Unternehmen ausnahmsweise auf die Minimierung der Pflichtverletzung durch den Zulieferer bzw. auf die Erstellung eines Präventionskonzepts beschränken. Entsprechend besteht dann auch keine strafrechtliche Garantenpflicht.

In Bezug auf unmittelbare Zulieferer i.S.v. § 2 Abs. 7 LkSG bringt das Gesetz also ein echtes Novum gegenüber der bisherigen Lehre von der Geschäftsherrenhaftung mit sich: Die Durchbrechung des Grundsatzes, dass

509 Etwa Minkoff/Sahan/Wittig/*Minkoff*, Konzernstrafrecht, § 6 Rn. 46.

510 Ausf. zur entsprechenden Ansicht des OLG München s.o. S. 76 f.

511 S.o. S. 134 ff.

512 A.A. *Peltzer*, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 214, der nur ausnahmsweise in Hochrisikozonen eine Garantenpflicht annimmt (S. 226).

die Grenze des eigenen Betriebs bzw. Konzerns zugleich die Grenze der strafrechtlichen Überwachungsgarantenpflicht bildet. Die Verschiebung der bisherigen Grenzen erfolgt freilich insofern behutsam, als diese lediglich für vergleichsweise einfach zu beherrschende Gefahrenquellen gilt (scil. nur dann zum Tragen kommt, wenn es um eine Gefahr geht, die „in absehbarer Zeit“ abgestellt werden kann).

ee) Mittelbarer Zulieferer (§ 9 Abs. 3 LkSG)

§ 9 Abs. 3 LkSG fordert selbst bei substantiiertem Kenntnis von einer Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei einem mittelbaren Zulieferer keine Maßnahmen, die den Erfolg abwenden. Es genügt auch hier die bloße Minimierung des Verletzungsausmaßes. Die Geschäftsleitung trifft somit lediglich eine Bemühenspflicht,<sup>513</sup> nicht aber eine Pflicht, „dafür einzustehen, dass der Erfolg nicht eintritt“. Dementsprechend besteht keine Garantenpflicht gem. § 13 StGB in Bezug auf Verletzungen durch mittelbare Zulieferer.

Ausblick: Garantenpflicht nach Umsetzung der CSDDD

Art. 10 Abs. 1 CSDDD trifft ohne nähere Differenzierung zwischen dem eigenen Geschäftsbereich (im In- oder Ausland) und (unmittelbaren oder mittelbaren Zulieferern) die Pflicht zur Verhinderung potenziell negativer Auswirkungen. Es besteht somit eine zentrale Regelung, die gleichermaßen Erfolgsabwendungspflichten statuiert bzw. statuieren kann. Selbst bei einer Abschwächung gegenüber mittelbaren Zulieferern durch das Omnibus-Verfahren würde somit hinsichtlich der übrigen Konstellationen der Garantenpflicht das oben Gesagte gelten wie nach dem LkSG.

c) Fahrlässigkeit – LkSG als Maßstab für strafrechtliche Sorgfaltspflichten

Weitere strafrechtliche Implikationen ergeben sich möglicherweise bei den Fahrlässigkeitsdelikten, da mit dem LkSG nunmehr gesetzliche Anforderungen an eine unternehmerische Sorgfalt im Zusammenhang mit transnationalen Lieferbeziehungen normiert sind. Zu klären ist, ob die Vorgaben des LkSG als Anknüpfungspunkt für einen strafrechtlichen Sorgfalts-

---

513 S.o. S. 144 ff.

maßstab geeignet sind, der im Falle einer Verletzung auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Vertretungsorganen und Leitungspersonen in einem Unternehmen auslösen kann. Dies steht im engen Zusammenhang mit der Feststellung, dass das LkSG in Bezug auf bestimmte Konstellationen eine Garantenpflicht i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB begründen kann (s.o. S. 159 ff.). Da im Falle eines fahrlässigen Unterlassungsdelikts die strafbegründende Sorgfaltspflichtverletzung gerade in der Nichtvornahme der gebotenen Handlung liegt, geht es in den einschlägigen Fallkonstellationen darum, festzustellen, welche Handlung der Garant hätte vornehmen müssen, um dem Vorwurf der Außerachtlassung der erforderlichen Sorgfalt zu entgehen. Es könnte sein, dass das LkSG mit seinem elaborierten Sorgfaltspflichtenprogramm verbindliche Aussagen zu dieser Frage trifft und somit dazu herangezogen werden kann, Umfang und Inhalt der Garanten-sorgfaltspflicht zu bestimmen.

aa) LkSG-Sorgfaltspflichten als strafrechtlicher Fahrlässigkeitsmaßstab

Zahlreiche Normen des Strafrechts stellen (auch) fahrlässiges Verhalten unter Strafe und sanktionieren damit sorgfaltswidriges Verhalten. Regelmäßig definieren diese Strafnormen aber den anzuwendenden Sorgfaltsmaßstab nicht selbst, sondern überlassen die Grenzziehung zwischen sorgfältigem und sorgfaltswidrigem Verhalten der Rechtsanwendung.<sup>514</sup> Ausgangspunkt der „im Verkehr erforderlichen Sorgfalt“ ist eine an einem gewissenhaften und besonnenen Menschen aus dem jeweils betroffenen Verkehrskreis ausgerichtete ex ante-Betrachtung.<sup>515</sup> Es handelt sich insoweit grds. um keine pauschale bzw. generalisierende Betrachtung, sodass z.B. auch Sonderkenntnisse des jeweiligen Täters sowie Alter, Beruf, Bildung, geschäftliche Erfahrung und andere individuelle Merkmale entsprechenden Eingang in die anzustellende Gesamtabwägung finden.<sup>516</sup> Die Konkretisierung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt kann unter Hinzuziehung von Sondernormen erfolgen, die insoweit zumindest eine Indizwirkung entfalten.<sup>517</sup>

Das LkSG lässt sich als eine derartige Sondernorm begreifen,<sup>518</sup> da das Gesetz letztlich Ausdruck eines Sorgfaltsmaßstabs ist, der der Vermeidung

514 BeckOK-StGB/Kudlich, § 15 Rn. 42.

515 Roxin/Greco, StrafR AT/I, § 24 Rn. 34; Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 23.

516 Rotsch/Hilgendorf, Criminal Compliance, § 10 Rn. 45 ff.

517 Näher dazu bereits oben S. 63 ff.

518 Ebenso Nakotte, Straftaten in der Lieferkette, S. 113.



von Risiken für besonders gewichtige (und auch strafrechtlich vor Fahrlässigkeit geschützte) Rechtsgüter dient. Die durch das LkSG statuierten Pflichten enthalten insoweit vor allem prozessorientierte Pflichten und betreffen damit die Anforderungen an eine gesetzeskonforme Betriebsorganisation. Es kann daher im Ausgangspunkt festgehalten werden, dass die Pflichten aus dem LkSG grds. im Rahmen von Fahrlässigkeitsdelikten zur weiteren Konkretisierung des Sorgfaltsmaßstabs herangezogen werden können.<sup>519</sup> Überzeugende Gegengründe, weshalb dies *nicht* der Fall sein sollte, sind nicht erkennbar.<sup>520</sup> Im Einzelnen wird man aber für die Frage nach einer strafrechtlichen Haftung aus Fahrlässigkeit – vergleichbar mit der Frage nach dem Bestehen einer Garantenstellung – im Hinblick auf die einzelnen Sorgfaltspflichten nach dem LkSG differenzieren müssen.

Die grundsätzliche Eignung des LkSG zur Konkretisierung allgemeiner Sorgfaltsmaßstäbe in Fahrlässigkeitsdelikten könnte jedoch gerade bei den hier besonders relevanten fahrlässigen Erfolgsdelikten<sup>521</sup> zu einem Widerspruch zu der gesetzgeberischen Intention führen, wonach der Großteil des Pflichtenprogramms der §§ 3 ff. LkSG bewusst gerade nicht als Erfolgsverhinderungs-, sondern nur als Bemühenspflichten konzipiert worden ist.<sup>522</sup> Wenn aber das Unternehmen nicht zur Erfolgsverhinderung verpflichtet ist, sondern nur zur Etablierung von angemessenen Prozessen zur Risikominimierung bzw. Risikovermeidung, wird dann nicht dieser gesetzgeberische Ansatz faktisch unterlaufen, wenn im Wege der allgemeinen Fahrlässigkeitsdogmatik, also sozusagen „durch die Hintertür“, doch eine Erfolgsabwendungspflicht in das Recht hineininterpretiert wird? Diese Sorge ist, um das Ergebnis vorwegzunehmen, unbegründet und die Antwort lautet entsprechend: nein.

Der etwas opake Begriff der Bemühenspflicht bringt zunächst nicht mehr als die Tatsache zum Ausdruck, dass die im LkSG statuierten Sorgfaltspflichten nicht auf die Pflicht hinauslaufen, Lieferketten nur noch unter der Bedingung unterhalten zu dürfen, dass jedes Risiko für Menschenrechte und Umweltmedien kategorisch ausgeschlossen ist; es geht also um die Etablierung einer Pflicht zur „human rights due diligence“.<sup>523</sup> Des Weiteren werden mit dem Begriff der Bemühenspflicht eine Reihe durchaus un-

519 So auch *Schneider*, in: Esser/Wu/Sinn/Zöller, 121, 132; *Wittig*, NSW 2024, 200, 215.

520 *Waßmer*, in: Jishkariani/Waßmer, 29, 45 thematisiert allerdings den ggf. abweichenden Schutzzweck.

521 S.o. S. 151 ff.

522 S.o. S. 114 ff.

523 *Schneider*, in: Esser/Wu/Sinn/Zöller, 121, 128.

terschiedlich gelagerter Aspekte der LkSG-Sorgfaltspflichten beschrieben, deren Gemeinsamkeit u.a. darin besteht, dass sie sich jedenfalls allesamt mit dem Instrumentarium der tradierten strafrechtlichen Fahrlässigkeitsdogmatik bewältigen bzw. in diese integrieren lassen.

Als erstes wird mit dem Begriff der Bemühenspflicht gelegentlich zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei einigen Pflichten lediglich um formale betriebsorganisatorische Pflichten handelt, die aufgrund ihrer „Erfolgsferne“ selbst im Falle ihrer gröblichen Missachtung allenfalls als höchst abstrakte Steigerung des Risikos für ein menschenrechtliches bzw. umweltbezogenes Schutzgut betrachtet werden können. Zu nennen sind etwa die Pflicht zur Abgabe einer Grundsatzerklärung (§ 6 Abs. 2 LkSG) und die Dokumentations- und Berichtspflichten nach § 10 LkSG. Hieraus aber den Schluss zu ziehen, dass derartige Sorgfaltspflichten per se als Anknüpfungspunkt für einen strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurf ausscheiden,<sup>524</sup> wäre jedoch voreilig. So ist es für die Fahrlässigkeitsdogmatik durchaus typisch, den Schuldvorwurf auch an solche Sorgfaltspflichtverletzungen knüpfen zu können, die in dem nachlässigen Verkennen einer potenziellen Gefahrenquelle liegen, welche sich ggf. erst Jahre später als (quasi-)kausaler Ausgangspunkt einer (ex ante unwahrscheinlichen) Katastrophe erweisen.<sup>525</sup> Daher können auch Verstöße gegen die vorgenannten Pflichten trotz ihrer Erfolgsferne theoretisch einen strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurf begründen. In der Praxis dürfte daraus freilich deshalb so gut wie nie ein entsprechender Vorwurf erwachsen, weil kaum vorstellbar ist, dass sich der erforderliche Kausalzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Erfolgseintritt nachweisen lassen wird. Wie soll sich bspw. feststellen lassen, dass die hypothetische Vornahme einer tatsächlich unterbliebenen Abgabe einer Grundsatzerklärung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit<sup>526</sup> zu einem Ausbleiben des tödlichen Brandes in einer ausländischen Textilfabrik geführt hätte?

Eine weitere dem Begriff der Bemühenspflicht zugeschriebene Bedeutung besteht darin, dass eine so charakterisierte Pflicht lediglich die Beschaffung von Informationen über potenzielle Risiken zum Gegenstand hat (Kenntnisverschaffungspflicht).<sup>527</sup> Angesprochen sind insbes. die innerbetriebliche Organisationspflicht zur Schaffung eines wirksamen und klar strukturierten Risikomanagements (§ 4 LkSG) und einer Input-Plattform

524 I.d.S. *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 68.

525 Vgl. nur BGH, NJW 2010, 1087; BGHSt 66, 270.

526 Zur erforderlichen Wahrscheinlichkeit s. bereits S. 49 ff.

527 Exemplarisch *Heil/Eickbusch*, MPR 2023, 161, 162.

für Hinweisgeber (§ 8 LkSG) sowie die Durchführung einer Risikoanalyse (§ 5 LkSG). Derartige Pflichten verlangen also lediglich eine Art Organisationserfolg; es liegt in der Natur der Sache, dass, zum einen, die Verletzung einer solchen Pflicht kaum jemals unmittelbar zum Eintritt eines vom LkSG zu verhindern beabsichtigten Enderfolges (Menschenrechtsverletzung/Umweltbeschädigung) führen kann; zum anderen, dass auch durch sorgfaltsgemäße Pflichterfüllung der Eintritt entsprechender Enderfolge nicht gänzlich gebannt werden kann (etwa weil trotz korrekt eingerichtetem Hinweisgebersystem der Eingang des Whistleblower-Hinweises auf eine Gefahrenquelle nicht automatisch deren Versiegen bedeutet).

Beide Aspekte stehen einem strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurf allerdings nicht prinzipiell im Wege. Zunächst kann die Verletzung von Kenntnisverschaffungspflichten, auch wenn sie lediglich eine Vorstufe des Erfolgseintritts bilden, ohne Weiteres einen strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurf tragen. Am Beispiel: Wer bei der professionellen Inspektion eines fremden Autos nur oberflächlich hin- und infolgedessen den Schaden an der Bremse übersieht, ist auch für die tödliche Folge des späteren bremsmangelbedingten Verkehrsunfalls verantwortlich (Verstoß gegen Kenntnisverschaffungspflicht).<sup>528</sup> Und gleichfalls verantwortlich ist auch der Werkstattleiter, der es bei der Organisation seines Betriebs versäumt hat sicherzustellen, dass sich überhaupt jemand aus dem Werkstattteam für die Überprüfung der Bremsen zuständig sieht (unterbliebenes Risikomanagement als Organisationsverschulden). Zum anderen ist im Strafrecht auch die Verletzung einer Sorgfaltspflicht, die bloß eine Risikoverringerung verlangt, geeignet, den Vorwurf fahrlässiger Erfolgsherbeiführung begründen (s.o. S. 55). Das Problem ist also nicht dogmatischer Natur. Es besteht lediglich die rechtspraktische Herausforderung, den Nachweis zu erbringen, dass der Erfolg im Falle der (hypothetischen) Vornahme der sorgfaltsgemäßen, aber lediglich risikovermindernden Handlung tatsächlich ausgeblieben wäre (Problem des Pflichtwidrigkeitszusammenhangs).<sup>529</sup> Vor diesem Hintergrund spricht also nichts dagegen, die Missachtung von Sorgfaltspflichten aus §§ 4, 5, 8 LkSG zur Begründung eines strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurfs heranzuziehen.<sup>530</sup>

---

528 Vgl. BGHSt 52, 159.

529 Dazu, dass i.R.d. hypothetischen Kausalverlaufs allerdings grds. ein pflicht- bzw. obliegenheitsgemäßes Verhalten weiterer Akteure zu unterstellen ist, s.o. S. 56.

530 Ebenso *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 70 (nur in Bezug auf die §§ 4 f. LkSG).

Erfolgsnäher angelegt als die soeben behandelten Kenntnisverschaffungspflichten sind die auf Vornahme von Präventionsmaßnahmen abzielenden Sorgfaltspflichten in § 6 Abs. 1, 3–5 LkSG. In der Sache handelt es sich bei diesen um eine Konkretisierung des Risikomanagements i.S.v. § 4 LkSG.<sup>531</sup> Auch diese Pflichten werden bisweilen als Bemühenspflichten bezeichnet.<sup>532</sup> Das ist insofern plausibel, als etwa die Schulung der eigenen Mitarbeiter (§ 6 Abs. 3 Nr. 3 LkSG) oder die mit unmittelbaren Zulieferern zu treffende Vereinbarung vertraglicher Kontrollmechanismen zur Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechtsstrategie (§ 6 Abs. 4 Nr. 4 LkSG) selbstverständlich noch keine Garantie für das Ausbleiben von Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferkette bieten. Allerdings gilt auch hier das zu § 4 LkSG Gesagte: Unterlassene Sorgfalt beim Risikomanagement kann grds. einen strafrechtlichen Fahrlässigkeitsvorwurf begründen; fraglich ist nur, ob sich im Einzelfall auch die Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung für den strafbatabestandlichen Erfolg begründen lässt (näher dazu unten S. 172).

Am wenigsten problematisch ist es, Verstöße gegen die Abhilfepflichten des § 7 LkSG zur Begründung eines strafrechtlichen Sorgfaltspflichtverstoßes heranzuziehen.<sup>533</sup> Da diese Pflichten teilweise ganz konkret auf die Eliminierung (insbes. § 7 Abs. 1 S. 3 LkSG), jedenfalls aber auf die effektive Minimierung einer drohenden (oder bereits eingetretenen) Rechtsgutbeeinträchtigung abzielen (näher s.o. S. 114 ff.), handelt es sich um besonders erfolgsnahe Pflichten, bei deren Missachtung auch der Nachweis einer Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Erfolgseintritt durchaus gelingen kann. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass die Abhilfepflichten nach § 7 LkSG eine positive Kenntnis „des Unternehmens“ von der (drohenden) Rechtsgutbeeinträchtigung voraussetzt. Das bedeutet zwar nicht, dass strafrechtlich relevante Verstöße überhaupt nur im Modus der bewussten Fahrlässigkeit vorkommen können.<sup>534</sup> Denn nach dem Grundsatz der Wissenszu(sammen)rechnung in Organisationen hat das „Unternehmen“ bereits dann positive Kenntnis, wenn irgendein Organ, ver-

531 Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 6 Rn. 3.

532 Rüsen/Heuer/Mayerl, Zollrecht, Fach D2, § 6 LkSG Rn.12; a.A. Fleischer, CCZ 2022, 205, 210.

533 Dies gilt nach der hier vertretenen Ansicht allerdings nicht für die Präventions- und Erfolgsverhinderungspflichten aus § 9 LkSG; im Hinblick auf die von mittelbaren Zulieferern ausgehenden Gefahren besteht nämlich bereits keine Garantenstellung für die Geschäftsleitung des deutschen Unternehmens, s.o. S. 116.

534 Hierzu Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 4.

tretungsberechtigter Gesellschafter oder auch eine sonstige Person in einer gehobenen Leitungsposition über das Wissen um das drohende Risiko verfügt.<sup>535</sup> Allerdings kann sich der strafrechtliche Fahrlässigkeitsvorwurf gleichwohl nur gegen denjenigen richten, der entweder trotz eigenen positiven Wissens untätig geblieben ist oder der erst infolge eigener vorwerfbarer Untätigkeit (Nichtöffnen entsprechender E-Mails etc.) nicht persönlich über die unternehmensintern vorhandene Kenntnis verfügt. Hat indes keine der relevanten Personen im Unternehmen Kenntnis, scheidet ein Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht nach § 7 LkSG aus; in Betracht kommt dann freilich ein Verstoß gegen die §§ 4–6 LkSG.<sup>536</sup>

## bb) Fragen der Erfolgszurechnung

### (1) Kausalität

Auch beim (fahrlässigen) Unterlassungsdelikt setzt die Zurechnung des Verletzungserfolgs nach h.M. die Feststellung voraus, dass der Erfolg bei der Vornahme der gebotenen Handlung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeblieben wäre.<sup>537</sup> Es liegt auf der Hand, dass sich im LkSG-Kontext an dieser Stelle regelmäßig erhebliche Beweisprobleme auftun<sup>538</sup> (die im Übrigen auch schon vor Inkrafttreten des LkSG als eines der Hauptprobleme der strafrechtlichen Ahndung für Erfolgsherbeiführungen in Lieferkettenkonstellationen benannt worden sind).<sup>539</sup> Diesbezüglich sind also in besonderem Maße die Umstände des Einzelfalles entscheidend; abstrakte Aussagen dazu lassen sich kaum tätigen.

Geht es bspw. um den Vorwurf, den gem. § 7 Abs. 3 LkSG gebotenen Abbruch der Geschäftsbeziehung zu einem unmittelbaren Zulieferer un-

---

535 Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 26 f.; zum Streitstand der exakten Grenzziehung zwischen relevanten und irrelevanten Personen bei der Wissenszurechnung Hopt/Leyens, HGB, § 7 LkSG Rn. 2.

536 Dazu Fleischer/Mankowski/Korch, LkSG, § 7 Rn. 24.

537 BGHSt 64, 121 Rn. 27; Matt/Renzikowski/Haas, § 13 Rn. 34; zum niedriger ansetzenden Nachweisbarkeitsmaßstab der Risikoverringerungslehre s. Engländer, JuS 2001, 958, 960; Ofterdinger/Schrage, GA 2024, 199, 212. Dazu, dass die Rspr. allerdings im Fall der Beihilfe durch Unterlassen dazu tendiert, auf den Nachweis eines Kausalzusammenhangs zu verzichten, s. Fleischer/Mankowski/Wegner, LkSG, § 24 Rn. 64 m.w.N.

538 Vgl. Mansdörfer, JR 2024, 67, 71; Ofterdinger/Schrage, GA 2024, 199, 210.

539 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 203.

terlassen zu haben, muss man sich unter Kausalitätsgesichtspunkten die Frage stellen, „was passieren würde, wenn die Geschäftsbeziehung zu dem externen Unternehmen nicht bestehen würde: Würde das Unternehmen trotzdem unter Begehung von Menschenrechtsverletzungen am Markt teilnehmen oder würde es die Tätigkeit und damit auch die Menschenrechtsverletzung einstellen?“<sup>540</sup> *Schneider*, von der dieses Beispiel stammt, weist zutr. auf die Komplexität der Fragestellung hin; die Antwort hänge etwa davon ab, wie groß der Einfluss des deutschen Unternehmens auf den Zulieferer ist: Besteht eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit, sei davon auszugehen, dass die Geschäftsbeziehung für die Tätigkeit des Zulieferers existenziell ist, also bei Fehlen der Geschäftsbeziehung die Tätigkeit des Zulieferers und damit die Menschenrechtsverletzung beendet sein müsse. Dies, so *Schneider* weiter, setze allerdings voraus, dass das deutsche Unternehmen der Hauptkunde des Zulieferers ist und die Geschäftsbeziehung den Großteil dessen Geschäftstätigkeit ausmacht. Im Ergebnis sei daher Kausalität nur in Fällen offenkundiger wirtschaftlicher Abhängigkeit anzunehmen.<sup>541</sup>

## (2) Objektive Zurechnung

Unter verschiedenen Gesichtspunkten als problematisch kann sich auch die objektive Zurechnung des Erfolgs darstellen. Zu prüfen sein kann etwa, ob der kausal auf eine Sorgfaltspflichtwidrigkeit rückführbare Körperverletzungserfolg bei einem Arbeiter den Leitungspersonen des deutschen Unternehmens deshalb nicht zugerechnet werden kann, weil sich der Arbeiter vor Ort in Kenntnis des Risikos aufgrund mangelhafter Arbeitssicherungsmaßnahmen eigenverantwortlich selbst in Gefahr gebracht hat. Allerdings wird eine so begründete Zurechnungsunterbrechung nur in wenigen Fällen greifen können. So dürfte die Eigenverantwortlichkeit bereits in vielen Fällen deshalb ausgeschlossen sein, weil der geschädigte Arbeiter das Risiko nicht in gleichem Maße übersehen kann wie die Unternehmensleitung bzw. ihr Repräsentant vor Ort.<sup>542</sup> Hinzu kommt, dass die Rspr. in Bezug auf wirtschaftlich abhängig Beschäftigte bei Verstößen gegen Unfallverhütungsvorschriften dazu tendiert, den Einwand der eigenverant-

---

540 *Schneider*, in: Esser/Wu/Sinn/Zöller, 121, 131.

541 *Schneider*, in: Esser/Wu/Sinn/Zöller, 121, 131.

542 *Wittig*, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 203.

wortlichen Selbstgefährdung ohnehin auszuschließen.<sup>543</sup> Dieser Aspekt, so Wittig, „dürfte vor allem zum Tragen kommen, wenn etwa in Armutsgebieten der wirtschaftliche Druck auf die Opfer derart groß ist, dass sie keine andere Wahl haben, als sich dem Risiko für Leib und Leben auszusetzen.“<sup>544</sup> Das erscheint insbes. vor dem Hintergrund der generellen Zielsetzung des LkSG, Risiken im Zusammenhang mit der Elendsausbeutung in wirtschaftlich rückständigen Entwicklungsländern entgegenzuwirken, plausibel. Auch ist es keine dogmatische Besonderheit der Lieferkettenproblematik, im Zusammenhang mit strukturellen Zwangssituationen einen unrechtsausschließenden Opferwillen für grds. ausgeschlossen zu halten.<sup>545</sup>

Ebenfalls regelmäßig ausgeschlossen sein wird der Einwand des zurechnungsunterbrechenden (vorsätzlichen) Dazwischentretens Dritter.<sup>546</sup> Da es im Kontext des LkSG um Sorgfaltspflichten geht, die gerade auch solchen Risiken entgegenwirken sollen, die in der Betriebsstätte vor Ort ansonsten ggf. billigend in Kauf genommen bzw. vorsätzlich aufrechterhalten werden, handelt es sich um Schutzpflichten, bei denen ein Regressverbot für den Ersttäter nicht in Betracht kommt;<sup>547</sup> er haftet ggf. als (fahrlässiger) Nebentäter neben dem am Ort der Betriebsstätte handelnden Zweittäter.

Umgekehrt entfällt die Zurechenbarkeit des Erfolgs aber nicht automatisch deshalb, weil bei einem hypothetischen Hinzudenken des sorgfaltspflichtgemäßen Handelns aufseiten des deutschen Unternehmens Unsicherheiten darüber verbleiben, ob der Zulieferbetrieb seinen notwendigen Anteil zur Erfolgsvermeidung beigetragen hätte. Hat etwa das deutsche Unternehmen aus Nachlässigkeit versäumt, einer von ihm erkannten, beim Zulieferbetrieb drohenden Rechtsgutbeeinträchtigung durch die Erarbeitung eines gemeinsamen Abhilfekonzepts nach § 7 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 LkSG zu begegnen, kann nicht argumentiert werden, der Zulieferbetrieb hätte sich in dubio ohnehin nicht an den gemeinsamen Plan gehalten. Insoweit gilt nämlich die Regel, nach der davon auszugehen ist, dass alle Beteiligten, die nach der gebotenen Handlung des Angeklagten am rettenden Kausalverlauf

---

543 S.o. S. 54.

544 Wittig, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß, 195, 203.

545 Vgl. etwa MK-StGB/Geiß/Zimmermann, § 8 VStGB Rn. 151 in Bezug auf die sexuelle Nötigung im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt (Einverständnis aufgrund „genereller Zwangssituation“ regelmäßig ausgeschlossen).

546 S. hierzu bereits S. 53 ff.

547 Vgl. auch Mansdörfer, JR 2024, 67, 71, der das LkSG als „einfachgesetzliche Normierung des Misstrauensprinzips“ bezeichnet (und das daher den zurechnungsunterbrechenden Vertrauensgrundsatz – dazu Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 33 Rn. 37–40 – ausschließt).

beteiligt gewesen wären, sich rechtmäßig und obliegenheitsmäßig verhalten hätten.<sup>548</sup>

Ausgeschlossen ist die Zurechnung des Erfolgs indes dann, wenn die verletzte Sorgfaltspflicht lediglich auf die Verringerung eines Risikos gerichtet ist (etwa die Pflicht nach § 7 Abs. 1 S. 1 LkSG, lediglich das Ausmaß der Verletzung einer umweltbezogenen Pflicht zu minimieren), sich aber nicht ausschließen lässt, dass der Erfolg auch dann eingetreten wäre, wenn die Risikominierungsmaßnahme sorgfaltsgemäß ergriffen worden wäre; in diesem Falle fehlt es am Pflichtwidrigkeitszusammenhang zwischen Unterlassen und Erfolg.<sup>549</sup>

### cc) Strafbarkeitseinschränkungen durch das LkSG

Die bisherige Untersuchung hat vor allem eine die Strafbarkeit ausdehnende Wirkung des LkSG zu Tage gefördert. In verschiedener Hinsicht erscheint es jedoch möglich, dass dem LkSG zugleich eine die Strafbarkeit einschränkende Funktion zukommen kann.

#### (1) LkSG als Safe Harbour-Regel

Es ist denkbar, die LkSG-Sorgfaltspflichten dergestalt als Safe Harbour-Regeln zu interpretieren, dass ihre Einhaltung in jedem Falle als erlaubt riskantes Verhalten zu begreifen ist. Beachtet ein Unternehmen also alle LkSG-Sorgfaltsregeln, wäre eine Fahrlässigkeitshaftung für eine dennoch eintretende Menschenrechts- oder Umweltmedien-Verletzung ausgeschlossen. Inwieweit das LkSG als Safe Harbour i.d.S. aufzufassen ist, ist unklar, wird in zivilrechtlicher Hinsicht aber gelegentlich bejaht.<sup>550</sup>

In strafrechtlicher Hinsicht ist daran zu erinnern, dass, sofern zur Bestimmung des strafrechtlich relevanten Sorgfaltsmaßstabs auf außerstrafrechtliche Sondernormen zurückgegriffen wird, diesen üblicherweise eine bloße Indizwirkung in dem Sinne zugestanden wird, dass im Einzelfall auch bei sondernormkonformem Verhalten noch Raum für die Annahme einer strafrechtlichen Fahrlässigkeitshaftung verbleibt (s.o. S. 65 ff.). Insoweit wäre der Annahme, die Sondernormmaterie LkSG fungiere zugleich

---

548 S.o. S. 51 ff.

549 S.o. S. 55.

550 I.d.S. wohl *Sharei*, NJW 2023, 3462, 3465 Rn. 19.



als Safe Harbour, eine Absage zu erteilen.<sup>551</sup> Das wäre indes voreilig. So findet sich in der (spärlichen) Rspr. zu diesem Thema nämlich sinngemäß auch die Aussage, dass eine Erschütterung der Indizwirkung nur dann in Betracht kommt, wenn es sich bei der außerstrafrechtlichen Sorgfaltspflichtnormierung lediglich um eine nicht abschließende Minimalregelung handelt.<sup>552</sup> Davon kann in Bezug auf das LkSG keine Rede sein. Dieses ist vielmehr als ein abgeschlossenes System konzipiert und knüpft ein äußerst engmaschiges Pflichtennetz, in dem bewusste Lücken, die es erst durch weitere Sorgfaltsvorkehrungen zu schließen gilt, nicht erkennbar sind. Gewissermaßen als Kehrseite dieser engmaschigen Vorgaben ist für die damit belasteten Unternehmen also auch eine Entlastungskomponente verbunden. Vor diesem Hintergrund kann das LkSG sehr wohl als verlässlicher Safe Harbour verstanden werden.<sup>553</sup> M.a.W.: Ein Unternehmen, dass sich an dieses Gesetz hält, agiert per se im Bereich des erlaubten Risikos. An etwaig dennoch eintretende tatbestandliche Erfolge kann deshalb kein strafrechtlicher Fahrlässigkeitsvorwurf geknüpft werden.<sup>554</sup>

## (2) Angemessenheit gem. § 3 Abs. 2 LkSG

Die inhaltliche Ausgestaltung der meisten im LkSG enthaltenen Sorgfaltspflichten ist mit dem Merkmal der Angemessenheit verknüpft, § 3 Abs. 2 LkSG. Der Gesetzgeber weist dem Merkmal dabei eine Doppelfunktion zu. Zunächst soll dadurch ausgeschlossen werden, dass von einem Unternehmen etwas rechtlich oder tatsächlich Unmögliches verlangt wird.<sup>555</sup> Strafrechtsdogmatisch spiegelt sich darin also ein Grundsatz, der ohnehin gilt: *ultra nemo posse obligatur*. Sofern die gebotene Rettungshandlung für den Täter bereits tatsächlich unmöglich ist, also keine physisch-reale

551 So *Nakotte*, Straftaten in der Lieferkette, S. 479.

552 Diese Annahme findet sich etwa in Bezug auf die Sorgfaltspflichten des GwG, deren Einhaltung keine Garantie dafür biete, vom Vorwurf fahrlässiger Geldwäsche i.S.v. § 261 Abs. 6 StGB verschont zu bleiben, vgl. *Herzog/El-Ghazi*, GwG, § 261 StGB Rn. 170 f.; Grund dafür sei, dass das GwG mit seinen Sorgfaltspflichten „gerade nicht die Indikatoren fest[legt], die den Schluss zulassen, dass eine Finanztransaktion einer Geldwäsche dienen soll.“

553 Ebenso *Peltzer*, Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten, S. 173, 192.

554 A.A. *Wittig*, NSW 2024, 200, 215 für den Fall, dass das LkSG hinter einem bereits vor seinem Inkrafttreten bestehenden lieferkettenrechtlichen Soft Law-Standard zurückfällt.

555 Vgl. BT-Drs. 19/30505, S. 38.

Handlungsmöglichkeit besteht, wird (vorbehaltlich der Konstellation einer *omissio libera in causa*) ein Unterlassungsvorwurf ohnehin nicht erhoben.<sup>556</sup> Dogmatisch umstritten, aber im Ergebnis einhellig wird dasselbe bei normativer Unmöglichkeit angenommen.<sup>557</sup> Wenn also ein deutsches Unternehmen eine Abhilfemaßnahme nicht durchführen kann, weil es damit gegen geltendes Recht am Produktionsort verstieße, wäre diese Maßnahme in den Kategorien des LkSG unangemessen und führt aus strafrechtlicher Sicht jedenfalls zur Erlaubtheit des Unterlassens.

Gehaltvoller (und problematischer) ist die zweite Bedeutung, die der Gesetzgeber dem Angemessenheitsvorbehalt der LkSG-Sorgfaltspflichten zuschreibt. Wie bereits ausgeführt,<sup>558</sup> soll damit nämlich auch ein risikobasierter Ansatz implementiert werden. Dieser führt im Wesentlichen dazu, dass jedem individuellen Risiko mit einer individuell angepassten Sorgfaltsmaßnahme (im Korsett der §§ 4 ff. LkSG) begegnet werden soll, wobei im Rahmen einer Abwägung auch der mit der jeweiligen Maßnahme verbundene Ressourcenverbrauch in Rechnung gestellt werden darf.

Aus unternehmerischer Sicht mag diese Regelungstechnik zunächst als Unbestimmtheitsproblem erscheinen:<sup>559</sup> Der Gesetzgeber sagt nicht klar, was zu tun ist, um den „sicheren Hafen“ zu erreichen. Klar ist wohl, dass in Bezug auf die Frage nach dem „Ob“ einer Maßnahme das blanke Ignorieren sämtlicher Sorgfaltspflichten stets unangemessen ist. Problematisch ist indes diejenige nach dem „Wie“. Jenseits der BAFA-Richtlinien erscheint es *prima facie* riskant, zwischen zwei denkbaren Maßnahmen (etwa dem Abbruch der Geschäftsbeziehung gegenüber der milderen Maßnahme eines bloß temporären Aussetzens der Geschäftsbeziehung i.V.m. Risikominimierungsbemühungen) diejenige mit dem größeren Restrisiko zu wählen. Denn wird im Unternehmensinteresse die mildere Maßnahme gewählt und kommt es zu einem tatbestandlichen Erfolg, der durch die sicherere Abhilfemaßnahme verhindert worden wäre – dann gibt es keine Gewähr dafür, dass eine zuständige Staatsanwaltschaft die Frage der Angemessenheit ebenso beantwortet wie zuvor das Unternehmen.<sup>560</sup>

---

556 Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 9 ff.; Rengier, AT, § 49 Rn. 9.

557 S. dazu Kindhäuser/Zimmermann, AT, § 36 Rn. 12 m.w.N.

558 S.o. S. 110 ff., 120.

559 Vgl. Wagner/Ruttloff, NJW 2021, 2145, 2146 Rn. 7.

560 Vgl. Thalhammer, DÖV 2021, 825, 832 sowie Paefgen, ZIP 2021, 2006, 2013, der einen unternehmerischen Ermessensspielraum bei der Erfüllung der Pflichten nach den §§ 3 ff. LkSG ablehnt und von einer vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit der Angemessenheit der ergriffenen konkreten Maßnahme ausgeht.

Das Problem dürfte allerdings weniger gravierend sein, als es zunächst scheint. Die Gesetzesmaterialien sprechen davon, dass den Unternehmen mit § 3 Abs. 2 LkSG „der notwendige flexible Ermessens- und Handlungsspielraum bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen gewährt [werde].“<sup>561</sup> Ein solchermaßen „flexibler Handlungsspielraum“ ist für die betroffenen Unternehmen jedoch nur dann von Wert, wenn mit ihm eine Verringerung der behördlichen und gerichtlichen Kontrollintensität einhergeht, dem Unternehmen selbst also in einem weiten Umfang die Definitionsmacht über die Angemessenheit einer Maßnahme im Einzelfall überantwortet wird.<sup>562</sup> Wie dies dogmatisch zu bewerkstelligen ist, ist im (zivilrechtlichen) Schrifttum umstritten. Teilweise wird eine Parallelität zur Business Judgement Rule in § 93 Abs. 1 S. 2 AktG gezogen.<sup>563</sup> Andere bevorzugen eine an die verwaltungsrechtliche Abwägungsfehlerlehre angelehnte behördliche Prüfungsumfangsreduktion *sui generis*.<sup>564</sup> Ungeachtet der unterschiedlichen dogmatischen Nuancen gehen diese Ansätze jedenfalls von einer Art Legal Judgement Rule aus,<sup>565</sup> also von einer Norm, die einen sicheren Hafen schafft, innerhalb dessen Entscheidungsträger frei vom Risiko der Haftung eine eigene, ggf. auch kreative und unkonventionelle Rechtsanwendung betreiben dürfen. Demgegenüber sind die (Strafverfolgungs-)Behörden und Gerichte darauf beschränkt, die unternehmerische Angemessenheitsentscheidung nur daraufhin zu prüfen, ob der Sachverhalt so vollständig wie nötig ermittelt worden ist, die Entscheidung innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens und ohne Einfluss von sachfremden Erwägungen

---

561 BT-Drs. 19/28649, S. 42.

562 Insoweit trifft sich das Konzept der LkSG-„Bemühenspflichten“ mit dem strafrechtlichen Begriff des „Bemühens“ i.R.d. Rücktrittsdogmatik; auch hier kommt es im Ausgangspunkt darauf an, dass der Täter dasjenige tut, was *nach seiner Überzeugung* zur Erfolgsabwendung erforderlich ist (näher bereits S. 114 ff.). Im Unterschied zum ernsthaften Bemühen beim strafrechtlichen Rücktritt vom Versuch spielt beim Angemessenheitsbegriff des LkSG in Bezug auf die zu ergreifenden Maßnahmen aber auch eine Abwägung mit Gegeninteressen eine Rolle.

563 I.d.S. *Seibt/Vesper-Gräske*, CB 2021, 357, 362; s.a. *Fleischer*, CCZ 2022, 205, 212 f., der allerdings darauf hinweist, dass der Vorschlag, § 3 LkSG (klarstellend) ausdrücklich in Anlehnung an § 93 Abs. 1 S. 2 AktG zu formulieren (s. *DAV-Ausschüsse*, NZG 2021, 546, 550 Rn. 29), vom Gesetzgeber nicht beherzigt worden ist. Zur Auswirkung der Business Judgement Rule auf den Tatbestand der Untreue (§ 266 StGB) s. *Minkoff/Sahan/Wittig/Zimmermann*, Konzernstrafrecht, § 13 Rn. 96 ff.

564 I.d.S. *Hübner/Kühle*, CRZ 2023, 5, 9 ff.; *Irmischer/Bücker*, NVwZ 2023, 1368, 1372 f.

565 So ausdrücklich in Bezug auf das LkSG *Schüppen/Schaub/Ritter*, MAH-Aktienrecht, § 22 Rn. 99; *Späth/Werner*, CCZ 2022, 107; zum Begriff s.a. *NK-StGB/Kuhlen/Zimmermann*, § 339 Rn. 58.

getroffen wurde und also insgesamt plausibel und nachvollziehbar ist. Eine inhaltliche Richtigkeitskontrolle ist damit weitgehend ausgeschlossen.

## 5. (Kein) Verstoß gegen Bestimmtheitsgrundsatz

In der Literatur wird das LkSG unter verschiedenen Gesichtspunkten dafür gerügt, zu unbestimmt zu sein (wobei sich dieser Vorwurf teils auf das allgemeine, aus dem Rechtsstaatsgebot abgeleitete Bestimmtheitsgebot bezieht,<sup>566</sup> teils, soweit es um die LkSG-Bußgeld(blankett)tatbestände geht, unmittelbar auf Art. 103 Abs. 2 GG<sup>567</sup>). Die Kritik entzündet sich dabei an unterschiedlichen Einzelregelungen. Vielfach wird etwa der Angemessenheitsvorbehalt in § 3 Abs. 2 LkSG für zu unklar erachtet,<sup>568</sup> vereinzelt auch der Lieferkettenbegriff in § 2 Abs. 5 LkSG,<sup>569</sup> teilweise auch die Kumulation ausfüllungsbedürftiger Rechtsbegriffe.<sup>570</sup> Besonders in der Kritik steht schließlich § 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG, der in der Manier einer Generalklausel ein LkSG-relevantes menschenrechtliches Risiko auch dann annimmt, wenn ein Verstoß gegen das „Verbot eines über die Nummern 1 bis 11 hinausgehenden Tuns oder pflichtwidrigen Unterlassens [droht], das unmittelbar geeignet ist, in besonders schwerwiegender Weise eine geschützte Rechtsposition zu beeinträchtigen und dessen Rechtswidrigkeit bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommender Umstände offensichtlich ist.“<sup>571</sup>

Es liegt zwar auf der Hand, dass diese Kritik auch aus einer genuin strafrechtlichen Perspektive aufhorchen lassen muss. *Mansdörfer* stellte in diesem Zusammenhang (beiläufig) die Frage, ob es nicht auch im Rahmen der Bestimmung von Existenz, Inhalt und Umfang einer strafrechtlichen Garantienpflicht eine Rolle spielt, ob die einzelnen Handlungsgebote des LkSG

---

566 Exemplarisch *Thalhammer*, DÖV 2021, 825, 831 f.

567 So bspw. *Sagan/Schmidt*, NZA-RR 2022, 281, 287; *Kamann/Irmscher*, NZWiSt 2021, 249, 254; *Lutz-Bachmann/Vorbeck/Wengenroth*, BB 2021, 906, 908.

568 I.d.S. etwa *Wagner/Ruttloff*, NJW 2021, 2145, 2146 Rn. 6 f.; *Mitsch*, NZWiSt 2021, 409, 412.

569 *Harings/Zegula*, CCZ 2022, 165, 170.

570 I.d.S. *Stöbener de Mora/Noll*, NZG 2021, 1237, 1240 f.; *Brosthaus/Schefer*, wistra 2023, 410, 411 ff.; *Fleischer/Mankowski/Wegner*, LkSG, § 24 Rn. 5.

571 Kritik an der Unbestimmtheit dieser Norm findet sich etwa bei *Spindler*, ZHR 2022, 67, 79; *Wagner/Ruttloff*, NJW 2021, 2145, 2146 Rn. 13; *Fleischer/Mankowski/Kolb*, LkSG, § 2 Rn. 23.

dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgebot (vielleicht nicht) genügen.<sup>572</sup> Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass die skizzierte Diskussion um die hinreichende Bestimmtheit des LkSG aus strafrechtlicher Perspektive weitestgehend irrelevant ist.

Richtig ist zwar, dass im Kontext einer ordnungswidrigkeitsrechtlichen Ahndung von Verstößen gegen LkSG-Sorgfaltspflichten gem. § 24 LkSG das Bestimmtheitsgebot aus Art. 103 Abs. 2 GG Beachtung findet. Der Grund hierfür liegt in den Blanketttatbeständen der in § 24 LkSG versammelten Ordnungswidrigkeiten, deren Verfassungskonformität voraussetzt, dass auch die blankettausfüllende Norm (d.h. die in Bezug genommene Sorgfaltspflicht) den Anforderungen des Art. 103 Abs. 2 GG gerecht wird.<sup>573</sup> Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich zumindest in Bezug auf einige der als zu unbestimmt kritisierten Bestandteile des LkSG, die bei der Blankettausfüllung eine Rolle spielen, ernsthaft darüber diskutieren, ob das erforderliche Bestimmtheitsniveau verfehlt wird. Während sich etwa die Bedenken hinsichtlich des vagen Begriffs der Angemessenheit dadurch verflüchtigen, dass diese Norm richtigem Verständnis nach als *tätergünstig* wirkende Reduzierung des behördlichen Überprüfungsspielraums zu handhaben ist,<sup>574</sup> erscheint uns die Annahme plausibel, dass das Bestimmtheitsgebot einer OWi-Ahndung von solchen unterlassenen Sorgfallsmaßnahmen entgegensteht, die auf ein menschenrechtliches Risiko i.S.v. § 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG rekurren.

Im Bereich der strafrechtlichen Ahndung spielen diese Bedenken aber von vornherein keine Rolle. Die im hiesigen Kontext relevanten Straftatbestände sind hinsichtlich der Indienstnahme von LkSG-Inhalten keine Blanketttatbestände. Das gilt zunächst für die von *Mansdörfer* adressierte Frage der aus dem LkSG abgeleiteten Garantenpflicht i.S.v. § 13 Abs. 1 StGB. Unstreitig ist zwar, dass die in dieser Norm enthaltene Bezugnahme auf eine „rechtliche Einstandspflicht“ für das Ausbleiben eines tatbestandlichen Erfolges als Verweis auf eine nicht in § 13 StGB selbst enthaltene Regelungsmaterie zu deuten ist. In Bezug auf die verweisende Norm selbst besteht aber zunächst kein Bestimmtheitsproblem: Nach ganz h.M. genügt der Verweis in § 13 StGB trotz seiner pauschalen Formulierung den Anforderungen des Art. 103 Abs. 2 GG.<sup>575</sup> Dasselbe gilt im Ergebnis aber auch

---

572 *Mansdörfer*, JR 2024, 67, 70.

573 *Fleischer/Mankowski/Wegner*, LkSG, § 24 Rn. 4.

574 S.o. S. 121 ff.

575 S.o. S. 50 Fn. 121 für umfassende Nachweise.

hinsichtlich der Rechtsquelle der Garantenpflicht, auf die § 13 Abs. 1 StGB verweist. Denn richtiger Ansicht zufolge ist die Wendung in § 13 Abs. 1 StGB bezüglich der „rechtlichen Einstandspflicht“ nicht als Blankettverweis zu deuten<sup>576</sup> (sodass für die in Bezug genommene Norm ebenfalls Art. 103 Abs. 2 GG gälte); vielmehr handelt es sich lediglich um ein normatives Tatbestandsmerkmal,<sup>577</sup> zu dessen Ausfüllung auch solche außerstrafrechtlichen Materien in Bezug genommen werden können, die ihrerseits dem Bestimmtheitsgebot nicht genügen.<sup>578</sup> Entsprechend ist es ohne Weiteres möglich, Garantenpflichten auch aus höchst unbestimmten Generalklauseln (wie bspw. §§ 1353 Abs. 1 S. 2, 1618 BGB) oder sogar aus abstrakten Konzepten wie der Ingerenz abzuleiten. Daraus folgt, dass es einer Herleitung von Garantenpflichten aus dem LkSG nicht einmal entgegenstünde, wenn dieses seinerseits partiell zu unbestimmt wäre.

Nichts anderes gilt im Ergebnis hinsichtlich einer Fahrlässigkeitsstrafbarkeit, bei der der relevante Sorgfaltspflichtverstoß mit der Missachtung einer LkSG-Sorgfaltspflicht begründet wird. Das Strafrecht selbst stellt lediglich Erfolgsherbeiführungen „durch Fahrlässigkeit“ (z.B. in §§ 222, 229 StGB), „fahrlässiges Handeln“ (vgl. § 324 Abs. 3 StGB) oder das „fahrlässige Verursachen“ eines Erfolges (vgl. § 330a Abs. 4 StGB) unter Strafe; den zur Ausfüllung dieser Begrifflichkeit notwendigen Sorgfaltsmaßstab beschreibt es regelmäßig überhaupt nicht. Diese Regelungstechnik wird hinsichtlich der das Fahrlässigkeitsmerkmal verwendenden Straftatbestände nach h.M. unter dem Gesichtspunkt der erforderlichen Bestimmtheit (Art. 103 Abs. 2 GG) für ausreichend erachtet.<sup>579</sup> Und auch in Bezug auf die den konkreten Sorgfaltsmaßstab festlegende normative Quelle gilt letztlich dasselbe wie für die Quellen einer Garantenpflicht: Diese muss nicht den strengen Anforderungen des Art. 103 Abs. 2 GG genügen; es ist anerkannt, dass als Quelle einer Sorgfaltspflicht selbst auf gänzlich ungeschriebene Regelungen zurückgegriffen werden darf, letzten Endes sogar auf etwas so unbestimmtes wie den gesunden Menschenverstand.<sup>580</sup> Wenn aber zur Ausfüllung des

576 So aber NK-StGB/*Puppe*, § 16 Rn. 25; s.a. MK-StGB/*Schmitz*, § 1 Rn. 66 f.

577 Zutr. NK-StGB/*Gaede*, § 13 Rn. 20; *Satzger*, Jura 2011, 432, 435; noch weitergehend BGHSt 16, 155, 158, der die Garantenpflicht in § 13 StGB lediglich als sog. gesamtatbewertendes Merkmal einstuft.

578 S. nur BGH, NJW 2024, 2196, 2198 Rn. 21.

579 *Herzberg*, ZIS 2011, 444 ff.; BeckOK-StGB/*Kudlich*, § 15 Rn. 34.1; *Matt/Renzikowski/Gaede*, § 15 Rn. 30 ff.; a.A. MK-StGB/*Duttge*, § 15 Rn. 33 ff.; MK-StGB/*Schmitz*, § 1 Rn. 68.

580 Vgl. BGH, NStZ 2003, 657, 658 Rn. 8; *Rengier*, AT, § 52 Rn. 18; *Wessels/Beulke/Satzger*, AT, Rn. 1118. Bedenken hinsichtlich der fehlenden Bestimmtheit solcher Nor-

Sorgfaltsmaßstabs sogar der Rückgriff auf ungeschriebene Normen zulässig ist, dann muss es derjenige auf (vage, aber) geschriebene Sorgfaltspflichten wie diejenigen des LkSG erst recht sein. Im Hinblick auf das LkSG ist im Übrigen zu beachten, dass die zur Konkretisierung des Sorgfaltsmaßstabs herangezogene Maßstabsfigur risikospezifisch zu bestimmen ist.<sup>581</sup> Handelt es sich also bei der inmitten stehenden Rechtsmaterie – wie hier – um sog. Experten(straf)recht,<sup>582</sup> dürfen dem Normadressaten ggf. sogar hochspezielle Fachkenntnisse unterstellt werden.<sup>583</sup> Ein Unbestimmtheitsproblem besteht daher nach alledem nicht.

---

men begegnet die h.M. erst durch „das traditionelle Verbot der Überspannung der Sorgfaltspflichten“ (LK/Vogel/Bülte, § 15 Rn. 205 m.w.N.).

581 Näher *Kindhäuser/Zimmermann*, AT, § 33 Rn. 23.

582 Vgl. *Wittig*, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, 195, 215.

583 S. nur BVerfGE 153, 310 Rn. 97 f.; *Patzak/Zimmermann/Zörnlein*, NStZ 2023, 396, 399.

## E. Zusammenfassung

Bereits vor Inkrafttreten des LkSG bestand für Leitungspersonen deutscher Unternehmen in Lieferkettenkonstellationen ein (geringes) Strafbarkeitsrisiko bei Menschenrechts- und Umweltverletzungen. Das LkSG belegt deutsche Unternehmen nun innerhalb seines Anwendungsbereichs mit Pflichten zum Schutz vor Menschenrechts- und Umweltverletzungen, deren Missachtung „nur“ als Ordnungswidrigkeit sanktioniert wird (§ 24 LkSG). Zwar ist das LkSG selbst nicht als Strafgesetz ausgestaltet. Der von ihm intendierte Schutz bestimmter überragender Rechtsgüter, wie u.a. Leben und körperliche Unversehrtheit sowie grundlegender Menschenrechte und der Umwelt, wird allerdings von strafrechtlichen Normen gewährleistet, die vielfach an ein außerstrafrechtliches Pflichtenprogramm anknüpfen. An bestimmten Punkten greifen daher die beiden Rechtsmaterien – Lieferkettenrecht und Strafrecht – ineinander. Das LkSG hat somit auch Auswirkungen auf Vorschriften des Kern- und Nebenstrafrechts. Diese Auswirkungen verändern zwar das Risikoprofil für Funktionsträger in deutschen Unternehmen nicht grundlegend. Aber es zeigen sich durchaus relevante Implikationen, die im Ergebnis zu einer Ausweitung der strafrechtlichen Verantwortung entlang der Lieferkette führen (können). Im Einzelnen:

1. Das Sanktionssystem des LkSG ist nicht abschließend: Die Ordnungswidrigkeiten des § 24 LkSG schützen die Rechtsgüter lediglich in Form prozessorientierter, abstrakter Gefährdungsdelikte. Eine (abschließende) Aussage zur Ahndbarkeit tatsächlich eingetretener Rechtsgutverletzungen trifft das LkSG nicht. Gleichzeitig versperrt es nicht den Weg, diesen Verletzungen mit dem StGB zu begegnen.
2. Strafanwendungsrecht: Die Nichterfüllung der Sorgfaltspflichten kann einen Handlungsort i.S.d. § 9 Abs. 1 StGB im Inland begründen und somit zu einer leichteren Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts führen. Funktionsträger in deutschen Unternehmen werden sich im Falle einer (vollständig oder auch nur teilweisen) unterlassenen Umsetzung der Vorgaben des LkSG nicht auf den Einwand zurückziehen können, die Rechtsgutver-



letzung sei im Ausland und nicht durch einen Angehörigen des Unternehmens begangen worden.

### 3. Materiell-strafrechtliche Implikationen:

a) Im Bereich der vorsätzlichen Begehungsdelikte führt das LkSG bei (seltener) täterschaftlicher Begehung zu keiner Veränderung der vor seinem Inkrafttreten bestehenden Rechtslage. Das mit der Erfüllung der Sorgfaltspflichten zwingend einhergehende Mehr an Wissen über etwaige Risiken oder sogar Beeinträchtigungen bestimmter Rechtsgüter in der Lieferkette führt aber zu einem relevanten Risiko der Ausweitung einer Beihilfestrafbarkeit. Ein Konzept der „Risikominimierung durch willful blindness“ lässt sich nicht mit der gesetzgeberischen Intention des LkSG vereinbaren. Das LkSG soll durch die Einrichtung eines Risikomanagements und damit einhergehender Dokumentations- und Berichtspflichten ein Risikobewusstsein der verantwortlichen Funktionsträger und damit Wissen bezüglich dieser Risiken schaffen. Insbes. die von § 7 LkSG geforderten Abhilfemaßnahmen setzen das Wissen um ein bestehendes menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko voraus, die regelmäßig auch nach den Grundsätzen der sog. neutralen Beihilfe eine Strafbarkeit möglich erscheinen lassen. Dies hat zur Folge, dass bei zunehmendem Grad der Erfüllung der Sorgfaltspflichten zugleich das Risiko strafbaren Verhaltens steigt. Demgegenüber scheidet bei unangemessener Erfüllung der Sorgfaltspflichten zwar eine Beihilfestrafbarkeit aus. In diesem Fall droht das LkSG allerdings in § 24 Bußgelder an. In seiner Struktur ähnelt das LkSG insoweit vergleichbaren Gesetzen, die, z.B. im Rahmen der Geldwäscheprävention, die verpflichteten Unternehmen zu einer bestimmten Betriebsorganisation (Entwicklung, Implementierung und Umsetzung bestimmter Prozesse) zwingen. Das strafrechtliche Risiko einer Beihilfestrafbarkeit liegt daher – mit Ausnahme der vollständig unterlassenen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben – weniger in der Ausgestaltung der Sorgfaltspflichten selbst, sondern vor allem in der adäquaten Verarbeitung von und dem adäquaten Umgang mit gewonnenen Informationen.

b) Weitere Auswirkungen bestehen im Bereich der Unterlassungsstrafbarkeit im Kontext der Rechtsfigur der Geschäftsherrenhaftung als besondere Ausprägung einer Verkehrssicherungspflicht. Bereits vor Inkrafttreten des LkSG endete die Verantwortung des Inhabers einer geschäftlichen Unternehmung, dass durch seine unternehmerische Tätigkeit keine Rechtsgüter Dritter zu Schaden kommen, nicht zwingend an den Toren des eigenen

Betriebs. Das LkSG beeinflusst diese Verantwortung deutscher Unternehmen in transnationalen Lieferketten und führt zu einer Unternehmensverantwortung über die Grenzen des eigenen Betriebs und sogar Konzerns hinaus. In Gestalt des § 7 LkSG besteht – im Gegensatz zu den übrigen Bemühenspflichten – eine Pflicht, die auf die Abwendung von Rechtsgutverletzungen gerichtet ist und somit Garantenpflichten i.S.d. § 13 StGB statuiert. Die Reichweite dieser Pflicht variiert abhängig von der Einbindung in das Unternehmen:

Im eigenen Geschäftsbetrieb im Inland verlangt § 7 Abs.1 S.3 LkSG die Beendigung der Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht. Diese Erfolgsabwendungspflicht ist lediglich eine gesetzgeberische Klarstellung der ohnehin im Rahmen des eigenen Geschäftsbetriebs bestehenden strafrechtlichen Verantwortung und führt zu keiner Ausweitung der Geschäftsherrenhaftung.

Auch wenn die Pflicht zur Beendigung der Pflichtverletzung innerhalb des eigenen Geschäftsbetriebs im Ausland im Konzern nach § 7 Abs.1 S.4 LkSG nur in der Regel besteht, begründet sie grundsätzlich eine Erfolgsabwendungspflicht. Während die Garantenpflicht hinsichtlich des eigenen Geschäftsbetriebs im Ausland zu keiner Ausdehnung der Geschäftsherrenhaftung führt, ist die konzernweite Garantenpflicht nach §§ 7 Abs.1 S.4, 2 Abs.6 S.3 LkSG bei jedenfalls rechtlich begründeter Organisationsherrschaft (insbes. im Falle eines eingegliederten oder eines Vertragskonzerns) ein Novum.

Eine echte Ausweitung ist ferner die Garantenpflicht i.S.e. Geschäftsherrenhaftung über die Grenzen des eigenen Konzerns hinaus für unmittelbare Zulieferer. Unter dem Vorbehalt rechtlicher und tatsächlicher Möglichkeit muss eine (drohende) Verletzung menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichtverletzungen durch den unmittelbaren Zulieferer beendet werden. Es gelten im Kern keine anderen Verpflichtungen als im eigenen Geschäftsbetrieb, sodass eine Erfolgsabwendungspflicht besteht.

Das Pflichtenprogramm gegenüber mittelbaren Zulieferern (§ 9 Abs.3 LkSG) begründet demgegenüber keine Garantenpflicht. Selbst bei substantiierter Kenntnis von der Verletzung menschenrechts- und umweltbezogener Pflichten besteht keine Erfolgsabwendungspflicht.

c) Die Sorgfaltspflichten des LkSG sind – trotz der überwiegenden Ausgestaltung als Bemühenspflichten – eine Konkretisierung des Sorgfaltsmaß-

stabs im Rahmen strafrechtlich relevanter Fahrlässigkeit. Allerdings dürfen gerade beim Verkennen potenzieller Gefahrenquellen, die allenfalls höchst abstrakte Risikosteigerungen im Hinblick auf die durch das LkSG erfassten Schutzgüter darstellen, die Komplexität und Transnationalität der Sachverhalte dem Nachweis strafrechtlicher Verantwortung entgegenstehen. Dahingehende Schwierigkeiten der Erfolgszurechnung (z.B. Kausalzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Erfolgseintritt) und dem entsprechenden Nachweis bestehen bei der Verletzung formaler Betriebsorganisationspflichten (z.B. § 6 Abs. 2 LkSG [Grundsatzserklärung], § 10 LkSG [Dokumentations- und Berichtspflichten]), Kenntnisverschaffungspflichten (z.B. § 4 LkSG [Risikomanagement], § 5 LkSG [Risikoanalyse], § 8 LkSG [Hinweisgeber]) oder den Präventionsmaßnahmen nach § 6 Abs. 1, 3–5 LkSG.

Greifbare Risiken einer Fahrlässigkeitsstrafbarkeit bestehen daher aufgrund der Erfolgsnähe überwiegend bei § 7 LkSG. Da § 7 LkSG an die positive Kenntnis von der Rechtsgutbeeinträchtigung anknüpft, sind die Risiken allerdings vom Wissensstand des Unternehmens abhängig. Bezugspunkt ist jedoch nicht der einzelne Funktionsträger, sondern das Unternehmen in seiner Gesamtheit. Eine nachlässige Unkenntnis von ansonsten im Unternehmen vorhandenem Wissen schützt daher nicht vor strafrechtlichen Vorwürfen.

Die vollumfängliche, adäquate und effektive Umsetzung der Vorgaben des LkSG ist zugleich ein verlässlicher „Safe Harbour“ für die verpflichteten Unternehmen. Durch das engmaschige Pflichtenprogramm definiert das LkSG Grenzen des erlaubten Risikos, in denen deutsche Unternehmen ihrer Tätigkeit nachgehen können, ohne sich einem strafrechtlichen Risiko auszusetzen. Der „Safe Harbour“ verfügt allerdings nicht über starre Grenzen, sondern kann von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Der Angemessenheitsvorbehalt gem. § 3 Abs. 2 LkSG knüpft das erlaubte Risiko an das konkrete Risikoprofil, die Ressourcen und den Grad der Möglichkeit zur tatsächlichen Einflussnahme. Entsprechend der gesetzgeberischen Intention verfügen die Entscheidungsträger im Unternehmen über einen Handlungsspielraum, innerhalb dessen frei von strafrechtlicher Verfolgung eine eigene und an den Möglichkeiten des Unternehmens ausgerichtete Rechtsanwendung betrieben werden darf. Dessen Überprüfung darf für die Rechtssicherheit der Funktionsträger deutscher Unternehmen lediglich anhand der Kriterien einer vollständigen Sachverhaltsermittlung und der Unbeeinflusstheit von sachfremden Erwägungen erfolgen. Verlässliche Ori-

entierung können insoweit die im Rahmen der sog. Business Judgement Rule entwickelten Kriterien bieten.

4. Bestimmtheit: Die Vorwürfe der Unbestimmtheit gegenüber dem LkSG haben für die strafrechtlichen Auswirkungen keine Relevanz. Sowohl das normative Tatbestandsmerkmal der Erfolgsabwendungspflichten nach § 13 StGB als auch die Konkretisierung des Fahrlässigkeitsmaßstabs können sogar auf ungeschriebenen Regelungen beruhen. Insoweit ist jede gesetzliche Norm – trotz etwaiger Bedenken gegen ihre Bestimmtheit – ein Mehr, das Grundlage einer Garantenpflicht bzw. eines Fahrlässigkeitsvorwurfs ist.

5. CSDDD: Die CSDDD orientiert sich in ihrer Ausgestaltung am LkSG. Die durch das LkSG behutsame Ausweitung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit wird bei der Umsetzung der CSDDD bestehen bleiben. Lediglich vereinzelt bestehen (regelmäßig strengere) Anforderungen, die bei der Umsetzung in nationales Recht auch auf das Strafrecht durchschlagen. Die mögliche Abschwächung der CSDDD durch das Omnibus-Verfahren (z.B. Sorgfaltspflichten gegenüber mittelbaren Zulieferern) kann zu einer weiteren Annäherung an das LkSG führen und somit für Gleichklang sorgen.



## Literaturverzeichnis

Zitierte Internetadressen sind, soweit nicht anders angegeben, zuletzt am 22.9.2025 abgerufen worden.

Achenbach, Hans: Verbandsgeldbuße und Aufsichtspflichtverletzung (§§ 30 und 130 OWiG) – Grundlagen und aktuelle Probleme, in: NZWiSt 2012, S. 321–328.

– : Ausweitung des Zugriffs bei den ahndenden Sanktionen gegen die Unternehmensdelinquenz, in: wistra 2002, S. 441–445.

– : Diskrepanzen im Recht der ahndenden Sanktionen gegen Unternehmen, in: Küper/Welp (Hrsg.), Beiträge zur Rechtswissenschaft: Festschrift für Walter Stree und Johannes Wessels zum 70. Geburtstag, 1993, S. 545–562.

Achenbach, Hans / Ransiek, Andreas / Rönna, Thomas (Hrsg.): Handbuch Wirtschaftsstrafrecht, 6. Aufl., 2023.

Altenburg, Johannes / Kremer, Mika: Beaching – die Strafbarkeit der Entsorgung von Schiffen, in: wistra 2023, S. 133–141.

Altenhain, Karsten: Anmerkung zum Urteil des BGH vom 19.04.2000 – 3 StR 442/99 – Garantenstellung des stellvertretenden Leiters eines Transfusionszentrums, in: NSTZ 2001, S. 189–191.

Alten Schmidt, Stefan / Helling, Denise: LkSG – Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz Kurzkomentar, 2022.

Ambos, Kai: Wirtschaftsvölkerstrafrecht. Grundlagen der völkerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen, 2018.

– : Tatherrschaft durch Willensherrschaft kraft organisatorischer Machtapparate, GA 1998, S. 226–245.

Amelung, Knut (Hrsg.): Individuelle Verantwortung und Beteiligungsverhältnisse bei Straftaten in bürokratischen Organisationen des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft, 2000.

Arnold, Michael / Geiger, Jan-David: Haftung für Compliance-Verstöße im Konzern, in: BB 2018, S. 2306–2312.

BAFA: Fragen und Antworten zum Lieferkettengesetz, Stand: 21. November 2025, abrufbar unter [https://www.bafa.de/DE/Lieferketten/FAQ/haeufig\\_gestellte\\_fragen\\_node.html](https://www.bafa.de/DE/Lieferketten/FAQ/haeufig_gestellte_fragen_node.html).

– : Handreichung zum Prinzip der Angemessenheit nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Dezember 2022.

– : Handreichung zur Umsetzung einer Risikoanalyse nach den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, August 2022.

Bechtold, Rainer: Die Entwicklung des deutschen Kartellrechts, in: NJW 2009, S. 3699–3706.

- Beck, Lukas: Konzernrecht für die Konzernwirklichkeit – Haftungsvermeidende Unternehmensorganisation innerhalb und außerhalb des Gesellschaftsrechts, in: AG 2017, S. 726–740.
- Beckers, Anna: Globale Wertschöpfungsketten: Theorie und Dogmatik unternehmensbezogener Pflichten, in: ZfPW 2021, S. 220–251.
- Berg, Daniel Friedrich / Kramme, Malte: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, 2023.
- Berster, Lars: Anmerkung zum Beschluss des BGH vom 22.03.2012 – 1 StR 359/11 – „Amoklauf von Winnenden“ – zur Fahrlässigkeitshaftung neben der volldeliktischen Vorsatztat eines anderen, in: ZIS 2012, S. 624–627.
- BMAS, Branchendialog Automobilindustrie Handlungsanleitung zum Kernelement Risikoanalyse, Juni 2022, abrufbar unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a433-3-lksg-handlungsanleitung-risikoanalyse.html>.
- BMUB: Schritt für Schritt zum nachhaltigen Lieferkettenmanagement, Praxisleitfaden für Unternehmen, Januar 2017, abrufbar unter <https://www.bundesumweltministerium.de/publikation/schritt-fuer-schritt-zum-nachhaltigen-lieferkettenmanagement-praxisleitfaden-fuer-unternehmen>.
- Brammsen, Joerg: Bemerkungen zur mittelbaren Unterlassungstäterschaft – Eine Ergänzung zu BGHSt 40, 257, in: NSTz 2000, S. 337–344.
- Brettel, Hauke / Thomas, Stefan: Unternehmensbußgeld, Bestimmtheitsgrundsatz und Schuldprinzip im novellierten deutschen Kartellrecht, in: ZWeR 2009, S. 25–64.
- Brian, Ilka / Pelz, Christian (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar zum Geldwäschegesetz, 23. Ed., Stand: 01.09.2025.
- Brosthaus, Christina / Schefer, Lukas: Kritische Würdigung der Bußgeldtatbestände des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, in: wistra 2023, S. 410–418.
- Bülte, Jens: Vorgesetztenverantwortlichkeit im Strafrecht, 2015.
- : Die Beschränkung der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung auf die Verhinderung betriebsbezogener Straftaten – Zugleich eine Besprechung von BGH, Urt. v. 20.10.2011 – 4 StR 71/11, in: NZWiSt 2012, S. 176–182.
- Bunting, Nikolaus: Konzernweite Compliance – Pflicht oder Kür?, in: ZIP 2012, S. 1542–1549.
- Burgi, Martin: LkSG/CSDDD als Herausforderung für Staat und Verwaltung – Neuartige Durchsetzungsbefugnisse und eigene Sorgfaltspflichten, in: NVwZ 2024, S. 1785–1792.
- Caracas, Christian: § 130 OWiG – Das lange Schwert der Korruptionsbekämpfung im privaten Sektor – Teil I, in: CCZ 2015, S. 167–170.
- Charnitzky, Milena / Weigel, Jukka: Die Krux mit der Sorgfalt, in: RIW 2022, S. 12–19.
- Cirener, Gabriele / Radtke, Henning / Rissing-van Saan, Ruth / Rönna, Thomas / Schluckebier, Wilhelm (Hrsg.): Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, Band 1: Einleitung, §§ 1–18, 13. Aufl. 2020; Band 2: §§ 19–31, 13. Aufl. 2021.
- Dahmen, Julius / Rothermel, Martin: Relevante Fragen im LkSG (Teil 1), in: ZWH 2023, S. 147–151.

- Dannecker, Christoph: Die Folgen der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung der Unternehmensleitung für die Haftungsverfassung juristischer Personen, in: NZWiSt 2012, S. 441–451.
- Dannecker, Gerhard / Dannecker, Christoph: Die „Verteilung“ der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung im Unternehmen, in: JZ 2010, S. 981–992.
- DAV-Ausschüsse: Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten, in: NZG 2021, S. 546–557.
- Deruyck, Filiep: Probleme der Verfolgung und Ahndung von Verbandskriminalität im deutschen und belgischen Recht, in: ZStW 103 (1991), S. 705–731.
- Dölling, Dieter / Duttge, Gunnar / König, Stefan / Rössner, Dieter (Hrsg.): Nomos-Handkommentar Gesamtes Strafrecht, 5. Aufl. 2022.
- Ecker, Christiane: Die Publikationen des BAFA zum LkSG – Anlass für einen „Rückzug vor Befähigung“ statt für eine „Befähigung vor Rückzug“?, in: CCZ 2023, S. 69–74.
- Ehmann, Erik / Berg, Daniel F.: Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG): ein erster Überblick, in: GWR 2021, S. 287–293.
- Eidam, Lutz: Der Organisationsgedanke im Strafrecht, 2015.
- Eisele, Jörg (Gesamtred.): Tübinger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 31. Aufl. 2025.
- Elsner, Michael: Zur Strafbarkeit des „Schiffsrecyclings“, in: NSTz 2023, S. 135–139.
- Engländer, Armin: Kausalitätsprobleme beim unechten Unterlassungsdelikt – BGH, NSTz 2000, 414, in: JuS 2001, S. 958–962.
- Epik, Aziz: Ansätze und Herausforderungen eines Wirtschaftsvölkerstrafrechts, in: wistra 2024, S. 89–96.
- Erb, Volker / Schäfer, Jürgen (Hrsg.): Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Band 1: §§ 1–37, 5. Aufl. 2024; Band 4: §§ 185–262, 5. Aufl. 2025; Band 6: §§ 298–358, 4. Aufl. 2022; Band 9: Nebenstrafrecht III. Strafvorschriften aus: AufenthG, FreizügG/EU, AsylG, StAG, WaffG, KrWaffG, SprengG, WStG, EGWStG, Völkerstrafgesetzbuch, 4. Aufl. 2022.
- Fischer, Thomas: Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen, 73. Aufl. 2026.
- Fleischer, Holger: Grundstrukturen der lieferkettenrechtlichen Sorgfaltspflichten, in: CCZ 2022, S. 205–214.
- Fleischer, Holger / Mankowski, Peter (Hrsg.): Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz Kommentar, 2023.
- Frank, Justus / Edel, Golo / Heine, Maurice / Heine, Nils: Pionierarbeiten in der Lieferkette – Praxisfolgen für das Handels- und Arbeitsrecht (Teil I), in: BB 2021, S. 2165–2171.
- Frister, Helmut: Strafrecht Allgemeiner Teil, 10. Aufl., 2023.
- Gehling, Christian: Lieferkettensorgfaltspflichtenauhebungsgesetz, in: CRZ 2024, S. 150.
- : Umsetzung des LkSG im Konzern, in: CCZ 2023, S. 211–220.
- Gehling, Christian / Ott, Nicolas (Hrsg.): LkSG Kommentar, 2022.
- Gehling, Christian / Ott, Nicolas / Lüneborg, Cäcilie: Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – Umsetzung in der Unternehmenspraxis, in: CCZ 2021, S. 230–240.



- Gless, Sabine: Zur Verantwortung von Unternehmen für ihre Wertschöpfungskette, in: Stein/Greco/Jäger/Wolter (Hrsg.), Systematik in Strafrechtswissenschaft und Gesetzgebung. Festschrift für Klaus Rogall zum 70. Geburtstag, 2018, S. 327–346.
- Göhler, Erich: Anmerkung zum Beschluss des BayObLG vom 25.04.1972 – RReg. 8 St 518/71 OWi, in: JR 1973, S. 29–30.
- Grabosch, Robert (Hrsg.): Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, 2021.
- Graf v. Westphalen, Friedrich: Einige Vorüberlegungen zum bevorstehenden Lieferkettengesetz, in: ZIP 2020, S. 2421–2422.
- Graf, Jürgen Peter (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, 48. Ed., Stand: 01.10.2025.
- Graf, Jürgen Peter / Jäger, Markus / Wittig, Petra (Hrsg.): Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, Band 1, 3. Aufl. 2024.
- Greco, Luis: Kausalitäts- und Zurechnungsfragen bei unechten Unterlassungsdelikten, in: ZIS 2011, S. 674–691.
- Günther-Nicolay, Elke: Die Erfassung von Umweltstraftaten mit Auslandsbezug durch das deutsche Umweltstrafrecht gemäß §§ 324 ff. StGB, 2003.
- Hagel, Ulrich / Wiedmann, Michael: EU-Omnibus zur CSRD und CS3D und Koalitionsvertrag zum LkSG – Vereinfachung oder Erschwerung?, in: CCZ 2025, S. 116–126.
- : Wie muss das LkSG aufgrund der CS3D angepasst werden?, in: CCZ 2024, S. 185–198.
- Harings, Lothar / Jürgens, Max: Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Umsetzung und Auswirkungen des LkSG in der Praxis, 2022.
- Harings, Lothar / Zegula, Franziska: Die „Lieferkette“ als Anknüpfungspunkt der Compliance-Verpflichtungen nach dem LkSG, in: CCZ 2022, S. 165–171.
- Heghmanns, Michael: Anmerkung zum Beschluss des BGH vom 26.08.2003 – 5 StR 145/03 – Strafklageverbrauch nach gerichtlicher Verfahrenseinstellung, in: NStZ 2004, S. 633–635.
- Heil, Maria / Eickbusch, Julia: Alles unter Kontrolle!? – Praktische Umsetzung des LkSG in Medizinprodukteunternehmen (Teil 2), in: MPR 2023, S. 161–171.
- Heinrich, Manfred: Zur Frage der mittelbaren Täterschaft kraft Ausnutzung hierarchischer Organisationsstrukturen bei Wirtschaftsunternehmen, in: Amelung/Günther/Kühne (Hrsg.), Festschrift für Volker Krey zum 70. Geburtstag, 2010, S. 147–168.
- v. Heintschel-Heinegg, Bernd / Kudlich, Hans (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar zum Strafgesetzbuch, 66. Ed., Stand: 01.11.2025.
- Hellmann, Uwe: Wirtschaftsstrafrecht, 6. Aufl. 2023.
- Hembach, Holger: Praxisleitfaden Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), 2022.
- Henn, Elisabeth / Jahn, Jannika (Hrsg.): Beck'scher Online-Kommentar zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, 11. Ed., Stand: 15.09.2025.
- Herzberg, Rolf Dietrich: Die Fahrlässigkeit als Delikt Voraussetzung und das Bestimmtheitsgebot (Art. 103 Abs. 2 GG), in: ZIS 2011, S. 444–452.
- : Das Fujimori-Urteil: Zur Beteiligung des Befehlsgebers an den Verbrechen seines Machtapparates, in: ZIS 2009, S. 576–580.

- Herzog, Felix / Barreto da Rosa, Steffen / El-Ghazi, Mohamad (Hrsg.): GwG – Geldwäschegesetz Kommentar, 6. Aufl. 2026.
- Hopt, Klaus J.: Handelsgesetzbuch mit GmbH & Co., Handelsklauseln, Bank- und Kapitalmarktrecht, Transportrecht (ohne Seerecht), 45. Aufl. 2026.
- Hübner, Leonhard / Kühle, Maximilian: Verfahrens- statt Inhaltskontrolle, in: CRZ 2023, S. 5–12.
- Hübner, Leonhard / Lieberknecht, Markus: Mehr Pflichten für weniger Unternehmen? – Kerninhalte der EU-Lieferketten-RL und ihre Umsetzung im deutschen Recht, in: NJW 2024, S. 1841–1846.
- Irmscher, Philipp: Risikobasierter Ansatz als regulatorischer Trend – auch bei kritischer Infrastruktur, in: ZRP 2024, S. 158–159.
- Irmscher, Philipp / Bücker, Henrike: Der (erzwungene) Abbruch der Geschäftsbeziehung nach dem LkSG – Zugleich ein Beitrag zur Kontrolldichte bei unternehmerischen Beurteilungsspielräumen, in: NVwZ 2023, S. 1368–1373.
- Jaeger, Wolfgang / Kokott, Juliane / Pohlmann, Petra / Schroeder, Dirk / Seeliger, Daniela (Hrsg.): Frankfurter Kommentar zum Kartellrecht, 112. Lfg., Oktober 2025.
- Jahn, Jannika: Das deutsche Lieferkettengesetz – Ein zweischneidiges Schwert für die wirksame Bewältigung eines globalen Problems, in: VerfBlog 31.5.2021, abrufbar unter <https://verfassungsblog.de/das-deutsche-lieferkettengesetz/>.
- Jakobs, Günther: Zur Täterschaft des Angeklagten Alberto Fujimori Fujimori, in: ZIS 2009, S. 572–575.
- : Anmerkung zum Urteil des LG Düsseldorf vom 22.07.2004 – XIV 5/03 – Untreue-Vorwurf wegen Verletzung gesellschaftsrechtlicher Sonderpflichten – Mannesmann/Vodafone, in: NSTZ 2005, S. 276–278.
  - : Anmerkung zum Urteil des BGH vom 26.07.1994 – 5 StR 98/94 – Mittelbare Täterschaft der Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrats, in: NSTZ 1995, S. 26 f.
  - : Strafrecht, Allgemeiner Teil, 2. Aufl. 1991.
- Jescheck, Hans-Heinrich / Weigend, Thomas: Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil, 5. Aufl. 1996.
- Jeßberger, Florian / Kaleck, Wolfgang / Singelstein, Tobias (Hrsg.): Wirtschaftsvölkerstrafrecht, 2015.
- Johann, Christian / Sangi, Roya (Hrsg.): LkSG – Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Handkommentar, 2023.
- Kahrs, Hans Jürgen: Nach unrichtigem Gutachten über die Standsicherheit bricht das Dach der städtischen Eissporthalle Bad Reichenhall unter hoher Schneelast zusammen – Vermeidbarkeit und condicio sine qua non – gestaffelte Vermeidpflicht – rechtliche Vermutung. Zugleich eine Besprechung des Urts. des BGH vom 12. 1. 2010 – 1 StR 272/09 (LG Traunstein), in: NSTZ 2011, S. 14–18.
- Kamann, Hans-Georg / Irmscher, Philipp: Das Sorgfaltspflichtengesetz – Ein neues Sanktionsrecht für Menschenrechts- und Umweltverstöße in Lieferketten, in: NZWiSt 2021, S. 249–256.

- Kindhäuser, Urs / Neumann, Ulfrid / Paeffgen, Hans-Ullrich / Saliger, Frank (Hrsg.): Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch: StGB, Band 1: §§ 1-37, Band 4: §§ 232-358, 6. Aufl. 2023.
- Kindhäuser, Urs / Zimmermann, Till: Strafrecht Allgemeiner Teil, 12. Aufl. 2026.
- Klötzer-Assion, Antje: „Prinzip Verantwortung“?! – Inpflichtnahme der global tätigen Wirtschaft zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten in der Lieferkette durch Gesetzgebung?, in: WiJ 2021, S. 1–9.
- Knauer, Christoph: Die strafrechtliche Haftung von Justiziaren, Innen-Revisoren und Compliance-Officers („Berliner Straßenreinigung – 5 StR 394/08“), in: Lorenz/Reinhart/Sahan (Hrsg.), Festschrift für Imme Roxin, 2012, S. 465–484.
- Köhler, Michael: Strafrecht Allgemeiner Teil, 1997.
- Korch, Stefan: Überprüfungs- und Aktualisierungspflichten nach dem Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz, in: NJW 2022, S. 2065–2070.
- Kraatz, Erik: Zur konzerndimensionalen Reichweite der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen (§ 130 OWiG), in: Stein/Greco/Jäger/Wolter (Hrsg.), Systematik in Strafrechtswissenschaft und Gesetzgebung. Festschrift für Klaus Rogall zum 70. Geburtstag, 2018, S. 347–360.
- Krebs, David: Menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflicht: Der Wettlauf zwischen europäischer und deutscher Rechtssetzung, in: ZUR 2021, S. 394–402.
- Kretschmer, Joachim: Anmerkungen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung für das Verhalten von Mitarbeitern – Begründung und deren Vermeidung unter Berücksichtigung von Compliance, in: StraFo 2012, S. 259–264.
- Kubiciel, Michael: Sorgfaltspflichten in der Lieferkette – normentheoretisch betrachtet, in: ZVglRWiss 122 (2023), S. 160–171.
- : Sonderunternehmensstrafrecht für fehlende Sorgfalt in Lieferketten, in: jurisPR-StrafR 7/2021, Anm. 1.
- Kudlich, Hans: Mobbing als Betriebsaufgabe? – Zur Geschäftsherrenhaftung eines „Vorarbeiters“ bei innerbetrieblichen Körperverletzungen. Anmerkung zur Entscheidung des BGH 4 StR 71/11 = HRRS 2012 Nr. 74, in: HRRS 2012, S. 177–180.
- : Die Verletzung gesetzlicher Sondernormen und ihre Bedeutung für die Bestimmung der Sorgfaltspflichtverletzung, in: Dannecker (Hrsg.), Festschrift für Harro Otto zum 70. Geburtstag, 2007, S. 373–389.
- Kühl, Kristian: Strafrecht Allgemeiner Teil, 8. Aufl. 2017.
- Kuhn, Bernd: Die Garantenstellung des Vorgesetzten – zugleich eine Besprechung von BGH wistra 2012, 64, in: wistra 2012, S. 297–299.
- Lackner, Karl / Kühl, Kristian / Heger, Martin: Strafgesetzbuch. Kommentar, 31. Aufl. 2025.
- Langkeit, Jochen: Garantenpflicht der Mitglieder des Holding-Vorstandes auf Unterbindung von Straftaten der Geschäftsführer von Tochtergesellschaften?, in: Dannecker (Hrsg.), Festschrift für Harro Otto zum 70. Geburtstag, 2007, S. 649–658.
- Leitner, Werner / Rosenau, Henning (Hrsg.): Nomos Kommentar zum Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, 2. Aufl. 2022.

- Lenckner, Theodor: Technische Normen und Fahrlässigkeit, in: Bockelmann/Kaufmann/Klug (Hrsg.), Festschrift für Karl Engisch zum 70. Geburtstag, 1969, S. 490–508.
- Lesch, Heiko H.: Die Begründung mittäterschaftlicher Haftung als Moment der objektiven Zurechnung, in: ZStW 105 (1993), S. 271–294.
- Lotz, Henning: Das „absichtslos/qualifikationslos-dolose Werkzeug“: Ein Fall der mittelbaren Täterschaft? Entstehung, Entwicklung und Ende einer umstrittenen Rechtsfigur, 2009.
- Lund, Nils: Anmerkung zum Urteil des OLG Frankfurt a.M. vom 27.11.2023 – 3 ORs 23/23 – Verkehrssicherungspflichten an einem öffentlichen Dorfteich und Quasi-Kausalität, in: StV 2024, S. 577–579.
- Lutz-Bachmann, Sebastian / Vorbeck, Kristin / Wengenroth, Lenard: Menschenrechte und Umweltschutz in Lieferketten – der Regierungsentwurf eines Sorgfaltspflichtengesetzes Aufsatz, in: BB 2021, S. 906–914.
- Mansdörfer, Marco: Die strafrechtliche Garantenstellung aus Lieferketten- bzw. Überwachungskettenverantwortlichkeit, in: JR 2024, S. 67–73.
- : Die Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung bei geheimen Abstimmungen. Zur Zurechnung auf der Grundlage von Leitungsmacht, in: Freund/Murmann/Bloy/Peron (Hrsg.), Grundlagen und Dogmatik des gesamten Strafrechtssystems. Festschrift für Wolfgang Frisch zum 70. Geburtstag, 2013, S. 315–332.
- Mansdörfer, Marco / Trüg, Gerson: Umfang und Grenzen der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung, in: StV 2012, S. 432–436.
- Matt, Holger / Renzikowski, Joachim (Hrsg.): Strafgesetzbuch. Kommentar, 2. Aufl. 2020.
- Maurach, Reinhart / Gössel, Karl Heinz / Zipf, Heinz: Strafrecht Allgemeiner Teil. Teilband 2. Erscheinungsformen des Verbrechens und Rechtsfolgen der Tat, 8. Aufl. 2014.
- Meder, Paul: Die gesellschaftsrechtliche Bereichsausnahme des Art. 1 II d) Rom II-VO bei Haftung einer deutschen Konzernobergesellschaft wegen der Verletzung rechtsträgerübergreifender Verkehrspflichten (Teil 1), in: ESG 2024, S. 30–34.
- Minkoff, Andreas: Sanktionsbewehrte Aufsichtspflichten im internationalen Konzern. Der Normadressat des § 130 OWiG im Unternehmensverbund unter Berücksichtigung grenzüberschreitender Sachverhalte, 2016.
- Minkoff, Andreas / Sahan, Oliver / Wittig, Petra (Hrsg.): Konzernstrafrecht. Handbuch für die Unternehmens- und Anwaltspraxis, 2020.
- Mitsch, Wolfgang (Hrsg.): Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, 6. Aufl. 2025.
- : Strafbarkeit unechter Unterlassungsdelikte und Art. 103 II GG – Teil 1. Der Konflikt des § 13 StGB mit dem Bestimmtheitsgebot und dem Analogieverbot, in: NSW 2025, S. 100–113.
- : Lieferkettengesetz und Ordnungswidrigkeitenrecht, in: NZWiSt 2021, S. 409–413.
- : Versuch bei erfolgsqualifizierter strafbarer Abfallverbringung, in: NZWiSt 2019, S. 121–127.

- : *Actio libera in causa* und mittelbare Täterschaft, in: Hettinger (Hrsg.), *Festschrift für Wilfried Küper zum 70. Geburtstag*, 2007, S. 347–362.
- Momsen, Carsten / Willumat, Marco: *Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen – Zurechnung von Verantwortung entlang von Wertschöpfungsketten*, in: *KriPoZ* 2019, S. 323–337.
- Müller, Martin / Siakala, Sara Anna: *Nachhaltiges Lieferkettenmanagement – Von der Strategie bis zur Umsetzung*, 2020.
- Muñoz Conde, Francisco: Willensherrschaft kraft organisatorischer Machtapparate im Rahmen „nichtrechtsgelöster“ Organisationen?, in: Schünemann/Achenbach/Bottke/Haffke/Rudolphi (Hrsg.), *Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag*, 2001, S. 609–624.
- Nack, Armin: Mittelbare Täterschaft durch Ausnutzung regelhafter Abläufe, in: *GA* 2006, S. 342–345.
- Nakotte, David: *Straftaten in der Lieferkette*, 2024.
- Naucke, Wolfgang: Über das Regreßverbot im Strafrecht, in: *ZStW* 76 (1964), S. 409–440.
- Nietsch, Michael: Die zivilrechtliche Haftung nach der EU-Lieferketten-RL – ein Gamechanger?, in: *NJW* 2024, S. 2865–2871.
- Nietsch, Michael / Wiedmann, Michael: Adressatenkreis und sachlicher Anwendungsbereich des neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz [sic!], in: *NJW* 2022, S. 1–7.
- : Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, in: *CCZ* 2021, S. 101–110.
- Noll, Eva / Aryobsei, Mina: Der Regierungsentwurf für ein Sorgfaltspflichtengesetz: Neue Compliance-Pflichten und Risiken für Unternehmen, in: *jurisPR-Compl* 2/2021 Anm. 5.
- Ofterdinger, Hannah / Schrage, Stephanie: Transnationaler Menschenrechtsschutz durch das Strafrecht – insbesondere anhand des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, in: *GA* 2024, S. 199–216.
- Otto, Harro: *Grundkurs Strafrecht, Allgemeine Strafrechtslehre*, 7. Aufl. 2004.
- : Die Haftung für kriminelle Handlungen in Unternehmen, in: *Jura* 1998, S. 409–418.
- : Täterschaft, Mittäterschaft, mittelbare Täterschaft, in: *Jura* 1987, S. 246–258.
- Paefgen, Walter G.: Haftung für die Verletzung von Pflichten nach dem neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, in: *ZIP* 2021, S. 2006–2016.
- Pamplona, Danielle Anne / Rank, Hartmut: Volkswagen, Oxen, Timber, and Slave Labour in Brazil, in: *VerfBlog* 9.9.2025, abrufbar unter <https://verfassungsblog.de/volkswagen-brazil-slave-labor/>.
- Patzak, Jörn / Zimmermann, Till / Zörnlein, Siegfried: Kleiner Fehler, große Wirkung? Das NpSG zwischen Redaktionsversehen und Gesetzlichkeitsprinzip, in: *NStZ* 2023, S. 396–400.
- Peltzer, Fabian: *Unterlassungsstrafbarkeit in globalen Lieferketten*, 2024.
- Petrosian, Guren: Die Früchte des vergifteten Baums: Deutsche Strafjustiz und die Lieferketten, in: *CB* 2022, S. 282–285.

- Puppe, Ingeborg: Anmerkung zur Einstellung des Verfahrens der Staatsanwaltschaft im Fall der Ahtal-Katastrophe, in: *NStZ* 2025, S. 20–22.
- : Anmerkung zum Beschluss des OLG Stuttgart vom 19.04.2011 – 2 Ss 14/11, in: *JR* 2012, S. 164–167.
  - : Der gemeinsame Tatplan der Mittäter, in: *ZIS* 2007, S. 234–246.
- Radtke, Henning: Gestörte Wechselbezüge? Zum Verhältnis von Strafrechtswissenschaft und Rechtsprechung, in: *ZStW* 119 (2007), S. 69–92.
- Rengier, Rudolf: *Strafrecht Allgemeiner Teil*, 17. Aufl. 2025.
- Renzikowski, Joachim: Die fahrlässige Mittäterschaft, in: *ZIS* 2021, S. 92–99.
- Rissing-van Saan, Ruth: Für betrügerische oder andere kriminelle Zwecke errichtete oder ausgenutzte Unternehmen: rechtliche Handlungseinheiten sui generis? – Eine kritische Bestandsaufnahme der jüngeren Rechtsprechung –, in: Sieber (Hrsg.), *Strafrecht und Wirtschaftsstrafrecht: Dogmatik, Rechtsvergleich, Rechtstatsachen*; Festschrift für Klaus Tiedemann zum 70. Geburtstag, 2008, S. 391–404.
- Rogall, Klaus: Dogmatische und kriminalpolitische Probleme der Aufsichtspflichtverletzung in Betrieben und Unternehmen (§ 130 OWiG), in: *ZStW* 98 (1986), S. 573–623.
- Rönnau, Thomas: Grundwissen - Strafrecht: Geschäftsherren- und Beauftragtenhaftung, in: *JuS* 2022, S. 117–121.
- : Haftung für unterlassene Aufsicht nach § 130 OWiG und strafrechtlicher (Drittempfänger-)Verfall gemäß § 73 Abs. 3 StGB – zwei bedeutsame Bedrohungsszenarien für Unternehmen, in: *ZGR* 2016, S. 277–304.
- Rönnau, Thomas / Becker, Christian: Vorsatzvermeidung durch Unternehmensleiter bei betriebsbezogenen Straftaten, in: *NStZ* 2016, S. 569–575.
- Rothenburg, Vera / Rogg, Hanna: Die Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes im Konzern, in: *AG* 2022, S. 257–266.
- Rotsch, Thomas (Hrsg.): *Criminal Compliance. Handbuch*, 2015.
- Rotsch, Thomas: Tatherrschaft kraft Organisationsherrschaft?, in: *ZStW* 98 (2000), S. 518–562.
- : Die Rechtsfigur des Täters hinter dem Täter bei der Begehung von Straftaten im Rahmen organisatorischer Machtapparate und ihre Übertragbarkeit auf wirtschaftliche Organisationsstrukturen, in: *NStZ* 1998, S. 491–495.
- Roxin, Claus: *Täterschaft und Tatherrschaft*, 11. Aufl. 2022.
- : Zur Verfassungsmäßigkeit der unechten Unterlassung, *GA* 2021, S. 190–197.
  - : Zur neuesten Diskussion über die Organisationsherrschaft, in: *GA* 2012, S. 395–415.
  - : Anmerkung zum Urteil des BGH vom 20.10.2011 – 4 StR 71/11 – Garantenpflicht eines Betriebsinhabers bzw. Vorgesetzten, in: *JR* 2012, S. 305–308.
  - : Organisationssteuerung als Erscheinungsform mittelbarer Täterschaft, in: Amelung/Günther/Kühne (Hrsg.), *Festschrift für Volker Krey zum 70. Geburtstag*, 2010, S. 449–464.
  - : Organisationsherrschaft und Tatentschlossenheit, in: Hoyer (Hrsg.), *Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 70. Geburtstag*, 2006, S. 387–400.

- : Strafrecht Allgemeiner Teil, Band 2: Besondere Erscheinungsformen der Straftat, 2003.
- : Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme in der höchstrichterlichen Rechtsprechung, in: Roxin/Widmaier (Hrsg.), 50 Jahre Bundesgerichtshof: Festgabe aus der Wissenschaft, Band IV: Straf- und Strafprozessrecht, 2000, S. 177–198.
- : Mittelbare Täterschaft bei Tatausführung durch vollverantwortliche Tatmittler, in: JZ 1995, S. 49–52.
- : Anmerkung zum Urteil des BGH vom 05.07.1983 – 1 StR 168/83 – Abgrenzung der Tötungsherrschaft von Selbsttötungsteilnahme, in: NStZ 1984, S. 71–73.
- : Die Mittäterschaft im Strafrecht, in: JA 1979, S. 519–526.
- : Bemerkungen zum „Täter hinter dem Täter“, in: Warda/Waider/v. Hippel/Meurer (Hrsg.), Festschrift für Richard Lange zum 70. Geburtstag, 1976, S. 173–195.
- : Zum Schutzzweck der Norm bei fahrlässigen Delikten, in: Lackner/Lefrenz/Schmidt/Welp/Wolff (Hrsg.), Festschrift für Wilhelm Gallas zum 70. Geburtstag, 1973, S. 241–260.
- : Straftaten im Rahmen organisatorischer Machtapparate, in: GA 1963, S. 193–207.
- Roxin, Claus / Greco, Luis: Strafrecht Allgemeiner Teil, Band 1: Grundlagen. Der Aufbau der Verbrechenslehre, 5. Aufl. 2020.
- Rüsken, Reinhart (Hrsg.): Zollrecht Kommentar, 237. EL., Stand: November 2025.
- Russau, Christian: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielicht, 2016.
- Ruttloff, Marc / Burchert, Tobias: Die Omnibus-Initiative der EU-Kommission zur Vereinfachung von Nachhaltigkeitsvorgaben: Erleichterungen und Herausforderungen, in: BB 2025, S. 972–979.
- Ruttloff, Marc / Wagner, Eric / Hahn, Matthias / Freihoff, Lisa: Der Menschenrechtsbeauftragte, in: CCZ 2022, S. 20–27.
- Ruttloff, Marc / Wagner, Eric / Hahn, Matthias: Spielräume bei der stufenweisen Umsetzung der EU-Lieferketten-RL, in: NJW 2024, S. 3401–3406.
- Saage-Maaß, Miriam: Ahndung wirtschaftsverstärkter Kriminalität Geschäftsherrenhaftung als Ansatz zur Strafverfolgung leitender Manager für Menschenrechtsverletzungen im Konzern?, in: NK 2014, S. 228–241.
- : Geschäft ist Geschäft? Zur Haftung von Unternehmen wegen der Förderung staatlicher Menschenrechtsverletzungen, in: KJ 2010, S. 54–61.
- Saage-Maaß, Miriam / Leifker, Maren: Haftungsrisiken deutscher Unternehmen und ihres Managements für Menschenrechtsverletzungen im Ausland, in: BB 2015, S. 2499–2504.
- Sagan, Adam / Schmidt, Alexander J.: Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Ein Überblick aus der Perspektive des Arbeitsrechts, in: NZA-RR 2022, S. 281–291.
- Satzger, Helmut: Der irrende Garant - zur Abgrenzung von Tatbestands- und Gebotsirrtum beim vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikt, in: Jura 2011, S. 432–437.
- : Internationales und Europäisches Strafrecht, 11. Aufl. 2025.
- Satzger, Helmut / Schluckebier, Wilhelm / Werner, Raik (Hrsg.): Strafgesetzbuch. Kommentar, 6. Aufl. 2024.

- Schall, Alexander: Offene Zurechnungsfragen in der Lieferkette - zur Auslegung des § 2 VI 3 LkSG, in: NZG 2022, S. 1235–1241.
- Schall, Alexander / Theusinger, Ingo / Pour Rafsendjani, Mansur (Hrsg.): LkSG. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, 2023.
- Schall, Hero: Grund und Grenzen der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung, in: Rogall/Puppe/Stein/Wolter (Hrsg.), Festschrift für Hans-Joachim Rudolphi zum 70. Geburtstag, 2004, S. 267–284.
- Schemmel, Alexander / Kirch-Heim, Claudio: „Willful Blindness“ im Wirtschaftsstrafrecht – Kann gewollte Unwissenheit vor Strafe schützen?, in: CCZ 2008, S. 96–100.
- Schlösser, Jan: Der Täter hinter dem Gehilfen, in: JR 2006, S. 102–109.
- : Die Anerkennung der Geschäftsherrenhaftung durch den BGH, in: NZWiSt 2012, S. 281–286.
- : Mittelbare individuelle Verantwortlichkeit im Völkerstrafrecht zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des sogenannten Schreibtischtäters im Völkerstrafrecht, 2004.
- Schönfelder, Daniel / Streibelt, Michaela: Only Half Thrown Under the Bus – The CSDDD and LkSG after Omnibus I, in: VerfBlog 17.12.2025, abrufbar unter <https://verfassungsblog.de/omnibus-lksg/>.
- Schmidt, Jessica: Die EU-Lieferketten-Richtlinie (CSDDD). Meilenstein oder bürokratische Hydra?, in: NZG 2024, S. 859–871.
- Schneider, Anne: Aktuelle Entwicklungen beim Unternehmensstrafrecht und beim Recht der Einziehung, in: Esser/Wu/Sinn/Zöller (Hrsg.), Das Strafrecht der Zukunft. 8. Deutsch-Taiwanesisches Strafrechtsforum Passau 2023, 2025, S. 121–142.
- v. Schreitter, Florian: Die kartellordnungswidrigkeitenrechtliche Haftung nach § 130 OWiG – ein Risiko für Konzernobergesellschaften?, in: NZKart 2016, S. 253–264.
- Schröder, Christian: Zur Europäisierung der Fahrlässigkeits- und Unterlassungsdelikte, in: NSTz 2006, S. 669–673.
- Schroeder, Friedrich-Christian: Tatbereitschaft gegen Fungibilität, in: ZIS 2009, S. 569–571.
- Schroth, Ulrich / Hofmann, Elisabeth: Die strafrechtliche Beurteilung der Manipulation bei der Leberallokation – kritische Anmerkungen zu einem Zwischenbericht, in: NSTz 2014, S. 486–493.
- Schultze, Christin: Die Berücksichtigung von Sondernormen bei der strafrechtlichen Fahrlässigkeit im Licht des Strafverfassungsrechts, 2025.
- Schünemann, Bernd: Unternehmenskriminalität, in: Roxin/Widmaier (Hrsg.), 50 Jahre Bundesgerichtshof: Festgabe aus der Wissenschaft, Band IV: Straf- und Strafprozessrecht, 2000, S. 621–646.
- : Die Regeln der Technik im Strafrecht, in: Küper/Puppe/Tenckhoff (Hrsg.), Festschrift für Karl Lackner, 1987, S. 367–397.
- : Unternehmenskriminalität und Strafrecht. Eine Untersuchung der Verantwortlichkeit der Unternehmen und ihrer Führungskräfte nach geltendem und geplantem Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 1979.
- Schüppen, Matthias / Schaub, Bernhard (Hrsg.): Münchener Anwaltshandbuch Aktienrecht, 4. Aufl. 2024.



- Seibt, Christoph H. / Vesper-Gräske, Marlen: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erweitert Compliance-Pflichten, in: CB 2021, S. 357–363.
- Sharei, Mika Mehran: Lieferkettenrechtliche Sorgfaltspflichten und Bemühenspflichten, in: NJW 2023, S. 3462–3467.
- Späth, Patrick / Werner, Felix R.: Ist es Zeit für eine Legal Judgment Rule? Rückblick auf die letzte Legislaturperiode und Ausblick auf anstehende Entwicklungen, in: CCZ 2022, S. 107–109.
- Spießhofer, Birgit / Späth, Patrick (Hrsg.): LkSG. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – unter Berücksichtigung AGB-rechtlicher Besonderheiten. Kommentar, 2024.
- Spindler, Gerald: Verantwortlichkeit und Haftung in Lieferantenketten – das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aus nationaler und europäischer Perspektive, in: ZHR 2022, S. 67–124.
- Spring, Patrick: Die strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung. Unterlassungshaftung betrieblich Vorgesetzter für Straftaten Untergebener, 2009.
- Stave, Crispin / Velte, Patrick: Regulierung eines nachhaltigen Lieferkettenmanagements – Bestandsaufnahme bisheriger Normierungen und Ausblick auf die geplante EU-Gesetzgebung, in: DB 2021, S. 1791–1801.
- Stemberg, Christian: Zur substantiierten Kenntnis nach § 9 III Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, in: NZG 2022, S. 1093–1099.
- Stöbener de Mora, Patricia Sarah / Noll, Paul: Anpassungsbedarf beim LkSG. Vorschläge zur Umsetzung der EU-Sorgfaltspflichtenrichtlinie (CSDDD), in: NZG 2024, S. 1391–1399.
- : Grenzenlose Sorgfalt? – Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Teil 1, in: NZG 2021, S. 1237–1244.
- Teichmann, Fabian M.: Ausgewählte Schwachstellen des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG), in: ZWH 2022, S. 133–139.
- Tessin, Claus: Verletzung der Aufsichtspflicht bei Kartellverstößen. Neuere Rechtsprechung und Entwicklungen, in: BB 1987, S. 984–990.
- Thalhammer, Veronika: Das umstrittene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – Ein juristischer Blick auf Kritik aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, in: DÖV 2021, S. 825–835.
- Tiedemann, Klaus: Wirtschaftsstrafrecht, 5. Aufl. 2017.
- Tschäpe, Philipp / Trefzger, Dominik: Die Sorgfaltspflicht des Lieferkettengesetzes – Rechtsnatur, Inhalt und Haftung, in: ZfBR 2023, S. 423–433.
- Utz, Maximilian: Die personale Reichweite der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung, 2016.
- Wagner, Eric / Ruttloff, Marc: Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – Eine erste Einordnung, in: NJW 2021, S. 2145–2152.
- Wagner, Eric / Ruttloff, Marc / Wagner, Simon (Hrsg.): Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in der Unternehmenspraxis. Handbuch, 2022.
- Wagner, Gerhard: Haftung für Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette, in: ZIP 2021, S. 1095–1105.

- Wais, Hannes: Unternehmenshaftung bei Verstößen gegen Umwelt und Menschenrechte in der Lieferkette, in: JZ 2025, S. 177–187.
- Waßmer, Martin: Vom deutschen Lieferkettengesetz zur EU-Lieferkettenrichtlinie, in: Jishkariani/Waßmer (Hrsg.), Deutsch-georgischer Rechtsdialog. Strafrecht und Menschenrechte. Tagungsband 2024, 2025, S. 29–46.
- : Menschenrechte und Wirtschaftsstrafrecht – Das „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ (LkSG), in: Nußberger (Hrsg.), Menschenrechte als Alpha und Omega des Rechts?, 2023, S. 339–357.
- Weißer, Bettina: Gibt es eine fahrlässige Mittäterschaft?, in: JZ 1998, S. 230–239.
- Werner, Felix: Strafbarkeitsrisiken durch das LkSG? Gedanken zum Verhältnis von Sorgfaltspflichten und neutraler Beihilfe, in: CB 2023, S. 245–250.
- Wessels, Johannes / Beulke, Werner / Satzger, Helmut: Strafrecht Allgemeiner Teil. Die Straftat und ihr Aufbau, 54. Aufl. 2024.
- Wiater, Patricia: Unternehmerische Menschenrechtsbindung nach Maßgabe des Lieferkettengesetzes, in: JZ 2022, S. 859–869.
- Wirtz, Markus M.: Die Aufsichtspflichten des Vorstandes nach OWiG und KonTraG, in: WuW 2001, S. 342–356.
- Wittig, Petra: Die ordnungswidrigkeitenrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit für transnationale Rechtsgutsverletzungen in internationalen Lieferketten nach Inkrafttreten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, in: NSW 2024, S. 200–216.
- : Wirtschaftsstrafrecht, 6. Aufl. 2023.
- : Die Strafbarkeit des Geschäftsherrn nach deutschem Strafrecht für transnationale Menschenrechtsverletzungen, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaß (Hrsg.), Zivil- und strafrechtliche Unternehmensverantwortung für Menschenrechtsverletzungen, 2018, S. 195–222.
- : Zu Legitimation und Grenzen eines rechtsstaatlichen Wirtschaftsvölkerstrafrechts, in: Jeßberger/Kaleck/Singelnstein (Hrsg.), Wirtschaftsvölkerstrafrecht, 2015, S. 241–262.
- Wolter, Jürgen / Hoyer, Andreas (Hrsg.): Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, Band 1: §§ 1–37, 10. Aufl. 2025; Band 6: §§ 303–358, 10. Aufl. 2023.
- Zerbes, Ingeborg: Globales Wirtschaftshandeln als Gegenstand des Straf- und Strafverfahrensrechts, in: Jeßberger/Kaleck/Singelnstein (Hrsg.), Wirtschaftsvölkerstrafrecht, 2015, S. 205–240.
- Zerbes, Ingeborg / Pieth, Mark: Unternehmerische Verantwortlichkeit für Völkerrechtsverbrechen im Ausland, in: KJ 2018, S. 67–83.
- Zimmer, Reingard / Langbein, Helene: Abschaffung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – europarechtlich zulässig und sinnvoll?, in: NZA 2025, S. 1151–1156.
- v. Zimmermann, Georg: Effizientes Lieferkettenrecht, in: NJW 2025, S. 2208–2212.
- Zimmermann, Till: Das Unrecht der Korruption, 2018.

